REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 391 · 1.6.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Über Asyl entscheiden Kohl und Kanther - Ulla Jelpke, Katina Schubert
2. Der "neue Kommunismus" nach Robert Hue. Frankreichs KP will eine "Union der Linken" - Bernhard Schmid, Paris
3. "Ihr habt sie lebend verhaftet - wir wollen sie lebend wieder" - Nora Mielke
4. Hanna Krabbe ist frei!
5. Schluß mit den Nazitreffen. Hetendorfer Tagungswoche verhindern!
6. Proletarier aller Länder, unterbietet Euch? - ZAK Tübingen
7. Das Einstellungsangebot ist Erpressung. Autonome Antifa (M) soll Abbitte leisten (Interview)
8. Aufsteiger des Jahres: Schleswig-Holsteins Grüne - hn, Flensburg
9. Frieden jetzt sofort. Türkische Friedensbewegung macht mobil - Nora Mielke
10. Bomber über Brandenburg. Wozu braucht die Bundeswehr den Luft-Boden-Schießplatz Wittstock? - Stefan Gose
11. Staatliche Waffenschieber. Deutschland ist zweitgrößter Waffenexporteur der Welt - Ulla Frey, Kampagne gegen Rüstungsexport/Idstein
12. Zweiter Castor-Transport durchgeprügelt - Peter Nowak
13. PDS - völkische Vorstellungen diskussionswürdig? - Ivo Bozic
14. Nürnberg: Nazi-Aufmarsch abgeblasen - Al., Nürnberg
15. 1. Mai in Istanbul. Polizeischüsse forderten drei Menschenleben - Nora Mielke
16. 1. Mai in Berlin: Pfiffe für Schulte. Starke Beteiligung an den revolutionären Demonstrationen - Peter Nowak, kuk
17. Die Linke hat sich aus der sozialen Wirklichkeit entfernt. Interview mit Karl Heinz Roth (aus: jW, 1. Mai-Beilage
18. " Modell Deutschland" - aus und vorbei? - Kt.
19. Stadtentwicklung - Stadtabwicklung. Bundesweites Treffen der Wagenburgen und Hüttendörfer (aus: Was lefft, Erlangen)
20. Alternativlos wählen. Von den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua - Annette Massmann
21. HABITAT II im Juni in Istanbul. Wohnraum und Siedlungsplatz für alle! - Nora Mielke
22. Delegationsreise nach Hakkari - Kurdistan oder: Das Ungeheuer vom Van-See und andere Reisebekanntschaften - Thomas Klein
23. Von Unsichtbaren und Wütenden. Zwei Bücher von Nanni Balestrini - Gerd Bedszent
24. "Keine brisanten Informationen." Die Bundesregierung und die Aufstandsbekämpfung auf Bondoc, Philippinen - moe
25. Die virtuelle Ökonomie des Finanzkapitals. Beim Derivatehandel wird selbst manchen Bankern mulmig - Hauke Brenner
26. Integration und/oder Hegemonie. Dilemmata deutscher Europapolitik - Frank Deppe
27. Strategiewechsel oder Pflästerli-Politik? Gender-Politik der Weltbank - Gertrud Ochsner - aus: Blätter des iz3w
28. Augsteins willige Spießgesellen. Wie der "Spiegel" die Deutschen von jeder Schuld freispricht - Tjark Kunstreich
29. Das Ende der Erinnerung. Für ein politisches Gedenken an die Schoa - Tjark Kunstreich
30. Fundamentale Kritik. Der umstrittene Kongreß Science/Fiction im Rückblick - Katja Leyrer
31. Bioethik: Neue Epoche in der Medizin - Erika Feyerabend
32. Arie Goral - Walter Louis Sternheim (1909 - 1996): Gedenkblatt für einen Löwen - Karl Heinz Roth
33. Arbeiterbewegung und Antifaschismus. Rezension - Dietrich Marquardt
34. Bei Gefahr für Leib und Leben: Forcierte Abschiebung. Nach den Morden an Vietnamesen reagiert der Staat ... - mb., Berlin

35. Schüsse, Schweigen, Abschiebungen. Zu den jüngsten Morden an Vietnamesen - Jan Temming
36. Quelldatei 11.htm
37. Quelldatei 12.htm
38. Quelldatei 47.htm
39. Quelldatei 52.htm

1. Über Asyl entscheiden Kohl und Kanther

Autor: Ulla Jelpke, Katina Schubert · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:42

Danach werden Asylanträge von Flüchtlingen, die entweder mit gefälschten Papieren oder aus sicheren Herkunftsstaaten einreisen wollen, als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Den AsylbewerberInnen wird die Einreise in die BRD verweigert. Den Ausgang ihres Schnellverfahrens müssen sie im Transitbereich des Flughafens abwarten.

Sowohl bei der Festlegung sicherer Drittstaaten als auch bei der Bestimmung verfolgungsfreier Herkunftsstaaten ist der Gesetzgeber nach den Urteilen relativ frei in der Bestimmung seiner Kriterien. Selbst die Kompetenzen der Verwaltungsgerichte schränkt das BVG ein. Damit stärkt das höchste deutsche Gericht die Legislative. Wahre Gewinnerin aber ist die Bundesregierung. Sie liefert mit den Berichten der Auslandsvertretungen das Beweismaterial für die Bestimmung sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten und definiert sie damit faktisch.

Den Rückzug der Gerichtsbarkeit aus der Asylpolitik und den Asylverfahren begründet das BVG damit, daß "der verfassungsändernde Gesetzgeber ... auch in der Gestaltung und Veränderung von Grundrechten ... rechtlich frei" ist. Einzige Bedingung dafür sei, daß der Artikel 1 des Grundgesetzes, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, dadurch nicht berührt werde. Mit anderen Worten: Solange das Grundrecht auf Asyl den Buchstaben nach das Grundgesetz ziert, steht es Bundesregierung und Parlament frei, dieses Recht durch einschränkende Regelungen in der Verfassung selbst sowie durch einfachgesetzliche Bestimmungen auszuhöhlen und zur Worthülse zu machen.

Sichere Drittstaaten

So stellt das Gericht in seinem Drittstaatenurteil einstimmig fest, daß die bislang heftig umstrittene Drittstaatenregelung das individuelle Grundrecht auf Asyl keinesfalls aufhebe, wie es in Artikel 16a, Abs. 1 festgelegt ist: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Wer aus einem sicheren Drittstaat einreise, könne dieses Grundrecht nur nicht mehr beanspruchen, "weil er in dem Drittstaat Schutz vor politischer Verfolgung hätte finden können", schreibt das BVG.

Die Drittstaatenregelung ist in den Augen der Bundesregierung und des Verfassungsgerichts der Dreh- und Angelpunkt für eine europäische Politik der Flüchtlingsabschottung. Dabei wird zwischen zwei Arten von sicheren Drittstaaten unterschieden: EU-Staaten sind kraft Verfassung sicher, obwohl bekannt ist, daß beispielsweise Griechenland Kriegsdienstverweigerung mit Haftstrafen belegt, daß in spanischen Gefängnissen gefoltert wird. Dies hat unlängst der Anti-Folter-Ausschuß des Europarats festgestellt.

Bei der Definition der übrigen sicheren Drittstaaten geht das BVG noch fragwürdiger vor und räumt dem Gesetzgeber einen "Spielraum bei der Auswahl seiner Erkenntnismittel" ein. Voraussetzung ist, daß die betreffenden Staaten die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unterzeichnet haben und keine Kettenabschiebungen bis in den Verfolgerstaat vornehmen. Nach dem Konzept "normativer Vergewisserung" geht das Gericht davon aus, daß die als "sicher" bezeichneten Unterzeichnerstaaten dieser Konventionen diese auch anwenden. "Damit entfällt das Bedürfnis, ihm (einem Flüchtling; Anm. U.J./K.S.) Schutz in der Bundesrepublik Deutschland zu bieten. Insoweit ist die Sicherheit des Flüchtlings im Drittstaat generell festgestellt", heißt es in der Urteilsbegründung. Voraussetzung für die Bestimmung eines Landes als "sicher" ist laut Gericht nicht, daß dem Flüchtling dort ein Asylverfahren offensteht, das dem deutschen Asylverfahren entspricht. Irgendein Prüfverfahren soll es aber schon geben für "schutzsuchende Ausländer", fordert das BVG.

Asylanträge von Flüchtlingen, die über den Landweg in die BRD gekommen sind, werden generell nicht angenommen. Diese Flüchtlinge können auch die im Ausländergesetz festgelegten Schutzbestimmungen gegen Abschiebung in den Drittstaat nicht in Anspruch nehmen - es sei denn, ihnen droht dort die Todesstrafe, oder das Drittland verwandelt sich plötzlich in eine Diktatur.

Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik und die Unterstützung der Bundesregierung zur Durchsetzung gemeinsamer Verfahrensweisen ist das Leitmotiv der Gerichtsentscheidung zu den Drittstaaten.

Gemeinsam ist den Regierungen der EU-Staaten die Überzeugung, daß unerwünschte, sprich ökonomisch nicht verwertbare Zuwanderung im Ansatz verhindert werden muß. Deswegen haben sich diese Länder im Maastrichter Vertrag auf eine gemeinsame restriktive Visa-Politik geeinigt; deshalb haben sie die Asylpolitik als ersten Schritt zu gemeinsamen Verfahren zum "Gegenstand gemeinsamen Interesses" erklärt; deshalb haben sie vereinbart, daß Flüchtlinge künftig nur noch in einem EU-Mitgliedsstaat einen Asylantrag stellen dürfen und daß alle anderen Mitgliedsländer die Entscheidung des Erstantragslandes anerkennen. Sieben der EU-Länder praktizieren diese Regelung bereits im Rahmen des Schengener Abkommens - "one chance only" für jede Asylbewerberin und jeden Asylbewerber. Auf die Länder Osteuropas wird der Druck weiter steigen, sich entweder an der Abschottungsstrategie gegen unerwünschte Migration zu beteiligen oder aus der BRD und anderen EU-Staaten abgeschobene Flüchtlinge aufnehmen zu müssen.

Sichere Herkunftsstaaten

Den Grundgesetzartikel zur Festlegung verfolgungsfreier Herkunftsstaaten ließ das Gericht ohne Einschränkung passieren. Dabei geht es von einer "Arbeitsteilung" zwischen dem Gesetzgeber auf der einen sowie dem "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" (BAFl) und den für die Überprüfung von Asylentscheiden zuständigen Verwaltungsgerichten auf der anderen Seite aus. Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, sichere Herkunftsstaaten festzulegen, nachdem er "eingehend", so das Gericht, geprüft hat, ob im gesamten Land politische Verfolgung oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung herrscht. Auch dabei räumt das BVG dem Gesetzgeber einen weiten Einschätzungsspielraum ein. Das BAFl und bei Widerspruch die Gerichte müssen nun nicht mehr prüfen, ob die Herkunftsländer von AsylbewerberInnen tatsächlich sicher sind. Sie müssen nur noch überprüfen, ob der einzelne Flüchtling glaubhaft machen kann, daß ihm - trotz der gesetzlichen Bestimmung seines Herkunftsstaates als sicher - politische Verfolgung oder erniedrigende oder unmenschliche Behandlung droht. Die Todesstrafe allein ist nach Auffassung des Gerichts kein Grund, ein Land nicht als verfolgungsfrei einzustufen. Hierfür kommt es nach Ansicht des BVG darauf an, "ob die Voraussetzungen für die Verhängung der Todesstrafe gesetzlich hinreichend bestimmt sind", heißt es im Urteil, "ob die Todesstrafe nur in einem mit hinreichenden Garantien für den Beschuldigten ausgestatteten Verfahren von weisungsunabhängigen Justizorganen verhängt werden darf, in welcher Häufigkeit sie ausgesprochen und auch vollzogen und in welcher Art und Weise sie vollstreckt wird." Offenkundig gibt es für das Gericht gerechte und ungerechte, humane und inhumane Hinrichtungen.

Im übrigen müsse die Rechtslage und die tatsächliche Rechtsanwendung geprüft werden, stellt das Gericht fest. Besondere Verantwortung komme dabei den Auslandsvertretungen der BRD zu, auf deren Berichte sich Einstufungen als sicherer Herkunftsstaat im wesentlichen stützen. Dabei ist lange bekannt, daß diese "Lageberichte" zumindest häufig die menschenrechtliche Situation in den jeweiligen Ländern nicht erfassen.

Dem Bericht des Auswärtigen Amts über Ghana glaubte das Gericht, denn es entschied mehrheitlich, daß Ghana, das Herkunftsland der beiden gegen das Konzept verfolgungsfreier Staaten klagenden AsylbewerberInnen, als sicherer Herkunftsstaat einzustufen ist.

Flughafenregelung

Ein wenig korrigiert hat das Gericht die Flughafenregelung. Künftig beträgt die Frist für Widersprüche gegen ablehnende Asylbescheide sieben statt drei Tage. Ferner legte das Gericht fest, daß allen Flüchtlingen ein unabhängiger Rechtsberater zur Seite gestellt werden muß, wenn sie keinen eigenen Anwalt haben.

Die Verwaltungsgerichte haben in Folge des Urteils künftig deutlich weniger Spielraum für ihre Entscheidungen. Bislang mußten sie Entscheidungen des BAFl genau überprüfen, wenn dieses Asylanträge als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt hat. Heute müssen sie nur noch "ernstliche Zweifel" an der Entscheidung des BAFl aufgreifen. Zugleich steigt die Verantwortung der Verwaltungsgerichte, denn ihre Entscheidung ist faktisch endgültig. Das BVG hat die Möglichkeiten erheblich reduziert, Verfassungsbeschwerde gegen Beschlüsse der Verwaltunsgerichte mit aufschiebender Wirkung zu erheben. "Das Verfassungsgericht hat sich verabschiedet", sagte ein Verwaltungsrichter. Damit ist etlichen Flüchtlingen die letzte Hoffnung aus der Hand geschlagen, zumindest vorläufig in der BRD bleiben zu können. Das Verfassungsgericht vermeidet damit spektakuläre Fälle wie den der sieben Sudanesen, die im vergangenen Sommer ihre Abschiebung über Eilentscheidungen des BVG mehrfach verhindern konnten.

In einem Sondervotum kritisieren die Richter Limbach, Bockenförde und Sommer diesen Rückzug des BVG aus dem Asylverfahren. "Der Senat unterstellt durchweg, daß die Entscheidung der Fachgerichte verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt. Im verfassungsgerichtlichen Verfahren geht es aber gerade darum, ob dies der Fall ist", schreiben sie. Die aufschiebende Wirkung von Verfassungsbeschwerden dürfe daher nicht ausgesetzt werden.

Europaweites Vorbild

Mit dem Urteil ist den Flüchtlingen, ihren BetreuerInnen und AnwältInnen die Hoffnung genommen, das Verfassungsgericht könne wenigstens Teile des europaweit sehr restriktiven Asylrechts kassieren. Es bleibt dabei, daß die legale Flucht in die BRD über den Landweg versperrt ist und daß nicht die Fluchtursache, sondern der Fluchtweg über das Schicksal der Flüchtlinge entscheidet. Es bleibt dabei, daß Flüchtlinge mit gefälschten Pässen zurückgeschickt werden, obwohl gerade aus der deutschen Widerstandsgeschichte bekannt ist, daß politisch Verfolgte kaum Zeit haben, sich bei den Behörden des Herkunftsstaats die notwendigen Papiere zu beschaffen. Es bleibt dabei, daß die Bundesregierung mit Hilfe des Parlaments sich anmaßt zu entscheiden, wo politische Verfolgung stattfindet, wo Flüchtlinge vor Kettenabschiebungen bis in den Verfolgerstaat geschützt sind.

Daß diese Entscheidungen nicht von menschenrechtlichen, sondern von politischen, diplomatischen und ökonomischen Überlegungen geleitet werden, liegt auf der Hand. Die Abschiebemaschinerie wird künftig noch besser funktionieren: Flüchtlinge, die über den Landweg gekommen sind, können keine Abschiebehindernisse nach dem Ausländergesetz mehr geltend machen und werden zurückgeschoben, selbst wenn sie nicht bekanntgeben, über welches Land sie eingereist sind. Voraussetzung ist allerdings, daß die Nicht-EU-Nachbarstaaten insbesondere Osteuropas mitmachen. Der Wink mit einer möglichen EU-Mitgliedschaft wird da möglicherweise nachhelfen. Die restriktive Asylpolitik der Bundesrepublik wird zum europäischen Standard, nicht nur innerhalb der EU, die Osteuropäer werden faktisch gezwungen, sich diesem Asylregime anzuschließen und die Festungsmauern immer weiter nach Osten zu verlagern. Ähnliches wird sich an den Südgrenzen der EU gegenüber den nordafrikanischen Staaten ereignen.

Notwendig wird es jetzt mehr noch als zuvor, daß sich Aktive in der Flüchtlingsbewegung international zusammentun, um die Festung gemeinsam zu durchlöchern, Überlebensmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Versteckaktionen, Kirchenasyl, Zufluchtsprojekte werden jetzt noch wichtiger. Auf der juristischen Ebene bleibt den Flüchtlingen nach dem Abschied des Verfassungsgerichts nur noch die Europäische Menschenrechtskommission. Und deren Mühlen mahlen langsam.

Ulla Jelpke und Katina Schubert

2. Der "neue Kommunismus" nach Robert Hue. Frankreichs KP will eine "Union der Linken"

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:29

Als "Signal für eine Erneuerung" wertete das Neue Deutschland vor mehr als zwei Jahren die Wahl von Robert Hue (gesprochen: Ü) zum neuen Vorsitzenden der französischen KP. Wir waren eher skeptisch - schon wegen der Biographie des neuen Mannes, der sich 1981 bei einer ausländerfeindlichen Kampagne der KP hervorgetan hatte. (vgl. ak 363, 6.2.1994) Nun, nach der Streikbewegung vom Dezember letzten Jahres, wird die Öffnung der Partei für Debatten mit anderen linken Kräften gemeldet. Und Robert Hue erläutert in einem Buch seine "neue Kommunismus-Konzeption". Ein Hoffnungsschimmer?

15.000 Menschen drängen sich am Abend des 2. April 1996 im Sportpalast Bercy in Paris, wo die französische KP die anderen Kräfte der Linken zur Debatte in einem "nationalen Forum" eingeladen hatte. Dieser Großveranstaltung war seit Anfang des Jahres eine lange Serie von (insgesamt 600) Foren auf Stadt-, Kreis- und Bezirksebene im gesamten Land vorausgegangen. Neben KP-Sekretär Robert Hue sitzen an diesem Abend auf dem Podium: Lionel Jospin, erster Sekretär der französischen Sozialisten (PS); Jean-Marie Baylet von der linksliberalen Formation "Radical"; Jean-Pierre Chevènement von der linksnationalistischen "Bewegung der Citoyens" (MDC), einer Anti-Maastricht-Abspaltung des PS; Dominique Voynet, Sprecherin der Grünen (Les Verts) von ihrem linken Flügel; und Alain Krivine, Kopf der (trotzkistischen) Ligue Communiste Révolutionnaire.

Während der über vier Stunden langen Veranstaltung blenden Projektoren immer wieder Wortmeldungen von Teilnehmenden ein, die entweder in den Wochen davor an die Redaktion der KP-Zeitung "L'Humanité" geschickt oder während des "Forums" auf zu diesem Zweck verteilte Blätter geschrieben worden waren. Daraus ergibt sich zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der vorhandenen gesellschaftlichen Erwartungen, der drängendsten Probleme: Arbeitslosigkeit, Rassismus, prekäre Arbeitsverhältnisse.

Hue, Krivine und Voynet sind sich über die Einführung der 32-Stunden-Woche einig, wobei die ersteren beiden sie ausdrücklich ohne jede Lohneinbuße fordern. Robert Hue spricht sich für die deutliche Anhebung des Mindestlohns SMIC und kräftige Lohnerhöhungen aus, "um - über den Konsum - die Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu setzen". Hingegen verspricht Jospin für den Fall einer neuen Linksregierung 1998 nur "mäßige Erhöhungen der unteren und mittleren Löhne", wofür er einige Pfiffe erntet.

Ein weiteres zentrales Debattenthema im Laufe des Abends sind die "Bedingungen der Veränderung". Viele der eingeblendeten Botschaften warnen vor einer Wiederholung der Erfahrungen mit den Linksregierungen der Ära Mitterrand ab 1981. "Laßt euch nicht ein zweites Mal täuschen!"; "man darf nicht die Rezepte wiederholen, die schon einmal gescheitert sind". Ausnahmslos alle Podiumsteilnehmer warnen vor der großen Gefahr, daß im Falle neuer Enttäuschungen Le Pen der große Gewinner sei. Jospin gibt die Parole aus, "nur Versprechungen zu machen, die man auch halten kann" - als Zeichen einer "verantwortungsvollen Politik". Hue kontert, es gebe "viel Geld in dieser Gesellschaft, es komme nur darauf an, wie es genutzt wird". Der KP-Sekretär spricht sich für "eine neue Rolle des Bürgers" aus: "Die Leute wollen, und sie müssen teilnehmen, sich einmischen". Dominique Voynet erhofft sich "starke Bewegungen und Widerstandskapazitäten", welche "die Parteien beeinflussen und, wenn diese einmal regieren, über die Einhaltung der abgegeben Verpflichtungen wachen."

Alain Krivine, der die neue Öffnung der KP begrüßt, warnt zugleich: "Nach der Periode des Stalinismus, wo die KP meinte, fertige ‚Wahrheiten` den Arbeitern aufdrücken zu müssen, scheint nunmehr das Umkippen ins andere Extrem zu drohen, wo man gar kein Projekt mehr anzubieten wagt. Es beunruhigt mich etwas, wenn von seiten der KP jetzt immer nur ‚die Leute` beschworen werden. Denn die Leute gehen heute abend nach Hause und sitzen dort weiterhin allein, aber die KP mit ihrer Parteistruktur bleibt bestehen und macht Politik." Krivine erhält an diesem Abend den meisten Applaus; "Le Monde" und "Libération" stellen fest: "Krivine schlägt Hue am Applausmesser" und "Krivine, Star des Abends in Bercy". Krivine fordert eine "politische Mündung" für die sozialen Bewegungen, welche im Dezember 95 gefehlt habe, und eine effektive Kontrolle der politischen Parteien von unten.

Etwas Außenseiter an diesem Abend, bedankt der Linksliberale Baylet sich für die Einladung - man könne ja miteinander diskutieren, auch wenn man nicht immer einer Meinung sei - und macht sich für das "Recht auf Einmischung" stark, sprich: "humanitäre" Militärinterventionen wie 1992/93 in Somalia. Chevènement will zum einen die durch die Maastricht-Kriterien bedrohten öffentlichen Dienste Frankreichs und die sozialen Errungenschaften verteidigen; daneben hebt er die "Rolle Frankreichs in der Welt" als wichtigen Punkt hervor.

"Kommunismus -

Die Verwandlung"

Die "Foren"kampagne der KP dient mit dazu, die "neue Kommunismus-Konzeption" ihres 1994 ins Amt gewählten Sekretärs Robert Hue, welche er Ende 1995 in einem Buch (1) niederlegte, in die Praxis zu verlängern. Zentrale Aussagen dieses Buch sollen im folgenden wiedergegeben werden.

Hue konstatiert zu Anfang das "Scheitern des ‚sowjetischen Modells`, Scheitern auch des sozialdemokratischen Modells", was "jedoch den Kapitalismus nicht besser gemacht hat". Damit begründet Hue "die Nützlichkeit der Kommunistischen Partei: Nützlichkeit für konkrete Männer, Frauen, Jugendliche, menschliche Wesen aus Fleisch und Blut, keine anonymen ‚Massen`". Diese Nützlichkeit der KP bestehe "in ihrer Fähigkeit, die Bedingungen für den Erfolg ihrer eigenen Initiative zu schaffen, um positive Veränderungen ihrer Situation herauszuholen", etwa "die Nutzung des Geldes für die Schaffung von Arbeitsplätzen". Hue fährt fort: "Nützlich zu sein für unser Volk (2) bedeutet nicht, sich - mit welchem Recht? - auszugeben als Träger der ‚richtigen` Politik, der ‚richtigen` Lösung, der zu errichtenden ‚richtigen` Gesellschaft..."

In bezug auf den sowjetischen Sozialismus schreibt Hue, "daß die KP nicht die ‚Filiale` war, die mit dem ‚Mutterhaus` hätte fallen müssen. Die KPF, das ist 75 Jahre französische Geschichte." Und weiter. "Es gibt einen französischen Kommunismus, eine Kommunistische Partei dieses Landes und dieses Volkes, und nicht nur einen nationalen ‚Bruchteil` eines sowjetischen ‚Ganzen`, auch wenn die KP sich lange Zeit als ‚französische Sektion` einer von Moskau aus dirigierten internationalen Bewegung ansah." Diese KP sei "zutiefst französisch. In ihren Wurzeln, in ihrem Leben kommt sie aus diesem Volk."

Zwar habe die KP sich zu Lebzeiten Stalins kritiklos auf die Sowjetunion und ihr Herrschaftsmodell bezogen. Sie habe "keines der Verbrechen des Stalinismus begangen", aber die "Konzeption der Partei und des politischen Verhaltens, einen bestimmten Bezug zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Denksystem" übernommen. Aber, so Hue, das sowjetische "Modell" habe in französischen Traditionen einen "Nährboden" gefunden, der ihm erlaubte, zu einer "französischen Realität" zu werden. Robert Hue erinnert hier an die (seinerzeit übliche) Interpretation der Oktoberrevolution in den Rastern der Französischen Revolution, derzufolge eine "Phase des Terrors" als "notwendig" anzusehen sei; er erinnert auch an Erscheinungsformen der Französischen Revolution wie den "Kult des höchsten Wesens (der Vernunft)", die sich im Personenkult des Stalinismus wiederholten.

Hue wendet sich energisch gegen eine kommunistische Konzeption, die er folgendermaßen charakterisiert: "Ändern wir zuerst die Gesellschaft, der Rest wird folgen!" Diese Konzeption wende sich mitunter sogar gegen das Erringen von kleinen Fortschritten in gesellschaftlichen Kämpfen, weil dies "das Bewußtwerden über die nötige Änderung der Gesellschaft verzögere". Hue fragt: "Haben wir nicht lange Zeit zuerst in Begriffen von Gesellschaft, ‚Klassen`, ‚Massen` gedacht und die konkreten Menschen, mit ihrer jeweils eigenen Persönlichkeit, vernachlässigt?"

Hue wendet sich jedoch auch gegen den sozialdemokratischen Reformismus, den Weg à la "Bad Godesberg". Im Rückblick auf den Kongreß von Tours im Jahre 1920, als die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie sich für den Anschluß an die Dritte Internationale und die Umbenennung in Kommunistische Partei entschied (gegen die Minderheit um Léon Blum), schreibt Hue: "... (Ich habe) Léon Blum gelesen. Mit Interesse. Er hat mich nicht überzeugt: in Tours hätte ich wie Cachin abgestimmt, nicht wie er." (Marcel Cachin, einer der KP-Mitgründer und erster Chef der KP-Zeitung "L'Humanité") Léon Blum warnte auf dem Kongreß von Tours: "Eure Diktatur ist nicht mehr die vorübergehende Diktatur auf Zeit, die euch erlauben wird, die letzten Arbeiten für die Errichtung eurer neuen Gesellschaft durchzuführen. Sie ist ein stabiles Regierungssystem. (...) Das ist das System von Moskau." Blum verteidigte in Tours auch die Politik der "Vaterlandsverteidigung", welche die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg betrieben hatte und die durch die Kommunisten scharf verurteilt wurde.

"War die Spaltung von Tours unvermeidlich?" fragt Robert Hue. Auch heute noch gebe es in der Arbeiterklasse bzw. der "Mehrheit" der Gesellschaft "zwei große Strömungen (...): jene, die nichts vom aktuellen System erwartet und nach radikalen Veränderungen strebt, und jene, die es für sicherlich schlecht, aber unüberwindlich hält (...) Daß diese zwei Strömungen sich in verschiedenen politischen Strömungen ausdrücken (...), ist das nicht natürlich?"

Hue zur Regierungspolitik

der französischen Linken

In jüngerer Vergangenheit habe die Regierungspraxis der französischen Sozialisten während der 80er Jahren allein "die Politik, welche die Mächte des Geldes wollten" umgesetzt und zu "Enttäuschung und Verbitterung" geführt, welche sich die extreme Rechte zunutze machen konnte. Hue: "Die Sozialdemokratie hat in keinem Land zur Überwindung des Kapitalismus geführt. Sie hat, im Gegenteil, jedes Mal versucht, die Lohnabhängigen und die Bürger in eine Politik zu integrieren, welche die herrschenden Geschäftskreise durchsetzen..." Über die Regierungsbeteiligung der KP, die 1984 mit dem Austritt der vier KP-Minister aus der sozialistischen Regierung endete, urteilt Hue: ""Man kann diskutieren, (ob) die Kommunisten nicht früher hätten die Regierung verlassen müssen, seit der ‚Wende zur Austeritätspolitik` (1982/83 unter Wirtschaftsminister Delors; Anm. B.S.)."

Hue ist indes dagegen, aus der Erfahrung den Schluß zu ziehen, daß "die Kommunisten aufhören sollten, eine Partei der Regierungsbeteiligung zu sein". Er spricht sich aber für "neue Wege" aus. Nicht mehr die Politik der "Union an der Spitze", wie beim "gemeinsamen Programm" von KP und SP ("Union der Linken") ab 1972, sei künftig zu praktizieren, sondern eine "neue Union der Linken". Robert Hue visiert dafür "eine neue Rolle der Bürger" als "aktiv Beteiligte" an, die zu einer "neuen Dynamik" führe. Der Autor spricht sich für eine "Beteiligungsdemokratie" aus, die "die traditionellen Beziehungen zwischen politischen Parteien und Bürgern umkehrt." Die Parteien der Linken handeln demnach "in Transparenz für und unter Kontrolle der Bürger". Nicht nur die Form, auch der Inhalt einer "neuen Union" soll verändert sein: den Parteien ist "nicht mehr das Monopol für Programmausarbeitungen, für Vorschläge reserviert", und "die von der Bewegung des Volkes ausgedrückten Erwartungen müssen den Inhalt bestimmen". Konkret bedauert Hue, daß die Bewegung des Mai 1968 nicht durch die Linksparteien aufgenommen worden sei: "Die Volksbewegung 1968, besonders stark und Träger von Erwartungen nach Transformation der Gesellschaft, hat soziale Fortschritte erlaubt. Aber die Kräfte der Linken waren nicht Träger einer politischen Perspektive auf der Höhe dieser Erwartungen, und die Rechte hat die nachfolgenden Wahlen haushoch gewonnen."

Im Rahmen dieser "neuen Union der Linken", die im Fall einer entsprechenden Mehrheit 1998 ein politisches Projekt der "sozialen Transformation" in ein Regierungsprogramm umsetzen soll, spricht sich Hue für "Reformen neuen Typs" aus. Diese Reformen sollen "eine Mobilisierung des Volkes einbeziehen, um erreicht und umgesetzt zu werden", und sind somit "im eigentlichen Sinne antikapitalistisch". Anders als in der früheren Konzeption der KP soll kein "fertiges Gesellschaftsmodell" vorgeschlagen, sondern von den "konkreten Problemen, wie sich stellen, ausgegangen" werden. Im Kern der einzelnen konkreten Probleme werde bereits hier und heute die Logik des Kapitalismus in Frage gestellt, so bei der Frage der Arbeitszeit, die für mehr Beschäftigung sorgen und "die Arbeit weniger unangenehm, weniger lang, interessanter" machen soll. "Eine solche Konzeption setzt voraus, daß man aufhört, die menschliche Arbeitskraft als einfache ‚Ware` zu behandeln. (...) Es dreht sich also um das Wesentliche des Kapitalismus!" Die Verkürzung der Arbeitszeit führe für die Bürger zugleich dazu, "Zeit für die Demokratie" zu haben. Für die Verwendung des Geldes in der Gesellschaft sollten "neue Rechte der Information, der Kontrolle, der Intervention für die Lohnabhängigen und die Bürger festgeschrieben werden." Es gehe darum, schreibt Hue ganz am Anfang seines Buches, "den Kapitalismus (zu) zwingen, in die Betriebsführung und in die Gesellschaft nicht-kapitalistische Elemente einzuführen, wie das Recht der Lohnabhängigen, einen Blick auf die Verwendung des Geldes zu haben, das aus ihrer Arbeit hervorgegangen ist..." Die Reformen bereiten dann das längerfristige Ziel vor: "Indem man sich sammelt, um sie zu fordern, und besser noch: indem man sie erzwingt, verändert man das gesellschaftliche Kräfteverhältnis und (...) neue Konzepte, ein neues Projekt für die Gesellschaft können entstehen, und die Idee wächst, daß, indem man sich vereinigt, man stark genug sein kann, um den Kapitalismus zurückweichen zu lassen, also auch ihn zu überwinden."

Bewertung und Kritik

Wie Stéphane Courtois und Marc Lazar in der Einleitung für ihre "Geschichte der französischen KP" (3) darstellen, war die Partei lange Zeit von zwei widersprüchlichen Dimensionen ihrer Existenz geprägt. Einerseits war sie auf die Existenz eines "fertigen" Gesellschaftsmodells in der UdSSR gegründet, die auch materiell ihren Dreh- und Angelpunkt bildete. Die Existenz eines enormen bürokratischen Apparats erlaubte zahllosen Arbeitern den sozialen Aufstieg und eine Bildung, zu der sich erst mit der stärkeren Öffnung der Universitäten für Arbeiterkinder in den 60er und 70er Jahren eine Alternative anbot. Durch diesen Apparat wurde sowohl materiell eine neue soziale Schicht geformt (die in den Klassenbeziehungen und -kämpfen in allererster Linie die Konservierung ihrer eigenen Existenz und deren Ausbau zum Ziel hatte), als auch ein - lange Zeit attraktiv erscheinendes - Gesellschaftsmodell bereits innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft errichtet.

Zum anderen bestand durch die massenhafte Anhänger- und Wählerschaft der KP stets ein Druck, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren und die Interessen und Wünsche der Wähler in der konkreten Alltagspolitik zu vertreten. Somit entstand ein instabiles Gleichgewicht zwischen zunehmender Anpassung an die Sozialdemokratie (bis hin zur Regierungsbeteiligung 1981 - 84, in der die KP lange Zeit alle Maßnahmen, auch den "Sanierungs"plan zur Zerschlagung der Stahlindustrie Lothringens, vollständig mittrug) und dem Festhalten an einem äußeren "Modell".

Durch den Zusammenbruch des sowjetischen "Modells" kam die zweite Dimension abhanden; um nicht ihren Existenzgrund zu verlieren, muß die KP daher ein neues inneres Gleichgewicht finden, das nicht in der völligen Übernahme des sozialdemokratischen Konzepts bestehen kann: dann wäre die Partei überflüssig, daß es in Frankreich, anders als in Italien, eine starke Sozialdemokratie außerhalb der bisherigen KP gibt. Diese Suche nach neuen Perspektiven hat, wenngleich eher aus der Not (dem Fehlen eines eigenen "fertigen" Projekts) geboren, eine bemerkenswerte Öffnung der KP gebracht. Das Ableben ihres jahrzehntelangen Leitbilds hat zu einer solchen Ratlosigkeit geführt, daß ein neues Projekt notwendigerweise außerhalb der hergebrachten, mit ihrem "Modell" völlig identifizierten Partei gesucht wird. Freilich wird dieser Versuch, ein neues Projekts von der Gesellschaft bzw. den "Bewegungen" zu "leihen", nicht von allen Fraktionen der KP geteilt. So predigen die "Orthodoxen" im Apparat den völligen Rückzug der Partei auf sich selbst, um wieder zu einem "Projekt" zu finden - ansonsten sei jeder Öffnungsversuch selbstmörderisch und führe zur Sozialdemokratisierung.

Hues Konzeption für eine "soziale Transformation" durch eine "neue Union der Linken" erscheint sehr optimistisch. Wenn die KP sich nochmals auf eine Regierungsbeteiligung einließe, würde sie sich rasch äußerstem Druck der Sozialdemokratie wie der "wirtschaftlichen Realitäten" ausgesetzt sehen. Und hier bleibt Hue in schlechtester KP-Tradition, indem er sich über die Gegenkräfte und ihre Möglichkeiten zur Verhinderung eines echten gesellschaftlichen Veränderungsprozesses ausschweigt - als sei die gesellschaftliche "Transformation" nur eine Frage des Willens der Beteiligten. Die Terminologie der "(schrittweisen) Überwindung des Kapitalismus" durch "substantielle Reformen" klingt vertraut. Sie ist alten KP-Programmen entnommen, deren Erfolgsbilanz bekannt ist.

Dennoch deuten einige von Hues Überlegungen prinzipiell in die richtige Richtung: Relativierung der Rolle der Partei zugunsten der sozialen Bewegungen, Kontrolle von unten usw. Noch im Dezember 95 wurde die Bewegung auch von der KP unter Hue gebremst - sie hatte kein Regierungsprojekt (zusammen mit der in der konkreten Situation regierungsunwilligen Sozialdemokratie) anzubieten. Künftige soziale Bewegungen werden hoffentlich die von Hue jetzt formulierten Prinzipien durchsetzen und unabhängig von den Parteien ein politisches Projekt vorschlagen - der Dreh- und Angelpunkt nicht nur von Robert Hues Konzeption.

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkungen:

1) Robert Hue: "Communisme - La Mutation", Edition Stock 1995, 343 Seiten, 120 Francs

2) Das Wort "Volk" ist nur eine sehr ungenaue Übersetzung des französischen "peuple", da der französische Begriff nicht wie der deutsche mit völkisch-nationalen Bedeutungen aufgeladen ist, sondern mehr eine soziale Kategorie darstellt.

3) Stéphane Courtois / Marc Lazar: "Histoire du Parti Communiste Francais", PUF (Presses Universitaires de France) 1995, 430 S., 120 Francs

3. "Ihr habt sie lebend verhaftet - wir wollen sie lebend wieder"

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:49

In den vergangenen Jahren ist in der Türkei das "Verschwindenlassen" von Oppositionellen zu einem festen Bestandteil staatlicher Repressionspolitik geworden. Waren es während der 80er Jahre "nur" einzelne Personen, die nach einer polizeilichen Festnahme für immer in den Folterkellern verschwanden, gehen die Menschenrechtsvereine und amnesty international in den letzten Jahren von über 400 "Verschwundenen" aus. Insbesondere der vormalige Polizeichef und frischgebackene Justizminister der Regierung Yilmaz, Mehmet Agar, trägt hierfür die Verantwortung.

Seit im März letzten Jahres bei den polizeilichen Angriffen auf Aleviten im Istanbuler Stadtteil Gazi der junge Hasan Ocak nach einer Festnahme angeblich "verschwand" (tatsächlich verscharrten Polizisten den verstümmelten Leichnam des zu Tode Gefolterten auf einem nahen Friedhof), führen Angehörige der Verschwundenen und Menschenrechtsgruppen vor dem Istanbuler Galatasaray-Gymnasium freitags wöchentliche Protestaktionen durch. Am 17. Mai, während Yilmaz mit Kohl die Türkisch-Deutsche Freundschaft pflegte, fand die 52. Aktion unter internationaler Beteiligung statt. Angehörige von "Verschwundenen" aus verschiedenen lateinamerikanischen und europäischen Ländern hatten sich eingefunden. Ein ebenfalls geplantes gemeinsames Symposium in der Technischen Universität von Istanbul wurde kurzfristig vom Gouverneur von Istanbul verboten, so daß das Treffen mit Verspätung in einem Kulturzentrum durchgeführt wurde.

Auch unter der neuen Regierung setzt die Polizei die Praxis des "Verschwindenlassens" fort: seit dem 27. März wird Talat Türkogluz, ein bekanter Kader der "Revolutionären Kommunistischen Partei" vermißt. Türkogluz war erst vor wenigen Monaten nach einer 7jährigen Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen worden. Er war nach Edirne gefahren, um seine Mutter zu besuchen, der er auch berichtete, daß er auf dem Hinweg von Zivilpolizei "begleitet" worden war. Seit er sich von Edirne aus auf den Rückweg nach Istanbul gemacht hat, fehlt jede Spur von ihm.

Das Foto, das eine der wöchentlichen Aktionen in Istanbul zeigt, wurde von Metin Göktepe, Journalist der Zeitung Evrensel aufgenommen. Metin hatte am 8. Januar an der Beerdigung für zwei während der Niederschlagung einer Gefangenenrevolte von Sicherheitskräften Ermordete teilgenommen. Mehrere hundert Teilnehmer dieses Trauermarsches waren von der Polizei festgenommen und in einer Turnhalle eingesperrt worden. Anschließend wurde Metin von Polizeikräften auf der nahe gelegenen Wache zu Tode gefoltert und sein Leichnam in einen Teegarten geworfen. Wochenlang stritt die Polizei jede Verantwortung für den Fall ab. Die noch amtierende Ministerpräsidentin Ciller attackierte die in- und ausländische Presse, die über den Fall berichtete hatte. Nach der Ermordung Metins, der aufgrund seiner Tätigkeit als "linker Journalist" in Istanbul bekannt und beliebt war, entwickelte sich eine bisher nicht erlebte Protest- und Solidaritätswelle. Mehr als Zehntausend nahmen an seiner Beerdigung teil. Die Staatsanwaltschaft war schließlich gezwungen ein Ermittlungsverfahren gegen die Beamten einzuleiten und kürzlich sogar gegen 48 Polizisten Anklage zu erheben und sie vom Dienst zu suspendieren.

Am 10. April - Metins 28. Geburtstag - versammelten sich wieder Hunderte seiner Freunde in Trauer und Wut.

Nora Mielke

4. Hanna Krabbe ist frei!

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:07

Endlich - nach 21 Jahren ist Hanna Krabbe am 10. Mai entlassen worden! Sie war nach der Entlassung von Irmgard Möller die am längsten einsitzende RAF-Gefangene. Hanna Krabbe war 1975 im April als Mitglied des Kommando Holger Meins in Stockholm festgenommen worden. Die Gruppe hatte die Botschaft der BRD besetzt und wollte gefangene GenossInnen aus BRD-Knästen befreien.

Mehr als 60 FreundInnen und Angehörige - darunter auch die langjährige Mitgefangene Irmgard Möller - erwarteten Hanna Krabbe, als sie den Lübecker Knast verlassen konnte. Der "Rest" ihrer lebenslangen Haftstrafe wurde auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Hanna Krabbe begrüßte die Wartenden mit einer kleinen Rede: "... Ich bin wahnsinnig froh, daß ich draußen bin und wie ich hier empfangen werde. Es ist alles noch etwas unwirklich für mich. Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, daß ich jetzt frei bin. Es zeigt, daß es trotz allem eine Sensibilität gibt in der Gesellschaft gegen den staatlichen Versuch, uns und unsere Kampfgeschichte von mehr als zwanzig Jahren wegzunormalisieren. Das ist nicht das Ende der Sonderjustiz. Es gibt in der Bundesrepublik hunderte von politischen Gefangenen in den Knästen, zehn davon aus unserem Zusammenhang, die seit Jahrzehnten sitzen. Das sind: Rolf Heissler in Frankenthal, Christian Klar in Bruchsal, Brigitte Mohnhaupt in Aichach, Helmut Pohl und Rolf-Clemens Wagner in Schwalmstadt, Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann in Köln, Eva Haule und Birgit Hogefeld, die jetzt ihren Prozeß hat, in Frankfurt und Stefan Wisniewski in Münster. Laßt uns jetzt unsere Kräfte zusammenbringen, damit sie alle rauskommen. Zum Schluß möchte ich noch ganz herzlich alle Gefangenen grüßen, die ich hier zurücklassen muß." (zitiert nach Angehörigen Info 181).

5. Schluß mit den Nazitreffen. Hetendorfer Tagungswoche verhindern!

Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:09

Dieses Jahr findet die "6. Hetendorfer Tagungswoche" vom 15.-23. Juni statt. Bislang nahmen an diesen Tagungswochen bis zu 300 Personen teil. Das Treffen dient der Vernetzung, dem Informationsaustausch und der Ideologiebildung der faschistischen Bewegung.

Veranstaltet wird die "Hetendorfer Tagungswoche" von folgenden faschistischen Vereinen: Artgemeinschaft e.V., Familienwerk e.V., Freundeskreis Filmkunst e.V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., Gesellschaft für freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg, Heinrich-Anacker-Kreis e.V., Nordischer Ring e.V., Northern League und Heide-Heim e.V. Die einladenden Vereinigungen sind personell eng mit dem Nazizentrum verwoben. Jürgen Rieger, wichtigster Rechtsanwalt im rechtsextremen Lager, ist Hintermann des Zentrums und Funktionär zahlreicher dieser Vereine.

Hetendorf liegt im Naturpark Südheide bei Hermannsburg nördlich von Celle. Zur "Hetendorfer Tagungswoche" kommen vorwiegend alte Nazis - aber auch Neonazis - zusammen, die dort zehn Tage lang durch Vorträge namhafter rechter "Größen" ideologisch geschult werden, Mitgliederversammlungen der einzelnen einladenden Organisationen abhalten und "germanische" und "heidnische Brauchtümer" pflegen. Die Sommersonnenwendfeier in der Nacht auf den 21. Juni stellt den Höhepunkt der ganzen Woche dar.

Eingebunden in das Treffen ist ein Kulturprogramm, das die Herzen der gesamten faschistischen Familie erfreut: "Einholen des alten Questenbaumes, Errichten und Schmücken eines Neuen mit Bändern, Eiern und Girlanden und zu bindendem Kranz, Errichten des Feuerstoßes, Reigentanz, Germanischer Sechskampf (3-Sprung, Steinstoßen, Speerweitwurf, Axtzielwurf, Bogenschießen, 120 megalithische-Ellen-Lauf), Backen von Hollerküchle"; "Fröhlicher Abend um den Metkessel mit Volkstanz, Singen und Beiträgen von Gefährten"; (aus dem Programm der "Hetendorfer Tagungswoche" von 1995).

Das faschistische Schulungszentrum "Hetendorf 13" in der Südheide existiert seit 1979. Seit 1990 ist es im Besitz des Heide-Heim e.V. aus Hamburg, ein zweiter Heideheim e.V. aus Buchholz fungiert als Unterstützer. Vorsitzender beider Vereine ist Gerhard Hennig aus Buchholz, Jürgen Rieger sein Stellvertreter. Das Gelände wird ständig bewohnt und bewirtschaftet vom Ehepaar Ilse und Otto Koch. Beide sind Mitglieder der NPD. Hetendorf 13 ist ca. 7.000 qm groß und mit Stachel- und Natodraht gesichert. Auf dem Grundstück befinden sich vier Gebäude mit Platz für mehrere hundert Personen.

Bereits 1983 gab es auf dem Gelände eine größere Sommersonnenwendfeier mit einer Hochzeit nach "altgermanischem Ritus". Seit 1986 wurden dort jedes Jahr die großen Schulungslager der Wiking-Jugend abgehalten. An den Pfingstlagern nahmen bis zu 300 Faschisten teil. Das Verbot der Wiking-Jugend 1994 hatte zur Folge, daß ein großer Teil der regelmäßigen Treffen in Hetendorf 13 weggefallen ist. Vorläufer der "Hetendorfer Tagungswoche" war das Treffen der Artgemeinschaft e.V. im Jahr 1990, zu dem Jürgen Rieger eingeladen hatte. Dieses zweitägige Treffen war so erfolgreich, daß die Artgemeinschaft e.V. im darauffolgenden Jahr mit anderen Vereinigungen erstmals - und danach jährlich um den 21. Juni herum - die "Hetendorfer Tagungswoche" veranstaltete. Weitere Veranstaltungen in Hetendorf 13 waren z.B. Ausbildungslager der Nationalistischen Front (NF), Bundestreffen der Skingirl Front Deutschland und NPD-Treffen.

In einer Zeit, in der sich die Herrschenden von der Schuld am Faschismus selbst befreien, um hemmungslos einen erneuten Versuch unternehmen zu können, Deutschland zur Großmacht auszubauen, erleben faschistische "Politiklösungen", wie sie u.a. in Hetendorf vorgedacht werden, eine Renaissance.

Während innenpolitisch zum Großangriff auf verbliebene soziale Rechte geblasen und mittels der nationalistischen "Standort Deutschland"-Propaganda eine neuerliche "Volksgemeinschaft", die als "Schicksalsgemeinschaft" daherkommt, konstruiert wird, verstärkt sich die Militarisierung der Gesellschaft von Tag zu Tag. Diese zeigt sich nicht nur an der Beteiligung deutscher Interventionstruppen an internationalen Militäreinsätzen, sondern auch an der Kriminalisierung antimilitaristischer Politik. Durch einen "Ehrenschutz für

Soldaten" sollen beispielsweise künftig Menschen, die Soldaten als Mörder bezeichnen und sich somit der "Verunglimpfung der Bundeswehr" schuldig machen, drei Jahre hinter deutschen Gefängnismauern verschwinden.

Um heute wieder Kriege führbar zu machen, muß auch wieder eine Propaganda für "soldatische Ehre" auf die Tagesordnung gesetzt und antimilitaristisches Bewußtsein konsequent verfolgt werden. Die alljährliche "Heldenverehrung" im Rahmen der Hetendorfer Tagungswoche ist somit voll auf der Höhe der Zeit.

Dezentrale und

zentrale Aktionen

Durch das im letzten Jahr vom Bündnis gegen Rechts organisierte antifaschistische Pfingstcamp und die Demonstration in Hetendorf wurde der Widerstand gegen das Nazizentrum in der Region gestärkt. Es folgten eine Blockade während der "Hetendorfer Tagungswoche" und drei antifaschistische Sonntagsspaziergänge am Gelände von Hetendorf 13. Mittlerweile ist das faschistische Zentrum ständig Thema, vor allem in den regionalen Medien. Zuletzt lief eine breite Unterschriftensammlung für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der beiden Trägervereine.

Die Verhinderung der 6. "Hetendorfer Tagungswoche" wäre daher ein großer Erfolg im Kampf gegen die Bündnisstrukturen der Nazis und würde den Bestand des Heideheims als überregionaler Treffpunkt und Schulungszentrum für sie als Ganzes in Frage stellen.

Bereits im Vorfeld des diesjährigen Treffens soll es dezentrale Aktionen an den Orten geben, an denen ReferentInnen und TeilnehmerInnen der letzten "Hetendorfer Tagungswochen" wohnen. Die dezentrale Kampagne soll die Faschisten ans Licht der Öffentlichkeit zerren und soviel Druck aufbauen, daß sie nicht zur Tagungswoche anreisen. Das zentrale Konzept sieht vor, die Anreise der Faschisten zur Tagungswoche zu blockieren. Außerdem werden wir dafür Sorge tragen, daß der Höhepunkt der Tagungswoche - das ungestörte Abfeiern des Sonnenwendfeuers - ins Wasser fällt. In Celle wird es einen Anlaufpunkt für die Tage geben, an denen die Aktionen laufen. Für Schlafplätze wird gesorgt.

nach Informationen des Bündnis gegen Rechts, Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf

Beginn der Blockade:

15. Juni, 6.00 Uhr morgens an mehreren Punkten. Treffpunkt für AntifaschistInnen, die aus dem Süden kommen, ist Bonstorf Ortsmitte und für die, die aus dem Norden kommen, der Abzweig Richtung Hetendorf auf der K45.

Aktion gegen die "Sonnenwendfeier":

Donnerstag, 20. Juni, Treffen um 19.00 Uhr, CD-Kaserne Hannoversche Straße in Celle, um gemeinsam nach Hetendorf zu fahren.

6. Proletarier aller Länder, unterbietet Euch?

Über Razzien, Entsendegesetz und die Arbeitsbedingungen von Flüchtlingen in der BRD

Autor: ZAK Tübingen · Rubrik: Sozialpolitik; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:34

Bedroht unkontrollierte Zuwanderung den bundesdeutschen Sozialstaat? Viele neu Zugewanderte müssen sich mit den miesesten Jobs herumschlagen, oft ohne jede soziale Absicherung. Das paßt bestens zur derzeitigen Deregulierungs-Offensive von "oben". Deutsche GewerkschafterInnen antworten mit Rufen nach Razzien und "Grenzen dicht".

Das Tübinger ZAK (Zentralamerikakomitee) veröffentlicht in diesen Tagen eine Broschüre, in der Flüchtlinge in Interviews über ihre Arbeitsbedingungen berichten (Gastronomie, Müll-, Putz- und Baubranche). In mehreren Hintergrundtexten analysiert das ZAK den Zusammenhang von Flucht/ Migration und ökonomischer Deregulierung in der BRD. Das folgende Diskussionspapier ist das (leicht gekürzte) Schlußkapitel der Broschüre (Bestelladresse siehe Anzeige auf dieser Seite).

Wir treten grundsätzlich für die rechtliche und soziale Gleichstellung von MigrantInnen und Deutschen ein. Wer volle politische Rechte (einschließlich des Aufenthaltsrechts) hat, kann auch besser für soziale Rechte kämpfen. Allerdings ist es nicht damit getan, einfach nur "Bleiberecht für alle" zu fordern, wie wir (und viele andere antirassistische Gruppen) es bisher getan haben. Wir müssen uns auch darum kümmern, wie Flüchtlinge und MigrantInnen hier ihren Alltag und Lebensunterhalt bewältigen müssen. (...)

Einerseits haben Menschen in der Dritten Welt und Osteuropa nach jahrhundertelanger Ausplünderung jedes Recht, am westeuropäischen Wohlstandskuchen teilzuhaben. (Gerade in Osteuropa, woher heute die meisten MigrantInnen kommen, hat sich Deutschland beim Ausplündern besonders hervorgetan!) Wer es schafft, in die Bundesrepublik zu gelangen, kommt dabei freilich noch lange nicht in die "Konditorei", sondern muß oft schon froh sein, ein bißchen hartes Brot verdienen zu können.

Andererseits untergraben die neuen ZuwandererInnen mit ihrer Bereitschaft zu niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen die bisherigen Standards. Dies stellt den bisherigen Lebensstandard der Einheimischen in Frage. Eine rücksichtslose Konkurrenz "aller gegen alle" auf dem Arbeitsmarkt führt zu einer endlosen Spirale nach unten, bei der am Ende alle Lohnabhängigen verlieren und nur das Kapital gewinnt.

Deutsche Facharbeiter

gegen tschechische Pendler?

Dieses einerseits-andererseits führt nicht selten zu einem unlösbaren Widerspruch. 50jährige einheimische Bauarbeiter in der Oberpfalz finden keine Arbeit mehr, weil die Baufirmen zu einem Spottpreis genügend junge tschechische Pendler anheuern. Die Pendler gehören wiederum in ihren Herkunftsländern zu den Privilegierten. Wer hat da "Recht"?

Als Flüchtlings-UnterstützerInnen verteidigen wir das Recht des Pendlers, in die BRD zu kommen und hier am Wohlstand teilzuhaben. Und, wenn es nun mal nicht anders geht, auch für nur fünf Mark die Stunde zu arbeiten und damit die teurere deutsche Konkurrenz zu unterbieten. Warum soll ein tschechischer Pendler weniger Recht auf Einfamilienhaus, Neuwagen und Satellitenfernsehen haben als sein deutscher Kollege?

Als Gewerkschafts-Mitglieder protestieren wir dagegen: Niemand hat das Recht, auf eigene Faust kollektiv erkämpfte Errungenschaften (z.B. Tariflohn) zu unterlaufen. Das öffnet der Willkür der Unternehmer Tür und Tor. Wir verteidigen die mühsam erkämpfte Absicherung des Oberpfälzer Facharbeiters, dessen Angst vor dem sozialen Abstieg sich nicht einfach als "Wohlstands-Chauvinismus" abtun läßt (wie es manche Anti-RassistInnen gern tun). Allerdings rechtfertigt diese Angst in keinem Fall rassistische Angriffe gegen ausländische Vertragsarbeiter.

Es geht uns nicht darum, moralische Noten zu verteilen, wer am meisten "Recht" hat, sondern darum, die realen Konflikte zu verstehen. Diese Konflikte lassen sich nicht mit wohlfeilen Parolen von der "Einheit der Arbeiterklasse", "internationaler Solidarität" oder "offenen Grenzen" auflösen. Die alte Parole "Black and white, unite and fight!" ist zu einfach.

Es gibt vielfältige Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen. Die herkömmlichen Trennungen nach Herkunft, Geschlecht, Alter, Qualifikation (etc.) werden ständig neu (re-)produziert oder weiter ausdifferenziert. Von diesen Spaltungen profitiert nicht nur das Kapital, auch unter den Beschäftigten gibt es NutznießerInnen und VerliererInnen. Ein Beispiel: Weil ImmigrantInnen die dreckigsten und am niedrigsten bezahlten Arbeitsplätze im Betrieb übernehmen, können ihre deutschen KollegInnen in besser bezahlte (VorarbeiterInnen-)Jobs aufsteigen.

Freilich sind nicht immer Deutsche die Privilegierten und AusländerInnen die Benachteiligten. Die Konfliktlinien laufen manchmal auch quer zur Staatsangehörigkeit. Ein Beispiel: Ein langjähriger türkischer Daimler-Arbeiter gehört zur abgesicherten einheimischen Kernbelegschaft. Dagegen findet seine deutsche Nachbarin nur 590-Mark-Jobs. Wenn wir von einem Interessenkonflikt zwischen Einheimischen und ImmigrantInnen reden, dann ist das selbstverständlich eine Vereinfachung. Im Einzelfall muß mensch immer genau beschreiben, wer auf welcher Seite steht.

In welchem Verhältnis stehen nun die Interessen von "einheimischen Kernbelegschaften" zu den Interessen von "neuen ImmigrantInnen"? An welchen Punkten überwiegen die Gemeinsamkeiten? Wo überwiegt die Konkurrenz?

Konkurrenz "ganz unten"

In der Regel (außer auf dem Bau) sind es kaum deutsche FacharbeiterInnen, die mit neuen ImmigrantInnen konkurrieren. Denn für Flüchtlinge und Illegale bleibt meist nur der "unqualifizierte" Arbeitsmarkt. Das gilt auch für viele hochqualifizierte ImmigrantInnen, weil ihre Zeugnisse hier nicht anerkannt werden. Die Arbeitsmärkte für qualifizierte und für unqualifizierte Jobs sind so stark segmentiert (aufgeteilt), daß zwischen den beiden Bereichen kaum eine unmittelbare Konkurrenz besteht.

Die eigentliche Konkurrenz findet "weiter unten" statt: Die "Neuen" konkurrieren vor allem mit bereits "etablierten" ImmigrantInnen und prekär beschäftigten Deutschen. Hier wirkt die Spirale nach unten am brutalsten. Ähnliches gilt übrigens auch in den USA und in anderen Einwanderungsländern. Da haben junge Deutsche mit Uni-Diplom (so wie wir) gut reden. Unsere Arbeitsplätze macht uns so schnell keinE Billiglohn-ArbeiterIn streitig.

Trotzdem gibt es die Probleme "Lohndrückerei durch Billig-Arbeitskräfte" und "ausgehöhlte Standards" nicht nur auf dem Bau oder in der Gastronomie. Langfristig werden auch die traditionellen "Kernbelegschaften" bedroht, wenn in den "unteren" Sektoren die Standards immer weiter abbröckeln, wenn es immer selbstverständlicher wird, daß Leute ohne geregelte Arbeitszeit, Sozialversicherung und Urlaubsanspruch malochen. Auch der Daimler-Facharbeiter mit 13. Monatsgehalt und Kündigungsschutz hat eine Drohung vor Augen: den indischen Mechaniker, der in einer Schwitzbude in Bombay oder in Böblingen zum Hungerlohn die Zuliefer-Produktion übernehmen kann.

Bei allen gegenläufigen Interessen haben beide Gruppen doch auch Gemeinsamkeiten. Wenn es nach dem Kapital geht, dann sollen alle ihre Arbeitskraft immer billiger verkaufen, dann sind die sozialen Sicherungen für alle zu großzügig. Wenn die Löhne der (relativ gut bezahlten) FacharbeiterInnen sinken, bekommen das früher oder später auch ihre KollegInnen am unteren Ende der Hierarchie zu spüren. Wenn soziale Sicherungen "unten" abgebaut werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch "oben" gestrichen wird. Jeder Einbruch an einer bestimmten Stelle schwächt die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten.

Deswegen wäre es durchaus im Eigeninteresse der Gewerkschaften, sich um die Arbeitsbedingungen "ganz unten" zu kümmern - dort, wo viele Flüchtlinge und illegalisierte MigrantInnen arbeiten. In vielen Fällen wäre schon viel gewonnen, wenn die Betroffenen "nur" ihr gesetzliches Recht bekämen. In Branchen wie Hotel und Gaststätten, Einzelhandel und Bau gelten sogenannte Bundesrahmentarifverträge, die zumindest auf dem Papier gewisse Mindeststandards für alle sichern - auch wenn der/die ArbeitgeberIn keinen Tarifvertrag unterschrieben hat. Bundesurlaubs-, Entgeltfortzahlungs- und Kündigungsschutz-Gesetze gelten auch ohne schriftlichen Arbeitsvertrag. Die meisten Flüchtlinge haben davon keine Ahnung. Und selbst diejenigen, die Bescheid wissen, trauen sich angesichts der Kräfteverhältnisse nur selten, ihre Rechte einzufordern.

Mindeststandards für alle?

Ein erster Schritt könnte sein, überall gewisse Mindeststandards durchzusetzen und so zu verhindern, daß sich die Spirale bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen immer weiter nach unten dreht. In diesem Wohlstandsland soll niemand mehr für sieben Mark Stundenlohn Küchenböden schrubben müssen. Für viele Flüchtlinge wären "12 Mark plus Sozialversicherung" schon ein Riesen-Fortschritt.

Allerdings ist auch dieses Minimalziel nicht unproblematisch (mal dahingestellt, ob es überhaupt wirklich flächendeckend realisierbar ist). Die Durchsetzung von Mindeststandards könnte kurzfristig "neuen" MigrantInnen schaden. Denn mancheR KneipenbesitzerIn mag sich sagen, "für 12 Mark Stundenlohn plus Versicherung finde ich auch einen deutschen Jobber". Die "neuen" MigrantInnen und Illegalisierten könnten ihren "Wettbewerbsvorteil" nicht mehr ausspielen - eben billiger zu sein. Es gäbe folglich immer weniger Nischen, in denen diese MigrantInnen - zu den bisherigen brutalen Ausbeutungsbedingungen - Arbeit finden könnten.

Mindeststandards und Tarifverträge haben auch etwas Ausschließendes gegen diejenigen, die es nicht schaffen, in ein solches "gesichertes" Arbeitsverhältnis reinzukommen. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Entsendegesetz für die Bauwirtschaft. Damit sollen gewisse "allgemeinverbindliche" Mindeststandards durchgesetzt werden - mit der Absicht, ausländische Billig-Arbeitskräfte vom deutschen Markt fernzuhalten. Höhere Mindeststandards in der BRD können auch dazu führen, (potentielle) MigrantInnen noch weiter aus der "Wohlstandsfestung Westeuropa" auszugrenzen.

Razzia? Nix da!

Der Staat gibt vor, bestimmte Mindeststandards durchsetzen und "Schwarzarbeit" und "illegale Beschäftigung" bekämpfen zu wollen. Sein Mittel: Razzia. Auch viele GewerkschafterInnen rufen nach Arbeitsamt-Kontrollen und Polizei, um Lohn-Dumping zu bekämpfen. Auch manche Linke sehen - angesichts der eigenen Ohnmacht - den Staat als einzigen Schutz gegen Über-Ausbeutung durch UnternehmerInnen.

Angeblich sollen Razzien auf Baustellen, in Kneipen und Bordells "skrupellosen Menschenhändlern" das Handwerk legen. Die Leidtragenden solcher Razzien sind allerdings meistens nicht die Bauunternehmer, Kneipenbesitzer und Zuhälter. Sie können die fälligen Bußgelder in der Regel aus der Portokasse bezahlen. Die Beschäftigten werden dagegen festgenommen und abgeschoben - und werden so sogar noch um den ihnen zustehenden Lohn betrogen.

Razzien verschlimmern nur die Situation der irregulär Beschäftigten. Weil ihnen ständig die Angst vor der nächsten Polizeikontrolle im Nacken sitzt, trauen sie sich noch weniger, Forderungen zu stellen und sich für ihre Interessen zu organisieren. Ohne das Druckmittel "Razzia" könnte mancher Unternehmer wohl kaum dermaßen beschissene Arbeitsbedingungen erzwingen.

Was viele (auch in den Gewerkschaften) übersehen: Razzien verhindern nicht die Beschäftigung von Illegalisierten. Sie sorgen "nur" dafür, daß die KollegInnen ohne gültige Papiere eingeschüchtert werden. Damit dienen Razzien als Instrument zur Lohnsenkung und Arbeitsintensivierung gegen alle Beschäftigten.

Wer soll Mindeststandards durchsetzen?

Gesetzliche Mindeststandards lassen sich auch ohne Razzien durchsetzen. Beispiel USA: Dort kann jedeR (auch "Illegale") vor Gericht gegen Verstöße gegen das Mindestlohngesetz oder gegen Arbeitsschutz-Bestimmungen klagen - ohne daß Justiz oder Polizei den Aufenthaltsstatus der KlägerIn ermitteln. Wenn dagegen in der BRD "Illegale" vor Gericht gehen würden, droht ihnen die Abschiebung.

Unter den gegebenen Bedingungen in der BRD ist für uns klar, daß "anständige" Löhne und Arbeitsbedingungen nicht von "außen" (etwa durch das Arbeitsamt) durchgesetzt werden können, sondern nur von den Betroffenen selbst. Unsere Aufgabe ist es, solche Bemühungen zu unterstützen. Die Beschäftigten müssen über ihre Rechte informiert werden. Sie brauchen materielle Ressourcen, um sich zu organisieren (Treffpunkte, Telefon, Flugblätter,...). Wenn es die Betroffenen wünschen, können wir helfen, ihre Ausbeutung öffentlich zu machen, und können sie mit Aktionen unterstützen.

Innerhalb eines Betriebes braucht es die Solidarität der besser gestellten und abgesicherten KollegInnen. Wenn ALLE Beschäftigten tatkräftig protestieren würden, wenn ihre "illegalen" KollegInnen (bzw. Flüchtlinge

oder Werksvertrags-/Saison-ArbeiterInnen) um ihren Lohn geprellt werden, wäre diese weitverbreitete Praxis schnell vorbei.

Auch andere gesellschaftliche Institutionen und soziale Einrichtungen sind hier gefragt. Caritas, Diakonie, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsräte müssen die sozialen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge und Illegalisierte in diesem Land leben müssen, stärker zum öffentlichen Thema machen. Ein wichtiger Schritt zur tatkräftigen Solidarität wäre auch hier eine gezielte Rechtsberatung für Arbeits- und Sozialrecht, die selbstverständlich vertraulich erfolgen muß.

Die skrupellose Ausbeutung vieler Flüchtlinge und ImmigrantInnen wäre kaum möglich, wenn alle Menschen hier den gleichen rechtlichen Status hätten. Damit wäre zwar nicht das System der Ausbeutung abgeschafft, aber zumindest gäbe es weniger Ansatzpunkte für Spaltungen unter den Beschäftigten und Einschüchterung von "Illegalen" - und mehr Ansatzpunkte für eine gemeinsame Gegenwehr. Deswegen:

- Aufhebung der Deutschen-Bevorzugung durchs Arbeitsamt (Blüm-Erlaß)!

- Keine Razzien!

- Arbeitsrechtliche Klagemöglichkeit für "Illegale" ohne Gefahr für den Aufenthalt!

- Legalisierung und Aufenthaltsrecht für alle "Illegalen"!

- Bleiberecht für Alle!

- Abschaffung aller Sondergesetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge!

ZAK Tübingen

Gewerkschaftliche Hilfssheriffs?

"Wir können uns prinzipiell nicht damit einverstanden erklären, daß man durch staatliche Gesetze gerade den Ärmsten der Proletarier die Möglichkeiten nehmen will, dem Elend und der Bedrückung zu entfliehen und die Segnungen der Freiheit und Zivilisation kennen zu lernen." (Aus: Der Grundstein, 1895)

Als vor über 100 Jahren die britischen Gewerkschaften Einwanderungsbeschränkungen (vor allem gegen irische ImmigrantInnen) forderten, protestierten ihre deutschen Kollegen im Grundstein, dem Organ der deutschen Baugewerkschaften. Auch wenn die "Segnungen der Freiheit und Zivilisation" uns heute etwas weniger begehrenswert erscheinen mögen, so steht die damalige, konsequent internationalistische Position der Baugewerkschaft doch in einem bemerkenswerten Kontrast zur heutigen Position. Heute protestiert man nicht mehr gegen staatliche Gesetze, sondern bietet die eigenen Handlangerdienste an, um sie durchzusetzen.

Ein Beispiel: Im Februar 1996 starteten die IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt) und die Polizeigewerkschaft GdP eine Initiative "Sicherheit durch Zusammenarbeit". Vertrauensleute der IG BAU sollen künftig als Hilfssheriffs auftreten und den staatlichen Ermittlungsbehörden Hinweise auf "Schwarzarbeit" und "Sozialbetrug" liefern.

Diese Haltung ist kein Einzelfall. Zwar haben die meisten Gewerkschaften eine blitzsaubere antirassistische Beschlußlage, aber in der Praxis sieht es oft sehr viel "durchwachsener" aus. Schon die alten "Gastarbeiter" sind in gewerkschaftlichen Gremien unterrepräsentiert, von "neuen" ImmigrantInnen ganz zu schweigen.

Bisher vertreten die Gewerkschaften vor allem die qualifizierten Beschäftigten in den ökonomischen Kernsektoren. Manche GewerkschafterInnen nehmen ihre KollegInnen "ganz unten" (also Flüchtlinge und "Illegale") nur als unliebsame Konkurrenz wahr - und rufen nach Razzia.

Diese Spaltung dürfen die Gewerkschaften nicht noch weiter schüren. Vielmehr ist zu hoffen, daß sie durch gemeinsame Organisierung die Konkurrenz unter den Beschäftigten aufheben und zu einer gemeinsamen Interessenvertretung kommen - immerhin die klassische Aufgabe der Gewerkschaften. Denn es ist durchaus im Interesse auch der Kern-Belegschaften, "Lohn-Dumping" am unteren Ende der Skala zu verhindern. Das läßt sich freilich nicht durch eine Ausgrenzung der KollegInnen "ganz unten" verhindern, sondern nur durch eine gemeinsame Interessenvertretung.

Um die Über-Ausbeutung von Flüchtlingen und MigrantInnen zumindest einzuschränken, müssen die Gewerkschaften ihre Rechtsberatung und ihren Rechtsschutz ausdehnen. Hier muß es eine Ausnahme von der (ansonsten völlig berechtigten) Regel geben, daß nur Gewerkschaftsmitglieder solche Angebote beanspruchen dürfen. Die prekären Arbeitsverhältnisse vieler Flüchtlinge zeichnen sich gerade durch eine hohe Fluktuation aus. Leider warten viele Gewerkschaften nur ab, bis die Betroffenen einen Beitrittsantrag ausfüllen und ein halbes Jahr Mitgliedsbeiträge entrichten. Mit dieser Haltung können die Gewerkschaften nur weiter zusehen, wie Lohn-Dumping immer weiter um sich greift und auch noch die letzten kollektiv erkämpften Standards vor die Hunde gehen.

- Keine Ausgrenzung von nicht-organisierten Flüchtlingen und anderen Billiglohn-Beschäftigten!

- Gezielte gewerkschaftliche Rechtsberatung für Flüchtlinge, Werksvertrags-/Saison-ArbeiterInnen und "Illegale" - auch in den entsprechenden Sprachen!

7. Das Einstellungsangebot ist Erpressung. Autonome Antifa (M) soll Abbitte leisten (Interview)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:08

Die flächendeckende Repression gegen aktive AntifaschistInnen wird am Beispiel der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen deutlich. Peter Nowak sprach mit Sebastian Siegele, einem der Angeklagten im Verfahren gegen die Antifa (M), über den gegenwärtigen Stand.

Kannst Du eine kurze Chronik über die Repression gegen die Autonome Antifa (M) geben?

Sebastian: 1990 ist die Antifa (M) erstmals öffentlich in Erscheinung getreten. Im März 1991 begannen auf die Initiative des damaligen Generalbundesanwalts Alexander von Stahl die Ermittlungen gegen die Antifa (M). Gegenstand der Ermittlungen waren zunächst drei Anschläge, die im Zeitraum von 1990/91 verübt wurden. In den folgenden Jahren war von bis zu 52 Anschlägen die Rede. Ermittelt wurde wegen Bildung einer "terroristischen Vereinigung". Es wurden "Autonome Antifas" hinter den Anschlägen vermutet. Ende 1993 wollte die Generalstaatsanwaltschaft (GSA), die mit den Ermittlungen beauftragt worden war, das Verfahren an die Bundesanwaltschaft (BAW) abgeben. Die BAW wollte das Verfahren jedoch nicht übernehmen. Sie stufte die Autonome Antifa (M) nicht als "terroristische Vereinigung" ein und sah sich daher nicht als zuständig, woraufhin die GSA wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" weiterermittelte. Die gesamten Akten mußten entsprechend umgeschrieben werden. Am 5./6. Juli 1994 versuchten die Ermittlungsbehörden mit einer Razzia in mehreren Städten, die Beweislage aufzubessern. 28 Wohnungen und Arbeitsplätze von vermeintlichen Mitgliedern der Autonomen Antifa (M), der Buchladen Rote Straße, zwei Druckereien und der Asta der Uni Göttingen wurden durchsucht. Dabei wurden u.a. Computer, persönliche Unterlagen, z.B. Tagebücher und Unmengen von politischen Materialien beschlagnahmt. Die Infrastruktur der Antifa (M) sollte getroffen werden.

Im Februar 1995 erhob die GSA beim Oberlandesgericht (OLG) Celle Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Nichtanmeldung von Demonstrationen, Maskierung, Landfriedensbruch, passive und aktive Bewaffnung etc., die ganze Palette, die das sogenannte Demonstrationsrecht eben zu bieten hat), Nötigung und Werbung für eine terroristische Vereinigung. Letzteres bezog sich auf eine Veranstaltung der Antifa (M) mit ehemaligen Gefangenen aus der RAF, die mit einem Plakat angekündigt wurde, auf dem der von der RAF am 27. März 1993 gesprengte Weiterstadtknast mit dem Spruch zu sehen war: "Zusammen gehört uns die Zukunft- Freiheit für alle politischen Gefangenen aus RAF, Widerstand und Antifa." Im Juni 1995 lehnte das OLG die Eröffnung der Hauptverhandlung mit der Begründung ab, die Antifa (M) sei keine kriminelle Vereinigung. Ihr Fernziel sei zwar der Sturz des imperialistischen Systems, zu dem sie auch die BRD zählen würde - aber ihre Praxis wäre nicht die Gewalt. Mit ihren Demonstrationen nehme sie ihr Versammlungsrecht wahr. In dem Weiterstadt-Plakat sah das OLG keine Werbung für die RAF, sondern einen geschickten Bezug zu tagespolitischen Geschehnissen. Außerdem sei die Einladung von ehemaligen RAF-Gefangenen auf eine Veranstaltung mit dem Titel "Kampf der Klassenjustiz" legitim. Auf Anfrage des OLG erklärte das niedersächsische Innenministerium, daß es die Demonstrationen der Antifa (M) als angemeldet betrachtet und die Polizeieinsätze auch danach ausgerichtet habe. Das OLG verweist in dem Beschluß die übriggebliebenen "Verstöße gegen Ordnungsvorschriften des Versammlungsgesetzes" an das Amtsgericht Göttingen.

Gegen den Beschluß legten GSA und BAW Widerspruch beim Bundesgerichtshof ein. Der sah in den nicht angemeldeten Demonstrationen der Antifa (M) eine erhebliche Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. Außerdem sah er einen Tatverdacht auf Gründung einer kriminellen Vereinigung und verwies den Fall an die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK). Die Anklage wegen des Weiterstadt-Plakats wurde fallengelassen. Über die Anschläge, die ja offiziell der Anlaß für die Ermittlungen waren, wurde schon lange nicht mehr geredet.

Der Prozeß sollte am 8. Mai 1996 beginnen, wurde aber wegen Raumproblemen verschoben. Zunächst war eine BGS-Kaserne, dann eine Reithalle als Verhandlungsraum im Gespräch. Obwohl auch jetzt kein Raum zur Verfügung steht, wurde der Prozeßbeginn für den 14. August terminiert. Insgesamt sind 131 Verhandlungstage

anberaumt. Bei drei Verhandlungstagen pro Woche geht der Prozeß bis August 1997. Angeklagt sind 17 Personen, die jeweils zwei AnwältInnen brauchen, damit der Prozeß nicht ausgesetzt werden muß, falls ein Anwalt oder eine Anwältin ausfällt.

Kannst Du etwas zur Art der Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) sagen?

Der ganze Komplex ist in der Kürze nicht darstellbar. Neben den 17 Angeklagten wissen wir noch von 17 weiteren Antifas, die als verdächtigt oder beschuldigt gelten. Bei 143 Personen bestand ein Anfangsverdacht auf Mitgliedschaft in Antifa (M). Das heißt sie wurden über einen längeren Zeitraum observiert, Kontaktpersonen von ihnen wurden überprüft, Psychogramme mit Fotos, politischen Initiativen und Straftaten wurden angelegt. Mit richterlicher Erlaubnis wurden fünf Anschlüssen (13.929 Telefonate) sieben Monate abgehört. Für die Ermittlungen wurde eigens eine Sonderkommission, die Soko 606 eingerichtet. In ihr haben bis zu 28 Beamte gearbeitet. Diese Soko ist personell direkt aus der Soko 897 entstanden, die vor ein paar Jahren die Ermittlungen gegen militante Antifas in Norddeutschland geführt hat. Außerdem gab es ein Observationskommando. Neonazis wurden von der Polizei Fotos von Linken und Antifas vorgelegt, Rundschreiben wurden auf Fingerabdrücke untersucht.

Wie war die Reaktion auf diese Repression?

Es ist schon früh versucht worden, politisch zu reagieren. Die Repression gegen Antifas wurde in Zusammenhang mit der Situation in Göttingen gestellt. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre eskalierte die Konfrontation zwischen den Neonazis und der Polizei auf der einen Seite und Linken, Autonomen und Antifas auf der anderen Seite. Es kam zu zwei Todesfällen (Conny Weßmann und Alexander Selchow), die die Polizei und die Nazis zu verantworten haben. Weite Teile der Bevölkerung Göttingens begriffen die Gefahr von rechts als reale Bedrohung. Das linksliberale Spektrum stand dem mehr oder weniger hilflos gegenüber. Ihre Initiativen ließen die Nazis und die Polizei ungerührt. So entwickelte sich eine relative Akzeptanz gegenüber militanter Antifapolitik. Das Konzept, Demonstrationen mit einem Schwarzen Block durchzuführen, wurde als das erkannt, was es zu diesem Zeitpunkt war: die einzige Möglichkeit, unbeschadet antifaschistische Demonstrationen durchzuführen. Die Antirepressionsarbeit konnte auf die antifaschistische Bündnispolitik aufbauen, die zuvor entwickelt worden war. Es wurden politische Debatten über die kriminalisierte Antifapolitik initiiert. In dieser Zeit hat sich der Begriff von der staatlichen Anti-Antifa-Arbeit manifestiert, womit die Repression gegen die Antifa (M) am treffensten zu bezeichnen ist. Es gelang, selbst Teile der Göttinger SPD und des DGB einzubeziehen. Ein Angeklagter wurde von der GEW eingeladen und hat am 8. Mai 1995 auf deren Landesdelegiertenkonferenz die Anwesenden über das Verfahren informiert. Auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai 1995 in Göttingen war die Repression gegen die Antifa (M) ein Hauptthema. Es fanden mehrere Veranstaltungen unter dem Motto "Keine Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstands" statt.

Ein Einbruch in der Solidarität begann mit dem BAW-Beschluß. Da wurde einigen bewußt, daß sie es nicht nur mit einer Provinzbehörde und einem isolierten neurechten Generalstaatsanwalt, sondern mit dem staatlichen Repressionsapparat auf Bundesebene zu tun haben, mit jener Ebene, die in den Augen der Öffentlichkeit gegen "Terroristen" vorgeht. Die Göttinger SPD hat ihre positiv-opportunistische Haltung gegenüber der Antifa (M) aufgegeben und ist zur Diffamierungspolitik zurückgekehrt. Praktisch machte sich das am 2.10.95 bemerkbar, als es nicht mehr möglich war, in Göttingen unangemeldet eine Agit-Prop-Aktion oder eine Demonstration durchzuführen. Dadurch wurde der Handlungsspielraum für die Antifa (M) eingeschränkt.

Inzwischen erfahren wir große Solidarität von PDS, Bündnis 90/Die Grünen, DKP und anderen den Autonomen oder Antifas gegenüber kritisch eingestellten Gruppen. In diesen Gruppen entwickeln sich ähnlich wie in Göttingen über die Diskussion um die Verfahren Annäherungen und Diskussionen

Was hat es mit dem aktuellen Einstellungsangebot auf sich?

Die Initiative für die Einstellung des Verfahrens gegen Auflagen besteht seit Januar 1996. Der rechte SPD-Landtagsabgeordnete Oppermann war da führend beteiligt. Der Grund , daß sich die niedersächsische SPD eingeschaltet hat, ist, daß die Verteidigung den niedersächsischen Innenminister Glogowski in den Zeugenstand rufen wird und der dann erklären darf, warum wir wegen Nichtanmeldung von Demonstrationen angeklagt werden, die seine Behörde als "quasi-angemeldet" erklärt hat. Zudem wird es aufgrund von Unmengen an Akten und Personen doch erhebliche Probleme geben, das Verfahren einigermaßen geordnet über die Bühne zu bekommen. Inzwischen ist einer der vorgesehenen Schöffen von seinem Amt

zurückgetreten. Im März kam dann das Angebot, das Verfahren einzustellen, wenn die Angeklagten unterschreiben, daß sie sich als Mitglieder der Autonomen Antifa (M) in strafbarer Art und Weise an Demonstrationen beteiligt haben und daß sie in Zukunft bei ihrer politischen Arbeit nicht gegen geltendes Recht verstoßen werden. Außerdem sollen sie ihre Ansprüche auf beschlagnahmte Gegenstände (Computeranlagen im Wert von mehreren zehntausend DM) zugunsten des LKA abtreten. Als Auflage sollen die Angeklagten hunderttausend DM für den Wiederaufbau der von Neonazis angezündeten Baracken des KZ Bergen-Belsen zahlen. Die SSK Lüneburg reagierte sofort nach der Veröffentlichung dieses Angebots. Jetzt sind noch zwei- bis dreitausend DM pro Person an die Buchenwaldstiftung im Gespräch.

Dieses Angebot ist vor dem Hintergrund der verheerenden Prozeßbedingungen für die Angeklagten zu sehen. Die müßten über mehrere Jahre drei Mal pro Woche zwischen Lüneburg und Göttingen pendeln. Beruf bzw. Studium müßten sie dann aufgeben, von den immensen Kosten gar nicht zu reden. Es ist allein von über 3,5 Millionen DM Anwaltskosten pro Jahr auszugehen. Die Konsequenzen, die die Angeklagten zu tragen haben, wenn der Prozeß stattfindet, stehen in keinem Verhältnis zu dem jetzigen Angebot. Insoweit ist das Einstellungsangebot als Erpressung zu bezeichnen. Das Ziel dieses Vorstoßes ist klar. Es geht um die Spaltung der Angeklagtengruppe.

Was bedeutet dieser Vorstoß für die Angeklagten?

Ich würde es als Erfolg der Antirepressionsarbeit werten, wenn bereits im jetzigen Stadium des Verfahrens ein Angebot auf Einstellung von der GSA-Celle kommt. Wie lange wir dem Druck, der auf der Gruppe der Angeklagten lastet, standhalten, wird sich zeigen. Die Gruppe ist nicht homogen. Nach fünf Jahren haben sich die politischen und persönlichen Perspektiven der Einzelnen verschoben. Es ist den Angeklagten bis jetzt trotzdem gelungen, gemeinsam auf die Repression zu reagieren. Ich denke, das jetzige Verhalten der Staatsschutzbehörden zeigt, daß es durchaus im Bereich des Möglichen liegt, den Prozeß schon vor Eröffnung zu kippen. Das hängt sehr von der Stärke der Soliarbeit zu dem Verfahren ab. Werden wir verurteilt, ist ein Präzedenzfall geschaffen, der es ermöglicht, eine Gruppe zur "kriminellen Vereinigung" zu erklären, ohne daß ihr schwere Straftaten angelastet werden können. Bagatelldelikte, wie in unserem Fall Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, reichen dann schon aus. Deshalb auch die Aufforderung, die "Göttinger Resolution zur Unterstützung der 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)" zu unterzeichnen (siehe unten).

Was bedeutet die Repression für die Antifa-Arbeit in Göttingen?

Sichtbares Ergebnis ist, daß in Göttingen der Schwarze Block, mit dem ja häufig die Politik der Autonomen Antifa (M) gleichgesetzt wurde, auf Demonstrationen nicht mehr durchzusetzen ist. Der Handlungsspielraum ist enger geworden. Hinzu kommt, daß alleine schon durch die zeitliche Vereinnahmung, die das Verfahren mit sich bringt, eine Vielzahl von Ideen und Projekten nicht umgesetzt werden können. Beides zusammen führt zur Defensive auch auf inhaltlichem Gebiet. Doch wenn es gelingt, durch die Diskussion um den Prozeß über alte Gräben hinweg linke Gruppierungen und Organisationen in eine gemeinsame Diskussion einzubinden, sehen wir das als eine positive Seite an, die das Verfahren mit sich bringt.

Göttinger Resolution zur Unterstützung der 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Ab dem 14. August 1996 soll gegen 17 AntifaschistInnen vor der Staatsschutzkammer Lüneburg verhandelt werden. Ihnen wird vorgeworfen, eine "kriminelle Vereinigung" - die Autonome Antifa (M) aus Göttingen - gegründet zu haben bzw. Mitglied in dieser zu sein (§ 129).

Ein Schwerpunkt der Politik der Autonomen Antifa (M) war und ist, in einem breiten Bündnis aus autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Grünen, Bürgerinitiativen, studentischen Gruppen und Teilen der SPD Demonstrationen gegen Zentren des (Neo)-Faschismus durchzuführen. Diese Initiativen hatten zur Folge, daß die neofaschistischen Aktivitäten in Südniedersachsen zurückdrängt werden konnten. Die antifaschistischen Demonstrationen aus den Jahren 1990 bis 1994 werden von der Generalstaatsanwaltschaft Celle als "verbrecherische Straftaten einer kriminellen Vereinigung" bezeichnet. Die Anklage stützt sich dabei auf angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Konzeptioneller Bestandteil dieser Demonstrationen war u.a. ein Schwarzer Block, dessen TeilnehmerInnen sich maskierten, um nicht den Observationen durch Polizei und Faschisten ausgesetzt zu sein. Diese Form des Selbstschutzes resultierte unmittelbar aus der einseitigen Eskalation der politischen Situation durch Polizei und Nazis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre,

die in Göttingen zu zwei Todesopfern führte: Conny Wessmann kam am 17. November 1989 bei einer Personalienfeststellung zu Tode, Alexander Selchow wurde Silvester 1990 von bekannten FAP-Anhängern erstochen.

Dem bevorstehenden Prozeß gingen fünfjährige Staatsschutzermittlungen mit Observationen und Videoüberwachungen voraus. Desweiteren wurden allein in einem Zeitraum von acht Monaten 13.929 Telefonate abgehört, 143 Personen auf ihre Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) überprüft und eine der größten Razzien gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Geschichte der BRD am 5./6. Juli 1994 durchgeführt. Während die Anzahl der rechtsextrem motivierten Straftaten unverändert hoch ist, wird mit einem Millionenaufwand erfolgreich betriebene antifaschistische Politik verfolgt. Das Resultat dieser Repression lautet: 17 Angeklagte, 34 Anwältinnen und Anwälte und vorläufig 131 Gerichtstermine von August 1996 bis August 1997 dreimal wöchentlich in Lüneburg. Bereits jetzt ist erkennbar, daß allein der Verlauf des Prozesses mit seinem erheblichen Zeit- und Kostenaufwand einer Vorverurteilung gleichkommt. Mit den Bedingungen, die durch das Gericht gestellt wurden, ist der finanzielle Ruin der Angeklagten - unabhängig vom Prozeßausgang - bereits im Vorfeld festgelegt. Unter diesen Bedingungen ist eine Ausbildung, ein Studium oder geregelte Arbeit nicht mehr möglich.

Der Prozeß hat jedoch nicht nur einschneidende Folgen für die Angeklagten und die Autonome Antifa (M). Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist in den letzten Jahren durch kontinuierliche Gesetzesverschärfungen und Änderungen der Polizeigesetze zunehmend ausgehöhlt worden. Insbesondere mit der Einführung der Vermummung als Straftatbestand im Jahre 1989 ist die Anwendung des § 129 auf die Göttinger antifaschistische Gruppe erst möglich geworden. Die Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner im Staat, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen. Sollte es zu einem Prozeß und einer Verurteilung kommen, werden die Möglichkeiten linker Gruppen und ihrer außerparlamentarischen Politik weiter erheblich eingeengt, da dieser Prozeß als Präzedenzfall langfristige Auswirkungen haben wird. Dies gilt es zu verhindern!

Die Unterzeichnenden erklären ihre Solidarität mit den verfolgten Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie mit deren Engagement im Kampf gegen rechtsextreme Gewalt und faschistische Tendenzen in dieser Gesellschaft.

Wir fordern:

- die sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M)

- die Herausgabe allen beschlagnahmten Materials

- die Abschaffung der §§129/129a

Name (evt. Organisation) Anschrift

Diese Resolution soll in überregionalen Tageszeitungen mit allen Unterzeichnenden vor Prozeßbeginn abgedruckt werden. Bitte schickt eure Unterschrift an: Autonome Antifa (M) c/o Buchladen Rote Straße 10, 37073 Göttingen oder per E-mail: aam@paxo.nadir.org oder WWW: http://www.nadir.org/Gruppen/aam/

Spendenkonto für die Prozeßkosten: Antifaschistische Liste Kto-Nr.: 150497006, Sparkasse Göttingen, BLZ: 26050001 Stichwort: "Solidarität"

Moderner Ablaßhandel

Nachfolgend dokumentieren wir die den 17 Angeklagten vom Landesgericht Lüneburg zugestellte Erklärung.

"Erklärung des/der Angeklagten ...

1. Mir ist bekannt, daß die Gruppe ‚Autonome Antifaschisten (M)` seit 1990 in Südniedersachsen und hierbei insbesondere in Göttingen eine Reihe von Demonstrationen unter Teilnahme sogenannter ‚schwarzer Blöcke` vorbereitet und durchgeführt hat. Hierbei sind verschiedene Strafgesetze verletzt worden. Auch ich habe als Angehöriger der ‚Autonomen Antifaschisten (M)` an einem Teil dieser Demonstrationen in strafbarer Weise mitgewirkt.

2. Ich erkläre daher, in Zukunft keine strafbaren Handlungen zu begehen. Insbesondere werde ich mich an der Vorbereitung und an dem Marsch ‚schwarzer Blöcke` nicht beteiligen. Die Vorschriften des Versammlungsgesetzes zum Verbot von Vermummung, Bewaffnung und Tragen von Schutzbewaffnung werde ich beachten und einhalten.

3. Am ... ist meine Wohnung in Göttingen ... durchsucht worden. Dabei sind folgende Gegenstände sichergestellt und beschlagnahmt worden: wie unter Ziffer ... der Anklage der GStA vom ... in Anlage A aufgelistet. Ich verzichte auf die Rückgabe der genannten Gegenstände."

Dazu kommt noch "eine Geldauflage in der Größenordnung 2000 und 3000 DM", die jede und jeder Angeklagte zahlen soll.

8. Aufsteiger des Jahres: Schleswig-Holsteins Grüne

Autor: hn, Flensburg · Rubrik: Wahlen; Grüne und SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:53

Ein aufwendiger Koalitionsvertrag dokumentiert den Aufstieg der schleswig-holsteinischen Grünen: Bisher waren sie immer nur Zuschauer, jetzt dürfen sie gleich nach ihrem erstmaligen Einzug in den Kieler Landtag neben Heide Simonis auf der Regierungsbank Platz nehmen! Wer behauptet, sie hätten sich als Newcomer "über den Tisch ziehen" lassen, ignoriert die Professionalität und die ureigenen Ziele der grünen Koalitionäre - finden zumindest die grünen Strategen.

Der Koalitionsvertrag liest sich wie ein Parteiprogramm - entsprechend allgemein und unverbindlich bleiben die meisten gemeinsamen Vorhaben. Konkrete Festlegungen finden sich dort, wo Positionen der Verhandlungspartner nicht in Einklang zu bringen waren, und dort, wo die Interessen der sozialdemokratischen wie der grünen Klientel bedient werden mußten. Polemisch ausgedrückt: Alle Bereiche der Landespolitik - als da sind: Wirtschaft, Ökologie, Verkehr/Verwaltung, Frauen, Bildung/Kultur, Soziales und Inneres - wurden "ökologisch durchgestylt".

Dort, wo explizit grüne Anhängerschaft wirkt, hat es die Partei geschafft, der SPD einige nicht unwichtige Zugeständnisse abzuringen: Die weitere Förderung diverser Beratungseinrichtungen für Arbeitslose und Frauen, Mittel für Umweltverbände, Mädchen- und Frauenhäuser, den Flüchtlingsrat, Kinderbeauftragte usw. wurden auf diesem Wege gesichert bzw. neu bewilligt. Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst mußte die SPD teilweise aufheben; es werden 450 zusätzliche LehrerInnenstellen geschaffen und 108 nicht besetzte Stellen wieder belegt. Haushaltsumschichtungen wurden in der Verkehrspolitik (vom Straßenbau hin zur Finanzierung von Bus, Bahn, Radwegen) beschlossen. Detaillierte Verabredungen gibt es auch in der Umweltpolitik (über biologischen Flächenschutz, Abwasser- und Abfallpolitik, den Nationalpark Wattenmeer, das Bodenschutzprogramm). Für die Frauenpolitik, die wieder "Querschnittsaufgabe" aller Politikbereiche sein soll, wurden verschiedene Förder- und Beratungsprojekte und die Einrichtung von Koordinierungsstellen für die Gleichstellungsbeauftragten und Dienstleistungszentren vereinbart.

In den landespolitischen Konfliktfeldern "Atomkraftwerke" und Autobahnbau "A 20" gab es für die grünen Forderungen keinerlei Entgegenkommen seitens der SPD. Einzig die Erarbeitung umfassender Fallstudien zum Auftreten der Leukämie im Raum Krümmel und Pinneberg/Steinburg will die neue Landesregierung finanzieren.

Geradezu dummdreist hatten die Grünen ihren Wahlkampf u.a. auf "A 20 nie !" und "Wir wollen den Sofortausstieg aus der Atomenergie!" zugespitzt. Dabei war jeder und jedem Informierten klar, daß beide Forderungen mit dieser SPD nicht zu verwirklichen sind. Ob nun Dummheit oder Irreführung der Wähler das Motiv der grünen Wahlmanager war, möge jedeR selbst entscheiden. Fakt ist z. B., daß der grüne AKW-Experte und frischgebackene Landtagsabgeordnete Willi Voigt im "taz"-Streitgespräch vor der Wahl (16.3.96) dem zuständigen SPD-Minister Möller viel Verständnis und Kompromißbereitschaft entgegenbrachte.

Im Ergebnis hat die Koalition zur "A 20" schlicht festgestellt, daß diese gemäß Bundesrecht gebaut werden muß. Zwar soll mit Hilfe eines Gutachtens der Bundesverkehrsminister überzeugt und ein durch den Bau beeinträchtigtes Tal der Wakenitz zum Naturschutzgebiet erklärt werden - den Bau der Autobahn wird dies alles nicht zwingend behindern.

Ein Novum für eine schleswig-holsteinische Landesregierung ist die umfängliche Darstellung der Gefahren durch den Betrieb von AKWs. Detailliert werden für alle drei AKWs in Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel neue ("periodische") Sicherheitsüberprüfungen angekündigt. Dabei werden jeweils die besonderen Gefährdungspotentiale erwähnt - die Konsequenzen allerdings bleiben unklar: Wird "Sicherheit" durch neue, scharfe Prüfungen versprochen? Oder ist an die Einführung einer neuen "Sicherheitsphilosophie" gedacht, die das Abschalten erzwingen und juristisch absichern soll? Dazu steht kein Wort in dem Vertrag. Es bleiben die gemeinsame Ausstiegsabsicht und verbindlich neue, teilweise periodische Sicherheitsüberprüfungen. Der Berg kreiste - und gebar eine Maus!

Auf der entscheidenden Landesversammlung zur Beschlußfassung über den Koalitionsvertrag standen die beiden urgrünen Themen "A20" und Atomausstieg im Zentrum der Kontroverse. Natürlich waren die

"betroffenen" Kreisverbände und Fachmenschen über die Vereinbarungen hellauf empört. Besondere Würze erhielt die Debatte durch das grüne Verhandlungsmanagement: Zu beiden Themen hatten offenbar zunächst Unter-Verhandlungskommissionen Positionen festgelegt, die dann aber durch Vier- oder Sechs-Augen-Gespräche der ungewählten Verhandlungsführer unterlaufen wurden. Die Unter- (oder: Fach-)Kommissionen fanden ihre Position in den vereinbarten Texten schlicht nicht wieder.

Das ging soweit, daß im Falle der "A 20" Sachstände vereinbart wurden, die noch gar nicht vereinbarungsreif waren. So wurde suggeriert, daß der Vorrang des Bundes bestimmte Planungen der Landesregierung erfordere. Dementsprechend willigten die grünen Verhandlungsführer in weitere Baumaßnahmen ein. Nur: Die Fachleute des "Anti-A-20-Bündnisses" konnten nachweisen, daß die Anforderungen des Bundes gar nicht bestanden, die Unterhändler also in vorauseilendem Gehorsam der SPD weitgehende Zugeständnisse gemacht hatten.

Vor dem mit Spannung erwarteten Grünen-Parteitag hatte die Hälfte der Kreisverbände deutlich gegen die Annahme des Vertrages votiert. Doch dem Trommelfeuer der grünen Prominenz konnten die VertragsgegnerInnen nur wenig entgegensetzen; die VorstandssprecherIn Saager und Trittin stiegen sogar selbst "in die Bütt". Da wurde mehrfach die bundespolitische Bedeutung ins Feld geführt, die Ohnmacht einer parlamentarischen Opposition als Menetekel an die Wand gemalt und schließlich die "ganzheitliche Sicht angemahnt. Den KritikerInnen wurde vorgeworfen, sie könnten eh keine Perspektive weisen (mit wem, bitte schön, solle denn nachverhandelt werden?), sie würden nur ihre kleine "A 20" mäkelnd ins Feld führen.

Erschwerend kam für die KritikerInnen hinzu, daß der "grüne Rand", also die Initiativen und Einrichtungen aus dem grünen Umfeld, auf der Landesversammlung überwiegend für die Annahme des Vertrages votierten. Nur wenige von ihnen sprachen gegen die Vertragsannahme, noch dazu solche, die mit den Problemfeldern eng verknüpft waren (die wohl etwas "bornierten" BIs "vor Ort").

Natürlich war die Opposition aussichtslos - schließlich hatte die Partei sich weit im Vorfeld der Landtagswahl eindeutig festgelegt. Zwar hieß es immer "Mit uns nicht ...", aber davor stand der Satz: Es gibt keine "Knackpunkte", keine Essentials, wir lassen mit uns reden, wir stehen für "Rot-Grün". Und wenige Wochen vor der Wahl wurde immer wieder artig betont, mit den Grünen in Schleswig-Holstein werde es keine "Querelen wie in NRW" geben. Wer sich derartig selbst bindet, sollte sich nicht über die Kröten wundern, die er anschließend schlucken muß.

Und wo bleibt das Positive? So schwammig und vage der Koalitionsvertrag auch geraten ist, er enthält immerhin viele kleine Verbesserungen. Und er weckt Hoffnungen auf nicht besonders spektakuläre Reformen - vielleicht ein Ansatzpunkt, um drängenden Forderungen nach tiefgreifenderen Veränderungen Platz zu schaffen.

hn, Flensburg (24.6.1996)

9. Frieden jetzt sofort. Türkische Friedensbewegung macht mobil

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:46

Während die neue türkische Regierung - allen schönfärberischen Versprechungen zum Trotz - den Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei und im Nordirak (!) fortsetzt und dabei vor allem selbst schwere Verluste hinnehmen muß, ist in der Türkei eine Friedensbewegung gewachsen, die mit vielfältigen Aktionen eine Beendigung des Kriegs fordert. Zehntausende waren es, die am 21. April, einem Aufruf der prokurdischen "Demokratiepartei des Volkes", HADEP, folgend, im Istanbuler Stadtteil Kadiköy für die Forderung "Frieden jetzt sofort" demonstrierten.

Im Anschluß an die mehrstündige Kundgebung verabschiedeten die Teilnehmer an der nahegelegenen Bahnstation Haydarpasa, dem Ausgangspunkt der vom Deutschen Kaiserreich miterbauten "Bagdadbahn", einen vom Istanbuler Menschenrechtsverein organisierten "Friedensexpreß", der noch am Morgen des 23.4. die kurdische Stadt Diyarbakir erreichte..

Frauen

Am selben Wochenende (20./21.4.) waren auf Initiative von Frauen des Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul etwa hundert Frauen ganz verschiedener Spektren zusammengekommen, um eigene Friedensaktivitäten zu beraten. "Wir sind Frauen, die gegen den Krieg und für das Leben sind. Wir wollen nicht die Scham des Schweigens, sondern die Hoffnung auf einen Weg zum Frieden teilen", hieß es in dem Aufruf. Während die kurdischen Frauen, die zu dem Treffen angereist waren, seit Jahren den Krieg Tag für Tag hautnah erleben und jede von ihnen einen oder mehrere Angehörige, Söhne, Ehemänner oder andere nahe Verwandte verloren hat, gab es unter den türkischen Teilnehmerinnen sogar einzelne, für die nicht einmal die Feststellung evident ist, daß auf dem Staatsgebiet der Türkei ein Krieg stattfindet.

Obwohl die Positionen und Erfahrungen weit auseinanderlagen, beschlossen die Frauen einstimmig, eine gemeinsame "Fraueninitiative für den Frieden" zu gründen. An möglichen Aktionsformen wurde vorgeschlagen: Öffentlichkeitsarbeit, Gegenaktivitäten bei der Einberufung junger Rekruten, deren "Verabschiedung an die Front" bislang als chauvinistische Kundgebungen gefeiert werden, die Behinderung von Truppen- und Munitionszügen sowie im nächsten Jahr die Durchführung einer internationalen Frauen-Friedenskonferenz.

Auch bei landesweiten Aktions- und Streiktagen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst am 13. und 18.4. spielte die Forderung nach Frieden eine zentrale Rolle. All diese Aktivitäten sind Früchte der Arbeit von "Friedensaktivisten" auf verschiedenen Ebenen, die sich nicht unbedingt als eine "Friedensbewegung" bezeichnen lassen, da sie zum Teil ganz unterschiedliche Ansätze verfolgen. Grundlage vor allem der massenhaften Unterstützung, die sich bei den Demonstrationen im April und beim Empfang für den "Friedensexpreß" manifestierte, ist die Tatsache, daß durch zwölf Jahre Krieg immer mehr Bereiche auch der türkischen Gesellschaft betroffen sind.

Intellektuelle

Ein Grundstein der Friedensbewegung wurde auf einem von türkischen Schriftstellern und Intellektuellen im Winter 1993/94 veranstalteten "Demokratie-Kongreß" gelegt. Zu den Organisatoren des Kongresses gehörte der Schriftsteller Yasar Kemal. Wissenschaftler, Schauspieler, Künstler, Gewerkschafter und Menschenrechtler beteiligten sich. Zentraler Diskussionspunkt des damaligen Kongresses war der enge Zusammenhang zwischen dem Krieg und dem Demokratieproblem, da der Krieg jede Liberalisierung, jede intellektuelle Öffnung verhindert, jede kritische Meinungsäußerung als "Terrorismus- oder Feindpropaganda" ausgrenzt, diffamiert und verfolgt. Im folgenden Jahr gründeten Intellektuelle um den Schriftsteller Sanar Yurdatapan eine "Intellektuelleninitiative für den Frieden". Yurdatapan war auch Initiator eines Buches namens "Gedankenfreiheit", das aus Protest gegen die Strafverfahren gegen Yasar Kemal wegen seines Essays im "Spiegel" von über tausend (!) Intellektuellen und Persönlichkeiten gemeinsam herausgegeben und natürlich wieder verboten wurde. Aber die staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen von Hunderten bekannter

Persönlichkeiten wurden zu wahren Happenings und einer Blamage für das, was sich in der Türkei "Justiz" nennt.

Menschenrechtler

Neben Intellektuellen gehören die Menschenrechtsvereine und -aktivisten zu den Initiatoren der Friedensaktivitäten - so fand der Frauenkongreß auf Einladung der Frauen des IHD statt. Auch dies ist kein Zufall. Die Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen findet in den kurdischen Gebieten als Teil der Kriegshandlungen statt, die inzwischen aber auch in den westlichen Metropolen der Türkei spürbar werden. Zwölf Jahre Krieg haben zu einer enormen Verrohung der gesamten Gesellschaft geführt: Hunderttausende einfacher Soldaten sind während ihres Kriegseinsatzes an Menschenrechtsverletzungen beteiligt oder werden zumindest Zeuge davon. Da dieser Krieg ein unerklärter, "inoffizieller" Krieg ist, wendet die Armee vor allem Formen der sogenannten "speziellen Kriegführung" an. Folterungen, Morde oder "Verschwindenlassen" sowie Vergewaltigungen gehören zum alltäglichen Geschäft der türkischen Armee und ihrer Sondereinheiten.

Immer wieder werden Fälle besonders bestialischer Akte bekannt, die Aufschluß über die Brutalisierung und den psychischen Zustand der Soldaten geben: So veröffentlichte die kurdische Nachrichtenagentur DEM im Januar des Jahres Fotos grinsender türkischer Soldaten, die in jeder Hand mehrere abgeschnittene Köpfe getöteter Guerillas vor sich hielten. Offensichtlich waren dies "Erinnerungsfotos an die Front". Ein anderer Soldat schnitt einem getöteten Guerillakämpfer als Siegestrophäe ein Ohr ab (auch dies auf einem Foto festgehalten). Immer wieder werden aufs grausamste verstümmelte Leichname von Guerillakämpfer aufgefunden, denen die Augen ausgestochen oder die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden. Die Täter kehren nach ihrer Dienstzeit in die "normale" Gesellschaft zurück, werden Familienväter, Angestellte. Viele (die meisten?) sind psychisch krank, bedrohen und terrorisieren ihre Familien oder sind depressiv und unfähig, normale Kontakte zu knüpfen. Doch nur wenige begeben sich in Behandlung, und für sie gibt es keine ausgebildeten Psychiater. Es ist bekannt, daß die psychiatrischen Einrichtungen einiger Militärkrankenhäuser in Ankara und Izmir überfüllt sind. Doch während die Presse bereits seit Jahren über Erscheinungen des "Vietnam-Syndroms" berichtet, leugnen und verstecken die staatlichen Stellen das Problem.

Verweigerer

Die, die nicht verrohen und verrückt werden wollen, entziehen sich dem Wehrdienst, indem sie der Einberufung nicht Folge leisten. Auf über 400.000 wird die Zahl der Wehrflüchtigen geschätzt. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es in der Türkei nicht. 1990 fanden in der Türkei erstmalig öffentliche Verweigerungen statt, allerdings als politische Aktion von Männern, die noch gar nicht einberufen oder untauglich waren. 1992 bildeten sich erste Gruppen von Verweigerern. Ende 1993 gründete sich der "Verein der Kriegsgegner" (SKD) in Izmir, gefolgt kurze Zeit später vom SKD in Istanbul. Obwohl beide Vereine relativ schnell verboten und ihre Aktivisten z.T. vor Militärgerichten angeklagt und eingesperrt wurden, gründeten sich die Vereine unter dem Schutz internationaler Öffentlichkeit neu. In Istanbul gibt es seit einem Jahr die Antimilitaristische Initiative AMI.

Wo es kein Recht auf Verweigerung gibt, wird das Eintreten dafür - sowie jede öffentliche Kritik an den Streitkräften - als "Abbringen der Bevölkerung von der Armee" strafrechtlich verfolgt. Gemessen an der Zahl der 400.000 Wehrflüchtigen ist die Zahl von 15 bis 20 Verweigerern und Aktiven in den genannten Vereinen sehr gering. Dies hängt sicherlich mit der enormen Rolle zusammen, die die Armee im gesamten öffentlichen Leben der Türkei spielt. Bereits in der Vor- und Grundschulerziehung müssen die Kinder strammstehen, exerzieren, Fahneneid leisten und ähnliches. Wer keinen Wehrdienst geleistet hat, gilt nicht als "Mann" und kann z.B. nur sehr schwer heiraten, einen Job finden u.ä. In einer von Militär- und Polizeiterror beherrschten Gesellschaft, in der auch in Sektoren der revolutionären Linken Militanz und bewaffneter Kampf verherrlicht werden, stoßen antimilitaristische und gewaltfreie Positionen auch innerhalb der Linken bislang auf Skepsis und Unverständnis. SKD und AMI haben es sich daher zur Aufgabe gesetzt, ihre Positionen erst einmal bekanntzumachen und Untersuchungen über die Militarisierung der Gesellschaft, z.B. der Schulen, durchzuführen.

Es könnten noch weitere Sektoren der Gesellschaft aufgezählt werden, die aufgrund ihrer direkten Betroffenheit angefangen haben, sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen: Ärzte, die - weil sie verletzte Guerillakämpfer behandeln - vom Dienst suspendiert und strafrechtlich verfolgt werden, die in den

Krankenhäusern während der Operation von Soldaten überwacht und schikaniert werden, die miterleben müssen, wie aufgrund der Vertreibungs- und Deportationspolitik das Gesundheitssystem zusammenbricht, Kliniken geschlossen werden und längst überwundene Krankheiten und Seuchen wie Cholera, Typhus, Malaria etc. ihre Patienten wegraffen.

Zunehmend wird das Thema Krieg bzw. die Forderung nach Frieden auch von gewerkschaftlichen Kreisen und Arbeitgebern aufgegriffen. Die Kriegskosten verschlingen mittlerweile mit jährlich 15 Mrd. DM rund ein Drittel der öffentlichen Ausgaben. Hierbei sind die mittelbaren Kosten nicht mitgerechnet: Die zunehmende Verelendung der Arbeiter und Beschäftigten, aber auch die Stagnation der Wirtschaft, da ein Drittel des Landes und Millionen Vertriebener dem Wirtschaftskreislauf faktisch entzogen sind. Dies sowie die dauerhafte Zerstörung von Umwelt und natürlichen Ressourcen hat auch Unternehmerkreise aufgeschreckt. Anfang des Jahres organisierte das TESEV (eine Art Brain-Trust von Unternehmern und Intellektuellen) eine zweitägige Friedenskonferenz. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Frage, ob das Beispiel des Friedensprozesses zwischen Israel und Palästina auf die Türkei übertragbar sei. Bereits im vergangenen Jahr hatte der TOBB (Vereinigung der Kammern) einen Bericht zur "Südostfrage" vorgelegt, der heftige Diskussionen auslöste.

Kurdische Gewerkschafter, die sich öffentlich zur Kurdenfrage äußerten, wurden bislang kriminalisiert und verfolgt. So mußte der ehemalige Vorsitzende der Erdölgewerkschaft Petrol-Is, Münir Ceylan, im vergangenen Jahr wegen einer Rede eine achtmonatige Haftstrafe absitzen. Andere, weniger Prominente wurden ermordet oder man ließ sie "verschwinden". Das hat jedoch nicht verhindern können, daß die Kurdenfrage und aktuell die Forderung nach Frieden in immer mehr Gewerkschaften diskutiert wird.

Verluste der Armee

Auch die immensen Verluste der türkischen Streitkräfte haben die Diskussionen in der Öffentlichkeit über den Unsinn dieses Krieges verstärkt. "Über hundert Guerillas wurden getötet", verkündete der Generalstab während der Militäroffensive Anfang April des Jahres. Eigenartigerweise konnten diese aber keinem der herangeflogenen Journalisten gezeigt werden. (1) Statt dessen mußte die Armeeführung schließlich den Verlust von 30 Soldaten eingestehen, die allein bei einem Gefecht gefallen waren.

Das Bild der 30 aufgebahrten Soldatensärge löste in der türkischen Öffentlichkeit einen erheblichen Schock aus. In zahlreichen Zeitungen forderten liberale Kommentatoren eine "Abkehr von der blutigen Arithmetik" hin zu einer zivilen Lösung, die allerdings Mut erfordere (so Cengiz Candar, ehemaliger Berater von Ex-Präsident Turgut Özal). Von Yavuz Gökmen ("Hürriyet") wurde die blutrünstige Logik der Generäle kritisiert, die den Tod von 30 Soldaten als "natürliche Verluste" bezeichnet hatten. Ungeachtet dieser Diskussionen halten Militärs und Politiker an ihren blutigen Phantasien einer "völligen Auslöschung" der kurdischen Rebellen fest. "Es wird keine politische Lösung geben", bekräftigten sowohl Tansu Ciller anläßlich der Beisetzung der Soldaten als auch Ministerpräsident Mesut Yilmaz bei seinem Bonn-Besuch. Friedensaktivisten und Menschenrechtler sind nach wie vor starken Repressionen ausgesetzt. Tomris Özden, die Witwe eines im vergangenen Jahr in Kurdistan gefallenen Majors, die sich wiederholt öffentlich mit Schwestern oder Frauen gefallener Guerillas gezeigt hatte und an zahlreichen Friedensaktivitäten teilnimmt, wurde in der Presse wieder und wieder mit Dreck beworfen.

Ercan Karakas, Parlamentsabgeordneter der CHP und Kulturminister in einer der letzten Regierungen (!), brachte jüngst gemeinsam mit weiteren Abgeordneten seiner Partei einen Gesetzentwurf ein, der den Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellen soll. Karakas war Anfang März mit zwei Abgeordneten seiner Partei in die kurdischen Gebiete gereist, nachdem kurdische Zivilisten von Militärs ermordet worden waren. Bei einem der Getöteten handelte es sich um den Neffen eines Abgeordneten. Als die sozialdemokratischen Abgeordneten in ihrem Bericht auch "die Maßnahmen eines Majors" kritisierten, erstattete der Generalstab Strafanzeige gegen die drei wegen Verstoßes gegen das Antiterrorgesetz.

Am 18. April erstatteten Mitglieder der "Arbeitsgruppe für den Frieden", darunter der bereits genannte Sanar Yurdatapan, Münir Ceylan (Petrol Is) und Ercan Kanar (IHD), erstmalig in der Geschichte der Türkei Strafanzeige gegen den Generalstab wegen "Massenmordes und Verletzung der Informationsfreiheit". Die Anzeige gründet sich auf die Ermordung von elf kurdischen Bauern (darunter vier Dorfschützer) in Güclükonak (Provinz Sirnak) am 15. Januar dieses Jahres. Die elf Menschen waren von Militärs in einem Kleinbus verbrannt worden und das Massaker anschließend mit großen Aufwand der PKK angelastet worden. (2)

Untersuchungen einer vierzigköpfigen Delegation hatten den tatsächlichen Tatverlauf an die Öffentlichkeit gebracht. Die Strafanzeige bezieht sich ausdrücklich auch auf die von den Militärs betriebene bewußte Falschinformation der Öffentlichkeit, weil dadurch "Bemühungen für eine friedliche Lösung untergraben werden sollen", wie der Sprecher der Gruppe, Sanar Yurdatapan, erklärte.

Die türkische Friedensbewegung hat einen beschwerlichen Weg vor sich, da die festgefahrenen Strukturen der türkischen Politik und die nationalistische Staatsideologie ein Umdenken kaum zulassen. Außerdem darf nicht unterschätzt werden, daß in den langen Jahren des Krieges eine ganze Kaste von Kriegsgewinnlern und Sondereinheiten entstanden ist, die vortrefflich am Geschäft mit dem Morden verdient und innerhalb von Staat und Armee eigene Machtstrukturen und Warlord-Rayons geschaffen hat. Auch sollte nicht übersehen werden, daß der Anteil türkischer Friedensaktivisten bislang viel zu gering ist. Die überwiegende Mehrheit der Aktivisten rekrutiert sich aus den kurdischen Migranten im Land. Dennoch sind die Initiatoren optimistisch: Für den 1. September wird ein Friedensmarsch geplant, der aus allen vier Richtungen der Türkei nach Kurdistan führen soll; Massenorganisationen und Gewerkschaften haben bereits ihre Teilnahme signalisiert!

Nora Mielke

Anmerkung:

1) Seit Beginn dieses Krieges gehört es zu den brutalen Ritualen der türkischen Armee, nach jeder Auseinandersetzung die Leichname der getöteten Guerillas oder Zivilisten wie zur Strecke gebrachtes Wild aufzureihen und der Bevölkerung tagelang über Presse und TV wieder und wieder vorzuführen.

2) Der Generalstab hatte eine ganze Flugzeugladung voll Journalisten eigens an den Ort des Geschehens fliegen lassen, um zu beweisen, daß die PKK mit dieser "schändlichen Tat" ihren Waffenstillstand wieder gebrochen habe.

Yasasin Baris - Biji Asiti!

"Friedensexpress" von Istanbul nach Diyarbakir

Am Abend des 21. April hatte der Bahnhof Haydarpasa (in Istanbul) nicht sein übliches bedrücktes, trauriges Antlitz. Die Menschen waren zwar auch jetzt in Eile, aber sie liefen nicht - wie sonst - mit gestreßtem, bedrücktem und hoffnungslosem Gesichtsausdruck von der Arbeit nach Hause; die Menschen kamen aus den verschiedenen Stadtteilen Istanbuls zum Friedensexpreß.

Trommeln begannen zu spielen, es wurde getanzt und fröhlich gelacht. Zur Abfahrtszeit wuchs die Begeisterung noch, die Menschen umarmten sich, strahlten und lachten. Dieser Zug würde keine neue Munition an die Front bringen. Tausende hatten sich versammelt, um den Zug zu "verabschieden" oder zumindest noch eine Station, bis zu einem Vorort von Istanbul, mitzufahren.

An allen Stationen wurde der Zug von Friedensaktivisten begeistert empfangen. Vertreter von Gewerkschaften und Massenorganisationen, die bis vor kurzem noch vom "kurdischen Terror" gesprochen haben, sind zur Begrüßung des Friedenszuges gekommen, halten Reden und fordern eine Beendigung des Krieges. Wir passieren nach einigen Minuten ein Krankenhaus, das etwa 100 m von den Gleisen entfernt liegt: Die dort arbeitenden Ärzte und Krankenschwestern/pfleger haben sich in ihren weißen Kitteln im Hof des Krankenhauses versammelt, um den Zug zu begrüßen; sie winken und rufen: "Frieden jetzt sofort".

In Sivas, der Stadt Zentralanatoliens, bis zu der sich der Krieg innerhalb des letzten Jahres ausgedehnt hat, in deren Provinz kurdisch-alevitische Dörfer eines ums andere geräumt und verbrannt wurden, ist die Stimmung angespannt. Über Mobiltelefon teilen die dortigen Aktivisten den Reisenden des "Friedenszuges" mit, daß es viele Verhaftungen und Festnahmen gegeben hat. Man erwartet, daß nur einige Vertreter von Organisationen der Demokratieplattform zum Bahnhof kommen werden. Doch als der Zug im Bahnhof Sivas einrollt, wartet eine begeisterte Menschenmenge.

Nach über 30 Stunden nähert sich der Zug Diyarbakir. Vom Zug aus sind Panzer und Wachtürme zu sehen, die uns daran erinnern, wo wir uns befinden. Alt und jung, Frauen und Männer, alle laufen auf den Zug zu, der noch langsam durch die Vororte von Diyarbakir rollt.

Als wir schon nahe am Bahnhof Diyarbakir sind, hält der Zug. Es heißt, Spezialeinheiten hätten den Weg versperrt oder aber eine Schiene sei beschädigt. Auf jeder Seite des Zuges Tausende von Menschen. "Wir warten seit heute morgen um sieben Uhr (mittlerweile ist es 11.00). Aber man hat uns verboten, zum Bahnhof zu kommen, um Euch zu begrüßen. Wir sind noch viel viel mehr. Die Menschen haben sich überall in den Seitenstraßen versammelt, die Polizei läßt sie nicht durch". Einige zeigen ihre (durch Polizeiprügel) geschwollenen Arme und blutigen Köpfe.

Aus dem Zug erklingt die Parole "Schluß mit dem Krieg" und von draußen aus Tausenden Kehlen die Antwort "Amed (kurdischer Name von Diyarbakir) öffnet seine Arme dem Frieden".

Schließlich fährt der Zug wieder an, das letzte Stück bis zum Bahnhof Diyarbakir. Die Menschen draußen sind zum Teil mit eingestiegen oder versuchen nebenherzulaufen. Über 20.000 Menschen warten am Bahnhof Diyarbakir, der Bahnhofsvorplatz ist voller Menschen, trotz Prügel, Festnahmen und Behinderungen.

Biji Asiti! Yasasin Halklarin Kardesligi!

Nach einem Bericht von Fatma Kanar vom IHD Istanbul in der türkischen Wochenzeitschrift SÖZ vom 4.5. und ihrem Bericht auf einer Veranstaltung in Hamburg am 12.5.

10. Bomber über Brandenburg. Wozu braucht die Bundeswehr den Luft-Boden-Schießplatz Wittstock?

Autor: Stefan Gose · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:33

Seit über vier Jahren kämpft die Bürgerinitiative FREIe HEIDe gegen die Übernahme des "Bombodroms" Wittstock (Brandenburg) durch die Bundeswehr. Der Luft-Boden-Schießplatz war Ziel mehrerer gewaltloser Ostermärsche. Auch die Brandenburgische Landesregierung hat sich gegen die Weiternutzung des 142 qkm großen ehemals sowjetischen Übungsgeländes ausgesprochen. Dennoch wurde das militärische Areal am 22. Dezember 1993 der Bundeswehr übergeben. Raumordnungsverfahren oder Umweltverträglichkeitsprüfungen fanden nicht statt: Nach Ansicht des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) handelt es sich lediglich um die Weiternutzung einer bereits (zu DDR-Zeiten) genehmigten Anlage.

Seit dem 17. Januar 1994 trainiert die Luftwaffe Tiefflug über Wittstock. Da große Teile des Geländes seit 1950 mit Zwang in Nacht- und Nebel-Aktionen durch die DDR-Behörden zu unangemessenen Entschädigungen enteignet wurden, klagen der Landkreis Ostprignitz-Ruppin, zwei Gemeinden, eine Kirchengemeinde und drei Einzelpersonen vor dem Verwaltungsgericht Potsdam auf Rückgabe ihrer Liegenschaften. Bislang vergebens.

Luft-Boden-Schießübungen gehören neben Tiefflug- und Luftkampf-Abfangübungen zu den drei zentralen Bestandteilen des aktuellen Ausbildungskonzeptes der Luftwaffe. Geübt werden verschiedene Varianten des Angriffes mit Bomben und Bordkanonen auf statische und mobile Bodenziele. Allen NATO-Luftstreitkräften sind im Rahmen des "Tactical Combat Training Programm" sog. "Standard-Übungsangriffe" auf Festziele und "Taktische Übungsangriffe" auf mobile Ziele vorgeschrieben. Luft-Boden-Schießübungen dienen damit unstrittig offensiven Angriffsplanungen. Anders ausgedrückt: Ohne Luft-Boden-Übungsplätze wären militärische Luftangriffe nicht durchzuführen.

Die deutsche Luftwaffe führte 1991 weltweit 11.330 Luft-Boden-Flüge durch, von denen ca. 9.000 (79,4%) im Ausland stattfanden. Bedingt durch den Golfkrieg kamen 1991 "nur" 500 Luft-Boden-Übungen durch NATO-Verbündete in Deutschland hinzu. Der alliierte Luft-Boden-Übungsumfang lag 1990 noch bei ca. 9.500 Flügen über Deutschland. Für 1993 gab das Verteidigungsministerium 4.400 Luft-Boden-Einsätze über Deutschland an. In Wittstock werden maximal 3.000 Einsätze pro Jahr geflogen.

Drei Luft-Boden-Schießplätze existieren gegenwärtig in Deutschland:

- die unter britischer Verwaltung stehende "Nordhorn-Range" (1993: 2.700 Flüge),

- der unter amerikanischer Verwaltung stehende Schießplatz Siegenburg (1993: 1.700 Flüge)

- und seit Anfang 1994 der Luft-Boden-Schießplatz Wittstock.

Weitere Luft-Boden-Schießübungen finden auf verschiedenen Truppenübungsplätzen des Heeres und der Alliierten in Deutschland statt. Daneben trainiert die Luftwaffe Luft-Boden-Schießübungen im Ausland auf den niederländischen Nordseeinseln Vlieland und Terschelling sowie auf der dänischen Insel Röme. In geringerem Umfang finden Luft-Boden Schießübungen der Luftwaffe in Frankreich und Belgien statt. Entferntere Luft-Boden-Schießplätze der Luftwaffe liegen auf Sardinien, auf der kanadischen Halbinsel Labrador und in Texas.

Daß über 70% der deutschen Luft-Boden-Schießübungen im Ausland, und insbesondere in Küstengebieten oder auf Inseln stattfinden, ist kein Zufall. Denn hier lassen sich Schießübungen bestens mit dem dazugehörigen Tiefstflug verbinden. Risiken des Geländeprofils sind minimiert. Lärm, Emissionsbelastungen und Unfallrisiken treffen auf vergleichsweise geringe Proteste.

Um auch unter "realitätsnahen Einsatzvoraussetzungen" zu trainieren, möchte die Luftwaffe jedoch nicht auf die deutschen Luft-Boden-Schießplätze verzichten. Im dünn besiedelten kanadischen Labrador wurden schon Gebäude-Attrappen aufgestellt, um ein in etwa mit dem Sauerland vergleichbares Geländeprofil zu simulieren.

Nach den Plänen des Verteidigungsministeriums sollen von den Luft-Boden-Schießübungen der Bundeswehr jeweils 25% stattfinden

- in Italien,

- in Kanada und den USA,

- im benachbarten Ausland (Niederlande, Belgien, Frankreich

- und im Inland (Nordhorn, Siegenburg, Wittstock, TrÜbPl/Heer).

Aufgrund des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wurden bis 1995 255 der ca. 500 alliierten Kampfflugzeuge aus der Bundesrepublik abgezogen. Die alliierten Luft-Boden-Schießübungen in Deutschland werden auf etwa die Hälfte reduziert.

Mit der Einführung der "Luftwaffenstruktur 4" ab 1995 wurde der Bestand deutscher Kampfflugzeuge gegenüber 1990 von 642 auf 506 verringert. Das Verteidigungsministerium zieht von der Zahl des Jahres 1990 noch die 255 alliierten Kampfflugzeuge, die 250 Maschinen der NVA und die 851 russischen Kampfflugzeuge auf deutschen Boden ab und errechnet so eine Gesamtverringerung von 2.243 auf 751 Maschinen, also etwa auf ein Drittel. Folgerichtig müßte auch der Übungsbetrieb der verbliebenen Luftstreitkräfte auf ein Drittel abnehmen. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Gemäß der Luftwaffenstruktur 4 ist die Luftwaffe in Ostdeutschland unterproportional vertreten. 480 Kampfflugzeugen in Westdeutschland stehen lediglich 24 MiG-29 in Ostdeutschland gegenüber. Für den Standort Wittstock bedeutet dieses Verhältnis von 20:1, daß westdeutsche Luftwaffenverbände zu Luft-Boden-Schießübungen einfliegen. Diese Verbände "entsorgen" ihre Waffenlast in Brandenburg und kehren wieder auf ihre Heimatbasen zurück. Für Wittstock heißt das: zusätzliche Lärm-, Emissions- und Unfallbelastungen ohne entsprechenden ökonomischen Nutzen.

Bis Ende 1994 durften alliierte NATO-Verbände gemäß 2+4-Vertrag nicht in Ostdeutschland trainieren. Seit 1996 ist die ostdeutsche Bundeswehr jedoch voll in die NATO integriert. Erste NATO-Manöver fanden bereits in Ostdeutschland statt. Bislang sind noch keine alliierten Verbände fest in Ostdeutschland stationiert - aus politischer Rücksichtnahme gegenüber Rußland. Für Wittstock bedeutet dies jedoch keine Entlastung: Da die Bundeswehrgeschwader in Westdeutschland Luft-Boden-Schießübungen auf gemeinsamen Übungsplätzen mit den Alliierten durchführen, weichen die deutschen Kampfflugzeuge bei starker Übungsfrequenz auf Wittstock aus.

Üben für den Angriffskrieg

In Wittstock sollen fünf Luft-Boden-Schießverfahren trainiert werden:

Bei Tag und bei Nacht werden zwei Formen der "Standard-Übungsangriffe" trainiert: der "Geradeaus-Überflug" und der sog. "Schulterwurf". Beim "Geradeaus-Überflug" werden im Dauertiefflug bei einer Mindestflughöhe von 150 Metern Übungsbomben auf einem vorher festgelegten Punkt abgeworfen. Dies ist die einfachste Variante des Bodenzielangriffes, wie sie etwa zu Beginn des zweiten Golfkrieges von den Alliierten angewandt wurde.

Beim "Schulterwurf" fliegt das Kampfflugzeug im Tiefflug an einen bekannten Zielpunkt heran, zieht kurz vor Erreichen auf eine Höhe bis zu 1.200 m , um dann im Sturzflug bis auf 150 m hinabzustoßen und dabei die Bombenlast abzuwerfen. Dieses Manöver dient der stärkeren Verwirrung einer gegnerischen Luftabwehr, der Umgehung von "Sperrfeuern" sowie dem zielgenaueren Bombenablegen aus einer Überhöhungsperspektive.

Drei weitere Angriffsarten (mit Festzielen) sind nur am Tage in Wittstock vorgesehen:

Das Schießen mit Bordkanonen aus einer Minimalflughöhe bis hinunter auf 60 m. Diese typischen Erdkampfmanöver, für die die Bundeswehr keine speziellen Flugzeuge besitzt, entstammen antiquierten Bedrohungsperzeptionen, die noch von massiven Panzervorstößen des Warschauer Vertrages ausgingen.

Weiterhin wird der Abwurf von Übungsbomben im "Bahnneigungsflug" (Sturzflug) geübt. (1) Diese Verfahren dienen besonders taktischen Übungsangriffen auf mobile Ziele, da sie extreme Mobilität und Reaktionspräzision verlangen.

Bei all diesen Schießübungen wird die "Trefferablage" von Bodenpersonal ermittelt und dem Kampfpiloten per Funk mitgeteilt, woraufhin er seinen Einsatz mit gesteigerter Konzentration wiederholen kann. In Ausnahmefällen wird auch mit scharfer Munition geschossen.

Luft-Boden-Schießübungen werden vorwiegend bei guten Sichtverhältnissen in 20-Minuten-Blöcken durchgeführt. Üblicherweise trainieren vier Maschinen mit jeweils acht Übungsbomben gleichzeitig als Vierer-Formation. Das bedeutet 32 Anflüge in 20 Minuten, stets auf das gleiche Ziel. Mit anderen Worten: alle 40 Sekunden bombardiert ein Kampfflugzeug aus einer Höhe zwischen 70 und 300 m mit einer Geschwindigkeit von ca. 890 km/h das Bodenziel. (2)

Auf Wittstock sind bei Tag Anflüge aus westlicher, östlicher und nördlicher Richtung vorgesehen. Bei Nacht darf nur von Norden her angeflogen werden. Der Abflug vom Schießplatz erfolgt ausschließlich in südliche Richtung. Mindestflughöhen und maximale Übungszeiten sind für Wittstock nicht festgelegt. Neben diesen Luftwaffenbombardements soll Wittstock auch noch zu Artillerie-Schießübungen des Heeres genutzt werden. (3)

Nach Angaben von Bundeswehrpiloten variiert die übliche Bombenabwurfhöhe zwischen 70 und 300 m. (4) Damit machen aus militärischer Sicht Luft-Boden-Schießübungen nur Sinn, wenn die zulässige Mindestflughöhe von 300 m unterschritten wird. Im Umkehrschluß stellen selbst Militärs den Sinn des gegenwärtigen Tiefffluges in Deutschland in Frage, da im Ernstfall in einer Minimalhöhe zwischen 30 und 45 m geflogen würde. Das aber erlaubt sich die Bundeswehr nur über See und in Kanada.

Gefahren für Umwelt

und Gesundheit

Die Fluggeschwindigkeiten der Kampfflugzeuge bei Luft-Boden-Schießübungen variieren mit den Flugmustern und den Angriffsarten. Bei den in Wittstock in Frage kommenden vier Kampfflugzeugtypen Tornado, MiG-29, Phantom F-4F und Alpha Jet ergibt sich eine Geschwindigkeitsbreite zwischen ca. 670 km/h und 1.000 km/h. (5)

Bei diesen Fluggeschwindigkeiten treten je nach Flugzeugtyp und einer Ausgangsflughöhe von 75 m am Boden Schallpegelwerte zwischen 98 und 123 dB(A) auf. Das entspricht dem Geräuschpegel in einem Metallverarbeitungsbetrieb (ca. 100 dB(A)) einem Preßlufthammer (ca. 105 dB(A)) oder einem großen Schmiedehammer (ca. 115 dB(A)). Eine akute Gehörgefährdung setzt bereits ab 85 dB(A) ein, bei 120 dB(A) muß mit dauerhaften Gehörschäden gerechnet werden. (6)

Bei Tiefflug und Bombenabwürfen kommt das plötzliche Überraschungsmoment als Schockpotential hinzu. Gehörstürze, Bluthochdruck, unkontrollierbares Zittern, Hörschwellenverschiebung, Kreislaufkollapse, panische Angstzustände, Aggressionen, Depressionen oder dauerhafte Schlaf- und Konzentrationsstörungen sind nur einige Symptome, (7) von denen Anwohner von Tiefflugg ebieten immer wieder berichten. Besonders Kinder und ältere Menschen reagieren nicht nur am empfindlichsten gegenüber derartigem Lärmstreß, sie können sich auch am schlechtesten gegen ihn schützen. (8)

Obwohl der militärische Flugbetrieb in Deutschland nur etwa 20% des Gesamtflugbetriebes (1991 ca. 850.000 von 4,3 Mio. Flugbewegungen) ausmacht, liegt der Emissionsanteil im Vergleich zur Zivilluftfahrt bei durchschnittlich etwa 50% der Gesamtemissionen.

Konkret bedeutet dies bei einem 75minütigen Tornado-Ausbildungsflug, der mit neun Lastenträgern und zwei Zusatztanks im Rahmen der üblichen Geschwindigkeiten u.a. 50 Minuten im Tiefflug geflogen wird, daß diese Maschine 4.742 kg Kerosin verbraucht. Jedes der beiden Triebwerke verbrennt 28 kg Treibstoff pro Minute. (9)

Bei Luft-Boden-Schießübungen können sich Emissionen durch die Flugkonzentration und die geringe Flughöhe nicht weiträumig verteilen. Die Schadstoffe lagern sich dauerhaft bei den Anwohnern des Schießplatzes ab und entfalten chronisch und akkumulativ ihre Wirkung.

Bis zu 60 Handlungen pro Minute muß ein Kampfflugzeugpilot bei Luft-Boden-Schießübungen durchführen, theoretisch also pro Sekunde eine Entscheidung treffen und ausführen. (10) In dieser Sekunde hat er bei einer Anfluggeschwindigkeit von 480 Knoten bereits eine Strecke von 250 Metern zurückgelegt. Da der Pilot in einer Maximalhöhe von 300 m fliegt und ihm die nächste Maschine mit ca. 40 Sekunden Abstand folgt, kann er sich

keine Fehlentscheidung leisten. Nicht umsonst werden Bundeswehrpiloten üblicherweise mit 41 Jahren pensioniert. Im Jargon gelten sie als "abgeflogen"; keine zivile Fluggesellschaft würde sie noch fliegen lassen.

Die Absturzhäufigkeit ist im Platzrundenbereich (5-km-Radius um Zielpunkt) und bis zu einer Höhe von 200 m mit 85% der Gesamtabstürze gravierend hoch. (11) Neben Gefahren wie Bodenberührung, Hochspannungsmasten und Kollisionen mit anderen Flugzeugen wirken in diesem niedrigen Höhenband Umwelteinflüsse wie Vogelschlag oder Radiowellen am stärksten.

Nur selten gelangen eindeutige Zuordnungen von Abstürzen bei Luft-Boden-Übungen an die Presse: so etwa beim Absturz einer MiG-27 Flogger am 31.1.1991 beim Schießplatz Heidehof oder beim Tornado des JaboG 38, der am 18.11.1991 bei Schießübungen auf Vlieland in die Nordsee stürzte. Betrachtet man allerdings im Absturzregister der letzten 15 Jahre die Absturzorte, so ließt es sich wie ein "Who is who?" deutscher Flugplätze, Truppenübungsplätze und Luft-Boden-Schießplätze. Zwischen 1980 und 1995 stürzten über der Bundesrepublik und durch die Bundeswehr im Ausland etwa 340 Militärmaschinen ab. 30% dieser Abstürze lagen im direkten Flughafenumfeld, mindestens 15 bei Luft-Boden-Schießplätzen. Diese Zahl ist allerdings zu niedrig, weil für den Statistiker nicht an jedem Namen eines Dorfes in unmittelbarere Absturznähe zu erkennen ist, ob es in einem Schießplatzbereich liegt.

Bei Luft-Boden-Schießplätzen ist für Anwohner das Risiko durch herabstürzende Flugzeugteile (Tanks, Waffen, Lasten) erhöht, weil z.B. Bomben immer wieder zu früh ausgelöst werden und gelegentlich außerhalb der Schießplätze detonieren. 1988 verfehlte eine Übungsbombe bei Wittstock nur um 100 Meter den Zechliner Kindergarten. (12) Allein im südlichen Teil des Bombodroms sollen ca. 30.000 Blindgänger liegen. (13)

Weitere Gesundheitsrisiken ergeben sich durch das im Zielendanflug, bei "touch downs" und im Landeanflug nicht seltene Ablassen von Kerosin. Wenn Piloten sich beim Zielanflug mit ihrer Flugbahn und Geschwindigkeit verkalkuliert haben, verrieseln sie gelegentlich Treibstoff, um das Schubgewicht ihrer Maschine zu verringern. Nach Regierungsangaben haben zwischen 1983 und 1986 Bundeswehrmaschinen in 53 gemeldeten Notfällen Kerosin abgelassen. (14)

Die militärische Logik

Ungeachtet dieser Risiken sind Luft-Boden-Schießplätze aus militärischer Sicht unverzichtbar, wenn eine Luftflotte die Möglichkeit zu Bombenangriffen besitzen soll. Entsprechend der Luftwaffenreduzierung um 20% gegenüber 1991 müßten die Luft-Boden-Schießübungen von 11.330 auf etwa 9.000 im Jahre 1995 abgenommen haben, die nach BMVg-Konzeption zu 75% im Ausland stattfinden sollen. Die so verbleibenden 2.250 Schießübungen entsprächen etwa der Hälfte dessen, was 1993 in Nordhorn und Siegenburg trainiert wurde.

Addiert man die auf ein Drittel verringerten Schießübungen der Alliierten in Deutschland von etwa 3.150 hinzu, ergibt sich ein rechnerischer Übungsumfang von ca. 5.400 Luft-Boden-Schießübungen, der bereits um 1.000 Einsätze über der offiziellen Gesamtzahl für 1993 in Deutschland liegt. Mit anderen Worten: Nur wenn der gegenwärtige Luft-Boden-Schießumfang in Deutschland erhöht werden soll, wird der Schießplatz Wittstock aus trainingstechnischer Sicht benötigt.

Tatsächlich hat das BMVg alleine 3.000 Luft-Boden-Schießübungen pro Jahr für Wittstock angekündigt. Dies bedeutet eine erhebliche Ausweitung deutscher Luft-Boden-Schießkapazitäten bei Verringerung des Luftwaffen-Flugparkes. Mit dem Neuaufbau der "Krisenreaktionskräfte" der Bundeswehr ist dies nicht zu begründen. Denn die Luft-Boden-Übungsfrequenz der Luftwaffe hat gegenüber 1991 nicht zugenommen, wohl aber das Training alliierter Luftverbände in der Bundesrepublik vor weltweiten Kampfeinsätzen.

Bürgerproteste wurden gelegentlich gegeneinander ausgespielt, indem etwa die Nutzung von Wittstock mit einer Entlastung des Schießplatzes Nordhorn begründet wurde. Bei Wittstock geht es der Hardthöhe um Besitzstandswahrung, Autarkie und Aufwuchspotential für künftige Bundeswehraufgaben. Den Preis dafür zahlt die dort lebende Bevölkerung, als sei der Kalte Krieg noch nicht vorbei.

Stefan Gose

Stefan Gose ist Redakteur der Monatszeitschrift antimilitarismus information (ami). Der vorliegende Artikel wurde vom Autor für ak überarbeitet und von der ak-Redaktion leicht gekürzt. Die antimilitarismus information kann bezogen werden beim ami-Verlag, Eißholzstr. 11, 10781 Berlin; Tel. und Fax: 030/2151035.

Anmerkungen:

1) Antwort der Bundesregierung vom 24.3.1994 auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL, "Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock", BT-Drs. 12/7143, S. 2.

2) Grolmann, Hubertuns von/Sczesny, Eugen: Tiefflug. Ein Arbeitskonzept, o.O., Februar 1990, S. 23.

3) BMVg: Truppenübungsplatzkonzept, Bonn 30.6.1992, S. 10.

4) Grolmann/Sczesny, a.a.O., S. 23.

5) Achilles, Olaf (Hg.): Natur ohne Frieden. Die Umweltsünden der Bundeswehr, München 1988, S. 102 ff.

6) Achilles, Olaf/Lange, Jochen: Tiefflieger, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 25, 74.

7) siehe beispielsweise: Umweltbundesamt: Gutachterliche Stellungnahmen zu Lärmwirkungsbereichen (1982-1990), Berlin 1990.

8) am detailliertesten die sog. Ising-Studie: Umweltbundesamt (i.A.): Gesundheitliche Wirkungen des Tiefflüglärms - Hauptstudie -, Forschungsbericht 91-10501116, Berlin August 1991.

9) Grolmann/Sczesny, a.a.O., S. 14 ff.

10) Mohr, Winfried: Strukturelle Überforderung psychischer Leistungsfähigkeit. Das Beispiel Tiefflug, in: Psychologische Rundschau, 42. Jg., Heft 3, S. 118 ff.

11) Balfanz, H.P./Hein, M./Wietfeldt, P: Ermittlung der Trefferwahrscheinlichkeit durch abstürzende Flugzeuge, Teil 1, in: TÜ (Technische Überwachung) 23, Nr. 3, Düsseldorf März 1982, S. 112.

12) Ladwig, Bernd: Bombenstimmung in der Heide, in: antimilitarismus information, 7-8/93, S. 40 f.

13) Schneckener, Ulrich: Die zwölf Säulen, in: Frankfurter Rundschau 11.8.1993.

14) BT-Drs. 11/675, zitiert nach: Achilles, Olaf: Natur ohne Frieden, a.a.O., S. 101.

11. Staatliche Waffenschieber. Deutschland ist zweitgrößter Waffenexporteur der Welt

Autor: Ulla Frey, Kampagne gegen Rüstungsexport/Idstein · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:35

Die Rüstungsausgaben gehen weltweit zurück - soweit die gute Nachricht. Es gibt aber auch eine schlechte: Deutschland sichert sich einen immer größeren Anteil am Kuchen des internationalen Rüstungsmarkts.

Das Volumen des weltweiten Waffenhandels sank nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums von jährlich rund 66 Mrd. US-$ 1981-88 auf rund 21 Mrd. US-$ 1993. Die deutschen Exporte dagegen blieben in dieser Zeit - bis auf gelegentliche Ausreißer nach oben - bemerkenswert stabil. Die Bedeutung und der Marktanteil Deutschlands als Rüstungsexporteur nahm zu. Nach neuesten Meldungen des unabhängigen Friedensforschungsinstituts SIPRI liegt Deutschland 1994 sogar mit deutlichem Abstand an zweiter Stelle hinter den USA und vor Großbritannien.

Der Aufstieg an die Spitze

1987 erreichte das internationale Wettrüsten seinen Höhepunkt: Nach Angaben von ACDA (US Arms Control and Disarmament Agency) wurden weltweit rund 1.260 Milliarden US-$ (1) für das Militär ausgegeben. Doch nun brachen für die Rüstungsindustrie schlechte Zeiten an: Im Norden ging der Ost-West-Konflikt in die Brüche, im Süden das Geld aus. Weltweit wurden die Rüstungsausgaben und vor allem die Rüstungsimporte zurückgefahren.

Insbesondere in Osteuropa, aber ebenso in Lateinamerika und in Afrika waren die Einbrüche enorm. Viele hochverschuldete Staaten konnten sich keine weiteren Rüstungskäufe mehr leisten, zumal auch die Militärhilfe der USA und der UdSSR massiv gekürzt wurde. Sogar im Mittleren Osten und in Ostasien wurde weniger Geld für Rüstung ausgegeben, der kurzfristige "Aufschwung" durch den zweiten Golfkrieg konnte den Trend nicht umkehren. Hier wie auch in Westeuropa war aber der Rückgang wesentlich geringer und teilweise zeitverschoben, so daß die Bedeutung dieser Absatzgebiete zunahm.

Tiefgreifende Veränderungen gab es aber auch auf der Verkäuferseite: Während die Lieferungen der UdSSR oft politisch motiviert und entsprechend "preisgünstig" waren, verkaufte Rußland nun plötzlich nur noch gegen harte Devisen. Da die meisten traditionellen Abnehmer da nicht mitziehen konnten, fielen die russischen Exporte - nach US-Schätzungen - von 27 Mrd. US-$ 1988 auf 2.6 Mrd. US-$ 1993, von rund 40% des Weltmarkts auf knapp 12%.

Doch nicht nur russische Exporteure litten unter dem Zusammenbruch des Marktes. Den USA und Großbritannien gelang es zwar - mit einzelnen Einbrüchen -, ihren Umsatz zu halten, Frankreich jedoch hatte schon größere Schwierigkeiten. Gute Abschlüsse in Einzeljahren konnten den Gesamttrend nach unten nicht verdecken: Während ACDA Anfang der 80er Jahre noch französische Lieferungen von mindestens 5 Mrd. US-$ jährlich verbuchte, sank zwischen 1991 bis 1993 der Jahresumsatz kontinuierlich von 1.6 Mrd. auf 0.7 Mrd. US-$.

Deutschland dagegen machte eine Sonderentwicklung durch: Mitte der 80er Jahre stabilisierten sich die jährlichen Exporte zunächst zwischen 1.3 und 1.5 Mrd. US-$ jährlich, um dann - so ACDA und SIPRI übereinstimmend, wenn auch mit leicht unterschiedlichen Wertansätzen - zwischen 1989 und 1991 steil anzusteigen und mit über 2.5 Mrd. US-$ an die Rekordergebnisse 1983/84 anzuknüpfen. 1992 und 1993 fielen die Zahlen wieder, nach ACDA auf 1.1 Mrd. jährlich, nach neuesten SIPRI-Angaben auf 1.6 bis 1.8 Mrd. Für das Jahr 1994 eröffneten sich mit einem neuen Exportrekord von (laut SIPRI) 3.1 Mrd. US-$ sogar völlig neue Perspektiven: Deutschland wurde mit großem Abstand zweitgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Schon zuvor hatte Deutschland Frankreich als viertgrößten Waffenexporteur überholt, so ACDA; laut SIPRI war es sogar schon seit 1990 in jedem Jahr drittgrößter Exporteur vor Großbritannien.

Altwaffen-"Entsorgung"

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sich aber noch etwas verändert: Mehr und mehr ist es der Staat, vertreten durch die Bundesregierung, der als Hauptexporteur auftritt. Mit den Vereinigungsverträgen

war eine internationale Verpflichtung zur Abrüstung verbunden. Diese aber wurde nur selten durch die Verschrottung der überflüssigen Waffensysteme von Bundeswehr und NVA verwirklicht, in der Regel wurde das Gerät exportiert. Da auch andere Staaten ihre Altwaffen abstießen, hat sich der Handel mit "second hand"-Waffen weltweit enorm ausgedehnt und die Produzenten von Neuwaffen weitere Marktanteile gekostet. Nicht jeder Staat will und kann sich immer die neuesten Entwicklungen leisten; "alte" Waffen - meist höchstens 20 Jahre alt, laufend modernisiert und deshalb nahezu auf aktuellem technischem Stand - erfüllen ihren Zweck genauso "gut" und sind wesentlich günstiger im Preis.

Aber auch an den "Altwaffen"-Lieferungen verdient die deutsche Industrie in aller Regel mit. Herausragendstes Beispiel ist wohl die Lieferung von 39 NVA-Schiffen an Indonesien; offiziell vereinbart war ein Kaufpreis von rund 20 Mio. DM. Die mit diesem Geschäft verbundenen Aufträge für die deutsche Industrie, etwa bei der Modernisierung und Neuausstattung der Schiffe, beim Ausbau indonesischer Häfen und Werften sowie für die Schulung und Weiterbildung von indonesischem Marine- und Werftenpersonal ließen das Gesamtvolumen aber auf rund das 70fache ansteigen. Finanziert bzw. abgesichert wurde das Geschäft größtenteils mit Krediten und Bürgschaften aus deutschen Steuergeldern. Nur ein geringer Teil dieser enormen Summe - von der der indonesische Finanzminister bisher allerdings nur rund 320 Mio. US-$ zu zahlen bereit ist - taucht in den internationalen Statistiken dann als Rüstungsexport auf.

Das Beispiel zeigt aber auch, daß es der Bundesrepublik nicht einfach nur um die "Entsorgung" überschüssiger Waffensysteme geht; das hätte billiger und sicherer durch die Verschrottung der Schiffe geschehen können, rechnet man all die Folgekosten ein. Neben dem Effekt der Auftragsvermittlung an deutsche Konzerne spielen geostrategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Indonesien ist ein lange Jahre gepflegter Verbündeter in Südostasien. Erst kürzlich benannte das US-Verteidigungsministerium (DOD) - in einer Studie über die zukünftige Entwicklung der Rüstungsmärkte - die Auseinandersetzungen in Ostasien um bestimmte Wirtschaftszonen wie die Spratly-Inseln und um die Kontrolle wichtiger Schiffahrts- und Kommunikationsverbindungen wie der Malakka-Straße als einen wichtigen Bestimmungsfaktor zukünftiger Rüstungsnachfrage. Vor diesem Hintergrund gewinnt die deutsch-indonesische Partnerschaft an Bedeutung. Allerdings wurde auch Singapur, im Konflikt um die Malakka-Straße einer der Konkurrenten Indonesiens, eifrig beliefert.

Ein weiterer wichtiger Empfänger deutscher Rüstungsexporte war die Türkei, die eine Führungsrolle als Regionalmacht im Mittleren Osten und in Zentralasien anstrebt - es geht offenbar um eine Wiederauflage der alten imperialen Kumpanei zwischen Deutschem und Osmanischem Reich. Und wer an die Türkei liefert, muß auch an deren Erzfeind Griechenland liefern, will er keine NATO-Krise heraufbeschwören. So verwundert es nicht, wenn laut SIPRI die Türkei unter den weltweit wichtigsten Waffenimporteuren 1990-94 an dritter Stelle (hinter Saudi-Arabien und Japan), Griechenland an vierter Stelle steht.

Die Bundesregierung nutzt offenbar zunehmend Rüstungsexporte als Mittel einer eigenständigen und oft kurzsichtigen Machtpolitik, teilweise auch in Konflikt mit den USA oder europäischen Bündnispartnern. Nur so sind auch die offenbar unter Beteiligung des BND arrangierten Lieferungen vor allem von NVA-Waffen an Kroatien zu erklären.

Neue Waffengenerationen

Zugleich laufen die Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme für die "neue" Bundeswehr an. "Neue" Bundeswehr, das heißt vor allem "Krisenreaktionskräfte, die zu flexiblerem, mobilem und weiträumigem Einsatz fähig sein müssen" (K. Schloenbach, Unterabteilungsleiter Rü II im BMV, in: Europäische Sicherheit 6/95). Weltweite Einsatzfähigkeit ist das Ziel, nicht nur im Rahmen der UNO, sondern auch, um die eigenen Interessen überall "verteidigen" zu können - eine Rückkehr zur Kanonenbootpolitik des letzten Jahrhunderts, die in den Ersten Weltkrieg mündete. Gut 30 Milliarden DM sollen in den nächsten Jahren für diese neuen Rüstungsprogramme ausgegeben werden.

Da der Rüstungsmarkt weltweit in eine ähnliche Richtung geht, bedeutet das natürlich auch verbesserte zukünftige Exportchancen für die deutsche Industrie. Dabei spaltet sich der Markt in zwei Bereiche: Teure Hochtechnologie für die reichen Länder, die mit weniger Soldaten größere Schlagkraft erreichen wollen, und andererseits relativ preisgünstige, leichte Systeme, bei denen zum Beispiel die Luftverladbarkeit im Vordergrund steht; dieser Bereich geht von Mehrzweckhubschraubern wie dem Bo-105 bis zu

Wiesel-Luftlandepanzern und verbesserter Infanterieausrüstung - alles Dinge, die gerade für Regime wie in der Türkei oder in Indonesien interessant sind, um gegen die Opposition im eigenen Land eingesetzt zu werden, aber auch für schnelle Übergriffe in fremdes Territorium oder die vorsorgliche Besetzung umstrittener Inseln, ob in der Ägäis oder im Malaiischen Archipel.

Prognosen für die zweite Hälfte der 90er Jahre

Die bereits erwähnte Studie des US-Department of Defense (DOD) geht davon aus, daß der weltweite Waffenhandel 1991-2000 mit rund 320 Mrd. US-$ nur etwa das halbe Volumen der 80er Jahre erreichen dürfte. Verträge über etwa ein Drittel dieser Summe waren Mitte 1994 unter Dach und Fach, wenn auch nur zum Teil bereits als Lieferungen wirksam geworden; in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird nach der Studie Ost- und Südasien den Mittleren Osten als wichtigste Abnehmerregion überflügeln, während Europa dichtauf an dritter Stelle folgt.

Als wichtigsten Wachstumsmarkt benennt die Studie den Bereich der Rüstungselektronik, hier als "C3I" ("command, control, communications and intelligence") bezeichnet; dazu gehören auch die sog. "Drohnen" (unbemannte Aufklärungsflugkörper) und teilweise lasergesteuerte Präzisionsmunition. Allerdings dürfte der Marktanteil solcher Systeme 2% noch nicht übersteigen. Von größerer Bedeutung sind Flugzeuge (48%), Hubschrauber (10%), Militärfahrzeuge (11%), Raketensysteme (11%) und Kriegsschiffe (15%).

In allen diesen Bereichen ist Deutschland ein erfolgreicher Wettbewerber; der Sektor Kriegsschiffe ist aber der einzige Markt, in dem nicht die USA, sondern Deutschland - mit 35% der bisherigen Vertragsabschlüsse für die 90er Jahre - der eindeutige Marktführer ist, gefolgt von Schweden und den USA mit jeweils 25%. Das DOD rechnet mit einem abnehmenden Marktanteil der USA zugunsten Deutschlands. Außerdem sieht es große Marktchancen für den eigentlich doch schon betagten Alpha Jet aufgrund seines günstigen Preis-Leistungsverhältnisses. Zusammen mit dem guten und ausbaufähigen Marktanteil von über 8% bei den Militärfahrzeugen - vor allem durch Panzerverkäufe - mache dies Deutschland zu einem der führenden Rüstungsexporteure der 90er Jahre. Dabei ist die Beteiligung Deutschlands am Europäischen Helikopter-Konsortium, das mit dem NH-90 schon 34% Marktanteil bei den bisherigen Abschlüssen im Hubschraubermarkt erringen konnte, noch gar nicht eingerechnet.

Und wir?

Das alles zeigt: Es gibt immer noch genug zu tun für eine Kampagne gegen Rüstungsexporte. Wir haben schon viel erreicht: Rüstungsexporte haben viel mehr Öffentlichkeit und werden vor allem wesentlich kritischer beurteilt, als dies noch Anfang der 80er Jahre der Fall war. Verschiedene Einzelexporte konnten tatsächlich verhindert werden, ebenso eine weitere Aufweichung der Exportrestriktionen.

Doch nun scheint, nach dem letzten Aufbäumen während des zweiten Golfkriegs, der Elan der Friedensbewegung endgültig erlahmt, und prompt kommen die Ratten aus ihren Löchern: Industrie und einzelne Parlamentarier fordern die "Harmonisierung der Exportkontrollen" in der EU mit dem Ziel, die Kontrollen aufzuweichen und die Verantwortung dafür auf die EU-Ebene zu verlagern; der BND mischt wieder im Rüstungsschieberspiel mit (siehe Kroatien); die Industrie droht mit dem Verlust Tausender von Arbeitsplätzen, wenn bestimmte Rüstungsprojekte nicht durchgeführt und bestimmte Exportgeschäfte nicht genehmigt werden. Und völlig unbehelligt von irgendwelchen Exportbeschränkungen sorgt die Bundesregierung als oberste Genehmigungsbehörde und Exporteur zugleich für neue Rekorde.

Doch obwohl es heute weniger sind, die in der Kampagne aktiv sind, ist zugleich die Zahl derer gewachsen, die gegen Rüstungsexporte sind. Aus diesem "Kapital" müssen wir etwas machen, dieses Potential aktivieren. Da aber sind nicht nur die "Altaktivisten" gefragt. Wer Ideen für fantasievolle Aktionen hat oder solche schon durchgeführt hat, sollte dies auch im Kampagnenbüro melden, damit wir diese Ideen anderen weitergeben können.

Wir werden weiterhin Telefon-, Brief- und Faxaktionen zu aktuellen Anlässen starten, um den verantwortlichen Politikern mit massenhaftem Protest zu begegnen. Auch öffentlichkeitswirksame, satirische Kampagnen wie "Eine Brille für Herrn Kinkel" waren wirkungsvolle Aktionen, die einer Neuauflage wert sind. Und jedes Jahr zu Weihnachten werden wir das Schwarze Schaf an diejenige Persönlichkeit verleihen, die sich am stärksten "um die Steigerung deutscher Rüstungsexporte verdient gemacht hat". Doch all dies reicht nicht, wenn nicht überall

aus Deutschland ähnliche Initiativen kommen. Politische Arbeit kann nicht nur delegiert werden: Wer will, daß sich etwas ändert, muß sich auch selbst dafür einsetzen und engagieren.

Tun wir was!

Ulla Frey

Kampagne gegen Rüstungsexport / Idstein (April 1996)

Anmerkung:

1) Soweit nichts anderes gesagt wird, sind alle Angaben in US-$ inflationsbereinigt auf das Basisjahr 1993 umgerechnet.

Quellen:

Trotz Einrichtung des UN-Registers für Rüstungstransfers sind verläßliche Zahlen zum Rüstungsexport immer noch schwer zu bekommen, zumal dieses UN-Register nur wenige Großwaffenkategorien erfaßt und auf freiwillige Meldungen der Mitgliedsstaaten angewiesen ist. Etwas weiter gefaßt sind die Kategorien des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, das sich auf öffentlich zugängliche Quellen wie Zeitungsmeldungen und ähnliches stützt. Auch hier werden aber nur Großwaffen erfaßt.

Die US-amerikanische Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA dagegen versucht ein breiteres Spektrum zu erfassen; nicht zuletzt wegen der Benutzung von durch den CIA bereitgestellten Daten gilt ihre Bewertung aber als oft politisch gefärbt. Generell stellt die wertmäßige Erfassung von Rüstungsexporten ein Problem dar, da nur selten Einzelheiten der Kaufverträge bekannt werden; deshalb werden in der Regel die gelieferten Produkte erfaßt und anschließend aufgrund ihres Alters, ihrer Ausstattung und ihres aktuellen Marktpreises - soweit bekannt - bewertet. Bei den durch die Bundesregierung jährlich auf Anfragen im Bundestag bekanntgegebenen Zahlen über erteilte Genehmigungen besteht dieses Problem nicht. Allerdings tut die Bundesregierung alles, um eine Zuordnung der Genehmigungswerte zu einzelnen Geschäften oder Produkten zu verhindern; bei weniger als drei Antragstellern wird für das betreffende Land gar kein Genehmigungswert bekanntgegeben. Außerdem führt nicht jede erteilte Genehmigung automatisch zu einem Export, oft werden Genehmigungen auch vorsorglich beantragt.

Die in diesem Artikel verwendeten Angaben und Zahlen stammen überwiegend aus:

- US Arms Control and Disarmament Agency (ACDA): World Military Expenditures and Arms Transfers 1993-1994; Washington D.C., Februar 1995;

- US Department of Defense (DOD): World-Wide Conventional Arms Trade (1994-2000). A Forecast and Analysis; Washington D.C., Dezember 1994;

- SIPRI Yearbook 1995, Stockholm 1995.

Über den heroischen Kampf gegen eine böswillige Presse

"Die deutschen Waffenexporte in den Jahren 1992/93 brachten uns in der Registerskala vor allem wegen des (ab dem kommenden Jahr abnehmenden) Transfers von Waffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee jeweils auf den zweiten Platz. Dies ist nach der Veröffentlichung des VN-Berichts Anfang des Monats erneut verzerrt von der in- und ausländischen Presse aufgegriffen worden. Die dazu verfaßte Sprachregelung ist in Anlage 2 beigefügt. Kernpunkt unserer Erwiderung ist, daß knapp 97% der deutschen Waffenexporte (gerechnet nach Stückzahl) an NATO-Partner und der NATO gleichgestellte Länder erfolgt ist. In den Kategorien Kampfpanzer, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber und Raketen ist kein Waffensystem an ein Land außerhalb der oben genannten Gruppierungen transferiert worden. Dies und der Anteil des Waffenexportes an den deutschen Gesamtausfuhren in Höhe von lediglich 0,4% belegt die von der Bundesregierung seit Jahren verfolgte restriktive Außenpolitik. Hierauf haben wir auch in einer besonderen Anmerkung zu unserer Meldung zum VN-Waffenregister ausdrücklich hingewiesen. Zu vermerken bleibt schließlich, daß im Gegensatz zu uns etwa bei den Exporten Frankreichs und Großbritanniens jeweils etwa 96% bzw. nahezu 100% der gemeldeten Waffensysteme an nicht-europäische Staaten abgegeben wurden. Bei den USA stehen die Exporte in NATO-Staaten zu den Exporten in nicht-NATO-Staaten immerhin im

Verhältnis 5 zu 1. Dies gibt uns ergänzende Argumentationsmöglichkeiten, falls erneut Negativmeldungen in der Presse auftauchen sollten."

(aus einem internen Papier der Bundesregierung. Az. 250-370.20/7 vom 2.11. 1995; betr. VN-Waffenregister, hier: Bilanz der ersten beiden Jahre seit Bestehen des Registers.)

12. Zweiter Castor-Transport durchgeprügelt

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Demonstrationsauseinandersetzungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:37

Mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte der BRD wurde am 8. Mai 1996 der zweite Castorbehälter ins Zwischenlager Gorleben geprügelt. Anti-AKW-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten sich seit Wochen auf den TagX2 vorbereitet. Schon am 4. Mai fand mit ca. zehntausend Menschen die größte Anti-AKW-Demonstration seit Jahren in Dannenberg statt. Viele verbrachten die nächsten Tage im Hüttendorf Castornix oder im Zeltlager an einer Esso-Tankstelle am Stadtrand von Dannenberg. Diese Tage waren mit einer Fülle von kleinen Aktionen ausgefüllt. Dazu zählte die Unterhöhlung der nur für den Castortransport benutzten Gleisanlagen ebenso wie verschiedene Besetzungsaktionen. Die Zahl der AKW-GegnerInnen vor Ort stieg in der Nacht zum 8. Mai beträchtlich an. Ständig wurde die aktuelle Route des Castortransports bekannt gegeben. Meldungen über Protestaktionen von AKW-GegnerInnen auf der Strecke, so z.B. in Minden oder Göttingen wurden mit lauten Applaus begrüßt. Gegen vier Uhr morgens wurde gemeldet, daß der Castor den Bahnhof von Uelzen erreicht habe. Das war das Signal zum Aufbruch. Tausende bewegten sich in Richtung des Verladekrans, wo der Castorbehälter auf einen LKW verladen und ins 20 km entfernte Zwischenlager transportiert werden sollte. Für die Strecke zum Zwischenlager benötigte der LKW rund sechs Stunden. Erst um 13.07 Uhr kam die Meldung, daß die strahlende Fracht jetzt endgültig im Zwischenlager eingetroffen ist. Diese sechs Stunden erinnerten an die Hochzeiten des Anti-AKW-Widerstands in den 80er Jahren. Mit Blockaden, Straßenbarrikaden und einer Palette phantasievoller Widerstandsaktionen wurde der Transport verzögert. Anders als beim ersten Castortransport im letzten Jahr wurde von der Polizei erst gar nicht der Versuch gemacht, die Blockierer von der Straße zu tragen. Es wurden sofort Hochdruckwasserwerfer eingesetzt, die ihr Wasser-Gasgemisch auf die DemonstrantInnen sprühten. Zum Teil schwere Verletzungen waren die Folge. In einem Fall wurde die ärztliche Behandlung eines Schwerverletzten durch die Polizei erheblich behindert.

Politische Reaktionen

Die Reaktionen auf die Aktionen fanden ganz im Stil der großen Widerstandsaktionen der 80er Jahre statt. SPD/CDU/FDP sprachen unisono vom Bürgerkrieg im Wendland, ausgelöst durch reisende ChaotInnen, denen mit schärferen Gesetzen das Handwerk gelegt werden müsse. Die SPD-VertreterInnen übten dabei noch zaghafte Kritik an der Atompolitik der Bundesregierung. Die GRÜNEN gaben sich mal wieder verbalradikal. Sowohl die niedersächsische Landtagsabgeordnete Rebecca Harms als auch Vorstandssprecher Jürgen Trittin solidarisierten sich mit den Protestaktionen. Dafür mußten sie sich in einen Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung belehren lassen, daß sie das in Zukunft zu lassen hätten, wenn sie denn mitregieren wollten. In den Medien wurde versucht, den Widerstand in den verständlichen Protest der WendländerInnen und die "kriminellen Aktionen der Reisechaoten" zu spalten. Dazu trugen sicherlich auch Meldungen bei, daß sich die Wendländischen Anti-AKW-Initiativen im Vorfeld des Castortransports auf strikte Gewaltfreiheit festgelegt und von Kleinaktionen an den Bahngleisen distanziert hätten. Bisher war es in den Bürgerinitiativen Praxis, sich nicht von Aktionen zu distanzieren, mit denen sie nichts zu tun hatten. Diese Distanzierung richtete sich vor allem gegen eine Reihe von Eingriffen in den Bahnverkehr, bei denen die Gefahr bestanden hatte, daß Reisende zu Schaden kommen und deren Urheberschaft aus dem Anti-AKW-Widerstand angezweifelt wird. Nach wie vor gehören gezielte Regelverstöße zum Repertoire der Anti-AKW-Initiativen. Während der Aktionstage war in puncto Repression durch die Staatsmacht eine Differenzierung zwischen WendländerInnen und auswärtigen UnterstützerInnen nicht festzustellen. So wurde während einer Traktorenblockade der schwerbehinderte Vorsitzende der Bäuerlichen Notgemeinschaft von der Polizei aus seinem Traktor gezerrt und dabei verletzt. Mehrere Traktoren wurden im Vorfeld von der Polizei außer Gefecht gesetzt, indem die Ventile aus den Reifen gedreht oder einfach abgeschlagen wurden.

Perspektiven

Das Ziel der Anti-AKW-Initiativen mit der Aktion X2 den zweiten Castortransport teurer als den ersten zu machen, scheint erreicht worden zu sein. Es wird von Kosten von über 50 Millionen DM geredet. Die Initiativen hoffen, daß es dshalb keinen weiteren Transport mehr geben wird. Tatsächlich wurde in den Medien die Frage gestellt, wieviele solcher Transporte finanziell überhaupt noch tragbar seien. Allerdings gibt es auch

Anzeichen, daß die AtompolitikerInnen ihre harte Haltung weiter durchsetzen wollen. So gibt es in SPD-Kreisen Gedankenspiele, den Castortransport künftig mit dem Flugzeug zu bewerkstelligen. Mit der Verabschiedung des neuen niedersächsischen Polizeigesetzes just am Tag des Castortransport werden auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur Unterbindung der Proteste geschmiedet. Das Gesetz ist eine Reaktion auf die sogenannten Chaostage vom letzten August in Hannover und gibt die Handhabe, Personen mehrere Tage vorbeugend festzunehmen oder aus dem Landkreis auszuweisen.

Allerdings hat jetzt auch eine generelle Debatte über den Transport von atomaren Müll begonnen. Außer den Transporten ins Zwischenlager nach Gorleben, wird fast täglich irgendwo Atommüll transportiert. Die Atomtransporte aus dem AKW Grundremmingen nach Sellafield hätten ohne die Gorleben-Auseinandersetzungen sicherlich keine solche Aufmerksamkeit von AKW-GegnerInnen und Medien erfahren. Nur wenn es gelingt, wieder einen bundesweiten Widerstand gegen das Atomprogramm aufzubauen und die Renaissance der Atomindustrie (siehe jW vom 10.5.96) wieder zum Angriffspunkt zu machen, können auch die Castortransporte nach Gorleben gestoppt werden.

Peter Nowak

13. PDS - völkische Vorstellungen diskussionswürdig?

Warum der Marzahner Bezirksbürgermeister nicht abgewählt werden konnte

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:21

Selten hat ein PDS-Kommunalpolitiker soviel Kritik aus seiner Partei einstecken müssen wie der Bezirksbürgermeister Harald Buttler aus Berlin-Marzahn. Ultimaten der Landeschefin, des Bezirksfraktionsvorsitzenden, Abwahlanträge zweier Basisorganisationen und der AG Junge GenossInnen, scharfe Kritik des Landesfraktionschefs, alter Antifaschisten, außerparlamentarischer Gruppen und dazu Lob ausgerechnet von der rechtsextremen NPD und der Jungen Freiheit. Und dennoch bleibt der Bezirksbürgermeister in Amt und Würden. Ein kurzer Auftritt Buttlers mit einigen marginalen Korrekturen seiner Äußerungen reichte am 17. Mai auf der Hauptversammlung der Marzahner PDS, um den Abwahlantrag mit 63 zu 20 Stimmen zu kippen.

Ein Phänomen? Nein, denn dann müßte es schon ein Phänomen sein, daß Buttler überhaupt Bürgermeisterkandidat der PDS werden konnte. Bereits vor seiner Kandidatur war der damalige Sozialstadtrat heftig unter Beschuß geraten. Er hatte 1995 im Rahmen der Pförtner-Privatisierung in seinem Bezirk ausgerechnet die von der ÖTV als Schwarzes Schaf der Branche gekennzeichnete Sicherheitsfirma ARGUS aus über 60 BewerberInnen ausgewählt und mit den Pförtnerarbeiten in den Marzahner SeniorInnenheimen beauftragt. Als die ARGUS erwartungsgemäß bei Tarifen und Zuschlägen gegen die Beschäftigten querschoß, weigerte sich Buttler selbst dann noch, den Vertragspartner ARGUS in die Pflicht zu nehmen, als sich die AG Betrieb und Gewerkschaft beim Bundesvorstand der PDS und sogar Gregor Gysi persönlich einschalteten. Buttler: "Die ÖTV ist kein Partner des souveränen Bezirksrates." Seine KritikerInnen hätten ja schließlich, anders als er, nicht die Verantwortung zu tragen. Schon damals war der Landesvorstand dagegen, daß Buttler Kandidat der Marzahner PDS beim aussichtsreichen Kampf um den Bürgermeistersessel wurde. Er wurde es trotzdem.

Schwarzes Schaf

oder exemplarischer Fall?

Buttler geriet erneut in die Schlagzeilen, als er am 23.4.1996 die Kürzungsvorgaben des Senats in voller Höhe (47 Mio. Mark) umsetzte. Damit vermeldete ausgerechnet das rote Marzahn als erster Berliner Bezirk Vollzug des antisozialen Sparhaushaltes der CDU-SPD-Koalition. Die Vorlage wurde von Buttler gemeinsam mit dem CDU-Stadtrat gegen die beiden anderen PDS-Stadträte verabschiedet. Buttler fiel damit sowohl dem Bezirksvorstand seiner Partei als auch der Fraktion in den Rücken. Die hatten als "oberste Schmerzgrenze" Streichungen in Höhe von 21 Mio. Mark festgelegt. Für den Rest wollte man die Deckung offen lassen und es auf einen Machtkampf mit dem Senat ankommen lassen. "Es kann nicht Aufgabe von PDS-Politik sein, Kürzungsvorgaben des Senats, die man für nicht verantwortlich hält, brav umzusetzen", formulierte dazu der Chef der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Harald Wolf. Natürlich werde der Senat, wenn sich die PDS in den Bezirksämtern als widerständig erweise, nicht tatenlos zusehen, sondern versuchen, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. "Aber das ist ein politischer Konflikt, den man öffentlich thematisieren und austragen kann, selbst wenn man am Ende gezwungen ist, aus rechtlichen Gründen Maßnahmen doch umzusetzen."

Daß die Berliner PDS-Spitze so sensibel auf Buttlers Alleingang reagierte, ist verständlich. Schließlich stellt er eine der wichtigsten Grundsäulen der PDS-Zukunft, die Kommunalpolitik, in Frage. Denn selten wurde so deutlich, daß die Jungen GenossInnen mit ihrer Stigmatisierung der Kommunalpolitik als "potentielles Einfallstor der Reaktion" hundert Prozent richtig lagen. Da ist Buttler kein Einzelfall. Nur sind in Berlin die Nerven gereizter und der politische Blick schärfer als auf dem Lande. In kleinen Gemeinden betreiben PDS-KommunalpolitikerInnen schon lange CDU-Politik. Das wurde zuletzt auf einer gemeinsamen Sitzung der sächsischen PDS-Landtagsfraktion mit sieben PDS-BürgermeisterInnen des Freistaats in Hoyerswerda deutlich. Dort erklärte der Hoyerswerdaer Oberbürgermeister Horst-Dieter Brähmig (PDS), daß er "eigentlich nichts anders" mache als Bürgermeister anderer Parteien, er mache es "einfach gut". Dem pflichteten seine Kollegen bei, die allesamt meinten, Politik für ihre BürgerInnen zu machen und nicht das PDS-Programm umzusetzen.

Es gab nur mäßige Kritik einiger junger PDSler daran. "Vor zwei Jahren habe ich gegen jede Entlassung gewettert, heute unterschreibe ich sie", resümierte der Bürgermeister aus Naundorf. Was wie ein politischer Offenbarungseid klingt, ist aber Realpolitik, wie sie von 175 PDS-BürgermeisterInnen täglich durchgezogen wird. Sicher gibt es Unterschiede, und Horst-Dieter Brähmig, der Privatisierung und Sozialkürzungen zugunsten des Mittelstandes das Wort redet, der Kindergartenstellen und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, nicht aber bei der Polizei abbauen will, ist sicher ein besonders harter Brocken. Gelobt wird er daher meistens von SPD und CDU, worauf er stolz ist. Es gibt natürlich auch einige positive Beispiele aus der Kommunalpolitik, zum Beispiel das eines PDS-Gesundheitsstadtrates in Berlin, der eine Schule "wegen Rattenbefall" für einen Tag schließen ließ, damit die Republikaner dort nicht wie geplant ihren Landesparteitag abhalten konnten.

Trotz einiger weniger solcher Lichtblicke zeichnen sich immer mehr die beiden Grundprobleme der PDS-Kommunalpolitik ab. Zum einen ist dies der Gegenstand selbst. Denn Kommunalpolitik in politischen Ämtern ist im Kapitalismus eben immer nur die Verwaltung des Status quo und hat mit sozialistischer Politik grundsätzlich nichts zu tun. Als das Berliner Abgeordnetenhausmitglied, Stefan Liebich, auf der Marzahner Hauptversammlung am 17. Mai sagte: "Es ist kein Wert an sich, einen Bürgermeister zu haben, der das PDS-Etikett trägt. Wenn keine unterschiedliche Politik erkennbar ist, gibt es keinen Grund für einen PDS-Bürgermeister, dann kann das auch einer von der CDU machen", da hatte der junge Abgeordnete die Achillesferse der PDS getroffen. Außer zur Mitglieder- und WählerInnengewinnung taugt die Kommunalpolitik für die PDS nämlich nicht. Weder läßt sich das Parteiprogramm auch nur ansatzweise umsetzen, noch können PDSlerInnen aufgrund der gegebenen Zwänge eine unterscheidbar bessere Kommunalpolitik machen, als VertreterInnen anderer Parteien. Und die Forderung von Jungen GenossInnen und auch von VertreterInnen der Parteispitze, PDS-BürgermeisterInnen müßten den Protest organisieren und an der Spitze des Widerstandes in ihren Gemeinden stehen, ist zwar gut gemeint, aber leider eine Verkennung der Realitäten. Denn das bleibt die Aufgabe von gesellschaftlichen und politischen Kräften außerhalb der parlamentarischen Bettelstuben.

Die Parteibasis -

konservativer als die CDU?

Das zweite Grundproblem ist ein personelles. Die Parteispitze mag zwar in manchen Fragen zu Recht als sozialdemokratisch und reformistisch beschimpft werden, doch an der Basis lauern Kräfte und Stimmungen, die an Konservativismus nicht nur die SPD, sondern gelegentlich sogar die CDU in den Schatten stellen. So ist zum Beispiel die programmatisch festgeschriebene Losung "Offene Grenzen" nicht im Geringsten in der Basis unterfüttert. Über 50% der PDS-WählerInnen waren sogar für die Abschaffung des Asylrechts und 78% wollen die Befugnisse der Polizei ausgeweitet sehen. Wer also der Parteispitze vorwirft, sie würde nach Rechts wandern, der/die sollte sich zunächst vor Augen führen, wo diese Partei herkommt. Die kulturelle, aber auch die politische Spießbürgerlichkeit der SED und des Großteils der heutigen PDS-Basis ist wohl nur mit der CSU vergleichbar.

Der "Brief aus Sachsen" von der Polit-Querulantin Christine Ostrowski und ihrem Gefährten Ronald Weckesser, der einen Abschied von der Linkspartei hin zu einer regionalistischen, ostdeutschen Volkspartei "nach dem strategischen Vorbild der CSU" fordert, ist daher nur folgerichtig und spiegelt vermutlich die Gedanken, zumindest aber die Gefühle eines großen Teils der PDS-Mitgliedschaft im Osten wider. Reaktionen der Basis nicht nur aus Sachsen bestätigen das. Die aufgeregte Kritik der PDS-Linken drückt nur aus, daß hier ein Tabu berührt wurde, das auszusprechen verboten ist und in absehbarer Zeit wohl auch bleibt. Die äußerst folgsame Parteibasis (da unterscheidet sie sich allerdings nicht von der anderer Parteien) wird das Tabu weiter akzeptieren. Die Zurückhaltung der Parteispitze und des Parteivorsitzenden Lothar Bisky ist dabei allzu verständlich. Wer Ostrowski ans Bein pinkelt, trifft einen Großteil der Basis. Und wer Buttler, Brähmig oder Ostrowski rauskickt, muß sich die Frage gefallen lassen, wie die PDS in Zukunft ausreichend KandidatInnen für die zahlreichen kommunalen Ämter gewinnen soll.

In Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel hat bereits die Mehrheit der PDS-KommunalpolitikerInnen angekündigt, bei den nächsten Wahlen 1999 nicht wieder kandidieren zu wollen. Davon haben nur 26% Altersgründe angegeben. Weniger als 20% der jetzigen Abgeordneten werden vom "Kommunalpolitischen Forum" noch als "junge Leute" bezeichnet. Über Nachwuchssorgen klagen auch die KommunalvertreterInnen

in Sachsen. Speziell für Ämter wie das des Finanzdezernenten finden sich keine kompetenten Leute in den Reihen der PDS, die bereit wären, diesen undankbaren Job anzutreten, bei dem man nicht nur von den anderen Fraktionen permanent angegriffen wird, sondern sich auch noch vor der eigenen Partei rechtfertigen muß, wenn man den Job gut, also wie ein SPDler oder CDUler macht. Deshalb ist die Toleranz der machtorientierten Parteistrategen wie André Brie und Wolfgang Gehrcke gegenüber den Ostrowskis und Buttlers so groß.

Buttlers coming out

Dies trifft auch auf die Äußerungen Buttlers zu dem Nazi-Aufmarsch in seinem Bezirk am 1. Mai dieses Jahres zu. Buttler hatte, wie die Tageszeitung junge Welt aufdeckte, bewußt darauf verzichtet, eine Gegendemo gegen den Aufmarsch hochkarätiger Nazikader aus der gesamten Bundesrepublik zu organisieren, weil er Auseinandersetzungen mit angereisten Antifas befürchtete. In einem jW-Interview bezeichnete er junge Antifas zudem als "Chaoten" und "Randalebegehrende" und setzte sie mit Rechtsextremisten gleich. Außerdem leugnete er die rechte Gefahr in Marzahn und bestätigte die auch von Nazis gebrauchte Losung, daß "deutschen Jugendlichen kein Arbeitsplatz hierzulande angeboten wird". Hauptsache sei doch, daß es keine "Krawalle" gegeben habe. Die Rechten fühlten sich durch diese Worte bestärkt und die NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten", die die Demo am 1. Mai angemeldet hatte, bedankte sich gar in einem Offenen Brief bei Buttler, daß er sich "von gewaltbereiten Chaoten distanziert" habe und daß ihr Aufmarsch durch seine "diskrete Handhabung im Vorfeld zum 1. Mai" störungsfrei durchgeführt werden konnte. Das rechtsextreme Lager fühlte sich durch die Buttler-Äußerungen und durch das populistische, von nationalem und provinziellem Stammtisch-Mief und von Standort-Logik durchtränkte Ostrowski-Papier dermaßen angesprochen, daß sich sogar zwei Vertreter der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit, unter ihnen der Chefredakteur Dieter Stein, am 17. Mai zu der Hauptversammlung der PDS-Marzahn trauten und dort - bis sie hinaus komplimentiert wurden - ein Flugblatt mit der Losung "Für einen neuen Regionalismus! Für eine selbstbewußte PDS!" verteilten. Darin wurden die Forderungen Ostrowskis "nach einer selbstbewußten Standortbestimmung der PDS" unterstützt.

In einem Kommentar der Jungen Freiheit heißt es: "Der PDS-Bürgermeister (Buttler, d. Verf.) machte deutlich, daß ihm rechte Demonstranten, die sich ordentlich verhielten, lieber seien als linke Chaoten." Eine PDS, die sich "zu ihren Wurzeln" bekennen würde, wäre "im besten Sinne des Wortes konservativ". Leider haben die Rechten damit recht. Und daß sie versuchen, einen Keil in die PDS zu treiben und langfristig Leute aus ihren Reihen für sich zu gewinnen, ist nur naheliegend und muß nicht erfolglos bleiben.

Der Sturm im Wasserglas

Buttler, der auf der Marzahner Hauptversammlung keine Spur von Reue zeigte und eher noch eins drauf legte, konnte sich relativ leicht aus der Affäre ziehen, auch wenn die Abmahnung, die er erhielt, für PDS-Verhältnisse außerordentlich barsch war. Schließlich gelobte er sich zu bemühen, den sogenannten "Ergänzungsplan" zum Haushalt zurückzunehmen, künftig keine Alleingänge mehr zu starten und bei einer Antifa-Kundgebung am 4. Juni seine Äußerungen aus dem jW-Interview zurückzunehmen. Auch der Fraktionsvorsitzende der Marzahner PDS, Norbert Lüdtke, ging scharf mit Buttler ins Gericht und forderte ihn auf der Hauptversammlung ultimativ auf, die gemachten Äußerungen "gravierend zu revidieren", sonst werde er nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Letztlich revidierte sich aber nicht Buttler, sondern Lüdtke, der erklärte, das mit dem Ultimatum nicht so gemeint zu haben. Er sei gerade aus dem Krankenhaus gekommen und daher etwas überempfindlich.

PDS-Landeschefin Petra Pau, die stinksauer über die Buttler-Äußerungen war und ein Marzahner Rathaus ohne Buttler bevorzugen würde, bestand auf nur einer Forderung: Buttler solle zurücknehmen, daß er alte Widerstandskämpfer, die die NS-Hölle durchgemacht haben, als die im Gegensatz zu den jungen Antifas "besseren Antifaschisten" bezeichnet hatte. Darauf konnte sich Buttler gerade so einlassen, und er entschuldigte sich auch bei den am 1. Mai als Gegendemonstranten des Naziaufmarsches angerückten jungen Gewerkschaftern, die sich beleidigt gefühlt haben könnten. Die beiden alten Antifaschisten Fred Löwenberg und Heinrich Fink, die Buttler zunächst sehr scharf kritisiert hatten, geben ihm nun eine Chance, seine Äußerungen zu revidieren und sich als Antifaschist zu rehabilitieren. Sie organisieren gemeinsam mit ihm eine Antifa-Kundgebung am 4. Juni vor dem Marzahner Rathaus.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß das Stattfinden der Nazidemo am 1. Mai nicht nur auf das Verschulden Buttlers zurückzuführen ist. Auch die restliche PDS zeigte sich handlungsunfähig, mit Ausnahme von Petra Pau, die auf der gleichzeitig stattfindenden PDS-Kundgebung am Alexanderplatz die Anwesenden aufrief, nach Marzahn aufzubrechen, um sich den Faschos entgegenzustellen. Auch die autonome Antifa, die zur selben Zeit eine Großdemonstration mit fast 15.000 TeilnehmerInnen durch den Prenzlauer Berg durchführte, schaffte es nicht, eine relevante Anzahl von Leuten nach Marzahn zu mobilisieren. Schließlich blieben rund 50 junge GewerkschafterInnen unter sich und mußten sich den Naziaufmarsch mehr oder weniger hilflos ansehen.

Angesichts der Empörung über das Versagen des PDS-Bürgermeisters Buttler sollten die "Sünden" anderer PDS-KommunalpolitikerInnen nicht außer Sichtweite geraten. Auch Ostrowski, die sich mit Buttler solidarisierte, hatte bereits 1993 ihren Fascho-Skandal. Sie fand nichts dabei, mit Neonazifunktionären der "Nationalen Offensive" zu diskutieren. Ostrowski erklärte damals: "Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut." Und in Wurzen bei Leipzig distanzierte sich die örtliche PDS von einer Antifa-Demo unter dem Motto "Zerschlagt die faschistischen Strukturen", weil ihnen dieses zu gewaltätig schien. Bei einem Schlichtungsgespräch, zu dem die PDS-Vizechefin Angela Marquardt extra aus Berlin angereist war, zeigte sich diese von den Abgrenzungen der älteren GenossInnen gegenüber der autonomen Antifa dermaßen entsetzt, daß sie erklärte, sich erstmals für ihre PDS-Mitgliedschaft zu schämen. Der Landtagsabgeordnete Prof. Werner Bramke (auch ein weitgehender Befürworter des Ostrowski-Papieres) hatte zuvor die antifaschistische Losung "Nazis raus" mit der rechten Hetzparole "Juden raus" in einen Zusammenhang gebracht. Der bereits oben zitierte Horst-Dieter Brähmig aus Hoyerswerda war 1994 mit rassistischen Äußerungen aufgefallen, als er im Hinblick auf das Pogrom in seiner Stadt, das zur Evakuierung der Flüchtlinge führte, auf die Frage, ob er neue Asylbewerber beantragen werde, antwortete: "Nein, die Bürger sind hier noch nicht reif, Ausländer zu integrieren."

Letztlich ist das Dilemma der PDS nicht lösbar. PDS-Kommunalpolitik bleibt den Nachweis praktischer linker Politik in der Regel schuldig und mündet in dem von Ostrowski anvisierten regionalchauvinistischen Trachtenverein, der immer wieder Schützenbrüder wie Brähmig und Buttler hervorbringen wird. Andererseits kann die PDS die Kommunalpolitik nicht aufgeben, da sie Voraussetzung für das Bestehen der Partei, für ihre hohe Akzeptanz, die damit verbundenen hohen Wahlergebnisse und ihres politischen Einflusses ist. Es bleibt den Parteilinken daher kaum etwas anderes übrig als zu fordern, die KommunalpolitikerInnen der PDS müßten es als Hauptaufgabe ansehen, in ihren Gemeinden und Städten die oppositionellen Kräfte zu stärken und den linken Widerstand zu organisieren - auf eine Umsetzung dieser Forderung zu hoffen, ist und bleibt jedoch eine Illusion.

Ivo Bozic

Die Wiederkunft des

Staatsmännischen in der PDS

Mit ihrem "Brief aus Sachsen" haben Christine Ostrowski und Ronald Weckesser den Rahmen der parteiöffentlichen Strategiediskussion erheblich nach rechts erweitert. Zumindest bei den Themenkomplexen Ostinteressen und Kommunalpolitik formulieren sie die Befindlichkeiten der Basisorganisationen. Ihre Vorstellungen zur ostdeutschen Volkspartei, besser gesagt, einer ostdeutschen Landsmannschaft, ihre Leugnung gesellschaftlicher Widersprüche und die Propagierung der Betriebsgemeinschaft werden zwar in der Breite nicht geteilt, gewinnen aber den Rang diskutierbarer Optionen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in meinen Augen ihr Staatsbegriff. Anstatt Politik aus der Entwicklungsdynamik gesellschaftlicher Widersprüche zu bestimmen, propagieren sie das anachronistische Verständnis des Staates als Naturnotwendigkeit. Ohne Staatsmacht herrsche Anarchie, sei Freiheit nicht möglich. Wer den Staat aber als unparteiischen Interessensschlichter versteht, über dessen Ausrichtung frei in Parlamentswahlen entschieden wird, der leugnet seine historische Genese, seinen repressiven Charakter, seine Funktion zum Erhalt der Profiterwirtschaftung. Teilt man diese Sicht, dann gibt es auch keinen Grund, nicht an der Staatsgewalt zu partizipieren und sich in seine Sachlogik zu fügen.

Jüngstes Beispiel hierfür ist der Marzahner PDS-Bürgermeister Buttler, dem das Ostrowski/Weckesser-Papier gewidmet ist. Den Faschistenaufmarsch in Marzahn habe er nicht verhindern können, da die angemeldeten

"Nationaldemokraten" unter dem verfassungsrechtlichen Schutz der Demonstrationsfreiheit stünden, verteidigte sich der Kommunalpolitiker am 17. Mai vor seinen Marzahner Genossen. Die "Nationaldemokraten" hatten sich vor der Veranstaltung mit Flugblättern für sein Handeln bedankt. Auch die Entscheidungen zu massiven Einschnitten in seinen Bezirkshaushalt habe er zu tragen, weil ihn das Berliner Haushaltsgesetz dazu verpflichte.

Dieses Verständnis von Kommunalpolitik weist auf Tendenzen der Parteientwicklung hin: Jeder PDS-Dorfvorsteher wird zur moralischen Autorität, "da er ja konkret und in Verantwortung etwas für unsere Menschen tut", d.h. in das neue System integriert ist. Hier bricht sich der Wunsch nach "Ausbruch aus der Schmuddelecke" bahn. Hier gewinnen die Befürworter einer Regierungsbeteiligung der PDS. Zeitgleich mit Ostrowski/Weckesser und Buttler, aber in der Diskussion weniger beachtet, erklärt Wahlkampfchef André Brie, in der Länderfusionsentscheidung gegen ein gemeinsames Bundesland Berlin/Brandenburg habe sich die Mehrheitsfähigkeit der PDS in Sachfragen bewiesen. Keine Woche später erwartet Gregor Gysi die ersten PDS-Minister bis zum Jahr 2000, ob es der Partei lieb sei oder nicht.

Zu den skizzierten Entwicklungstendenzen möchte ich drei Punkte anmerken. Erstens: Die Entrüstung vieler PDS-Mitglieder angesichts der Diffamierung junger Antifaschisten durch Harald Buttler bietet einen Ansatz zur Aufwertung außerparlamentarischer Opposition. Zweitens: Mittelfristig wird sinnvolle PDS-Politik von der erfolgreichen Verknüpfung der speziellen Situation in Ostdeutschland und dem allgemeinen Kampf gegen konservative Hegemonie abhängig sein. Nicht "gute" oder "schlechte" Politik ist die Ursache der sozialen Spaltung des Landes, sondern die Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse. Drittens: Ausgehend von einem emanzipatorischen Ansatz muß es gelingen, die Strategie-Diskussion in der PDS auf ein inhaltliches Niveau hochzuarbeiten, um die Borniertheit eines etatistischen Politikverständnisses konkret aufzuzeigen. Die Wiederkunft des Staatsmännischen in der PDS ist auch einem Gutteil Naivität geschuldet.

Stefan Grunwald,

AG Junge GenossInnen

PDS - völkische Vorstellungen diskussionswürdig?

Es war für viele sicherlich eine Überraschung, daß sich ein Redakteur der neofaschistischen Wochenzeitung Junge Freiheit (jF) selbst nach Marzahn bemühte, um auf der dortigen Delegiertenkonferenz der PDS seinen Aufruf "Für eine selbstbewußte PDS" zu verteilen. Ausgerechnet der Redakteur einer Zeitung, die sonst in ihren Spalten ständig den Beweis zu führen versucht, daß die PDS nicht nur die alte SED, sondern auch noch ein Sammelbecken von Terroristen und Gewalttätern sei, findet gute Worte für die PDS. "Der PDS-Bürgermeister machte deutlich, daß ihm ‚rechte Demonstranten`, die sich ordentlich verhielten, lieber seien als ‚linke Chaoten`", schrieb ein Roland Wehl im Kommentar der jW am 17.5.1996. Einige Tage zuvor hatte der Vorstand der jungen Nationaldemokraten, der NPD-Jugendorganisation, Harald Buttler dafür gelobt, daß er ihren Aufmarsch nicht verboten hatte und hinterher wohlwollend bemerkte, daß es dabei nicht zu Krawallen kam.

Buttlers Interview in der jungen Welt und mehr noch der als Unterstützungserklärung gedachte Brief des Duos Ostrowski/Weckesser, haben rechtsaußen Interesse geweckt. Und das nicht zu unrecht. Bei der Kritik an dem "Brief aus Sachsen" wurde zumeist übersehen, daß es sich dabei nicht in erster Linie um eine besonders weitgehende Anpassungsleistung an die SPD handelt. Das versuchen führende PDS-PolitikerInnen schon seit längerem erfolgreich. In dem Brief werden vielmehr völkische Vorstellungen von einem deutschen Sozialismus ohne Klassenkampf, mit positivem Bezug auf den bodenständigen Mittelstand, wiederbelebt. Kein Wunder, daß die Alten und Neuen Rechten applaudieren.

Hier liegt auch die Verantwortung linker KritikerInnen inner- und außerhalb der PDS. Der ehemalige jW- und ak-Autor Christoph Seils schrieb in einem taz-Kommentar vom 11.5.1996 zum "Brief aus Sachsen": "Neu ist allerdings, daß sich die Praktiker aus den Kommunen und Landtagen jetzt vehement zu Wort melden. Sie haben offenbar keine Lust mehr, sich ständig vor den Vertretern des linken oder orthodoxen Parteiflügels zu rechtfertigen, wenn sie in ihrem politischen Alltag gegen deren Heilslehren verstoßen." Angegriffen wird hier weniger der rechte Vorstoß, sondern vielmehr die parteiinternen linken KritikerInnen. Diese wiederum stellen brav Abwahlanträge, vermeiden jede provokative Äußerung, um nicht auch noch das Drittel der Stimmen zu gefährden, daß der von der AG Junge GenossInnen gestellte Antrag gegen Buttler bekommen hat.

Die Parteirechten können nur gewinnen, wenn die Ostrowski/Weckesser-Thesen in der Partei zwar nicht mehrheitsfähig, aber doch diskussionswürdig sind. Das reicht den rechten TabubrecherInnen fürs erste. Daß die PDS bereit und in der Lage sein wird, einen klaren Trennungsstrich zu diesen Positionen zu ziehen, ist eher unwahrscheinlich.

Peter Nowak

14. Nürnberg: Nazi-Aufmarsch abgeblasen

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:41

Naziaufmarsch abgeblasen

Der für den 1. Mai vor der Nürnberger "Bundesanstalt für Arbeit" angekündigte Aufmarsch der neonazistischen "Jungen Nationaldemokraten" (JN) wurde im letzten Moment abgeblasen. (Vorbericht in ak 390, S. 2). Ein Ausweichversuch in der Wagner-Stadt Bayreuth fiel ebenfalls ins Wasser. Als einziges Ergebnis der wochenlangen bundesweiten Mobilisierung brachten die JN und NPD in Franken eine kurze "Spontandemo" in Bamberg sowie eine Saalveranstaltung im benachbarten Kulmbach zustande, an denen jeweils zwischen 50 und 100 Rechtsradikale teilnahmen. Das ursprünglich anvisierte Ziel, in Nürnberg ein öffentlichkeitswirksames Signal zu setzen, wurde mit dieser Mini- bzw. Hinterzimmerversammlung deutlich verfehlt.

Die entschlossene, aber auch breit angelegte Gegenmobilisierung, die unter anderem von der VVN/BdA, Antifa-Initiativen, Autonomen, KB-Nürnberg, Jusos, Friedensbewegten, Gewerkschaftsvertretern sowie PDS und AG-Junge Genossinnen getragen wurde, konnte so viel Druck erzeugen, daß sich nach langem Zögern zuerst der sozialdemokratische Rechtsreferent der Stadt Nürnberg und dann die zuständigen Gerichte zu einem Verbot des JN-Aufmarsches entschlossen. Dem Vernehmen nach soll sich hinter den Kulissen der bayrische Innenminister Beckstein für ein Demo-Verbot stark gemacht haben. Das Verbot hatte auch vor der zweiten Instanz Bestand, so daß die Nazis die Mobilisierung nach Nürnberg am Vorabend des 1. Mai in sich überschlagenden Kommuniqués via "Nationales Info-Telefon" abbliesen. Offenbar teilten auch die Nazis die Einschätzung der Antifaschistinnen und Antifaschisten, daß die Polizei im Falle eines gerichtlichen Demo-Verbotes dieses auch handfest durchsetzen würde.

Der DGB Nürnberg nahm nach dem Verbot Kontakt zum DGB in Bayreuth auf, um diesen zu informieren und zu ermutigen, auch dort gegen eine sich abzeichnende Ersatzveranstaltung Stellung zu beziehen. Der DGB Bayreuth meldete in Zusammenarbeit mit den örtlichen Jusos ebenfalls eine Gegenaktion an und konnte letztlich so erwirken, daß der JN-Aufmarsch auch in Bayreuth gerichtlich verboten wurde. Dies ist um so positiver, als es in Bayreuth keine radikale linke Szene gibt, die sich einer bundesweiten Nazi-Mobilisierung mit Aussicht auf Erfolg hätte entgegenstemmen können.

Anfänglich drehte sich die öffentliche Diskussion um die angeblich zu erwartende Gewalt von links und rechts, die laut Ordnungsamt Nürnberg "hauptsächlich von der beabsichtigten Gegendemonstration" ausgehen werde. (Nürnberger Nachrichten, 26.4.). Für diese Behauptung gab es nur einen einzigen "Beleg": Ein obskures Flugblatt eines nicht existenten "Bündnis Haut die Rechten wo ihr sie trefft!", das dem DGB-Chef von einem Polizeivertreter am 22.4. übergeben und aus dem in der "Nürnberger Zeitung" am 25.5 der zentrale Satz zitiert wurde, nämlich die kraftmeierische Ankündigung, die Nazis "aus der Stadt zu prügeln". Nachdem das Antifa-Bündnis via Tageszeitung klarstellen konnte, daß es ihr nicht um Prügeleien sondern ausschließlich um die Verhinderung der Nazi-Provokation ging, drehte sich die Debatte.

Zuerst bestritt der Pressesprecher der Polizei am 29.4. in einer Pressekonferenz, das besagte Flugblatt zu kennen. Dann führte das Verwaltungsgericht Ansbach (1. Instanz) am selben Tag nach Telefonaten mit der Polizeiführung das neue und in der Sache absurde Argument ein, die Polizei sei "kräftemäßig nicht in der Lage, die öffentliche Sicherheit ausreichend zu gewährleisten". "Für das besonders symbolbeladene Datum 1. Mai in Nürnberg, einem für Extremisten ebenfalls symbolträchtigen Ort", seien die "Ausnahmevoraussetzungen für einen relativen polizeilichen Notstand gegeben". Neben Hinweisen auf mögliche PKK-Störungen der DGB-Aktion zum 1. Mai und einer "gewissen Gewaltbereitschaft" der Antifaschisten enthält das Urteil erstmals den Hinweis auf "Waffen und waffenähnliche Gegenstände sowie Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen", die von den Nazis in der Vergangenheit mitgeführt worden sind. Bei der JN-Aktion sei "mit erheblicher Gewaltbereitschaft" zu rechnen. Außerdem seien die JN-"Ordner einschlägig vorbestraft und polizeibekannt", so das Verwaltungsgericht Ansbach in der Verbotsbegründung.

Das Verwaltungsgericht Bayreuth übernahm einen Tag danach die Verbotsbegründung aus Ansbach teilweise wörtlich, um die Ersatzveranstaltung zu verbieten. Dort fehlte allerdings jeder Hinweis auf mögliche "linke Gewalt".

Die 1.-Mai-Mobilisierung in Nürnberg bestätigte zum wiederholten Male die Erfahrung, daß die radikale Linke dann konkrete Erfolge gegen Nazi-Provokationen verbuchen kann, wenn es gelingt, aktionsfähige Bündnisse mit Kräften aus dem reformistischen Lager zu schmieden. Hätte der DGB wie der PDS-Bürgermeister in Berlin-Marzahn argumentiert, es sei doch in Ordnung, wenn eine nicht verbotene Gruppe eine Demonstration durchführt, dann hätte die JN-Provokation in Nürnberg unter Polizeischutz stattgefunden.

Al., Nürnberg

15. 1. Mai in Istanbul. Polizeischüsse forderten drei Menschenleben

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:48

Am 1. Mai fanden überall in der Türkei Demonstrationen mit der größten Beteiligung seit 19 Jahren statt: in Istanbul waren es 100.000, in Izmir und Ankara 30.000, in Mersin und anderen Städten ebenfalls mehrere Zehntausend. Schon im April hatten zahlreiche Großaktionen mit jeweils Zehntausenden Beteiligten stattgefunden: die Streik- und Aktionstage der Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes - in der Türkei traditionell der kämpferischste Teil der Werktätigen, deren Gewerkschaften häufig der revolutionären Linken "aufgeschlossen sind", die aber rechtlich und materiell am schlechtesten dastehen: Hungerlöhne, kein Tarifrecht etc. Ebenfalls im April hatten, einem Aufruf der HADEP folgend, mehrere Zehntausend für Frieden demonstriert. An allen Universitäten hatten Studenten Aktionen und Besetzungen durchgeführt, die blutig niedergeknüppelt wurden. Im März hatte es große Gedenkaktionen für die im vergangenen Jahr von der Polizei im Istanbuler Stadtteil Gazi Ermordeten gegeben; die Proteste gegen die Ermordung des Journalisten Metin Göktepe hatten ebenfalls zehntausend Menschen mobilisiert. Kurz: Trotz anhaltender brutaler Repression sind immer mehr Teile der Gesellschaft in Bewegung geraten und engagieren sich.

Auffällig an der 1. Mai-Demonstration in Istanbul war vor allem, daß das aufrufende Bündnis der drei großen Gewerkschaftskonföderationen (Türk-Is: "gelbe", staatstreue Gewerkschaft; DISK: früher linksreformistisch, nach dem Putsch 1980 mehrere Jahre verboten jetzt geschwächt und stark reformistisch; Hak.Is: islamisch) selbst nur den kleinsten Teil der DemonstrantInnen mobilisiert hatten. Nur einige tausend Arbeiter beteiligten sich an diesem Block. Dagegen hatten die verschiedenen Strömungen der revolutionären und kurdischen Linken jeweils etwa 10.000 Menschen mobilisiert: die neu gegründete ÖDP (ein Zusammenschluß der BSP mit einem Dev-Yol-Nachfolgeprojekt), die HADEP, die EP, die linkere "Gewerkschaftsplattform des Öffentlichen Dienstes" KESK und auch der z.T.: in "Guerilla-Uniform" mit Halstüchern und Einheitskleidung marschierende gemeinsame Block von Dev-Sol und MLKP und weiteren Gruppen war ebenfalls mehr als zehntausend Menschen stark. Das zeigt, daß es eine zum Teil zwar zersplitterte und sich erst neu gruppierende revolutionäre Linke mit einer enormen Mobiliserungskraft gibt, die vor allem eine starke Anziehungskraft auf die unzufriedene und wirklich Not leidende Jugend ausübt, und daneben reformistische bis staatstreue Gewerkschaften, die nicht in der Lage waren, die (von ihnen angemeldete) Demonstration zu leiten und schließlich den Kundgebungsplatz verließen.

Der Polizei und den türkischen "Sicherheitspoltikern" war diese Kräftekonstellation sehr wohl bekannt. Ihre Maßnahmen in Istanbul waren von vorneherein auf Provokation angelegt: Bereits frühmorgens, vor Beginn der eigentlichen Demonstration wurde versucht, durch "Durchsuchungsmaßnahmen" Scharmützel auszulösen; zwei Personen wurden erschossen. Dennoch setzte sich der Zug, der so lang war, daß das Ende des Zuges erst nach mehreren Stunden den Kundgebungsort in Kadiköy erreichte, schließlich in Bewegung. Dort machte sich der angestaute Haß der DemonstrantInnen Luft. Banken, ein Postamt, Busse und Autos wurden zertrümmert. Die Polizei, die noch mehrmals das Feuer eröffnete, erschoß einen weiteren Demonstrationsteilnehmer.

Sie konnte allerdings nicht ereichen, daß es zu einer Massenpanik kam wie 1977, als Geheimpolizisten von einem Hoteldach aus in die riesige Maikundgebung auf dem Taksimplatz schossen. Durch die damals ausgelöste Massenpanik wurden 32 Menschen zu Tode getreten. Durch gezielte Falschinformationen (linksradikale maoistische Gruppen hätten die Schüsse abgegeben) sollte eine dauerhafte Spaltung der Linken erreicht werden. Das Massaker am 1. Mai 1977 war der Auftakt für die staatlichen Terrorakte gegen eine erstarkende linke Bewegung. Dieser Staatsterror gipfelte schließlich im Militärputsch vom 12. September 1980. Das Kalkül der Polizeiprovokation am diesjährigen 1. Mai war ein ähnliches: Spaltung, Panik und Terror auszulösen. Doch das ist trotz der Toten nicht gelungen. Die stärksten Kräfte der Linken (ÖDP, HADEP und EP) haben Diskussionen begonnen, wie der aktuellen Situation gemeinsam zu begegnen ist.

Nora Mielke

16. 1. Mai in Berlin: Pfiffe für Schulte. Starke Beteiligung an den revolutionären Demonstrationen

Autor: Peter Nowak, kuk · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:25

Entgegen dem eigentlichen Sinn des 1. Mai als Feiertag war für Linke dieses Jahr Schwerstarbeit angesagt. Neben zwei revolutionären Demonstrationen am frühen Nachmittag lockten auch noch vier Demonstrationszüge, zu denen am Vormittag von gewerkschaftlicher Seite aufgerufen worden war. Da der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in diesem Jahr Berlin als zentralen Veranstaltungsort bestimmt hatte, wurde mit dem Bundesvorsitzenden Dieter Schulte ein ganz besonderer Hauptredner erwartet, dem viele Linke schon seit längerem eine Abreibung verpassen wollten.

Der offizielle 1. Mai-Aufruf des DGB stand unter dem Motto "Höchste Zeit für neue Zeiten". Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hatte zusammen mit ÖTV, DPG, GEW, CPG und dem Bündnis gegen Sozialabbau zu einem Zug aufgerufen, an dem sich zwischen 2.500 und 3.500 Menschen beteiligten. Die HBV Berlin hat die sogenannte "Berliner Erklärung" verabschiedet, in der das Bündnis für Arbeit ausdrücklich abgelehnt wird. Nicht zuletzt deshalb hatten sich die Linken, die an den DGB-Zügen teilnehmen wollten, hier eingefunden. Als der ÖTV-Zug am Alexanderplatz eintraf, beschlagnahmte die Polizei ein Transparent, auf dem zu lesen war: "Die Steigerung von Arschkriecherei heißt Schulte". Auf wessen Veranlassung dies erfolgte, konnte nicht festgestellt werden.

Vom Oranienburger Tor aus startete die DGB-Jugend, die einen LKW mit einer ohrenbetäubenden Musikanlage besorgt und eine Techno-Party für den ganzen Tag angekündigt hatte. Die Resonanz war dürftig. Etwa 280 Personen, darunter viele haupt- oder nebenberufliche Gewerkschaftler, waren erschienen. An dem Zug der DGB-Führung, in dem auch die Berliner SPD-Prominenz mitlief, beteiligten sich lediglich wenige hundert Leute.

Vor dem Roten Rathaus versammelten sich schließlich 20.000 Menschen. Die beiden RednerInnen, Christiane Bretz vom DGB Berlin und Dieter Schulte, mußten gegen ein gellendes Pfeifkonzert anreden, das von gut 200 Protestierenden, vor allem aus dem Bündnis gegen Sozialabbau sowie Kritischen GewerkschaftlerInnen, veranstaltet wurde. Unmittelbar vor der Rednertribüne wurde ein riesiges Transparent gehalten, auf dem es hieß: "DGB-Führung weg". Schulte wurde zudem mit Tomaten, Eiern und fauligen Mandarinen beworfen.

Mit seiner Ansprache hat Schulte sich das Pfeifkonzert allerdings auch verdient. Zwar waren ihm Enttäuschung und Wut über das in die Krise geratene Bündnis für Arbeit deutlich anzumerken; als Antwort auf den Druck von Regierung und Arbeitgebern kam jedoch nur der übliche gewerkschaftliche 1. Mai-Schmus heraus: "Das Maß ist voll - endgültig! Es ist höchste Zeit für neue Zeiten." "Wir haben die Hand ausgestreckt, wenn die anderen das jetzt aufkündigen, werden sie die geballte Faust zu spüren bekommen." "Wer die Lohnfortzahlung angreift, spielt mit dem Feuer." Das Sparpaket sei "der Marschbefehl in eine andere Republik", gegen den härtester Widerstand zu leisten sei usw. Am Ende seiner Rede erneuerte Schulte sein Bekenntnis zum Bündnis für Arbeit. Unterstützung suche er bei Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Bürgerinitiativen und bei der Politik.

Revolutionärer 1. Mai in Berlin - dieses Jahr zweigeteilt

Im Februar dieses Jahr wurde der Aufruf für eine einheitliche revolutionäre I. Mai-Demonstration veröffentlicht. (1) Der Versuch eines Neuanfangs zeigte sich u.a. daran, daß eine Zusammenarbeit mit maoistischen Gruppen nicht von vornherein abgelehnt wurde. Allerdings sollten sie aus der Demoleitung ausgeschlossen bleiben. Die autonomen Zusammenhänge, die früher für die Maidemovorbereitung verantwortlich waren, haben sich dieses Jahr abseits gehalten und lediglich einige historische Reminiszenzen über die Interim geliefert. Die Ökologische Linke Berlin ergriff die Initiative für einen sozialrevolutionären Demo-Block, mit dem man sich - innerhalb einer gemeinsamen Demonstration - von ML-Gruppen, denen u.a. Personenkult (Mao) vorgeworfen wurde, abheben wollte. Diesem Aufruf schlossen sich eine Reihe anarchistischer, autonomer, marxistischer und rätekommunistischer Gruppen an. Doch zu einer gemeinsamen Demonstration sollte es trotzdem nicht kommen.

Ende März hatten sich die Vorbereitungstreffen an der Frage festgebissen, von wo aus die Demo losgehen sollte. Eine Gruppe wollte den traditionellen Oranienplatz beibehalten. Es wurde argumentiert, daß dieser Ort mit dem "Maiaufstand" 1987 in Kreuzberg verbunden sei, daß die Demonstration nur in Kreuzberg durch die Beteiligung ausländischer GenossInnen ihren internationalistischen Charakter behalten würde, daß diese Demonstration auch international eine Bedeutung habe und eine Ortsänderung nicht zu vermitteln sei. Dagegen stand die Position für einen Ortswechsel zum Rosa-Luxemburg-Platz. Argumentiert wurde mit den Erfahrungen der letzten Maidemos in Kreuzberg, auf denen es zu militanten Auseinandersetzungen unter den TeilnehmerInnen gekommen war. Außerdem wurde darauf verwiesen, daß im Prenzlauer Berg zur Zeit mehr soziale Kämpfe als in Kreuzberg stattfinden. Diese Position vertraten neben der Antifaschistischen Aktion Berlin verschiedene autonome und libertäre Gruppierungen. Für dieses Spektrum spielte es sicherlich eine nicht unwichtige Rolle, einen Demoauftaktort zu wählen, zu dem die maoistischen Kräfte nicht kommen würden.

Da in dieser Frage kein Konsens gefunden wurde, begann jede Gruppe mit der Mobilisierung für ihren Demoauftaktort. So wurde faktisch die Spaltung vollzogen, wobei jede Gruppe die andere beschuldigte, durch eigenmächtiges Vorpreschen für den Bruch verantwortlich zu sein. Schließlich wurde eine gemeinsame Abschlußkundgebung auf dem Kollwitzplatz vereinbart.

Am 28.4. veröffentlichte der Landesvorstand (LV) der PDS eine Presseerklärung, in der sich die Partei von den revolutionären Mai-Demos distanziert. "An den beiden revolutionären 1. Maidemonstrationen sind wir nicht beteiligt. (...) Sie machen aus unserer Sicht keinen Sinn. (...) Die uns bekannten Aufrufe zu diesen Demonstrationen strotzen nur so von Revolutionsromantik und Verbalradikalismus und gehen an den aktuellen Problemen in dieser Stadt vorbei. (...) Uns bleibt nur die Aufforderung an den Innensenator, diese ‚autonomen` Kindereien nicht zum Anlaß für ‚Polizeifestspiele` zum 1. Mai auszunutzen." Neben Autonomen Gruppen in und bei der PDS distanzierte sich auch der Bezirksvorstand der PDS-Kreuzberg von der Erklärung des Landesvorstandes. Harald Buttler hingegen diente sie als Vorlage für seine Diffamierung von Antifaschisten (siehe jW, 4./5.5. und Artikel in dieser ak) nach dem Nazi-Aufmarsch in Marzahn.

Die O-Platz-Demo

Das "Revolutionäre 1. Mai-Bündnis" hatte unter der Parole "Zusammen kämpfen - gegen Ausbeutung und Unterdrückung - Keine Befreiung ohne Revolution" zum Oranienplatz mobilisiert. Um 13 Uhr hatten sich ca. 4.000-5.000 Menschen versammelt. Auffallend war die starke Beteiligung nichtdeutscher Linker, was sich an Transparenten und Losungen ablesen ließ. Zunächst war die Polizeipräsenz sowohl am Demoauftaktort als auch an der Route auffallend gering. Das änderte sich in der Nähe des Alexanderplatzes. Zwei Fraktionen der revolutionären türkischen Organisation Dev-Sol gerieten miteinander in Streit. Es kam zu Schlägereien, in die die Polizei eingriff und mehrere DemonstrantInnen festnahm.

Kurz vor dem Kollwitzplatz wurde die Demonstration von Polizeiketten mit der Begründung gestoppt, daß es auf dem Kollwitzplatz Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei gebe. Die gab es zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht, sondern erst 10 Minuten später. Nach einer anderen Version behauptete die Polizei, die TeilnehmerInnen der Rosa-Luxemburg-Demonstration wollten die O.-Platz-Demo nicht auf dem Kollwitzplatz haben. Nach mehreren Aufforderungen der Demoleitung, den Weg freizumachen, und nachdem ein großer Teil der Teilnehmenden individuell den Kollwitzplatz zu erreichen versuchte, wurde die Abschlußkundgebung vor der Polizeisperre abgehalten. Die erwartete Unterstützung durch Tausende von Menschen vom gut tausend Meter entfernt lie- genden Kollwitzplatz blieb allerdings aus.

Die Revolutionäre 1. Mai-Demo, die vom Rosa-Luxemburg-Platz aus startete, erinnerte in manchem an die Demos von Anfang der 90er Jahre. Etwa 10.000 TeilnehmerInnen lieferten den Beweis, daß diese Demonstration ihren festen Platz beansprucht. Sie stand unter dem Motto: "Heraus zum revolutionären 1. Mai! Gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Zusammen kämpfen! Solidarität ist eine Waffe!" Die Polizeistrategie war im Vergleich zu den Vorjahren verändert. Manche Zugänge zum Versammlungsplatz konnten ohne Durchsuchung passiert werden. Der Demozug wurde nicht am Abmarsch gehindert, obwohl sich im vorderen Teil ein Schwarzer Block formiert hatte. Es gab kein Spalier und keine Aufforderungen, die Vermummung zu beenden.

Baustellen und besetzte Häuser, die am Weg lagen, waren durch PolizistInnen abgeriegelt. Direkte Provokationen unterblieben, doch es gab auch "Merkwürdigkeiten". So waren entlang der Straßenbahnlinien an der Wilhelm-Pieck-Straße mehrere ungeschützte Wannen unmittelbar an der Straße abgestellt, auf der die Demo entlangführte. Auch an mehreren Abzweigungen standen - quasi in Tuchfühlung - ungeschützte Polizeifahrzeuge. Daß diese "Einladungen" seitens der Demo-TeilnehmerInnen ignoriert wurden, zeigt, daß der Wille zu einer friedlichen Durchführung gegeben war. (2)

Als größter Erfolg kann sicherlich angesehen werden, daß es gelungen ist, die Revolutionäre 1. Mai-Demo friedlich bis zum Kollwitz-Platz zu führen. Dort eskalierte die Situation allerdings nach kurzer Zeit. Zunächst war zu beobachten, daß sich viele Demo-TeilnehmerInnen kurz vor dem Eintreffen am Kollwitz-Platz verabschiedet hatten, da sich wohl kaum mehr als 1.000 bis 2.000 dort sammelten. Über Lautsprecherwagen wurde bekanntgegeben, daß die O-Platz-Demo am Rosa-Luxemburg-Platz festgehalten werde. Die Polizei wurde aufgefordert, der anderen Demo den Weitermarsch zum Kollwitz-Platz zu gestatten. Unmittelbar nach dieser Durchsage kam es im Bereich Husemann/Wörther-Straße zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auslöser waren zwei Polizeifahrzeuge, die ohne ersichtlichen Grund rückwärts in den Bereich des Kollwitzplatzes fuhren und daraufhin von Jugendlichen attackiert wurden. Daraufhin erklärten die VeranstalterInnen das Ende der Kundgebung. Für kurze Zeit spielten sich auf dem Kollwitz-Platz erschreckende Szenen ab. Kids bewarfen fahrende Polizeifahrzeuge, hinter denen sich Passanten und DemoteilnehmerInnen befanden, mit Steinen und Flaschen. Haarsträubende Dummheit und totale Verantwortungslosigkeit führten dazu, daß Unbeteiligte mehrfach vor Steinen in Deckung gehen mußten.

Die anschließenden Auseinandersetzungen dauerten die ganze Nacht an. Im Einsatz waren 4.500 Beamte, darunter 1.000 aus anderen Bundesländern und vom Bundesgrenzschutz. Die Bilanz: 48 verletzte PolizistInnen, über 200 Festnahmen.

Nachlese

Unmittelbar nach den Maidemos meldeten sich in der Interim noch einmal jene Autonomen zur Wort, die den Trennungsstrich zu den maoistischen und teilweise zu allen leninistischen Gruppen betonten und die getrennten Demos als Erfolg bezeichneten. Daß sich nur wenige Kilometer entfernt, in Marzahn, Faschisten zum Aufmarsch versammelten, wurde nur vereinzelt als Niederlage der antifaschistischen Kräfte empfunden.

Die Bündnisgrünen wiesen darauf hin, daß die Stimmung in Berlin durch vier Häuserräumungen im April unnötig angeheizt worden sei. Allerdings sei "die ungezügelte Gewaltbereitschaft eines Teils von Jugendlichen ... nicht zu rechtfertigen und nicht zu entschuldigen." Im Innenausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses lobten auch die Grünen die Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. Der Abgeordnete Wieland erklärte, daß es ohne Polizei nicht gehe, wenn ein Krawallpotential vorhanden sei.

Der Berliner LandessprecherInnenrat der Kommunistischen Plattform der PDS schrieb in einer Erklärung am Abend des 1. Mai: "Zugleich sind wir in den Demonstrationszügen mitmarschiert, die ihren Anfang am Luxemburg- bzw. Oranienplatz hatten. Es waren ernsthafte Demonstrationen vorwiegend junger Leute, die wohl nicht zuletzt zum Ausdruck bringen wollten, daß es ihnen in dieser Gesellschaft zumindest schwerfällt, eine Perspektive für sich zu sehen. Die Demonstrationen verliefen diszipliniert. Provoziert wurde im Vorfeld des 1. Mai und am Tage selbst durch ein unglaubliches Polizeiaufgebot." In einer späteren Erklärung der KPF wurden Steinwürfe als kein geeignetes politisches Mittel bezeichnet. Aber auch dort wurde jeder Ausgrenzung autonomer Gruppen eine Absage erteilt. Das sind neue Töne, gab es doch zwischen der KPF und der autonomen Linken kaum Berührungspunkte. Man muß abwarten, ob sich in Zukunft eine gemeinsame Debatte über andere politische Themen entwickeln kann.

Peter Nowak/kuk

Anmerkung:

1) Initiator war die Antifaschistische Aktion Berlin, die mit drei weiteren Gruppen in der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) organisiert ist. Die in der AA/BO organisierten Gruppen lehnen im Gegensatz zu anderen autonomen Zusammenhängen eine antikommunistische Ausgrenzung ab. In der AA/BO sind auch Gruppierungen wie die Revolutionäre Antifaschistische Initiative (RAI) organisiert, die sich offen zum Marxismus-Leninismus bekennen.

2) Dennoch gab es durchaus brisante Situationen: An der Kreuzung Pappelallee/Stargarder Straße standen ebenfalls drei ungeschützte Wannen. Gerade in dem Moment, als der Schwarze Block daran vorbei zog, wurden vom Fußgängerweg aus - über den Schwarzen Block hinweg - drei oder vier Steine auf die Wannen geworfen. Sie prallten ab und flogen fast in die DemonstrantInnen hinein. Leider konnte man nicht erkennen, ob es sich bei den Werfern um Zivilbeamte oder um durchgeknallte Jugendliche handelte, von denen leider ebenfalls viele im Umfeld der Demo zu sehen waren.

Walpurgisnacht - ein Fest

gerät in die Schlagzeilen

Den Auftakt zur diesjährigen Walpurgisnacht in Berlin bildete die traditionelle Frauen- und Lesben-Demo, an der etwa 1.000 Frauen teil nahmen. Rednerinnen kritisierten, daß die Walpurgisnacht, eigentlich eine Frauenveranstaltung, inzwischen von den Männern dominiert werde. Polizisten und männliche Zuschauer wurden, wie jedes Jahr, mit Mehl beworfen. Ein "Opfer" revanchierte sich bei einer Demo-Teilnehmerin mit einem Tritt in den Unterleib; die Frau mußte daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert werden, der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Die Demo, die unter dem Motto "Wir scheißen aufs Vaterland. Internationaler Frauenkampf. Wut und Zorn, Widerstand." stand, verlief ansonsten ohne weitere Zwischenfälle.

Die Walpurgisnachtfeiern in der Nacht zum 1. Mai auf dem Kollwitz-Platz/ Prenzlauer Berg gibt es seit 1989. Bis 1993 wurden sie von einer Frauengruppe getragen, danach feierten Tausende ohne Organisation und staatliche Auflagen. 1995 ging die Polizei massiv gegen feiernde FestteilnehmerInnen (siehe ak 379) vor. Dieses Jahr sollte das verhindert werden. Eine "Initiative Walpurgisnacht '96", bestehend aus dem Bündnis Prenzlauer Berg, der SPD sowie Initiativen und Projekten rund um den Kollwitz-Platz, propagierte eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. 90 durch eine Armbinde kenntliche PolizistInnen sollten sich während der Feiern auf dem Platz aufhalten, uniformierte Polizeieinheiten samt Wasserwerfern und anderen Gerätschaften auf die angrenzenden Straßen und Plätze - vom Festplatz nicht einsehbar - verteilt werden.

Weit über 10.000 Menschen kamen zur Walpurgisnacht, darunter viele Schaulustige, die durch den Polizeiüberfall des Vorjahres auf das Fest aufmerksam geworden waren. Anders als bei anderen Straßenfesten gab es weder Verkaufs- noch politische Stände. Punks feierten neben Faschos, nur Nichtdeutsche fehlten völlig. Bis 2 Uhr nachts schien das Sicherheitskonzept aufzugehen. Dann errichteten Jugendliche in der Wörther Straße, einer der Zufahrtsstraßen zum Kollwitz-Platz, mit Hilfe eines Bauwagens eine Barrikade. Ein Motorrad und ein Auto wurden in Brand gesetzt. Dies nahm die Polizei zum Anlaß, um massiv gegen die friedlich auf dem Platz feiernden Menschen vorzugehen. Die Bilanz der neunzigminütigen Straßenschlacht: fünfundzwanzig Festnahmen sowie fünf verletzte Polizisten. Die InitiatorInnen der Walpurgisnacht warfen der Polizei vor, sich nicht an die Absprachen gehalten zu haben.

Peter Nowak/kuk

17. Die Linke hat sich aus der sozialen Wirklichkeit entfernt. Interview mit Karl Heinz Roth (aus: jW, 1. Mai-Beilage

Rubrik: Sozialpolitik; Westdeutsche Linke allgemein; DGB und Einzelgewerkschaften; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:40

Die alte reformistische Gewerkschaftsbewegung, gegen die die Linke gekämpft hatte, existiert nicht mehr. Die Gewerkschaften sind mit dem Sozialstaatskompromiß gescheitert. Gewerkschaftliches Bewußtsein der Mitgliedschaft gibt es nicht mehr. Und die Linke hat sich mit der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung aus der sozialen Wirklichkeit entfernt. Aufgrund dieser von ihm so gesehenen Lage schlägt Karl Heinz Roth vor, eine neue sozialistische Perspektivdebatte aufzunehmen, die sowohl auf den globalen Kontext wie auf die konkrete Vermittlung orientiert.

Das korporatistische Modell der Gewerkschaften hat mit dem Bündnis für Arbeit seinen Höhepunkt ereicht. Kann man im gemeinsamen Sorgen von Kapital, Staat und Arbeitnehmervertretungen um den Standort Deutschland Parallelen zur Ideologie der volksgemeinschaftlichen Deutschen Arbeitsfront entdecken?

Nur sehr indirekt. Dieses Bündnis ist eher ein Versuch, die Sozialpartnerschaftsideologie und auch -praxis der fünfziger Jahre zu restaurieren. Am Ende des Nazismus gab es in der bürgerlichen Opposition, dem sogenannten 20. Juli, einen großen Sozialpakt. Eigentlich hatten jene, ich meine Goerdeler und die Gewerkschaften, für die Nachkriegszeit einen Pakt vereinbart, der Vollbeschäftigungsgarantien enthalten und soziale Sicherheit festschreiben sollte. Im kommenden Sozialstaat des Nachkriegs-Deutschland sollte eine stabile Einheitsgewerkschaft etabliert werden. Und dieser Pakt hat in der BRD bis in die achtziger Jahre gehalten. So wie er beispielsweise als Pakt der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Frankreich von 1943 oder in Belgien bis Anfang der 80er Jahre Bestand hatte.

Die westdeutsche Gewerkschaftsführung versucht jetzt in einer Situation, in der das Sozialstaatsmodell Deutschland endgültig kippt, noch einmal mit allen Mitteln, an diese Geschichte anzuknüpfen, die jedoch schon Legende ist. Der Sozialstaat ist weitgehend von innen heraus abgebaut. Und in diesem Augenblick wollen die Gewerkschaften noch mal alles mobilisieren, um an die alte Sozialpartnerschaft anzuknüpfen.

Mit der NS-Volksgemeinschaft würde ich das nicht vergleichen. Das war eine ganz andere Ebene. Zudem hat die historische Forschung inzwischen gezeigt, daß das, was in der linken Debatte über Sozialpakt im deutschen Faschismus verhandelt worden ist, etwas ganz anderes gewesen ist. Der entscheidende Unterschied ist, daß es in der Nazidiktatur keine wirkliche Repräsentation der Arbeiterklasse, noch nicht mal im Sinn einer faschistischen Massenorganisation gegeben hat, wie sie in Italien existiert hatte. Das haben die neuen Forschungen ergeben. Das heißt, es gab einen Ersatz für den Korporatismus, der durch eine Funktionärsschicht der deutschen Arbeitsfront repräsentiert war. Und diese Funktionärsschicht hatte de facto mit der zerstörten, untergegangenen Arbeiterbewegung nichts mehr zu tun. Und deshalb, glaube ich, ist es wichtiger, darauf zu achten, was Leuschner und Goerdeler und Jakob Kaiser 1943/44 verhandelt haben.

Außerdem ist die geschichtliche Konstellation eine völlig andere. Die Nazidiktatur war wirtschafts- und sozialpolitisch gesehen ein Versuch, das gesamte sozialpolitische und wirtschaftliche Entwicklungsmodell - oder Wachstumsmodell - aus der Weltwirtschaft herauszunehmen. Das ist gescheitert und wurde dann mit einer Kriegspolitik, mit einem Raubkrieg beantwortet.

In der heutigen Situation versuchen die Gewerkschaften, an letzte Reste der Nachkriegspolitik anzuknüpfen, um die Demontage von Sozialstaat, die heute stattfindet, aufzuhalten. Damals ging es dem Ersatz von Arbeiterbewegung, der - in den vierziger Jahren - über die zerstörte Arbeiterbewegung gestülpt worden war, darum, über eine antizyklische Wirtschaftspolitik, über eine an Vollbeschäftigung orientierte Kriegswirtschaftspolitik ein stabiles Wachstum zu konsolidieren. Das war eine ganz andere Situation, weil die Gewerkschaftsbewegung jetzt völlig mit dem Rücken an der Wand steht. Sie muß eine Legende mobilisieren, um überhaupt an irgendwelche Sozialstaatskompromisse der fünfziger und sechziger Jahre anzuknüpfen.

Innerhalb der Gewerkschaften hat sich der rechte Flügel durchgesetzt. Wie paßt es zusammen, daß einerseits eine Gewerkschaftsbewegung so große Zugeständnisse macht und den Widerspruch zwischen Kapital und

Arbeit nicht mehr aufgreift, während auf der anderen Seite noch linke SozialdemokratInnen, manche Grüne und PDSler ein Modell vertreten, das in Richtung sozial-ökologisches Projekt und diese Fragen immerhin noch aufwirft.

Die alte reformistische Gewerkschaftsbewegung, gegen die wir in den sechziger und siebziger Jahren gekämpft haben, existiert überhaupt nicht mehr. Es ist eine völlig absurde Situation entstanden. Viele Einzelgewerkschaften funktionieren nur noch, weil der Apparat von ehemaligen Linken besetzt ist. Und Reformisten, die eine vollbeschäftigungsorientierte Politik des status quo - die ja immerhin auch eine wirkliche Gegenposition gegen das Kapital war - vertreten hatten, sind weitgehend verschwunden. Im Gewerkschaftslager, gerade auch im deutschen, ist ein Prozeß des Auseinanderfalls in Gang gekommen, wie er in den politischen Parteien schon seit einigen Jahren zu beobachten ist. Es ist überhaupt nicht mehr möglich, alte traditionelle Flügel auszumachen.

Die Gewerkschaften sind zu einem tönernen Koloß geworden.

Das sozialökologische Projekt beispielsweise, das den Aspekt von linker oder alternativer Politik hat, ist, wenn wir es genau ansehen, zu ganz erheblichen Teilen neoliberal. Es gibt keine Gewerkschaftslinke mehr, die wirklich linke Politik macht. Und der alte Kaderapparat, der uns in den sechziger und siebziger Jahren noch das Fürchten gelehrt hat, weil er uns vor der realen Arbeiterklasse völlig hat auflaufen lassen, hat mehr oder weniger abgedankt. Die Gewerkschaften sind zu einem tönernen Koloß geworden. Das, was jetzt mit dem Angebot Bündnis für Arbeit versucht wird, um zumindest Teile oder Reste oder Ansätze von Vollbeschäftigungspolitik zu retten, ist ein Kompromiß vor einer Hülse. Die Situation ist viel weiter fortgeschritten, und die gesellschaftliche Entwicklung, auch in den Gewerkschaften, ist viel dramatischer, als wir uns vorstellen können. Wenn wir genau hinblicken, können wir mit unseren alten linken Mustern das, was da jetzt abläuft, gar nicht mehr richtig begreifen.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit der BRD hat sich seit den achtziger Jahren, vor allem aber seit Anfang der neunziger, also seit dem Anschluß der DDR, völlig verändert. Der Anschluß wurde benutzt, um Experimente zur Zerstörung des Sozialstaats West im Osten auszuprobieren. Diese wurden dann wieder zurückimportiert. Es gibt keine geregelten Arbeitsverhältnisse mehr, auch wenn sie noch formal existieren. Die Arbeitszeiten verlängern sich, die Maloche wird härter, die Reallöhne sinken, es gibt auf lange Sicht keine arbeitsrechtlich garantierten Arbeitsplätze mehr. Dort, wo sie erhalten bleiben, in irgendwelchen industriellen Zentren, werden sie mit einer neuen Form von proletarischer Knechtschaft gebunden. Die Leute müssen sich mit Haut und Haaren an das Unternehmen verschreiben, wenn sie überhaupt noch feste Arbeitsverträge haben wollen. Von der Arbeitszeit, vom Arbeitslohn und von den arbeitsrechtlichen Normierungen einer vollbeschäftigungsorientierten kapitalistischen Gesellschaft ist auch in der BRD, obwohl die Fassaden zu einem erheblichen Teil noch stehen, nicht mehr viel da.

Das ist der Ausgangspunkt, um zu begreifen, was mit den Gewerkschaften passierte. Sie haben lange Zeit versucht, den Sozialstaats-Kompromiß aufrechtzuerhalten. Damit sind sie gescheitert, das heißt, sie sind an den Rand gedrängt worden. In den Einzelgewerkschaften hat es Ende der achtziger Jahre vor allem dort, wo massive Rationalisierungsprozesse abgelaufen sind ziemlich militanten Arbeitsprotest gegeben. Das war ein Basisprotest. Heute aber haben die Gewerkschaftsapparate, genauso wie die politischen Parteien, keine Basis mehr. In die Mitgliederversammlungen geht höchstens noch ein Teil des Kerns des Vertrauensleuteapparates. Genossinnen und Genossen aus mehreren Gewerkschaften haben mir das berichtet. Die Gewerkschaften sind Fassaden geworden, Bürokratien, die überhaupt keinen wirklichen Bezug mehr zum realen Prozeß haben, auch wenn sie über ihre Institute die Situation analysieren. Deren Funktionäre stehen vor der Beobachtung, daß sie von den Arbeiterinnen und Arbeitern in diesen teilweise sehr erbitterten Defensivkämpfen benutzt werden. Sie werden neu instrumentalisiert, weil auf Grund der zunehmenden Entrechtung der Arbeitsverhältnisse die Beschäftigten nach allen Strohhalmen greifen. Und da benutzen sie dann die Gewerkschaften.

Die Kader stehen also vor einem dreifachen Dilemma: Einmal stehen sie vor der Sozialstaats-Utopie, das heißt vor einer Fassade; zum zweiten stehen sie vor einer politischen Machtstruktur, die formal diese Fassade noch aufrechterhält. Die Bundesregierung hat zur Zeit einen wirklichen politischen Gegner in diesem Land, das ist das reale Kapital, das sind die Arbeitgeber- und -unternehmerverbände. Die sind die wirklichen Gegner von Helmut Kohl geworden. Sozialdemokratie und Gewerkschaft haben keine Oppositionsbasis mehr. Der Prozeß

ist viel zu weit fortgeschritten. Sie waren in den achtziger Jahren nicht in der Lage, auf linke, linksgewerkschaftliche und auch autonome linksradikale Initiativen irgendeine positive Antwort zu finden. Sie stehen deshalb drittens vor dem Dilemma, daß das Kapital sie verläßt. Das Kapital sagt, es brauche keine Gewerkschaftsbewegung mehr. Die Arbeiterinnen- und Arbeiterbasis instrumentalisiert also die Gewerkschaft nur noch, ohne jedes gewerkschaftliche Bewußtsein, ohne jedes Verantwortungsgefühl. Sie benutzen sie für ihre Defensive, aber das, was einmal reformistische Arbeiterkultur war, gibt es nicht mehr. Sie gehen zu keiner Versammlung mehr, sie machen bei Streikposten mit - und danach ist alles gelaufen.

Im Unterschied zu anderen Ländern ist das in der Bundesrepublik bis heute mehr oder weniger noch verschleiert. Nach dem Offenbarungseid des Regimes mit diesen Milliarden-Kürzungen werden wir in der BRD möglicherweise zum ersten Mal vor einer französischen Situation stehen. In Italien und Belgien hat die Zerstörung des Sozialpaktes schon Anfang der 90er Jahre zum Offenbarungseid geführt. Aber hier ist diese Fiktion noch da, und das Problem der Linksradikalen war, daß diese Fiktion so lange gehalten hat. Und daß von unseren Strukturen kaum noch etwas da ist, wo es möglicherweise losgeht.

Ich selber halte aufgrund meiner sehr konkreten persönlichen Erfahrung und natürlich meiner politischen Einschätzung eine wie auch immer geartete Polemik mit der Gewerkschaftsbewegung für relativ bedeutungslos, weil sie keine Rolle mehr spielt.

Im Unterschied zu anderen Ländern sind in der BRD immerhin noch 25 bis 30 Prozent in den Gewerkschaften organisiert.

Das sind Karteileichen. Ich habe Kontakte zu einem breiten Spektrum in mehreren Regionen in den Gewerkschaften. Es gibt wirklich nur noch Karteileichen, eine Situation, die überall verschleiert wird. Es unterhalten sich zur Zeit Mumien. Und die Medien sind voll über das Geplapper von Mumien. Wir als Linke sollten auf einer anderen Ebene diskutieren. Wobei wir vor einem doppelten Dilemma stehen. Zum einen hat sich die westdeutsche Linke mit der zunehmenden und sich deutlich manifestierenden gesellschaftlichen Polarisierung einer neuen Öffnung von Klassengesellschaft mit strategisch wichtiger Massenarbeitslosigkeit, mit neuer Massenarmut, mit Pauperisierung, mit Absage an Vollbeschäftigung, aus der sozialen Wirklichkeit entfernt. Sie hat in einem unglaublichen Ausmaß diesen Prozeß verschlafen. Auf der anderen Seite haben die wenigen, die darauf bestanden haben, daß linke oder linksradikale Kritik auch etwas mit einer realen gesellschaftlichen Massenbasis zu tun haben muß, vor dem Dilemma gestanden, daß ihre Prognosen immer zu kurz griffen. Ich beziehe mich da auf mich selbst. Ich habe das, was jetzt in Gang kommt, seit einigen Jahren vorausgesehen. Dennoch, wo versucht worden ist, linke Theorie im Zusammenhang mit der allgemeinen sozialen Frage zu sehen, haben wir zu kurzen Atem gehabt. Die überwiegende Mehrzahl der Linken hat sich völlig aus dem Proletariat und aus den realen Klassenverhältnissen verabschiedet. Und überspitzt wäre wirklich zu sagen: Wenn jetzt eine neue soziale Oppositionsbewegung mit emanzipatorischem Charakter von unten entsteht, auch hier in der BRD, dann wird sie trotz der Linken entstehen.

Hatte die Linke nicht einen guten Grund, sich aus diesen Auseinandersetzungen rauszuziehen, in denen sich soziale Kämpfe, soziale Aggression und Rassismus verknüpften?

Es ist unbestreitbar, daß es in der BRD genauso wie in Frankreich und in Italien so etwas wie einen sozialen Rassismus gegeben hat und auch noch gibt. Wir haben Anfang der 90er Jahre, also nach dem DDR-Anschluß, sehr bittere Dinge miterleben müssen. Hinter den Fassaden zeigt sich aber, daß gerade derartige Übertragungen von Gewalt- und Unterdrückungserfahrung an noch Schwächere in der Ausbeutungshierarchie etwas mit dem Scheitern der Linken, mit dem Rückzug, mit der Auflösung von Arbeiterkultur überhaupt zu tun haben.

Der Untergang der DDR hat zu einer grotesken Denunziation von linker Utopie geführt.

Dies war natürlich mit dem Untergang der DDR besonders dramatisch. Schließlich hat das, was im Anschluß an die Delegitimationspolitik passiert ist, zu einer grotesken, unglaublich langwierigen Denunziation von linker Utopie geführt. Zudem hat die Neue Rechte teilweise die soziale Frage im Gegensatz zur alten oder auch neuen Linken thematisiert. In Frankreich ist das sehr deutlich geworden. Wir stehen heute vor dem Dilemma, daß sozialdemokratische Landesregierungen beispielsweise eine Sozialabbau-Strategie verfolgen, die einfach eine rechte neoliberale Politik ist. In Frankreich sind Anfang der achtziger Jahre in vielen Regionen, wie in Marseille zum Beispiel, alte, auch kommunistische Arbeiterhochburgen nach rechts abgedriftet. Dort war zu

beobachten, daß der neue Rechtsextremismus die soziale Frage thematisiert hat. Und man konnte die unglaubliche Tragödie beobachten, daß ehemalige italienische Migranten, die in den vierziger Jahren vor dem Faschismus nach Frankreich emigriert waren, auf Immigranten aus dem Maghreb losgegangen sind. Das Problem ist, daß viele Linke, viele Genossinnen und Genossen aus dem Entsetzen darüber geschlossen haben, daß die Sache jetzt so weiter läuft. Nur ganz wenige Ansätze bspw. unter der Bauarbeitermobilisierung, mit der es gerade in der Ex-DDR auch positive Erfahrungen gab, haben darauf bestanden, daß es möglich sein muß, auch im Alltag genau diese Widersprüche zu blockieren; Widersprüche, die dann instrumentalisiert werden, und die in einem Verdrängungsmechanismus von politisch nicht ausgebildeten Leuten genau in einen solchen populären Rassismus umschlagen.

Hat dieser Rassismus, wie er hier zum Vorschein kommt, tatsächlich seinen primären Hintergrund in der ökonomischen Situation?

Ja. Er wird instrumentalisiert. Es gibt einen populären Rassismus, der zunächst auch reale gesellschaftliche Widersprüche innerhalb des Proletariats ausdrückt. Ich lebe in Sankt Pauli. Dort gibt es ein riesengroßes Bauprojekt am Millerntor. Ich habe viele Patienten aus allen gesellschaftlichen Schichten dieser Bauarbeiter-Community, die dort arbeitet - von polnischen Tagelöhnern bis zu deutschen Facharbeitern. Es ist real ein Problem, wenn auf einer Großbaustelle 50 deutsche Arbeiter gefeuert werden, und eine Woche später 50 oder 70 osteuropäische Arbeiter zu einem Lohnsatz von einem Drittel und darunter eingestellt werden. Das ist ein Schock: Die arbeitslos gewordenen Leute schleichen daran vorbei und sehen, wie die polnischen Arbeiter zu einem Hungerlohn weiter arbeiten. Wenn es jetzt keine Klassensolidarität gibt, keine Bewegung, die klärt, was da abläuft und die richtigen Forderungen stellt - und die richtige Forderung ist natürlich ein Mindestlohn für die gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz, der für alle gilt, unabhängig von Nationalität usw. - wenn diese Forderung nicht kommt, dann kann die elementare Frustration, die die Entlassenen erstmal haben, instrumentalisiert werden. Dann können Rechte kommen und sagen: "Da, seht ihr, Polacken raus!" Wir können uns aber nicht dahinter verstecken zu sagen, der deutsche Arbeitscharakter tendiere schon immer zu einer faschistischen Ausgrenzungsmentalität, die deutsche Arbeiterklasse können wir für alle Zeiten abschreiben - quasi als Gegenthese zur KPD-Mythologie, nach der die deutsche Arbeiterklasse geschlossen hinter dem KPD-Widerstand stand. Wenn wir uns nicht von dem erstgenannten Mythos lösen, wenn wir nicht bereit sind, die Wirklichkeit zu untersuchen und dann Parolen zu formulieren, die Solidarität ermöglichen, dann entwickelt sich der Prozeß so. Eigentlich bringt dieser populäre Rassismus nur zum Ausdruck, wie weit die Niederlage der Linken geht.

Die Massenverarmung hat zu asozialen Formen des Individualismus geführt - auch bei den Ausgebeuteten.

Ich gehe davon aus, daß die ökonomischen Ausgangspunkte - die Massenverarmung, die Beseitigung garantierter Arbeitsverhältnisse - zur Zerstörung der letzten Reste der Arbeiterkultur führen, zu einer neuen Individualisierung und zur Herausbildung von - ja, sagen wir ruhig - asozialen Formen des Individualismus - auch bei den Ausgebeuteten. Sie werden atomisiert. Gleichzeitig entwickelt sich ein Mentalitätswechsel, ein völliger Umschlag in dem, was wir öffentliche Meinung nennen, was letzten Endes die Alltagssprache betrifft. In dieser Alltagssprache verschwinden alle Begriffe, die soziale Rechte beinhalten. Vollbeschäftigung zum Beispiel. Diesen Begriff gibt es nicht mehr, oder Tariflohnsatz. Es verschwinden sprachliche Strukturen, und sie werden durch neue ersetzt - auch in der linken Debatte. Es gibt also einen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Veränderung und der Art, wie Menschen, die nur über Medien beeinflußt werden und keine eigene Subkultur haben, sich artikulieren. Daher wäre es völlig verkürzt, nur von einem ökonomischen Prozeß zu sprechen; es ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß, der bis in die Alltagssprache eindringt. Von daher ist es möglich, daß bestimmte Bilder beispielsweise rassistisch besetzt werden. Wir sollten die Frage, inwieweit der Rassismus ein Ideologie- oder Mentalitätsproblem und nicht ein ökonomisches ist, hinter uns lassen. Er ist beides.

Ich habe vorhin von der neuen proletarischen Knechtschaft beispielsweise bei den Angestelltenschichten gesprochen. Es gibt in Hamburg einen Diskussionskreis über eine neue lokale Initiative. Dort wird diskutiert, inwieweit sich die gesellschaftliche Polarisierung auch in der Stadtgeographie niederschlägt. In der Struktur der Stadt entsteht eine zweite Stadt. Als Moment, das die Perspektive eines Auseinanderbrechens in Frage stellt, wurde dort die Angestelltenkultur benannt. Du hast das Phänomen, daß die Leute von gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen bedroht sind, daß sie andere, die gestern wie sie noch ein Angestelltensalär bezogen haben, plötzlich als Obdachlose auf der Straße treffen. Und darauf reagieren sie rassistisch.

Rassismus ist ein Angstmechanismus, der projiziert wird. Er ist ein Versuch, auf Kosten anderer eigene Stabilität zu erlangen. Das ist ökonomisch, sprachlich sowie über die Medien bestimmt und normiert den Alltag. Unsere Aufgabe wäre, diese komplexe Struktur anzugreifen. Da geht es also nicht nur um das Problem eines garantierten Mindestlohns, wie an der Großbaustelle am Millerntor, sondern um eine neue linke Gegenkultur, die Egalität ausdrückt.

Wo siehst du momentan Ansatzpunkte zur Entwicklung einer solchen Gegenkultur, sowohl ökonomisch als auch kulturell? Wen kann die Linke erreichen?

Objektiv hat die Linke Chancen wie nie zuvor. Wenn die neuen Arbeitsverhältnisse thematisiert werden, könnte die Linke eine sehr breite Intervention starten. Von diesen neuen Arbeitsverhältnissen sind alle betroffen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um Lebensmittel zu ergattern. Das ist ein völlig neues Phänomen.

Zum zweiten: Wir stehen vor der unglaublichen Tatsache, daß der Reformismus verschwunden ist. Ich will hier keine Debatte über die PDS anfangen, vielleicht gibt es im Kontext der neuen Bundesländer einen Prozeß, den man als reformistisch bezeichnen könnte. Für die Gesamt-BRD denke ich dennoch sagen zu können: Es gibt keinen funktionsfähigen Reformismus, übrigens auch auf europäischer Ebene nicht. Maastricht ist die Zerstörung jeder sozialdemokratischen Perspektive in Europa.

Trotzdem ist es wahnsinnig schwer, Ansatzpunkte zu finden. Denn wenn die Handlungsmöglichkeiten so breit sind, ist eine Verständigung über prinzipielle Dinge nötig. Und diese Verständigung funktioniert schlecht. Es ist außerordentlich kompliziert, den Diskussionsprozeß über die neue Ära, über die neuen Klassenverhältnisse, über die neuen Möglichkeiten voranzutreiben. Das liegt einmal an unserer Zersplitterung, an der Verschleierung der neuen Verhältnisse gerade im deutschen Sprachbereich - in Italien, Frankreich, den USA oder auch Mexiko ist das viel evidenter.

Es liegt aber auch daran, daß die deutsch-deutsche Linke auf besonders furchtbare Weise kaputt gegangen ist. Sie ist einmal in den achtziger Jahren kaputt gegangen - was die westdeutsche Linke betrifft. Die gesamte Linke hat dann zudem den Rotzkübel des DDR-Untergangs übergestülpt bekommen - ganz unabhängig davon, wie sie zur DDR gestanden hat. Und sie ist, soweit sie intakt geblieben ist, ihrer Dialogfähigkeit beraubt. Das heißt, es geht vielen Genossen und Genossinnen so schlecht, daß sie auf jeden Versuch, eine Debatte zu starten, die zu neuem Handeln führen könnte, panisch reagieren.

Beziehst du dich mit dieser Aussage auf die Diskussionen um dein Papier über die neue Proletarität?

Es gilt als Sünde wider die linke Restkultur, irgendeine Konzeption zu vertreten, die gesamtgesellschaftlich orientiert ist. Und die dazu führen könnte, daß ihr und ich und vielleicht noch ein paar mehr Leute sich auf irgend etwas verbindlich einigen, was Hoffnung transportiert und uns gleichzeitig verpflichten würde, fünf oder zehn Jahre wieder zu rödeln. Ich will das nicht denunzieren. Wir alle, die seit Jahren in der linken Szene sind, haben aufs Haupt bekommen. Wir haben Fehler gemacht, aber auch der gesellschaftliche und geschichtliche Prozeß war gegen uns, so daß wir weitgehend verloren haben. Darüber haben viele Leute die Hoffnung verloren. Und jeder gesamtgesellschaftliche Ansatz, der auf einer Klassenanalyse basiert oder zu basieren beansprucht, fordert ja ein, eine gesellschaftliche Umwälzung in Richtung sozialer Gleichheit, Sozialisierung des Eigentums und so weiter, als Hoffnung, als Utopie und als Langzeitziel - und natürlich einen politischen Prozeß, der dahin führen soll. Und da winken die meisten ab.

Es gilt als Sünde wider die linke Restkultur, irgendeine Konzeption zu vertreten, die gesamtgesellschaftlich orientiert ist.

Kritisiert wurde auch, daß du zwar versucht hast, neue Interventionsfelder zu beschreiben, deine Analyse sich aber nur auf der Ebene der Radikalisierung von Verteilungskämpfen bewegt hatte. Die Frage nach einer neuen Gesellschaft und wie diese aussehen könnte, wurde kaum berührt.

Mein Dilemma besteht einfach darin, daß - von einigen Ausnahmen abgesehen - tatsächliche positive Entwicklungen in einer solchen Richtung kaum zu sehen sind. Ich will dem aber nicht ausweichen. Bislang haben wir nur über die Blockaden gesprochen.

Punkt eins ist jedenfalls, eine neue sozialistische Perspektivdebatte in Gang zu bringen - auf der Grundlage der Kritik unserer bisherigen strategischen Fehler und auf der Grundlage der Einschätzung der neuen Ära,

eines neuen Kapitalismus mit neuen durchrationalisierten Arbeitsverhältnissen, die den Kapitalismus selbst völlig verändern. An diesem ersten Punkt scheitert es meistens schon.

Punkt zwei ist die Frage nach der konkreten politischen Vermittlung, und damit natürlich nach der Definition erster Ansatzpunkte. Der eine ist der globale Kontext einer sozialistischen Perspektive. Die erste Antwort darauf kam aus Chiapas. Die Zapatistas haben jetzt das eingefordert, was ich 1994 proklamiert habe: eine internationale Verständigung, eine internationale Assoziation, um das, was diese neue Ära ausmacht, anzugreifen. Sie wollen jetzt einen internationalen Kongreß gegen den Neoliberalismus und sagen, hört endlich auf mit eurer alten Solidaritätsarbeit, bringt eure eigene Situation ein. Das neoliberale Weltprogramm, das heißt die Theorie dieses Zeitalters aus der Sicht des Kapitals, muß konfrontiert werden mit einer Gegentheorie.

Es geht aber natürlich um die Verbindung mit lokalen Initiativen - ansonsten wäre dies nur die Gründung einer neuen Internationalen Sektion des Neo-Trotzkismus. Die Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts zerfällt in ungefähr 400 bis 500 lokale Zentren, "global cities" oder globale Agglomerationszentren. Aufgrund des aberwitzigen Prozesses des Verschwindens des Bauern aus der Weltökonomie, findet eine Kapitalisierung der Landwirtschaft statt, die zu Großgrundbesitz-Strukturen führt. Diese bringt zum einen ein Landproletariat mit sich, das allen möglichen Formen unfreier Arbeit unterworfen ist. Zum anderen eine Massenmigration der Verarmten, landlos Gewordenen, Proletarisierten in die neuen "global cities". Die neue Massenarmut wird sich in diesen "global cities" konzentrieren, und die werden die zentralen Brennpunkte sein, an denen sich der Klassenkampf neu entzündet. Deshalb habe ich vorgeschlagen, lokale Initiativen zu gründen, um von der Untersuchung der regionalen Polarisierungsprozesse aus Gegenmacht aufzubauen.

Die neue Massenarmut wird sich in "global cities" konzentrieren - Brennpunkte, an denen sich der Klassenkampf neu entzündet.

In gewisser Weise müssen wir auf der Ebene des Kampfs um die Arbeitsverhältnisse zu ehrwürdigen Formen der revolutionären Arbeit zurückkehren. Was war der 1. Mai? Der Kampf um den Acht-Stunden-Tag, der Kampf um einen garantierten Mindestlohn. Gleichzeitig müssen wir zurückkehren zu Formen des Sozialismus, die noch vor Marx lagen: Nicht um sie zu kopieren, sondern weil der heutige Kapitalismus auf merkwürdige Weise zu einem Zirkulationskapitalismus geworden ist, in dem das Handelskapital, das Transportkapital eine viel größere Rolle spielt als früher; wo individualisierte Arbeitsverhältnisse, selbständige Arbeit usw. - früher waren das einfach selbständige Handwerker - eine neue Rolle spielen. Wir müssen in diesen lokalen Initiativen zum einen zurück zu den Arbeitsverhältnissen, um minimale Rechte durchzusetzen. Zweitens, den Kampf um diese minimalen Rechte verbinden mit der Wiederaneignung von sozialer Sicherheit auf kommunaler Ebene. Denn die sozialen Sicherungssysteme sind zerstört worden. Dies geht drittens - ebenso auf kommunaler Ebene - durch die sozialistische Aneignung des Bodens. Dies ist ein wesentlich weitergehender Ansatz als die bisherige radikale Arbeiterbewegung. Aber er hat sehr viel zu tun mit vormarxistischen Formen der Arbeiterbewegung, ohne dabei auf deren utopischen Charakter zugehen zu wollen. Es geht also um ein politisches Programm, das den globalen Kontext als Antithese zur kapitalistischen Realität neu formuliert. Als eine kommunalsozialistische Perspektive, die es in dieser Verbindung in der traditionellen Arbeiterbewegung nicht gegeben hat. Minimale Rechte für die Arbeitsverhältnisse, Wiederaneignung des Bodens und Absicherung der Reproduktion. Wenn das alles in Gang kommt, stellt sich natürlich auch die Frage alternativer Produktions- und Reproduktionsweisen. Die Bereitschaft, eine Diskussion auf dieser Ebene zuzulassen, ist zwar sehr gering geworden. Ich gehe aber dennoch davon aus, daß aus der Analyse der neuen Verhältnisse eine neue Perspektive zu formulieren möglich ist, die der Tatsache Rechnung trägt, daß wir keinen Reformismus mehr haben, an den wir uns kritisch anlehnen können, um ihn dann irgendwann zu beerben: Das ist nämlich die neue Situation.

Wir müssen eine gemeinsame Gegenkultur aufbauen und die vorhandenen punktuellen Kämpfe zusammenführen.

Das Problem besteht darin, wie man die lokalen Initiativen zu einer lokalen Gegenperspektive bringen kann. Die Frage stellt sich konkret: Wie ist beispielsweise in Hamburg in den Bereichen von Schwarzarbeit, illegalisierter Arbeit, aus den sozialen Sicherungssystemen herausgeworfener Arbeit eine Initiative zu starten, um für die Region einen Minimallohn durchzusetzen, oder wichtiger noch, eine Initiative zur Begrenzung des Arbeitstages. Oder gegen die Arbeitserzwingung im Kontext von Sozialhilfe, die ja immer mehr in die alte

Armutsfürsorge zurückläuft, die stets mit Zwangsarbeit verbunden war. Das Problem besteht darin, daß zum Beispiel die Wiederaneignung des Bodens schon bei der Hausbesetzerbewegung, die eine Aneignung ja real praktiziert, auf Unverständnis stößt. Da zeigt sich das Fehlen einer gemeinsamen Utopie sehr deutlich. Wir müssen also eine gemeinsame Gegenkultur aufbauen, durch einen analytischen, kritischen Dialog, der gleichzeitig in der Lage ist, bei den vorhandenen punktuellen Kämpfen eine Assoziation herbeizuführen. Eine Verbindung zwischen Hausbesetzerszene, linksgewerkschaftlichen Basisinitiativen, Kampagnen zur Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge, gegen die Arbeitserzwingung durch die Sozialämter, usw. Und es stellt sich natürlich die Frage der Wiederaneignung des aufgehäuften gesellschaftlichen Reichtums, auch in seiner abstraktesten Form, dem Geld ...

Das Problem, das sich daraus ergibt, ist bei dem momentanen Stand der Diskussion aber, daß all dies nur über den Staat erreichbar scheint. In Berlin existiert ein Sozialbündnis, das deinen Vorstellungen ziemlich nahe kommt. Die Inhalte sind aber dermaßen verwaschen, daß kaum anderes übrig bleibt als der Ruf nach dem alten Sozialstaatsmodell, das nicht umsonst in die Krise geraten ist. Eine kritische linke Diskussion ist bislang kaum in Ansätzen in Gang gekommen.

Was ich gesagt habe, ist völlig jenseits von Staatlichkeit. Die Frage, wie sich eine solche Initiative mit Defensivpositionen auseinandersetzen soll, ohne daß es zum großen Knall kommt, ist sehr kompliziert zu beantworten. Ich denke, daß eine produktive Auseinandersetzung mit den Sozialstaatsideen nur dann in Gang kommt, wenn wir nachweisen können, daß der Sozialstaat nicht mehr existiert, das heißt, daß er de facto weitgehend demontiert ist, und daß eine Reparatur dieser Ruine keine Perspektiven bringt. Zum zweiten der Nachweis einer eigenen Konzeption, die gegen diese Form von entfremdeter Staatlichkeit im regionalen Kontext handlungsfähig wird. Das zweite ist sehr schwer.

Es läßt sich aber deutlich zeigen, wie durch die Privatisierung öffentlichen Eigentums die regionale Steuerungsfähigkeit der Politik im regionalen Kontext aus der Politik ausgelagert wurde. Die regionalen Regimes, wie in Frankfurt, Hamburg oder Berlin, haben abgewirtschaftet: einmal finanzwirtschaftlich, weil sie die Infrastruktur für einen Aufschwung finanziert haben, der ausblieb. Zum anderen haben sie auch fiskalpolitisch abgewirtschaftet, weil sie sich unglaublich verschuldet haben. Drittens haben sie alle Steuerungsinstrumente, um auf regionaler Ebene so etwas wie eine Gesamtwirtschaftspolitik zu machen, abgeschafft - das, was der Keynesianismus die Verfügung über die Investitionslenkung genannt hat. Die Linken staunen jetzt, daß ihre Gehälter gekürzt werden. Aber jede Debatte über den alten Sozialstaat kommt 15 Jahre zu spät. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre hätte es vielleicht noch Sinn gemacht, darüber zu diskutieren, ob man einen sozialstaatlichen Kompromiß über einen militanten Reformismus stabilisieren kann. Aber heute ist das nur noch Mumienpolitik vor den Fassaden des Regimes. Es gibt auch lokal und regional den Sozialstaat in dieser Form nicht mehr. Es müssen völlig andere Alternativen zur Diskussion gestellt werden, um aus den Ruinen heraus eine gesellschaftliche Katastrophe abzuwenden und um die alte Parole "Sozialismus oder Barbarei" mit neuem Inhalt zu füllen. Dafür ist eine neue Konzeption sozialer Aneignung nötig, und übrigens eine völlig neue Definition von Demokratie, eine neue Form von Basisdemokratie, weil mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der BRD ohne jede politische Rechte ist: die Flüchtlinge, aber auch die Ausländer.

Auf europäischer Ebene kann es eventuell anders aussehen: Beispielsweise kann sich ein Herr Prodi in Italien, wenn die Dimensionen der Massenarbeitslosigkeit weiter zunehmen wie bisher und noch die Ausmaße während der Zeit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger jahre übersteigen, dann hinstellen und sagen: als neues Maastricht-Kriterium brauchen wir eine Klausel: Kein Land in die EU, wo die Arbeitslosigkeit höher als 10 Prozent ist. Auf dieser Ebene haben wir aber nichts zu melden. Wir haben nur global - weil ein solcher Diskussionszusammenhang im Entstehen ist - und lokal etwas auszurichten.

Das Interview wurde geführt von Bernd Beier und Wolf-Dieter Vogel. Es ist in einer kürzeren Fassung in der junge Welt-Beilage zum 1. Mai veröffentlicht worden.

18. " Modell Deutschland" - aus und vorbei?

Autor: Kt. · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:32

"Schlaraffenland abgebrannt", titelte der SPIEGEL am 13. Mai. "Geburtenrückgang und Arbeitslosigkeit haben die sozialen Siherungssysteme verwüstet - der Sozialstaat bisheriger Prägung ist am Ende. Die Rente ist unsicher, niemand weiß, womit Arbeitslosengeld, Pflegehilfe und Krankengeld in Zukunft bezahlt werden sollen. Die Gewerkschaften befürchten das Schlimmste: Kapitalismus pur."

Auf etwas andere Weise drückte die WIRTSCHAFTSWOCHE am 9. Mai die gleiche Erwartung aus: "So lautstark die Arbeitnehmer protestieren, der Weg in eine amerikanische, und das heißt vor allem flexiblere und stärker auf Leistung beruhende Gesellschaft ist unausweichlich." "Mit ein bißchen weniger Lohn hier und ein wenig längerer Arbeitszeit dort wird das nicht zu machen sein." Das gesamte Tarifsystem müsse zerschlagen oder zumindest auf Restbestände reduziert werden. Der Staat solle "sich auf das Nötigste beschränken", und die soziale Sicherung für Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit gehört nach amerikanischem Vorbild in Zukunft nicht mehr dazu.

Wunderbare Medienvielfalt: Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften, über ein Dutzend Fernsehsender. In allen lesen, sehen und hören wir das Gleiche. Redakteure mit Nettogehältern von 5.000 Mark an aufwärts wettern unisono gegen die heiligen Kühe des Besitzstanddenkens. Chefredakteure, die es mit Nebeneinnahmen und Steuertricks locker auf 200.000 Mark im Jahr bringen, mokieren sich über das Anspruchsdenken von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. Millionäre weinen sich aus, daß Dienstleistungen in Deutschland unbezahlbar geworden seien, wenn sie ihrer Putzfrau 15 Mark Stundenlohn bezahlen sollen.

Arbeitslosigkeit kostet 200 Milliarden Mark im Jahr

Der "Sozialstaat" ist nicht mehr finanzierbar, zweifelsfrei. Das liegt nicht daran, daß sich die individuellen Ansprüche erhöht haben. Im Gegenteil, an diesen wird schon seit mehr als 15 Jahren überall herumgeschnitten. Explosionsartig angestiegen ist aber die Zahl der Menschen, die durch Arbeitslosigkeit und andere Notlagen gezwungen sind, Leistungen in Anspruch zu nehmen. Zugleich ist aufgrund der konstant hohen Arbeitslosigkeit die Zahl der Erwerbstätigen stark gesunken, die mit ihren Steuern das Sozialsystem finanzieren müssen. Entsprechend überhöht ist in der Tat das Bruttolohnniveau, während gleichzeitig die meisten abhängig Beschäftigten bereits mit abnehmenden Reallöhnen konfrontiert sind.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch die hohe Arbeitslosenquote wird auf mindestens 200 Milliarden Mark im Jahr geschätzt. Zur Verdeutlichung der Größenordnung: Von 1990 bis Mitte 1995 investierten deutsche Unternehmen insgesamt rund 170 Milliarden Mark im Ausland. Abgesehen von den sozialen Kosten findet in Form der Arbeitslosigkeit eine permanente Vernichtung von Produktivkraft und eine Entwertung der menschlichen Arbeitskraft statt. Nach allgemeiner Überzeugung verursacht Langzeitarbeitlosigkeit Persönlichkeitsstörungen und Dequalifizierungen, die dazu führen, daß die Betroffenen entweder gar nicht mehr oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten wieder in einen "normalen" Arbeitsablauf integriert werden können. Zu dieser als praktisch nicht mehr vermittelbar geltenden Gruppe gehört heute schon jeder dritte Arbeitslose.

Kaum noch in Erinnerung ist das von Bundesregierung und Gewerkschaften im Januar gemeinsam versprochene Ziel, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 - also innerhalb von vier Jahren! - auf die Hälfte zu senken. Für diese Ankündigung gab es niemals eine reale Basis, ebenso wenig wie Vorstellungen über den Weg dorthin. Meinungsumfragen, die unmittelbar vor dem Spitzentreffen im Januar veröffentlicht wurden, zeigten, daß über 90 Prozent der Bevölkerung nicht glauben, es werde sich am heutigen hohen Niveau der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren etwas ändern. Sämtliche Prognosen von Wirtschaftsfachleuten unterstützen diese pessimistische Einschätzung.

Nach offizieller Zählung waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 1995 rund 3,6 Millionen Menschen arbeitslos. Hinzu zu rechnen sind diejenigen, die aufgrund von ABM-Maßnahmen, Umschulungen u.ä. vorübergehend aus der Statistik herausfallen, sowie Langzeitarbeitslose, die es aufgegeben haben, sich noch um einen Job zu bemühen; hinzu kommen zwangsweise in Vorruhestandsregelungen, Frühinvalidität u.ä.

Abgeschobene. Außerdem gibt es viele Menschen, die wider Willen nur Teilzeitjobs haben, von denen sie kaum leben können, die aber für die Statistik als Erwerbstätige gelten. Niedrige Schätzungen gehen davon aus, daß die Zahl der Arbeitsuchenden in Deutschland bei sechs Millionen liegt; sieben Millionen ist heute eine übliche Annahme, und auch Schätzungen bis zu acht Millionen sind nicht unwahrscheinlich.

Um die Arbeitslosenzahl zu halbieren, müßten also in den nächsten vier Jahren netto mindestens drei Millionen neue Jobs geschaffen werden. Nach einer Analyse des Schweizer Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos wird jedoch bis zum Jahr 2000 die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur leicht auf 3,4 Mio. sinken; die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden würde dann bei 5,7 Mio. liegen. Bis zum Jahr 2010 wird ein Rückgang auf 2,8 bzw. 4,7 Mio. vorausgesagt.

Das ist, wenigstens soweit es die nächsten Jahre angeht, eine vermutlich noch allzu optimistische Prognose. Eine interne Studie aus der CDU/CSU-Fraktion geht davon aus, daß die offizielle Arbeitslosigkeit bis 1998 auf fünf Millionen anwachsen wird. (Spiegel 15/1996) - Eine Umfrage im Herbst 1995 ergab, daß im Zeitraum des nächsten halben Jahres jeder dritte Unternehmer Entlassungen vornehmen wollte, während nur jeder zehnte Neueinstellungen plante. Jobs werden im laufenden Jahr in den meisten Zweigen der Industrie, im Einzelhandel, im Versicherungsgewerbe und in den Banken, im gesamten öffentlichen Dienst sowie beim Handwerk verloren gehen. Auch in der Industrie ist die "Umstrukturierung", sprich Entlassungswelle, noch nicht abgeschlossen.

Der Staat als Motor der Arbeitslosigkeit

Die von der Bundesregierung betriebene Politik trägt auf jede Weise dazu bei, die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden Jahren weiter ansteigen zu lassen:

- Im öffentlichen Dienst findet ein heftiger Stellenabbau statt, der aufgrund der katastrophalen Finanzlage noch ausgeweitet werden wird. Ein Großteil der freigesetzten Arbeitskräfte sind, gemessen an den Anforderungen der "freien Wirtschaft", gering qualifiziert und entsprechend schwer vermittelbar.

- Die schrittweise Heraufsetzung des Rentenalters und die Streichung der Vorruhestandsregelung beschert dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren mehrere hunderttausend neue Arbeitslose - fast durchweg schwer vermittelbare.

- Die geplante massive Streichung von ABM-Maßnahmen, besonders im Bereich der früheren DDR, schafft in kurzer Zeit mindestens eine halbe Million registrierte Arbeitslose zusätzlich. Allerdings erhöht sich dadurch nicht die Gesamtzahl der tatsächlich fehlenden Jobs, weil die Ausgliederung der ABM-Beschäftigten aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik ohnehin nicht viel mehr als ein Rechentrick war.

- Die geplante Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird voraussichtlich zu einem Rückgang der Fehltage führen. 250.- 500.000 Arbeitsplätze könnten dadurch überflüssig werden.

- Die als "Gesundheitsreform" bezeichneten Einschnitte in das Sozialsystem sind mit einem negativen Arbeitsplatzeffekt von mindestens 100.000 Jobs im Gesundheitswesen zu veranschlagen.

- Der vom Staat verursachte Kaufkraftverlust der Bezieher von Sozialleistungen verschärft die ohnehin seit mehr als einem Jahr zu verzeichnenden Umsatzeinbußen des Einzelhandels, des Handwerks und des Gaststättengewerbes.

- In die gleiche Richtung wirkt die Verunsicherung durch die in ihren Folgen noch gar nicht absehbare staatliche Demontage des Rentensystems im besonderen und des Sozialsystems im allgemeinen. Wenn "die Bürger" künftig in hohem Maße selbst für ihr Alter, für den Krankheitsfall usw. vorsorgen müssen, bleibt sehr viel weniger für den direkten Konsum übrig. Das merken Schallplatten- oder Buchhändler ebenso wie Taxifahrer oder Gastwirte.

- Die von der Bundesregierung begünstigten betrieblichen Neuregelungen, die unter dem Titel "Flexibilisierung der Arbeitszeit" laufen, führen zu einer erheblichen Ausdehnung der effektiven Arbeitszeit, insbesondere auch durch Zwang zur Arbeit an den Wochenenden und wahrscheinlich demnächst auch abends und nachts. Regelungen wie die "Arbeitszeitkonten" ermöglichen, daß der Unternehmer die von ihm Abhängigen genau dann beschäftigen kann, wenn er sie wirklich braucht. Der von den Gewerkschaften propagierte obligatorische "Freizeitausgleich" für Überstunden macht diese sehr viel billiger als bisher. Unterm Strich werden für das

gleiche Arbeitsvolumen weniger Arbeitskräfte als bisher benötigt. In einzelnen Betrieben und Bereichen, auch in Teilen des öffentlichen Dienstes, wird sogar die wöchentliche Arbeitszeit unmittelbar heraufgesetzt.

Er fängt gerade erst an

Bei alledem ist zu bedenken, daß wir wahrscheinlich erst ganz am Anfang einer schweren Krise des deutschen Sozialsystems stehen, das bisher dem Kapital eine sehr ruhige, nicht von Klassenkämpfen gestörte Entwicklung ermöglicht hat.

Die Faktoren, die in der Regel zur Erklärung des anhaltend hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit angegeben werden - die "Globalisierung" von Produktion, Technologie, Finanzwesen, Märkten usw. mit den daraus resultierenden Wettbewerbsproblemen und Standortschwierigkeiten für das Hochlohn-Land BRD - sind bisher erst kaum wirksam geworden.

Beispielsweise: Sicher kann zukünftig ein großer Teil der Produktion und Verwaltung in Niedrigstlohn-Länder ausgelagert werden. Schon heute produzieren Computerfirmen Software in Indien, große Unternehmensberater lassen ihre Daten auf den Philippinen erfassen, usw. Das Ausmaß solcher Auslagerungen ist aber bisher, relativ gemessen, gering. Ebenso werden bisher die Produktionsmöglichkeiten in den Billiglohn-Ländern Osteuropas - die ja erst seit 1989/90 bestehen - nur in geringem Umfang wahrgenommen. Für das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit in Deutschland spielt die Verlagerung und Auslagerung von Produktionsteilen bisher nur eine Nebenrolle.

Natürlich ist es eindrucksvoll, wenn man liest, daß deutsche Unternehmen im letzten Jahr 50 Milliarden Mark im Ausland investierten, während umgekehrt nur 13 Milliarden Mark ausländisches Kapital in der BRD angelegt wurden. Zumal wenn man daneben hält, daß im selben Jahr 35 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen nach Großbritannien geflossen sind. Hierbei handelt es sich aber um Vorgänge, die erst im Verlauf von mehreren Jahren einen deutlichen Beschäftigungseffekt zur Folge haben werden. Die schon seit Mitte der achtziger Jahre verzeichnete Schwäche des deutschen Arbeitsmarktes kann damit also nicht erklärt werden. Richtig ist lediglich, daß die gegenwärtige relativ schwache Investitionstätigkeit in Deutschland eine Verschärfung der Probleme für die Zukunft ankündigt.

Die hohe Arbeitslosigkeit, mit der Folge einer Überbeanspruchung der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen, ist immer noch ganz überwiegend die Folge von Rationalisierungen. Das Problem ist bis heute nicht so sehr, daß einige zehntausend Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlegt wurden, sondern daß hunderttausende Jobs einfach beseitigt wurden.

Das hat mit der vielbeschrienen "Flucht" vor den hohen Löhnen und Lohnnebenkosten nicht viel zu tun. Selbstverständlich erleichtert ein hohes Lohnniveau gegebenenfalls die Entscheidung, in Rationalisierungen zu investieren. Aber auch bei niedrigen Löhnen beschäftigt ein vernünftig denkender Kapitalist nicht mehr Leute, als er tatsächlich für die Produktion, die er voraussichtlich absetzen kann, benötigt. Das Gleiche gilt im Handel oder im Bankgewerbe. Die Behauptung der Wirtschaftsliberalisten, niedrigere Löhnen hätten quasi automatisch mehr Jobs zur Folge, ist so blöd, daß sie vermutlich nur zu Propagandazwecken ständig wiederholt wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Waren macht es noch nicht einmal Sinn, Arbeitskraft "auf Vorrat" einzukaufen, wenn sie gerade billig ist: sie muß ständig sofort verbraucht werden.

Es kommt hinzu, daß in der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Entwicklung "schlanke Produktion" vielleicht sogar über das wirtschaftlich vernünftige Maß hinaus als Selbstzweck angestrebt wird. Ein Unternehmen, das 30.000 oder 50.000 Beschäftigte rausschmeißt, gilt als innovativ und leistungsstark. Ein Manager, der Arbeitslosigkeit produziert, wird als erfolgreich und effektiv gefeiert; anderenfalls müßte ja vermutet werden, daß er an überholten Strukturen klebt oder, vielleicht noch schlimmer, ein unzuverlässiges Weichei ist.

In sämtlichen öffentlichen Erörterungen wird der erhebliche Anteil der "Wiedervereinigung" am hohen Stand der deutschen Arbeitslosigkeit ausgespart. In der früheren DDR wurden Millionen von Arbeitsplätzen mit einer Effektivität vernichtet, die die Wirkungen der mehrjährigen alliierten Luftoffensive gegen deutsche Industrieanlagen im Zweiten Weltkrieg eindeutig übertrifft. Mit marktwirtschaftlichem Wettbewerb hatte dieser Vorgang kaum etwas zu tun, im wesentlichen war das Instrumentarium staatsdirigistisch. Rund eine Million Menschen sind seither aus dem Gebiet der Ex-DDR nach Westen abgewandert. Die Mehrheit von ihnen ist in

einem Alter, das sie zwangsläufig zu Konkurrenten auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt macht. Mehrere Hunderttausend weitere Einwanderer, Schätzungen reichen bis zu einer zweiten Million, werden voraussichtlich in den kommenden Jahren die neuen Bundesländer verlassen.

Nicht vergessen werden sollte, daß sich die deutsche Wirtschaft selbst - im Gegensatz zum allgemeinen Gejammer - immer noch bester Gesundheit erfreut. Ihre Leistung ist bei einer Bevölkerung von 81,5 Millionen größer als die von Großbritannien und Frankreich zusammengerechnet, die gemeinsam eine Bevölkerung von 116,3 Mio. haben. Der deutsche Export lag auch 1995 in absoluter Zahl hinter den USA an zweiter Stelle der Welt; auf Bevölkerungs-und Wirtschaftsgröße umgerechnet liegt Deutschlands Ausfuhr weit vor der amerikanischen. Auch der Zuwachs des Exports war in Deutschland mit 21 Prozent höher als in den USA mit 14 Prozent. Trotz vergleichsweise sehr hoher Lohn- und Lohnnebenkosten ist an der Wettbewerbstärke der deutschen Wirtschaft offensichtlich bis jetzt nicht zu zweifeln. Aus der Sicht des Kapitals betrachtet sind vier oder sieben Millionen Arbeitslose absolut kein Zeichen von Wettbewerbsschwäche, ganz im Gegenteil. Das Problem ist nur, daß das, was für jeden einzelnen Unternehmer vorteilhaft ist, den Staat insgesamt mit nicht mehr finanzierbaren Kosten und schweren sozialen Problemen belastet.

Vorbild Amerika?

Das "Jobwunder Amerika" wird angestaunt, wo immer Unternehmer oder Journalisten öffentlich über die Zukunft der deutschen Wirtschaft nachdenken. "Allein in der Ära Clinton sind 8,4 Millionen Jobs neu entstanden", behauptete der SPIEGEL am 8. April. Kurz zuvor hatte es angeblich mit über 700.000 neuen Jobs im Februar einen Super-Monatsrekord gegeben.

Der fragwürdige Ruhm gebührt aber nicht Clinton allein: Laut offizieller Statistik gingen in den USA seit 1979 zwar einerseits über 40 Millionen Jobs verloren, aber andererseits sollen 70 Millionen neue geschaffen worden sein. Macht netto 30 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Nach etwas anderer Zählung soll die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (ohne Landwirtschaft) von 90 Mio. (1979) auf 117 Mio. (1995) gestiegen sein, macht netto 27 Millionen.

Abgesehen von allen sonstigen Einwänden muß schon das Zahlenwerk angezweifelt werden. Erstens wird nicht unterschieden zwischen Vollzeitbeschäftigung und allen Arten kleinerer Jobs, von denen allein kaum ein Mensch leben kann. Wurde beispielsweise ein Arbeitsplatz zwischen zwei Personen geteilt, macht das netto einen Job mehr und einen Arbeitslosen weniger. Wurde ein vollzeitbeschäftigter Industriearbeiter entlassen, der jetzt für ein Viertel seines bisherigen Stundenlohns einen Parkplatz bewacht, so zeigt die Job-Bilanz lediglich plus minus null oder brutto sogar einen neu geschaffenen Job an. Diese Zahlen sind, selbst wenn sie korrekt wären, überhaupt nicht aussagekräftig.

Es ist aber auch grundsätzlich zu bezweifeln, ob die Zahlen wenigstens stimmen. Die Verhältnisse in den USA sind heute so, daß viele Menschen gezwungen sind, zwei Jobs nebeneinander auszuüben, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Frage ist, ob das in der Statistik in jedem Fall richtig zugerechnet worden ist, oder ob in relevantem Ausmaß Doppelzählungen vorkommen. Also: Sekretärin wird gefeuert, muß jetzt zwei Teilzeitjobs machen - stolzes Ergebnis in der Gesamtbilanz: ein Job mehr als vorher?

Immerhin verzeichnet auch das Land des "Job-Wunders" noch eine offizielle Arbeitslosigkeit von rund 5,5 Prozent - und in der schwarzen Bevölkerung ist die Quote ungefähr doppelt so hoch. Obwohl die Durchschnittslöhne sehr viel niedriger sind als in Deutschland, finden nach wie vor im großen Stil Rationalisierungen mit Massenentlassungen statt.

Ungefähr 20 Prozent der amerikanischen Erwerbstätigen wurden in den letzten 15 Jahren mindestens einmal gefeuert. Nur ein Drittel von ihnen fand einen neuen Arbeitsplatz zu gleichen oder besseren Bedingungen. Von den übrigen zwei Dritteln mußten viele in einen sozial nicht abgesicherten Frühruhestand gehen. Der Rest schlägt sich mit geringer bezahlten Jobs, mit Teilzeitbeschäftigung oder als kleine Selbständige durch. Schätzungsweise 10 Millionen Amerikaner arbeiten zum Mindestlohn von 4,25 Dollar/Stunde.

Insgesamt liegen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in den USA heute um etwa 3 Prozent unter dem Niveau von 1979; allein in der Regierungszeit Clintons fielen die Reallöhne um 2,5 Prozent. Zwar beträgt der reale Zuwachs der US-Haushaltseinkommen von 1979 bis 1994 rund 10 Prozent; aber von diesem Zuwachs entfallen 97 Prozent auf das reichste Fünftel der Bevölkerung.

Die weitaus meisten der neuen Jobs entstanden in kleinen und mittleren Firmen oder in der (Schein-) Selbständigkeit. Das bedeutet auch, daß viele, die früher in großen Industrie- oder Serviceunternehmen tätig waren, bevor sie gefeuert wurden, die betrieblichen Sozialleistungen und -sicherungen verloren haben, die sie dort hatten. Die Zahl derjenigen, die als "hilfsbedürftig" gelten, stieg in den letzten fünf Jahren von 31 auf 38 Millionen. Und noch eine weitere Schattenseite des amerikanischen Vorbilds deutet nicht nur dessen soziale Problematik an, sondern schlägt auch bei den Kosten zu Buch: Bezogen auf die Gesamtbevölkerung befinden sich in den USA ungefähr acht mal so viele Menschen im Gefängnis wie in Deutschland. Die Aufbewahrung eines amerikanischen Häftlings ist sehr viel teurer als die Unterstützung eines Arbeitslosen hierzulande.

Die Hauptvoraussetzungen des "amerikanischen Jobwunders" sind:

- Ein insgesamt niedriges Lohnniveau für die unteren und durchschnittlichen Verdiener, vor allem eine extrem niedrige Festsetzung des Mindestlohns (4,25 Dollar/Stunde).

- Praktisch vollständiges Fehlen von Kündigungsschutz-Bestimmungen. Ein Arbeiter kostet nur genau die Zeit, die er wirklich gebraucht wird und einsatzbereit ist.

- Fast völliges Fehlen von Regeln, die die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft begrenzen. Halb Amerika arbeitet rund um die Uhr, was wörtlich so zu verstehen ist, daß schon jetzt jeder zweite Erwerbstätige Nacht- und Feiertagsarbeit leisten muß.

- Praktisch vollständiges Fehlen einer staatlichen Sozialversorgung, die als Schranke für den Fall des Lohnniveaus nach unten wirken würde. Für fünf Dollar Stundenlohn arbeitet auch in den USA nur, wer absolut keine Alternative mehr hat.

- Ausschaltung der Gewerkschaften. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Beschäftigten sank von 33 Prozent in den 50er Jahren auf heute nur noch 15 Prozent. In den Klein- und Mittelbetrieben, wo die große Mehrheit der "neuen Jobs" entstanden ist, gibt es keine Arbeitervertretungen mehr. Die vielen neuen (Schein-) Selbständigen haben ohnehin keinen gewerkschaftlichen Schutz.

- Insgesamt niedrige Reproduktionskosten der menschlichen Arbeitskraft. Auch ein Mindestlohn muß "irgendwie" zum Überleben ausreichen. Das setzt beispielsweise die Existenz von Elendsvierteln voraus, in denen man selbst mit sehr wenig Einkommen hausen und sich durchschlagen kann. Vermutlich spielt dabei auch die stillschweigende Duldung billigster "illegaler" Arbeit, "illegaler" Wohnverhältnisse usw. durch die Behörden eine erhebliche Rolle.

Nur unter solchen extremen Verhältnissen können Jobs auch da entstehen, wo es sich bei einem "deutschen" Niedriglohn oder gar bei einem tarifvertraglichen Arbeitsverhältnis längst nicht mehr rentieren würde. Der jetzt vielgepriesene Nachtservice in den USA beispielsweise - auch in Amerika sind für die meisten Dienstleistungen nachts weit weniger Kunden unterwegs als am Tage - lohnt sich für die Unternehmen oft nur aufgrund der Billigstlöhne oder durch Einsatz von Schwarzarbeit. Supermärkte können zum Nulltarif "Ware ins Haus" anbieten, weil es genug Menschen gibt, die mit den Trinkgeldern der Kunden zufrieden sein müssen. Fast schon ausgestorbene "Berufe" wie Kofferträger, Schuhputzer und Wagenwäscher boomen wieder. Selbst herzlich sinnlose Tätigkeiten wie etwa das Einpacken der von den Kunden gekauften Ware im Supermarkt putzen noch die strahlende Bilanz des "amerikanischen Jobwunders" auf.

Wie die "deutsche Krankheit" kuriert werden soll

Die deutsche Wirtschaft, die einst eine der mächtigsten der Welt war, sei angeschlagen und durcheinander, kommentierte die US-Zeitschrift "Newsweek" im März. Die konstatierte "deutsche Krankheit" bestehe in einer "tödlichen Kombination von überbezahlten und unterbeschäftigten Arbeitern, rigiden Arbeitsbestimmungen, risikoscheuen Managern und einem übereifrigen Staat, der die Wirtschaft zu Tode besteuert und reguliert".

In der gleichen Ausgabe war zu lesen, in Deutschland gebe es keinen Service. Die Zeitschrift nannte wahrlich erschreckende und überzeugende Beispiele: Die Frau eines Korrespondenten wurde aus einem Parfümladen geworfen, weil sie beim Eintreten nicht gegrüßt hatte; ein amerikanischer Fernsehproduzent mußte 15 Monate auf einen Telefonanschluß warten; eine in Bonn arbeitende amerikanische Angestellte hat mit eigenen Augen gesehen, wie in einem Gasthaus am Nebentisch eine schon angebissene Wurst serviert wurde. Überhaupt gibt

es in Deutschland kaum noch Kellner, weil Deutsche keine "bad jobs" machen mögen und weil die Arbeitskosten so hoch sind.

Die "Newsweek"-Schelte war für viele deutsche Redaktionen ein willkommener Anlaß, gleichfalls den fehlenden Willen der Deutschen zum fröhlichen Dienen und Bedienen, selbstverständlich zu niedrigen Löhnen und möglichst gleich rund um die Uhr, zu beklagen. Der ständige Hinweis, unser Land könne sich so etwas angesichts von vier Millionen Arbeitslosen nicht länger leisten, zeigt deutlich die Richtung an, in der es weitergehen soll.

Die "Wirtschaftswoche" fungiert als Zentralorgan derjenigen, die heftigst eine Amerikanisierung der deutschen Arbeitswelt propagieren. Dazu gehören:

- Möglichst wenig tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse; maximale Ausweitung irregulärer ("geringfügiger", "kurzzeitiger" usw.) Teilzeitjobs ohne soziale Absicherung. Bespielsweise Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze von jetzt 580 auf 1.000 Mark.

- Aufhebung sämtlicher zeitlichen Beschränkungen der Arbeit; Öffnungszeiten rund um die Uhr, zuschlagfreie Arbeit auch an Sonn- und Feiertagen. In der Strategie der Wirtschaftsliberalisten bildet der Sturm auf das Ladenschlußgesetz das zentrale Kettenglied, weil darüber die Reglementierung des Arbeitstages ausgehebelt werden soll. Daher der permanente Krakeel in fast allen Medien, obwohl die meisten Einzelhändler sich von längeren Öffnungszeiten keinen relevanten Vorteil versprechen. Freimütig bekennt die "Wirtschaftswoche", daß der Kampf ums Ladenschlußgesetz eigentlich mehr symbolische Bedeutung habe.

- Längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich.

- Zerschlagung des Flächentarifsystems; an seine Stelle sollen zunächst betriebliche Vereinbarungen und letzten Endes Individualverträge oder völlig ungeschützte Arbeitsverhältnisse treten.

- Starke Senkung der Lohnnebenkosten, was gleichbedeutend mit einer entsprechenden Kürzung der staatlichen Sozialausgaben ist.

- Arbeitszwang für Arbeitslose zum Sozialhilfesatz.

- Totale Freigabe der Löhne nach unten; jeder Arbeitslose soll sich beliebig unter Tarif anbieten "dürfen" (und müssen); Portugiesen sollen in Deutschland zu portugiesischen, Polen zu polnischen Löhnen beschäftigt werden können.

Die Durchsetzung dieses Programms wird sich jedoch, falls es überhaupt funktioniert, schwierig und langwierig gestalten. Auch dem "Jobwunder" in den USA und Großbritannien ging eine mehrjährige Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten durch die Regierungen Reagans und Thatchers voraus. Diese Phase hat in Deutschland, realistisch betrachtet, noch nicht einmal richtig begonnen.

Die sich steigernden Leistungskürzungen und Zwangsvorschriften gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollen offenbar - neben der Entlastung der öffentlichen Haushalte - auch dazu dienen, die Rahmenbedingungen von Arbeit überhaupt nach unten zu drücken. Millionen von Arbeitslosen werden mehr und mehr in eine Situation gebracht, wo sie selbst zu niedrigen Löhnen verzweifelt irgendeinen Job suchen, weil sie mit der Sozialhilfe / Arbeitslosenhilfe / Arbeitslosengeld nicht auskommen, oder weil ihnen Entzug der Leistungen angedroht wird, falls sie irgendeinen "angebotenen" Job ablehnen.

Wenn man auf diese Weise mehrere Millionen Menschen dazu zwingt, sich händeringend auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, so müßte das nach der Theorie der radikalen Wirtschaftsliberalisten eigentlich ganz schnell dazu führen, daß das allgemeine Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen nach unten sacken. Offensichtlich ist dieser Effekt aber bis jetzt noch längst nicht in dem Ausmaß eingetreten, das die Propagandisten der Amerikanisierung fordern.

Beispielsweise:: Rein theoretisch kann nach kurzer Zeit jeder Arbeitslose dazu verdonnert werden, einen Job weit unterhalb seiner Qualifikation und seines bisherigen Einkommens anzunehmen. Aber praktisch fehlt eine entsprechend große Nachfrage der Kapitalseite nach gering qualifizierter Arbeitskraft. Genau davon gibt es sowieso schon zuviel.

Oder: Langzeitarbeitslose können verpflichtet werden, Jobs zu "Einsteiger"-Bedingungen unter Tarif und ohne regulären Kündigungsschutz anzutreten. Trotzdem ist die Nachfrage der Unternehmen nach dieser Sorte billigerer Arbeitskräfte äußerst gering; selbst nach Ansicht mancher Soziologen, die sich für links halten, sind Langzeitarbeitslose eigentlich nur noch wandelnde Leichname, für die man nicht mehr viel tun kann.

Weiteres Beispiel: Sozialhilfeempfänger können zwangsweise zu "gemeinnützigen" Arbeiten abkommandiert werden, die ihnen zusätzlich zur Sozialhilfe - auf die sie ohnehin Anspruch hätten - nur ein kleines Taschengeld einbringen. Bisher machen aber die Behörden von dieser Möglichkeit nur in sehr geringem Maß Gebrauch. Ein wesentlicher Grund: Es muß sich um "zusätzliche" Arbeiten handeln, für die normale Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Das bedeutet beispielsweise, daß die Stadt die Müllabfuhr nicht einfach von Sozialhilfeempfängern besorgen lassen kann. "Zusätzliche" Arbeiten bedeuten aber, selbst wenn sie nur mit einem Taschengeld honoriert werden, auch zusätzlichen Verwaltungsaufwand und andere Mehrkosten. Die Vorkämpfer der Amerikanisierung fordern deshalb, diese Schranke zu beseitigen, so daß Zwangsarbeiter zu jeder beliebigen Tätigkeit abkommandiert werden könnten und damit die Löhne in Grund und Boden ruiniert würden. Das hat, nebenbei bemerkt, mit marktwirtschaftlichen Methoden nicht mehr viel zu tun.

Bullen und Knäste

statt Sozialleistungen

Letzten Endes ist die Existenz des deutschen Sozialsystems - auch wenn dieses fortlaufend demontiert wird - immer noch ein schweres Hindernis für eine konsequente und umfassende Amerikanisierung. Das US-System beruht darauf, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von vornherein überhaupt keine andere Chance hat, als jede Gelegenheit zu einem Billigjob zu ergreifen. In Deutschland hingegen könnte dieser Effekt höchstens künstlich, außerökonomisch herbeigeführt werden. Nämlich, indem man Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern mit Leistungsentzug droht, falls sie nicht parieren. Es muß ja davon ausgegangen werden, daß kein vernünftiger Mensch eine qualifizierte Arbeitsanstrengung freiwillig für ein Entgelt vollbringt, auf das er sowieso Anspruch hätte. Es würde aber einen riesigen polizeilichen und verwaltungsmäßigen Aufwand erfordern, den Arbeitseinsatz der Zwangsverpflichteten zu überwachen und durchzusetzen.

Beispielsweise: Rein theoretisch kann man heute einen Hamburger Sozialhilfeempfänger zwingen, im Frühjahr ein paar Wochen einen Kellerraum in der Lüneburger Heide zu beziehen und dort ohne zusätzliche Entlohnung Spargel zu stechen. Aber erstens beschäftigen die Landwirte weiterhin sehr viel lieber polnische Saisonarbeiter, die gezwungenermaßen freiwillig zu ihnen kommen, und zweitens: wie sollen Streitfälle zwischen deutschen Zwangsarbeitern und ihren "Arbeitgebern" über die Arbeitsleistung polizeilich überprüft und juristisch entschieden werden?

Generell setzen immer noch die Sozialleistungen das Niveau, unter das der jeweilige Arbeitslohn nicht gesenkt werden darf. Für die Landwirtschaft und für das Hotel- und Gaststättengewerbe gibt es eine Sonderregelung. Sie läuft darauf hinaus, daß in diesen Bereichen saisonal anstelle von Ausländern auch deutsche Zwangsarbeiter beschäftigt werden können. Dabei zahlt der "Arbeitgeber" nur den Lohn, den bisher "seine" Polen erhielten, während der Staat einen Zuschuß gibt, der die Summe auf die Höhe der Sozialhilfe aufstockt.

Nach diesem Vorbild befürworten einige Amerikanisierer ein allgemeines System staatlicher Lohnzuschüsse. Das würde dazu führen, daß radikale Ausbeuterbetriebe, die Niedrigstlöhne zahlen, zu Empfängern staatlicher Subventionen würden. Das wäre aber ein absolut un-marktwirtschaftliches - insofern also auch denkbar un-amerikanisches - System, und es würde dann vermutlich schnell mehrere sehr aussichtsreiche Klagen wegen unlauteren Wettbewerbs geben.

Ein zusätzliches Problem: Es würde auf jeden Fall einen Zeitraum von mehreren Jahren erfordern, um die minimalen Reproduktionskosten der menschlichen Arbeitskraft so tief sinken zu lassen, daß eine Amerikanisierung der deutschen Arbeitswelt überhaupt möglich würde. Polnischen Arbeitern kann man auf deutschen Baustellen polnische Löhne zahlen, aber nur deshalb, weil sie nach absolvierter Leistung zurück nach Hause geschickt werden. Niemand könnte in Deutschland dauerhaft mit einem polnischen Stundenlohn existieren.

Schwarzarbeit ist ein weiteres zentrales Problem der angestrebten Amerikanisierung. Im Sinne des Wirtschaftsliberalismus wäre es vernünftig und notwendig, gegenüber "illegaler" Arbeit - sofern sie in Maßen stattfindet - beide Augen zuzudrücken. Das macht die Arbeit insgesamt billiger, erlaubt also auch niedrigere Reproduktionskosten der menschlichen Arbeitskraft. Außerdem ist unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten ein Arbeitsloser, der sich initiativ verhält, am Arbeitsleben teilnimmt und sich ein bißchen dazuverdient (und dabei Mehrwert schafft!), sehr viel kostengünstiger als einer, der sich nur noch hängen läßt.

Dem steht aber die Tradition des polizeistaatlichen Denkens in Deutschland entgegen. Schwarzarbeiter haben derzeit beste Chancen, zum Volksschädling Nr. 1 zu avancieren. Schon ertönt in den Medien der Ruf nach dem Einsatz von privaten Detektivdiensten neben Polizei, Arbeitsämtern usw. Einmal richtig in Schwung gebracht, werden vermutlich Millionen Deutsche ein traditionelles Hobby wieder entdecken: das Denunzieren. Das Zentralorgan der Amerikanisierer, die "Wirtschaftswoche", hält es für geboten, gegen den Trend zu steuern und vorm Polizeistaat zu warnen. Bonn sei dabei, "ganze Branchen einem bislang unbekannten Überwachungs- und Spitzelsystem auszusetzen". (10.8.95)

Insgesamt ist festzustellen, daß es wahrscheinlich unmöglich sein wird, nur einzelne Bestandteile der amerikanischen Arbeitswelt zu übernehmen, ohne erst einmal sämtliche dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Beispielsweise, um an einem zentralen Punkt anzufangen: Eine Gesellschaft, in der sehr viel weniger Steuern und Sozialabgaben bezahlt werden, ist untrennbar verbunden mit einem System, in dem der Staat kaum noch Sozialleistungen übernimmt. Und andererseits, nur in einem solchen System halten Menschen selbst den miesesten Job noch für einen Glücksfall, der Dankbarkeit verdient.

Logischerweise geht denn auch das "amerikanische Jobwunder" direkt einher mit einer weiter explodierenden Staatsverschuldung. Hinter Clinton lauern schon die Republikaner, die die Überreste der staatlichen Wohlfahrt noch einmal um 60 bis 100 Milliarden Dollar kürzen wollen und die sie langfristig völlig auf private Organisationen übertragen wollen. Indem die Steuern - vor allem auf Kapitaleinkünfte - immer weiter gesenkt werden, soll der Staat gezwungen werden, "sich auf das Nötigste zu beschränken". Nach Lage der Dinge werden das in erster Linie Polizei, Gefängnisse und Armee sein.

Kt.

Dekorateure des Untergangs

Als "Dekorateure des Untergangs" bezeichnete Karl Krauss die Journalisten, insbesondere die Kriegsberichterstatter während des Ersten Weltkriegs. In ähnlicher Funktion betätigen sich heute linke Soziologen, die sich angesichts der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit offensichtlich am Ziel ihrer Träume wähnen.

Einer von ihnen ist Ulrich Beck, Soziologieprofessor in München. Seine Liebe zum Wort "Selbstorganisation" outet ihn auf den allerersten Blick als einen aus der Traditionslinie des linkssozialdemokratischen SB (Sozialistisches Büro) Kommenden. Im SPIEGEL vom 13. Mai behauptet der Professor zwar ziemlich töricht und sehr plakativ: "Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab", gibt aber ansonsten eine im wesentlichen zutreffende Beschreibung der Entwicklung: "Das Volumen der Erwerbsarbeit schwindet rapide. (...) Immer weniger gut ausgebildete, global austauschbare Menschen können immer mehr Leistungen und Dienste erbringen. Wirtschaftswachstum setzt also nicht mehr den Abbau von Arbeitslosigkeit in Gang, sondern genau umgekehrt den Abbau von Arbeitsplätzen voraus. (...) Der Nur-noch-Eigentümer-Kapitalismus, der auf nichts als Gewinn zielt und die Beschäftigten, den (Sozial-) Staat und die Demokratie ausgrenzt, hebt seine eigene Legitimität auf. Während die Gewinnspannen global agierender Unternehmen wachsen, entziehen diese den teuren Staaten beides: Arbeitsplätze und Steuerleistungen, und bürden die Kosten der Arbeitslosigkeit und der entfalteten Zivilisation den anderen auf. (...) Wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie."

Daraus schlußfolgert der Autor, daß "die Welt der auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft untergeht", was er eigentlich sehr gut findet, weil damit eine "Zukunft der Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft" eröffnet werde. Tatsächlich geschieht aber genau das Gegenteil: Daß der Kapitalismus offenbar immer weniger Arbeit benötigt und Jobs zur Mangelware werden läßt, führt mit einer gewissen Zwangsläufigkeit dazu, daß die Fixierung der Menschen auf die Erwerbsarbeit, nämlich der Wettbewerb um die "Arbeitsplätze", zunimmt. Denn

ohne Job kein ausreichendes Einkommen, außer man hat reich geerbt und/oder kann andere für sich arbeiten lassen.

Soziologieprofessoren, die weder Arbeitslosigkeit noch Altersarmut befürchten müssen und vermutlich längst eine Eigentumswohnung oder ein Haus besitzen, neigen offenbar dazu, die im Kapitalismus wirkenden Antriebskräfte zur Erwerbsarbeit für einen mentalen Defekt der Lohnabhängigen zu halten. Zweifellos wird Erwerbsarbeit im herrschenden System ideologisch überhöht, aber letzten Endes geht es darum, daß für die übergroße Mehrheit der Menschen die einzige Alternative zur Erwerbsarbeit in Verelendung besteht. Wenn Langzeitarbeitslose in Depressionen verfallen, dann nicht primär deshalb, weil sie sich idiotischerweise ohne Erwerbsarbeit "nutzlos" fühlen, sondern weil ihre Zukunftsaussichten und oft auch schon ihre Lebensumstände tatsächlich miserabel sind.

Nach Ansicht von Professor Beck sollte der Massenarbeitslosigkeit dadurch begegnet werden, daß der Zentrierung auf die Erwerbsarbeit "ein neues Aktivitäts- und Identitätszentrum" gegenübergestellt wird. "Öffentliche Arbeit" statt Erwerbsarbeit. Als Beispiele nennt der Autor: "Arbeit mit Alten und Behinderten, Obdachlosen und Aids-Kranken, Analphabeten und Ausgeschlossenen, Frauenhäusern, Greenpeace, Amnesty International usw.".

Auf diese Weise würde, meint Professor Beck, "das Monopol gebrochen, das sinnvolle, anerkannte, öffentliche Tätigkeit mit Erwerbsarbeit gleichsetzt. Der Arbeitsmarkt würde entlastet, Arbeitslosigkeit also abgebaut."

Um das wirklich zu erreichen, müßten die von Beck beispielhaft genannten sozialen Tätigkeiten natürlich auch "irgendwie" honoriert werden; anderenfalls würden sie für Arbeitslose lediglich eine unbezahlte Beschäftigung darstellen, die sie vielleicht mental aufmuntert, aber ihnen finanziell absolut nicht weiterhilft.

Was Beck dafür vorschlägt, ist nicht besonders konkret: "Aktive Bürger, die sich für das Allgemeinwohl engagieren", sollen eine "steuerfinanzierte Grundsicherung" erhalten. Wie hoch diese, in Geld ausgedrückt, sein soll, sagt der Professor nicht. Wahrscheinlich ist er einfach nicht mehr daran gewöhnt, diesen Punkt als einen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ganz entscheidenden zu erkennen. Die meisten "Grundsicherungsmodelle", die heute gehandelt werden, bewegen sich zwischen dem Sozialhilfesatz und einem niedrigen Lohn.

Schon daraus ergibt sich, daß die Annahme Becks, seine "in freiwilligen Selbstorganisationen" Tätigen wären dem Arbeitsmarkt entzogen, falsch ist. Kaum jemand wird Lust haben, schon mit Blick auf seine Absicherung für das Alter oder Notfälle, den Rest seines Arbeitslebens auf die "Grundsicherung" festgenagelt zu bleiben. Auf diese Weise würde zwar die Arbeitslosenstatistik frisiert - so wie jetzt schon durch ABM-Maßnahmen u.ä. -, aber das Problem der Massenarbeitslosigkeit würde keineswegs geringer.

Das Gegenteil wäre, wenn Becks Modell konsequent praktiziert werden könnte, der Fall: Seine "Selbstorganisierten" würden zahlreiche Aufgaben übernehmen, die traditionell in den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen gehören oder für die es künftig kleine, oft genossenschaftlich organisierte private Anbieter geben wird. Becks "öffentliche Arbeit" würde das Lohnniveau im öffentlichen Dienst ruinieren, Massenentlassungen vorprogrammieren und die privaten Anbieter - oftmals selbst frühere Arbeitslose, die sich "selbständig" zu machen versuchen - vom Markt konkurrieren. Beck Hinweis, daß sich 80 Millionen US-Amerikaner wöchentlich mindestens fünf Stunden für freiwillige Hilfsleistungen und wohltätige Zwecke engagieren, verweist deutlich auf den zentralen Schwachpunkt: Genau dieses freiwillige Engagement benötigt ein Staat, um sich immer mehr "auf das Nötigste" beschränken zu können: Bullen und Knäste.

So schlimm würde es allerdings gar nicht kommen, weil Becks Modell einen grundsätzlichen Denkfehler enthält: Es wäre völlig unmöglich, sich darauf zu verständigen, welche Tätigkeiten und welcher Arbeitsaufwand den Anspruch auf die "Grundsicherung" begründen sollen. Leistet ein Arbeitsloser, der regelmäßig mit seinen Kumpeln "einen trinken" geht, in diesem Sinn eine selbstorganisierte öffentliche Tätigkeit ("Selbsthilfegruppe"), die finanziell honoriert werden muß? Oder: Wieviel Wochenstunden muß ein Sozialhilfeempfänger sich um alte Menschen kümmern, damit er die "Grundsicherung" beanspruchen kann? Und schließlich: Welch irrsinniger Aufwand wäre nötig, um das alles zu überprüfen, und zu was für absolut menschenunwürdigenden Zuständen würde das dafür nötige Kontrollsystem führen! Andererseits wäre es absurd, eine vom Staat genau reglementierte und überwachte Tätigkeit als Alternative zur Erwerbsarbeit zu begreifen.

Also: Es kann vernünftigerweise keine definitiven Kriterien für die Eingrenzung des Begriff der "öffentlichen Arbeit" im Sinne Becks geben, und es kann erst recht kein Kontrollsystem geben. Das bedeutet, daß jeder Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose, der von sich behauptet, eine "öffentliche Arbeit" auszuüben, Anspruch auf die "Grundsicherung" hat. Also tatsächlich jeder, sofern er nur einigermaßen clever ist. Höchstens werden darauf diejenigen verzichten, die dümmer oder schüchterner als andere sind. Im Endeffekt liefe es einfach darauf hinaus, daß der Staat pauschalisiert jedem Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger eine "Grundsicherung" gewähren müßte, wobei es den Betreffenden selbst überlassen bliebe, ob und in welchem Umfang sie dafür eine "sozial nützliche" Tätigkeit ausüben möchten. Letzlich würde es sich dabei ja um freiwillige unbezahlte Arbeit handeln, denn die "Grundsicherung" wäre ohnehin fällig. Tatsächlich müßte man, beispielsweise, am Verstand eines vom Staat arbeitslos gemachten Lehrers oder Sozialarbeiters zweifeln, der für erheblich weniger Geld als bisher seinen alten Job weitermacht.

Kt.

19. Stadtentwicklung - Stadtabwicklung. Bundesweites Treffen der Wagenburgen und Hüttendörfer (aus: Was lefft, Erlangen)

Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:36

Hauptstadt Berlin: über der Großbaustelle Potsdamer Platz, direkt neben gleichnamiger U-Bahn-Haltestelle, thront auf Stelzen die Rote Box - die wohl größte und teuerste Schuhschachtel der Welt. Ihre einzige Funktion ist Präsentation: Daimler Benz, Sony, AT&T, Telekom, Sorat, Bewag u.a. Investoren, die stadtweit mit ca. 270 Großprojekten für 40 Milliarden DM von den Hauptstadtträumen profitieren möchten, ließen es sich zehn Millionen DM kosten, mit ihrer Vision einer Dienstleistungsmetropole des nächsten Jahrtausends BerlinerInnen und TouristInnen multimedial zu überwältigen. Das Konzept scheint aufzugehen. BesucherInnenströme wälzen sich durch die drei Stockwerke der Roten Box, Kinder lauschen ehrfurchtsvoll den Ausführungen ihrer Väter über einzelne Installationen, die sich bei näherer Betrachtung als beleidigend billig erweisen. Auf einer Großleinwand stehen sich im schnellen Wechsel Bilder der alten und Montagen der neuen Stadt gegenüber, zum Abschluß lächelt eine glückliche Familie. Die Telekom verspricht Zukunftstechnologie in bunten Bildern. Aufgrund mangelnder Rechnerleistung der Demo-PCs bleiben die neuen Raffinessen der Telekommunikation vielversprechend geheimnisvoll.

Kein Platz für Wagenburgen

Von der Aussichtsplattform auf dem Dach der Roten Box kann der Blick über die Großbaustelle schweifen. Letztes Jahr hätte man dabei das "Rollheimer Dorf am Potsdamer Platz" erspähen können, eine von den 13 Berliner Wagenburgen mit insgesamt ca. 700 BewohnerInnen. Das Rollheimer Dorf wurden inzwischen von der Unternehmensgruppe Roland Ernst verdrängt und fand vorübergehend "Asyl" auf einem kircheneigenen Gelände im Bezirk Neukölln. Die anderen innerstädtischen Berliner Wagenburgen sind ebenfalls von Räumung bedroht, zumindest deren Verdrängung an den Stadtrand ist in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU festgeschrieben. Versuche von Berliner WagenbewohnerInnen, durch runde Tische mit PolitikerInnen eine Lösung zu finden, scheiterten am Desinteresse der MandatsträgerInnen.

Bundesweit existieren ca. 100 Plätze, auf denen Menschen in umgebauten Bau-, Zirkuswagen und LKWs wohnen und mit einer ähnlichen Situation konfrontiert sind. Nur die wenigsten Wagenplätze sind vertraglich abgesichert: z. B.: das "Waffeldorf" Erlangen (bis. September 1996), die Wiesbadener und die Lübecker Wagenburgen. Die Pachtverträge sind meistens zeitlich begrenzt und kurzfristig kündbar. In Hannover soll ein Wagendorf einem 15 Meter breiten Radweg für die Weltausstellung Expo weichen. Den KölnerInnen wurde besonders flexibles Wohnen aufgezwungen: innerhalb der letzten zwei Jahre wurden sie zwölfmal von immer neuen Plätzen durch ein massives Polizeiaufgebot vertrieben. Dabei wurde ein Großteil ihrer Behausungen durch Baumaschinen zerstört. "Negieren, verdrängen, kontrollieren", so läßt sich der bundesweite Umgang mit Wagenburgen durch die öffentlichen Verwaltungen zusammenfassen.

Wagentage in Berlin

An Ostern 1996 trafen sich eine Woche lang WagenbewohnerInnen aus ca. 35 Städten zu den bundesweiten Wagentagen, die regelmäßig an unterschiedlichen Orten stattfinden. Diesmal ging es weniger um den Wagenalltag, sondern um das Thema "Stadtentwicklung - Umstrukturierung" und die Vernetzung sowohl untereinander als auch mit anderen Gruppen, die durch die Kommerzialisierung der Städte von Vertreibung bedroht sind.

Die Konkurrenz der Städte um Wirtschaftsstandorte, die Entwicklung zur nach-industriellen Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Polarisierung der Bevölkerung bestimmen zunehmend den Alltag aller StadtbewohnerInnen. Dabei führt gerade in Berlin der Umbau der Stadt zur Dienstleistungsmetropole mit Hauptstadt- und Regierungssitzkonzept zu stärkeren Verdrängungsmaßnahmen als anderswo. Die Bodenaufwertung in Folge von flächenfressendem Eigenheimbau, Sanierungsmaßnahmen und aufgrund des Pokers um lukrative Innenstadtstandorte beschleunigt diese Entwicklung. Das bisherige Ergebnis ist eine Spirale: hohe Bodenpreise, hohe Baukosten, hohe Mieten. Die Städte wachsen dabei ins Umland: mit Eigenheimen, Billigwohnsiedlungen und mit außenliegenden Gewerbegebieten. Das und der

zunehmende Straßenausbau verursachen in der BRD eine jährliche Zunahme von versiegelten Flächen, deren Umfang einer mittleren Stadt entspricht.

Der Architekturkritiker Hoffmann-Axthelm bemerkte im Tagesspiegel (24.10.93): "Da alle Investoren das gleiche Maximum anzielen, entsteht überall dasselbe: Büro- und Verkaufsflächen, mit Mieten, die mit gewöhnlichen städtischen Nutzungsgewohnheiten der heutigen Berliner schlechterdings unverträglich sind." Die Bevölkerung soll der Umstrukturierung weitgehend unterworfen werden, die Zerstörung von Sozialstrukturen ist der Preis dafür. "Am Anfang war immer die Subkultur, die MigrantInnen, die Studis, welche ein alternatives Ambiente schaffen. Nach der Subkultur kommen Yuppies, mit ihnen die Boutiquen und Edelrestaurants, danach die Verkehrsberuhigung. Das gepflegte Wohnumfeld wird auf die Mieten umgelegt und angestammtes Kleingewerbe, MigrantInnen, Familien können sich weder Wohnung noch Stadtteil mehr leisten." (Auszug Abschlußkundgebung der Wagentage). Wie in anderen Städten werden den sozialen Initiativen die kommunalen Mittel gestrichen, da sie mehr Geld verbrauchen als sie selber erwirtschaften können, wobei die sozialen Folgekosten in der Gesamtbilanz unterschlagen werden. Viele Beratungsstellen, Kulturprojekte, Frauenhäuser und Jugendzentren mußten aus diesem Grund bereits schließen - weitere sind in ihrer Existenz bedroht. Die Obdachlosigkeit steigt: allein in Berlin sprechen die freien Wohlfahrtsträger von ca. 50.000 Wohnungslosen. Bundesweit sind über eine Million Obdachlose bekannt. Die Behörden reagieren darauf mit Verlagerung des Problems aus der Innenstadt in Randbezirke. Aufenthaltsmöglichkeiten werden entzogen: Suppenküchen werden geschlossen, öffentliche Sitzbänke abgebaut oder durch solche ersetzt, auf die mensch sich nicht legen kann, öffentliche Wege überwacht und Bahnstationen in Sicherheitsgebiete verwandelt.

Die Rechnung, Berlin in eine kapitalträchtige Dienstleistungsmetropole umzugestalten, scheint allerdings noch nicht aufzugehen: 1995 standen von den neu fertiggestellten Büroflächen 500.000 qm leer. Aufgrund der leeren Kassen des Senats und der, aus der Sicht der Investoren, wenig rentablen Privatsanierung sind viele Wohnquartiere nach wie vor für Besserverdienende unattraktiv. Die Zerstörung von Kiez-Strukturen läßt im befürchteten Ausmaß noch auf sich warten. Die Realitäten passen nicht in die Imagewerbung des Senates. Besonders nichtangepaßte Lebensformen, wie Wagenburgen und HausbesetzerInnen, stehen einem "investorenfreundlichen Image" im Wege. Entgegen der oft propagierten "Berliner Linie" (keine Räumung von länger als ein Jahr besetzten Häusern) wurden nun auch kurz vor und während der Wagentage drei besetzte Häuser in Berlin geräumt.

"Strategische Imageschädigung"

Nicht nur in Berlin sind die neuen Schopping-Meilen allenfalls noch halböffentliche Räume, private Sicherheitskräfte und Polizei vertreiben Menschen wie Obdachlose, Junkies, Punks, Hütchenspieler, Prostituierte und andere, die nicht den Eindruck machen, Waren oder Dienstleistungen bezahlen zu können oder zu wollen. In diesen sozial und sicherheitspolitischen Maßnahmen zeigt sich die Tendenz zur Kriminalisierung von Armut. Neben Bundesgrenzschutz und Polizei sorgen zunehmend private Sicherheitsdienste für Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit.

Der Berliner FU-Professor Wolf Dieter Narr zieht auf einer Podiumsdiskussion während der Wagentage Parallelen zu US-amerikanischen Städten: "Die Shopping Mile ist die sicherste Zone der Stadt. Sicherheit heißt ungestörte Kapitalverwertung für Reiche gegen die ärmeren Bevölkerungsteile." Ein weiterer Diskussionspunkt waren Widerstandsstrategien gegen die Ausrichtung der Städte für die Kapitalinteressen. Ein Diskutant erinnerte an die "No-Olympia-Bewegung" und an deren erfolgreiches Konzept, durch allerlei Aktionen strategische Imageschädigung zu betreiben. Man muß die Stadt unattraktiv für InvestorInnen machen.

"Die Städte den Menschen,

die dort leben"

Unter dem Motto "Gegen fortschreitende Umstrukturierung - die Städte den Menschen, die dort leben" demonstrierten zum Abschluß der Wagentage ca. 400 Leute und 25 Fahrzeuge - teils bewohnte LKWs, teils Zugmaschinen - aus dem gesamten Bundesgebiet. Mindestens ebensoviele Einsatzkräfte der Polizei waren vor Ort und verzögerten den Beginn der Demonstration um eineinhalb Stunden.

Mehrere Fahrzeuge sollten von der Teilnahme ausgeschlossen werden, da die Polizei deren Einrichtungsgegenstände - wie z. B. Werkzeug und Eßbesteck - als "Bewaffnung" deklarierte.

Ohne Zwischenfälle bewegten sich dann alle auf Stelzen, zu Fuß, auf und in LKWs oder auf Holzpaletten surfend zum Rosa-Luxemburg-Platz. Nach der Abschlußkundgebung und nachdem die MedienvertreterInnen und viele DemonstrationsteilnehmerInnen bereits gegangen waren, schlug die Polizei zu und unterzog sämtliche Fahrzeuge einer erneuten Kontrolle. Diese bezog sich nun auf die Verkehrssicherheit der LKWs und Anhänger. Akribisch wurden angebliche Sicherheitsmängel aufgelistet, um die Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen und beschlagnahmen zu können. Da es sich hierbei auch um Wohnraum handelte, nahmen die Betroffenen und die verbliebenen DemonstrationsteilnehmerInnen das Abschleppen ihrer Behausungen nicht protestlos hin. Jede Gegenreaktion, z.B. Blockaden durch Menschenketten, wurde sofort von der Polizei gebrochen. Bilanz: fünf Festnahmen und mehrere Verletzte u.a. durch Stiefeltritte.

"Das aggressive und provokante Vorgehen sollte offensichtlich eine Eskalation bewirken, um eine Verschlechterung des politischen Klimas zu ungunsten von Wagenplätzen und besetzten Häusern in Berlin voranzutreiben. Wir sehen diese geplante Polizeiaktion nicht nur als Produkt allgemeiner Verachtung unserer Lebensform, sondern auch im Zusammenhang mit dem Kalkül, Wagenplätze aus dem Innenstadtbereich zu verdrängen und selbst entgegen der ‚Berliner Linie` besetzte Häuser zu räumen." (Presseerklärung).

East Side Gallery

Ca. 250 Leute leben in der Berliner Wagensiedlung an den Mauerresten "East Side Gallery". Ungewöhnlich für Wagendörfer ist die hohe Anzahl der BewohnerInnen und deren heterogene Zusammensetzung. Hier fanden sich alle ein, die sonst keine Bleibe fanden, darunter BewohnerInnen aus zwei geräumten Wagenburgen. Die "East Side" avancierte damit zum größten Wagenplatz Berlins und zu einem der größten in der gesamten BRD. Ohne Ersatzflächen bereitzustellen, will der CDU-Innensenator Schönbohm diesen Platz am Rande von Friedrichshain abräumen lassen. Der Anlaß, um das politische Klima gegen alle Wagendörfer anzuheizen: eine Woche vor Ostern wurde ein Mann auf dem Gelände erstochen, kurze Zeit später ein Tourist mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Daß die Täter in den Reihen der WagenbewohnerInnen zu suchen sind, ist nicht erwiesen - wird jedoch von Behörden und Presse als "höchst wahrscheinlich" behauptet. Ein "erhebliches Sicherheitsproblem" beklagt der Bundesgrenzschutz, denn ständig würden StraftäterInnen in den "Rechtsfreien Raum" "East Side" flüchten, eine Verfolgung in die Wagenburg sei nicht möglich. Kurz nachdem ein Mann erstochen aufgefundenen wurde, hatte die Polizei keinerlei Probleme, den Platz zu durchsuchen.

"Die nicht zu rechtfertigende Gewalt an der ‚East Side` ist nur ein Symptom für die Gewalt in der Stadt", erklärt eine Bewohnerin. "Konflikte und Schwierigkeiten dabei, eine notwendige Infrastruktur gemeinsam zu gewährleisten, nahmen im Verlaufe des letzten Jahres zu. Verschärft werden die Probleme dadurch, daß BürgerInnen ihren privaten Müll und Schrott auf dem Gelände der Wagenburg abladen. Die Stellfläche wurde verkleinert und die Wagen weiter zusammengeschoben, da eine private Firma einen Teil des Geländes zur Baustoffablagerung gepachtet hat. Durch die Einengung des Lebensraumes, der den BewohnerInnen noch geblieben ist, sind weitere Konflikte vorprogrammiert", so eine Bewohnerin einer anderen Wagenburg. Der East Side ist Ausmaß und soziale Zusammensetzung durch die Stadtentwicklung aufgezwungen worden, eine Räumung wird auch dem Innensenator das Problem nicht vom Hals schaffen. "Die Bauwagen kann er verschrotten lassen, die Bewohner nicht." (ausnahmsweise ein Zitat aus der taz).

Der Artikel ist aus der Stadtzeitung "Was Lefft" (Erlangen). Er wurde von uns redaktionell leicht gekürzt.

20. Alternativlos wählen. Von den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua

Vor den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua

Autor: Annette Massmann · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:24

"Arnoldo ist Fortschritt, Arnoldo ist Frieden", verkündet eine melodiöse Stimme aus nahezu allen TV-Sendern Nicaraguas. - Wehende Fahnen, zuerst weiß, dann vielfarbig. "Projecto Nacional, nimm teil und entscheide!" Der Spot beendet die Sendezeit des Fernsehens. - "Das Lied der Freude, das Lied derjenigen, auf die ein neuer Tag wartet ..." - auch wenn dies noch nicht der offizielle Wahlschlager der FSLN ist, wetten Tausende darauf: Er wird es.

Nicaragua 1996. Ein Thema beherrscht die Medien: die Wahlen am 20. Oktober 1996. Es produzieren sich die "starken Männer", die versprechen, die Geschicke der Nation in die Hand zu nehmen, Arbeitsplätze zu schaffen, die desolate Lage des Landes zu bessern. Unter welchen Vorzeichen dies geschieht, scheint für viele NicaraguanerInnen in diesem polemischen, auf Einzelpersonen zugeschnittenen Wahlkampf fast bedeutungslos zu sein.

Eine Reaktion auf sechs Jahre neoliberale Chamorro-Regierung? Über 60% der NicaraguanerInnen sind arbeitslos. Nicaragua ist heute bei internationalen Geldgebern mit 10,5 Mrd. Dollar verschuldet. Jährlich kosten diese Schulden zuzüglich der Verzugszinsen etwa 500 Mio. Dollar bei geometrisch steigender Tendenz. Sie verschlingen etwa 82% der Exporterlöse und mehr als 80% der Auslands-"Hilfe". Nicaraguas Wirtschaft müßte jährlich um 60% wachsen, um diese Schulden vertragsgemäß begleichen zu können.

Die Chamorro-Regierung hatte bei ihrem Amtsantritt 1990 versprochen, der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Zerrüttung mit dem Strukturanpassungs-Programm ESAF (Extended Structural Adjustment Fund) beizukommen. Analysen über die Auswirkungen des Programms kommen allerdings zu einem anderen Schluß: die Regierung konnte die Inflation zwar eindämmen; diese Stabilität hängt aber vor allem von der Zuschußfinanzierung durch die Auslandshilfe ab. Die Schattenseiten dieser Abhängigkeit werden mit der geringer werdenden Auslandshilfe deutlich zutage treten. So kommt der Kritiker Xavier Gorostiaga zu dem Schluß: "ESAF ist nicht mehr als ein monetäres Programm, ohne eine effektive Strategie nationaler Entwicklung."

Makroökonomische Stabilität in Nicaragua geht auch weiterhin auf Kosten der Menschen. Selbst interne Weltbankberichte haben inzwischen anerkannt, daß die totale Deregulierung des Marktes und der Rückzug des Staates zwar die Zahlungsbilanz kurzfristig verbessern, aber nicht zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen können. Was die Regierung nicht daran hindert, weiterzumachen. Die Welle der international verordneten Privatisierungen führte zu Massenentlassungen. Tausende entlassene Staatsangestellte, Tausende aus den ehemaligen Staatsbetrieben sowie ehemalige Angehörige der sandinistischen Armee EPS stehen heute ebenso vor den leeren Versprechungen der Chamorro-Regierung wie die ehemaligen US-Söldner, die Contras.

Die umfassende Exportorientierung der Wirtschaft, die Förderung der Großunternehmen durch Senkung der direkten Besteuerung und gezielte Kreditprogramme sowie der Versuch, ausländisches Kapital durch Anhebung der Zinsen anzuziehen, haben auch in Nicaragua nicht zu neuen Investitionen geführt. Vielmehr ist hier ein Phänomen zu beobachten, das in den übrigen Ländern Lateinamerikas in noch viel größerem Maße auftritt: Das sogenannte "capital golondrina" häuft sich an. Spekulationskapital, das nicht in produktive Sektoren investiert wird. Das Strukturanpassungs-Programm läuft bis Ende 1997 und wird auch die Wirtschaftspolitik jeder neuen nicaraguanischen Regierung bestimmen.

Anstelle einer Kredit- und Landvergabepolitik mit dem Ziel das Los der Masse an Arbeitslosen und kleinen und mittleren ProduzentInnen zu bessern, verfolgte die Regierung - auch unter dem Druck der internationalen Finanzinstitutionen - genau das Gegenteil. Kooperativen, kleine und mittlere ProduzentInnen kämpfen um Land und - so sie solches haben - um Kredite. Die Kredite sind jedoch unerschwinglich. Zum einen werden große Sicherheiten gefordert, zum anderen betragen die Zinsen bis zu 25%.

Die Auseinandersetzungen um Eigentum - d.h. der Versuch der Regierung, unter den Sandinisten enteigneten Besitz zurückzugeben, schaffen zusätzliche Unsicherheit. Zwar wurde im November ein Privatisierungsgesetz verabschiedet, das einen rechtlichen Rahmen für die Auseinandersetzungen bietet. Seine Inhalte sind allerdings widersprüchlich gefaßt, so daß in konkreten Fällen eher die Kräfteverhältnisse zwischen den Konfliktpartnern darüber entscheiden, ob eine Finca zugunsten der ehemaligen Besitzer oder aber der campesinos privatisiert wird. Zahlreiche Überfälle durch bewaffnete Banden und Ex-Contras in Nicaraguas Norden, denen in den letzten Jahren 2000 campesinos zum Opfer fielen, verstärken diese Unsicherheit.

Oppositionslos

Das 14-Parteien-Bündnis UNO, das 1990 die Präsidentschaftswahlen gewann, war nur durch den Willen zusammengehalten, die FSLN aus der Regierung zu drängen. Aber es war absehbar, daß die UNO nicht an der stärksten Partei, der FSLN und den mit ihr verbündeten Gewerkschaften, würde vorbeiregieren können. Die UNO zersplitterte im alltagspolitischen Geschehen schnell. Die Zeit seit 1990 war markiert von taktischen Manövern und wechselnden Allianzen, mit denen die Regierung Chamorro versuchte, ihre neoliberale Politik durchzusetzen.

Auch die FSLN war nie eine homogene Partei, sondern wurde in den 80er Jahren durch den Zwang zum Regieren zusammengehalten. Als stärkste Partei steht sie seit 1990 vor der komplexen Aufgabe, einerseits eine Politik gegen die ebenfalls in Opposition stehende Ultrarechte zu formulieren, sich aber andererseits in die Oppositionsrolle einfügen zu müssen. Dazu kam, daß Teile der FSLN von Anfang an mit einem Block des Zentrums um Präsidialamtsminister Lacayo sympathisierten.

Aus diesem Konglomerat entwickelte sich ein faktisches Mitregieren durch die FSLN. Dies führte wiederum zu Spannungen mit der sandinistischen Basis, die sich in zahlreichen Streiks gegen die Auswirkungen der Regierungspolitik zur Wehr setzte. Dies verhinderte, daß die FSLN das Profil einer klaren Alternative zur Regierungspolitik entwickeln konnte und führte letztendlich zur Spaltung der Partei. (siehe Kasten)

Wahlkampf

der "starken Männer"

35 Parteien wurden inzwischen vom Obersten Wahlrat bestätigt, bei sieben weiteren steht die Anerkennung noch aus. Kommunale Ämter, Parlamentssitze und der Präsident stehen im Oktober zur Wahl. Die meisten Parteien haben im Alleingang keine Aussicht auf Erfolg. Allianzen müssen gesucht und gefunden werden. Laut Meinungsumfragen haben nur vier Kandidaten namhafte Chancen: Arnoldo Alemán, Daniel Ortega, Alvaro Robelo und Antonio Lacayo.

Der führende Kandidat ist Arnoldo Alemán, Managuas ehemaliger Bürgermeister mit somozistischer Orientierung. Er arbeitete langfristig an seiner Wahlstrategie. Über seinen 1990 angetretenen Bürgermeisterposten schuf er sich zunächst eine Hausmacht. Die Arbeitsplätze städtischer Angestellter und ArbeiterInnen wurden an den Eintritt in seine Partei, die PLC (Partido Liberal Constitucionalista), gebunden. Alemán gelang es, vier der fünf traditionell zerstrittenen liberalen Parteien hinter sich zu vereinigen.

Neue Gesetze bewirkten, daß das Bürgermeisteramt Spenden ohne lästige Verwaltungskontrolle oder Zweckgebundenheit aus dem In- und Ausland beziehen konnte. Der Geldtransfer von Miami-NicaraguanerInnen florierte ohne jede öffentliche Kontrolle. Zu diesen Ressourcen kommen Gelder, die Alemán aus öffentlichen Kassen umleitete. Eine Reihe von Korruptionsverfahren hat er bereits hinter sich. Aber auch das schadet seinem Ruf nicht. Ein Taxi-Fahrer brachte das Image Alemáns auf den Punkt: "Klar wissen wir, daß er korrupt ist - aber das sind sie alle. Alemán tut wenigstens was." Sein "Tun": das Anlegen von zentralen Plätzen, Straßen oder der neuen Seeuferpromenade.

Der zweite "starke Mann" ist der Geschäftsmann Alvaro Robelo. Der Gründer und Präsident der Europäischen Bank von Zentralamerika und Besitzer der Firma "Euroamerikanische Investition" hat keine parteipolitische Vergangenheit. Er präsentiert sich als Gegenkandidat zum "Parteiensumpf", den er "aufräumen" will. Dabei stützt er sich auf sein Vermögen, das er medienträchtig in seine Präsidentschaftskampagne einfließen läßt. Der Name seiner (allerdings vom Obersten Wahlrat noch nicht anerkannten) Partei ist so vielversprechend wie inhaltsleer: "Arriba Nicaragua".

Robelo vergleicht sich gern mit Italiens Medienzar Berlusconi oder dem peruanischen Präsidenten Fujimori und verspricht, mit harter Hand Nicaragua wieder nach "oben" zu bringen. Darin und in der versprochenen Schaffung von Arbeitsplätzen erschöpft sich sein Programm. In seiner nun knapp sechsmonatigen Kampagne rückte er aus der Unbekanntheit auf Platz drei der Umfragen. Womit er sein Vermögen eigentlich verdient hat, möchte Robelo der Presse nicht erläutern. Daß er darüber verfügt, zeigen eindrucksvoll der Großeinkauf von Anzeigenseiten, Sendezeiten auf allen Kanälen, massiv abgeworfene Flugblätter und unzählige Wahlkampfveranstaltungen mit kostenloser Verpflegung. Bekannt ist, daß er nach 1990 als nicaraguanischer Botschafter in Italien tätig war, was ihn neben einträglichen Geschäften auch mit Kontakten zur italienischen Mafia ausgestattet haben soll.

Robelo verdrängte den ehemaligen Präsidialamtsminister und Schwiegersohn Violetta Chamorros, Antonio Lacayo, von Rang drei der Wahlkampfcharts. Antonio Lacayo war in den letzten Jahren der eigentliche Entscheidungsträger in der Regierung Chamorro. Da die UNO, das Bündnis, das ihn 1990 an die Macht brachte, zerfallen ist, gründete er eine eigene Partei. PRONAL (Projecto Nacional) wurde als "Initiative der Mitte" lanciert, das sich gegen die "allgemeine Polarisierung" wendete, die dem Land "so viel Schaden" gebracht habe. Doch da Lacayo die Wahlregistrierung Ende 1995 auf seinen Namen vornehmen ließ, verließen seine alten Anhänger das Projekt: die Sozialistische Partei (PSN), die Sozialdemokratische und die Christlich Soziale Partei sowie drei Gewerkschaften. PRONAL besteht nun auf dem Papier aus 14 ehemaligen Regierungsangehörigen, was ihm den Namen "Club der Minister" einbrachte.

Die FSLN

Von der reinen Projektion der "starken Männer" weicht in diesem Wahlkampf nur die FSLN ab. Zwar kürte sie keine Frau zur Präsidentschaftskandidatin, aber im Gegensatz zu den übrigen Parteien bemühte sich die FSLN, über eine Volksbefragung im März 1996 einen breiten Konsens bezüglich der Kandidaten herzustellen. Diese Volksbefragung (consulta popular) kann auch als Reaktion auf die Kritik fehlender interner Demokratie und Partizipation gesehen werden. Sie ist ein Versuch, Terrain wieder wettzumachen, das durch die langen, parteiinternen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit verloren wurde. (siehe Kasten)

Die FSLN hatte sich das Ziel gesteckt, 500.000 Menschen für die Kandidatenkür zu mobilisieren. Dieses Ziel wurde nicht ganz erreicht. Etwas mehr als 400.000 schritten zur Befragung, wobei diese Zahl die der eingeschriebenen FSLN-Mitglieder immerhin um 15% übersteigt. Das Parteiorgan "Barricada" sah in den Ergebnissen den "vorgezogenen Wahlsieg der FSLN". Alle Führungsgremien der Partei zeigten sich mit den Ergebnissen zufrieden. Die Kritik aus einigen departamentos, daß es bei der Befragung zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen sei (verschwundene Wahlurnen und teilweise keine geheime Stimmabgabe), änderte an dieser positiven Bilanz nichts. Daniel Ortega setzte sich als Präsidentschaftskandidat durch. Auf dem Parteikongreß der FSLN am 4./5. Mai wurde er offiziell nominiert.

Ortega liegt nach Wahlumfragen auf dem zweiten Platz hinter Alemán. Selbst wenn Umfragen in Nicaragua nicht besonders zu trauen ist - man denke an die Voraussagen von 1990, die einen klaren Sieg der FSLN prognostizierten - so spiegeln sie dennoch die starke Polarisierung des Landes wider. Rund 23% für Alemán und 20% für die FSLN weisen die Statistiken aus. Unwahrscheinlich ist, daß ein Kandidat die notwendigen 45% im ersten Wahlgang erreichen wird. Im zweiten Wahlgang käme es dann auf Wahlbündnisse an. Denkbar ist eine breite Allianz gegen Alemán. Doch ein solches Bündnis wäre dermaßen heterogen, daß es kaum regierungsfähig wäre.

Angesichts der internationalen Rahmenbedingungen und der Auswirkungen des Strukturanpassungsprogramms ist klar, daß eine neue Regierung kaum einen Raum für richtungsändernde Entscheidungen haben wird. Ein Mitte-Links Bündnis wäre allenfalls dazu in der Lage, bereits gesetzte Zäsuren zu verschieben. Doch die Mehrheit der NicaraguanerInnen kämpft um ihr Überleben.

Annette Massmann

(Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal)

Frauen in

Wahlmännerzeiten

Eine breite Koalition von Frauen aus unterschiedlichen Parteien und Gruppen in Nicaragua hat die Nase voll davon, daß "Frauen von den grundlegenden Entscheidungsgremien der Nation ausgeschlossen sind". Abgesehen davon, daß Nicaragua eine Präsidentin und eine Vizepräsidentin hat, sind die Räume sehr begrenzt, die Frauenthemen innerhalb der Regierung und innerhalb der Parteien einnehmen. Über die Parteigrenzen hinweg bildeten verschiedene Frauen nun eine Koalition, die dafür kämpfen will, daß "Frauen wirklich am nationalen politischen Leben teilnehmen können." Am 8. März veröffentlichten sie einen Plan, der konkrete frauen-spezifische Forderungen enthält. Frauen stellen rund 60% der Stimmberechtigten. Alle politischen Parteien und Kandidaten haben begonnen, in populistischer Weise sich dieses Moment zu nutze zu machen. Doch die wenigsten sind dazu bereit, Forderungen der Frauen in ihre Wahlplattformen einzubeziehen.

Die Spaltung der FSLN

Die FSLN-internen Differenzen, die aus der Rolle des Mitregierens resultierten, mündeten Mitte 1993 in einen Versuch der politischen Rückbesinnung. Es erschien das "Papier der 29", ein Aufruf zum Rekurs "auf die historischen Prinzipien der FSLN". Die UnterzeichnerInnen plädierten für eine klarere Positionierung der FSLN auf der Seite der verarmten Bevölkerungsmehrheit, für eine stärkere Betonung der Oppositionsrolle. Die "Gruppe der 29" formulierte auch in der folgenden Zeit bei verschiedenen Anlässen offensive Kritik an den offiziellen Parteipositionen.

Zentrale Punkte der Auseinandersetzung: Ist Anwendung von Gewalt opportunes Mittel politischer Auseinandersetzung? Und: Soll die Privatisierung gesetzlich reguliert werden oder ist eine Frontalopposition gegen jede Privatisierung nötig? Anfang 1994 erschienen zwei Positionspapiere der sogenannten Mayorias/Renovadores (Mehrheitler/ Erneuerer) und der Izquierda Democrática (Demokratische Linke). Zu letzteren rechnet sich auch der letzte lebende Mitbegründer der FSLN, Tomás Borge.

Die Linken legten den politischen Schwerpunkt auf die Erneuerung der FSLN-Politik nach außen und verknüpften sie mit den Attributen "sozialistisch" und "antiimperialistisch". Sie forderten eine klare Abgrenzung gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell. Im Gegensatz dazu wurden im Papier der Mayorías diese Prinzipien nicht erwähnt. Sie betonten die innerparteiliche Erneuerung und wandten sich explizit gegen den Führungsstil des ehemaligen Präsidenten Nicaraguas und jetzigen Generalsekretärs der Partei, Daniel Ortega.

Während die Izquierda Democrática als Leitlinie festschrieb, daß die Partei um eine starke Basisanbindung bemüht sein muß, wollten die Mayorías eine Umwandlung der FSLN zur Wahlpartei. Ein weiterer Konfliktpunkt bezog sich auf die Eigentumsfrage. Die Izquierda Democrática will kollektives Eigentum fördern, die Mayorías dagegen betrachten privates und kollektives Eigentum als gleichrangig.

Parallel zur Veröffentlichung der Standpunktpapiere wurde bekannt, daß der Mayoría-Wortführer Sergio Ramírez (der ehemalige sandinistische Vizepräsident und Chef der sandinistischen Parlamentsfraktion) die Präsidentschaftskandidatur `96 anstrebte. Zu tiefgreifenden politischen Differenzen gesellte sich nun der Profilierungs-Wettkampf zwischen Ortega und Ramírez. Diese Vermischung von persönlichen und politischen Konflikten erwies sich als verhängnisvoll.

Ähnlich anderen ehemaligen Befreiungsbewegungen war der Wandel der FSLN von einer Guerilla-Bewegung über eine Regierungspartei in einem sozialistischen Gesellschaftssystem hin zu einer Oppositionspartei in einem formal demokratisch-kapitalistischen System nicht ohne Brüche zu vollziehen. Doch anstelle einer breiten Diskussion an der Basis und innerhalb des Parteiapparates über die weitere Linie der Partei, vollzog sich eine Medien-Schlammschlacht zwischen den Führungskadern. Dies mündete schließlich in der Spaltung der FSLN und der Neugründung der MRS (Partei der Sandinistischen Erneuerung) unter Ramírez.

21. HABITAT II im Juni in Istanbul. Wohnraum und Siedlungsplatz für alle!

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:43

Vom 3. bis zum 14. Juni wird in Istanbul die größte UNO-Konferenz vor der Jahrtausendwende stattfinden: HABITAT II, eine Konferenz über die Probleme und Entwicklungen von Wohn- und Siedlungsfragen. Die Türkei, die innerhalb der letzten Jahre durch systematische Deportationen und Zerstörung von fast 3.000 Dörfern mehrere Millionen ihrer BürgerInnen wohnungslos gemacht hat, verspricht sich von der Austragung dieser "Jahrtausend-Konferenz" nicht unbeträchtliche Einnahmen. Gleichzeitig soll die Rolle als Gastgeberland dieses Kongresses helfen, das außenpolitische Ansehen der Türkei aufzupolieren. Zahlreiche türkische NGOs und internationale Organisationen rufen zu einem Boykott der Veranstaltung auf.

So heißt es in einem Aufruf des Menschenrechtsvereines (IHD) Istanbul: "In einem Land, in dem die Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und ihre Siedlungen mit Gewalt entvölkert bzw. zerstört werden, ist die Durchführung einer ‚Konferenz über Wohn- und Siedlungswesen` (HABITAT) vor allem eine Verhöhnung des Begriffes ‚Menschlichkeit`. Eine Bedrohung gegen die Menschheit und die Menschenrechte in ihrem vollen Umfang stellt in unserer Gegenwart die Zwangsumsiedlung dar, also eine Praxis, die eine in einem bestimmten Raum lebende Menschengruppe gegen ihren Willen aus ihrem Siedlungsgebiet vertreibt, um sie in ein anderes Gebiet zu deportieren. Die nächste Stufe der Politik der Zwangsumsiedlung führt zum Massenmord."

Der erste UNO-Kongreß zum Thema Wohn- und Lebensraum (HABITAT I) fand 1976 in Kanada statt und deklarierte das Recht auf ausreichenden und gesicherten Wohnraum als ein Menschenrecht. Auch auf der globalen Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro, an der auch der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel teilnahm, wurde in der "Erklärung von Rio" der "Schutz der Siedlungs- und Lebensräume der indigenen Völker" sowie "der Schutz der Umwelt und natürlichen Ressourcen von Völkern, die unter Unterdrückung, Herrschaft und Besatzung stehen", gefordert.

Die staatliche Politik der Türkei spricht beiden Erklärungen Hohn. Gastgeber der Konferenz im Namen der Regierung ist der zuständige Staatsminister für Wohnungsfragen, Ünal Erkan, der bis vor wenigen Monaten das Amt des Ausnahmezustandsgouverneurs ausübte. In dieser Funktion war Erkan als oberster Dienstherr aller Sicherheitskräfte in den kurdischen Provinzen und Beauftragter des "Amts für spezielle Kriegsführung" direkt verantwortlich für die Ermordung von mehr als tausend Oppositionellen und die Zerstörung von fast zweitausend Dörfern.

Fast drei Millionen Menschen wurden aufgrund dieser gezielten Deportationspolitik (als Teil der Kriegführung) ihrer Unterkunft, ihres Lebensunterhalts und ihres Besitzes beraubt. In der Regel verbrannten die Soldaten mit den Häusern auch die Einrichtungsgegenstände und Wintervorräte, oft sogar die Tiere in den Ställen. Der IHD weist in seiner Erklärung darauf hin, daß "die nomadische Kultur des in der Region lebenden ‚indigenen Volkes` völlig zerstört (ist); die Viehzucht ist fast gänzlich vernichtet, und durch die niedergebrannten Wälder geht die Umwelt in der Region der größten Katastrophe ihrer Geschichte entgegen".

Infolge dieser Massenvertreibung ist die Einwohnerzahl mancher Städte innerhalb weniger Jahre explosionsartig gewachsen, im Falle Diyarbakirs z.B. innerhalb von nur fünf Jahren von 300.000 auf fast zwei Millionen. Die hieraus resultierende katastrophale Überlastung von Gesundheitseinrichtungen, Kanalisation, Stromnetz, etc. bringt die Versorgung ganzer Städte zum Zusammenbrechen. Das Auftreten von Seuchen wie Typhus und Cholera durch Verunreinigung des Trinkwassers, der Bau lebensgefährlicher Hochhäuser ohne Baugenehmigung und fachgerechte Planung sowie Hunderttausende von Straßenkindern ohne Versorgung und Betreuung sind ebenfalls mittelbare Folgen der kriegsbedingten Vertreibung. Deshalb fordern auch Architekten- und Ärztevereinigungen der Türkei als Voraussetzung einer menschengerechten Städtebaupolitik eine Beendigung von Krieg und Vertreibung.

Die Praxis der staatlichen Wohnraumzerstörung beschränkt sich nicht auf die kurdischen Gebiete: In den westlichen Metropolen (Izmir, Ankara, Istanbul) wurden zahlreiche Gecekondus (Armensiedlungen), die den Flüchtlingen Unterschlupf boten, durch Bulldozer - unter Einsatz militärischer Gewalt - plattgewalzt. Der Oberbürgermeister von Izmir, A. Özfatura, forderte kürzlich die Einführung von Visa, um den Zustrom kurdischer Flüchtlinge in die Stadt zu stoppen.

Um Kritik von Menschenrechtsgruppen und NGOs auf der HABITAT-Konferenz zu verhindern, kündigte die türkische Regierung bereits Ende April an, daß die bei UN-Konferenzen übliche Immunität für türkische KonferenzteilnehmerInnen, die nicht der Regierungsdelegation angehören, nicht gelten wird. Die jetzt getroffene Regelung sieht vor, daß Beiträge zu für die Türkei "empfindlichen Themen", darunter fallen "die ethnische Frage, radikal islamische Auffassungen und Menschenrechtsfragen", von der Immunitätsregelung ausgenommen sind.

Nora Mielke

Der IHD wird gemeinsam mit anderen Organisationen (Ärztekammer, Verein der Kriegsvertriebenen, Kammer der Bauingenieure, Kriegsgegner etc.) ein Alternativ-Forum durchführen.

Weitere Informationen über: Tuncay Kulaoglu, Schlüsselfelderstraße 5, 90408 Nürnberg Tel./Fax: 0911/354960 oder direkt beim IHD in Istanbul; Cukurlu Cesme Sokak, Bayman APt. 10/1 Taksim/Istanbul; Tel. 0090/2122519646

22. Delegationsreise nach Hakkari - Kurdistan oder: Das Ungeheuer vom Van-See und andere Reisebekanntschaften

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:10

Seit 1992 ist es besonders bei Newroz-Feiern (Newroz: kurdischer Nationalfeiertag) zu massiven Armee- und Polizeiübergriffen gegen die Zivilbevölkerung gekommen. Die Delegationen sollen Schutz für die Zivilbevölkerung bieten und bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und den medizinischen, sozialen und ökologischen Folgen des Krieges hilfreich sein.

Am 18. März 1996 landen wir auf dem Flughafen von Van. Van ist eine mehrere Hunderttausend Einwohner zählende kurdische Stadt im Südosten der Türkei. Schon im Flughafengebäude hält uns die Polizei fest. Sie sammelt unsere Pässe ein, fotografiert, filmt und verhört uns. Wir werden in dieser Weise empfangen, weil sie sich - wie wir kurz darauf erfahren - große Sorgen um uns macht. Das Ungeheuer von Loch Ness dürfte vielen bekannt sein, aber wer kennt schon das Ungeheuer vom Van-See? Auf unsere Frage, warum uns soviel Aufmerksamkeit zuteil werde, erhalten wir eine ganz erstaunliche Antwort:" Wir befinden uns in großer Gefahr. Es ist sehr gefährlich hier. Im Van-See gibt es ein Ungeheuer." Wir starren ihn an, erwarten, daß er auflacht oder zumindest sich ein Schmunzeln nicht verkneifen kann. Aber in seinem Gesicht regt sich nichts. Auf unser ungläubiges: "Ein Ungeheuer?" bekräftigt er seine Aussage: "Ja, es ist sehr gefährlich." Bevor wir die Frage stellen können, warum sie von uns Foto- und Filmaufnahmen gemacht hätten, ob sie diese für den Fall bräuchten, daß wir von dem Ungeheuer verschlungen werden (vielleicht als Dokument für die Nachwelt), bekommen wir die inzwischen fotokopierten Pässe wieder in die Hand gedrückt und dürfen gehen.

Im Busbahnhof von Van werden wir von einem Zivilpolizisten über weitere Gefahren aufgeklärt: über die Grenze kommen Armenier und Syrer, alles PKKler, die für den schlimmen Terrorismus verantwortlich sind.

Wir haben in Hakkari einen Termin mit dem Bürgermeister Aburrahman Keskin und wollen dorthin fahren. Ziel unserer Reise ist u.a. zu prüfen, wie Lebensmittellieferungen für die vielen Flüchtlinge in der Region am besten geleistet werden können. Nach etwa einem Drittel der Strecke Van-Hakkari stoppt ein Militärposten unseren Bus. Gefechte auf der Straße vor uns zwingen uns zur Umkehr. An unserem Bus brausen Daimler-Benz-Unimogs, MAN-Militärfahrzeuge, jeweils mit Geschützanhängern, und Faun-Panzertransporter vorbei. In diesem Moment haben wir uns gewünscht, für kurze Zeit Klaus Kinkel ("Es sind keine deutschen Waffen im Einsatz") im Bus zu haben.

Fahrt nach Hakkari

Am nächsten Morgen, dem 19. März, verlassen wir wieder Van. Wir passieren auf dem Weg nach Hakkari zwölf Polizei- und Militärposten. Kurz vor dem Ziel, nach stundenlanger Fahrt durch einsame, schneebedeckte Berglandschaft, fordern uns an einem Militärposten die Soldaten auf auszusteigen. Ein mit im Bus fahrender Gefängniswärter hat denunziert, daß wir Fotos gemacht haben. Es kommt zu einem Streit zwischen Militär und Polizei. Das Militär will uns nicht durchlassen. Die Polizei verweist darauf, daß wir einen Termin mit Bürgermeister Keskin haben. Mit dieser Einladung "im Gepäck" gelingt, was Ausländer schon lange nicht mehr erreicht haben: Hakkari im türkisch-iranisch-irakischem Grenzgebiet zu erreichen. Dort angekommen sind sofort ein Dutzend Männer zur Stelle, die uns rund um die Uhr überall hin begleiten.

Hakkari ist eine vom Militär besetzte Stadt, Soldaten bestimmen das Bild, die Straßen sind abends dunkel und menschenleer. Die Atmosphäre ist geprägt von Bedrohung und Angst, die Anspannung mit Händen greifbar. Fast überflüssig zu erwähnen, daß bei unserer Ankunft die uns inzwischen vertrauten "Begrüßungsworte" fallen: "Sie sind hier in großer Gefahr."

Auf vielen Gebäuden befinden sich Satellitenschüsseln, mit denen man MED TV (ein kurdischer Sender mit Sitz in Brüssel) empfangen kann. In Yüksekova, einem Ort in der Nähe von Hakkari (fast an der irakischen Grenze), sind die Satelliten beschlagnahmt worden. Hier in Hakkari rechnen sie täglich damit. Außerdem wird befürchtet, der Sender könne in Europa verboten werden.

Der nächste Tag, der 20. März, beginnt mit einem Gespräch beim Bürgermeister. Er empfängt uns freundlich und berichtet von dem Flüchtlingselend in der Region. In Hakkari hat sich innerhalb von nur drei Jahren als Folge von Dorfzerstörungen und Vertreibungen die Einwohnerzahl mindestens verdreifacht. Keskin schätzt, daß heute etwa 90.000 Menschen in Hakkari leben. Als wir von geplanten Hilfslieferungen für die vielen Flüchtlinge berichten, macht er für uns telefonisch ein Gespräch mit dem Gouverneur der Region, Kemal Celik, für den Nachmittag aus.

Mittags findet ein Treffen mit Parteimitgliedern der HADEP statt. Diese erzählen uns von ihrer schwierigen Arbeit, von Menschen, die festgenommen und gefoltert worden sind. Von Verschwundenen, die, oftmals grausam zugerichtet, tot aufgefunden werden. Ihre Position ist eindeutig: es muß eine friedliche Lösung gefunden werden. Auf den einseitig ausgerufenen Waffenstillstand durch die PKK, der zum Zeitpunkt des Gesprächs drei Monate alt ist, muß die türkische Regierung Gesprächsbereitschaft zeigen und den Weg der militärischen Konfrontation endlich beenden. Sie berichten außerdem von massiven Truppenzusammenziehungen in der Region, deren ZeugInnen wir in diesen Tagen sind. Ihre Einschätzung, daß die türkische Regierung eine militärische Eskalation weiter vorantreibt (und in dieser Weise auf den einseitig verkündeten Waffenstillstand reagiert), bestätigt sich schon ein paar Tage später. Im türkischen Fernsehen sind die entsprechenden Bilder zu sehen: türkische Truppen jenseits der irakischen Grenze. Dies geschieht weitgehend unter Ausschluß bzw. ohne großes Interesse der Weltöffentlichkeit, sei es, weil dieser Vorgang zur "Normalität" geworden ist, sei es, weil der Einmarsch weniger massiv erfolgt, als genau ein Jahr zuvor und deshalb kein Thema für die Medien ist. Am Tag darauf (21. März) ist das kurdische Neujahrsfest Newroz. Wir fragen, ob sie in Hakkari feiern werden. "Nein, wir haben nichts vorbereitet, denn das würde hier in einem Blutbad enden." Auf unsere Frage, ob es für sie nicht gefährlich sei, mit uns zu reden, antworten sie: "Natürlich ist es das, und die Rechnung dafür bekommen wir von der Polizei oder dem Militär sicher noch serviert."

Nachmittags folgt das Gespräch beim Gouverneur. Im Beisein des unentwegt grinsenden Polizeichefs von Hakkari empfängt uns Kemal Celik. An seiner Seite sitzt ein Herr (nach unserer Einschätzung ein deutschsprachiger Mann vom türkischen Geheimdienst), der uns als Tourist aus Antalya vorgestellt wird und dort, laut Celik, Teppiche aus Hakkari verkaufen will. Dieser unauffällige Herr wird im Laufe des Gesprächs dem Gouverneur Anweisungen zuzischen.

Nachdem wir unser Anliegen, Hilfsleistungen nach Hakkari zu organisieren, vorgebracht haben, erwidert der Gouverneur, daß es in Hakkari gar keine große Not gibt. Die uns trotz ständiger Beschattung zugesteckten Fotos von Flüchtlingen, die auf der Müllkippe nach Nahrung suchen, lassen wir in dieser Situation lieber in unserem Versteck. Ihr Problem sei, führt der Gouverneur weiter aus, daß es einen feindlichen Iran und ein Machtvakuum im Nord-Irak gibt (dieses Machtvakuum wird von der Türkei regelmäßig als Argument für den Einmarsch türkischer Truppen in Südkurdistan benutzt. Die dazu passenden Bilder lieferte das türkische Fernsehen ein paar Tage nach unserem Gespräch nach) und daß es ihm am liebsten sei, wenn wir die von Flüchtlingskindern geknüpften Teppiche in Deutschland verkaufen. Wir geben zu verstehen, daß wir daran kein Interesse hätten.

Drohungen ...

Wir lenken das Gespräch auf einen sehr heiklen Punkt: In der in Brüssel erscheinenden Zeitung The European sind im Januar Fotos veröffentlicht worden, die, so steht es dort, türkische Soldaten der "Hakkari Mountain Brigade" zeigen, wie sie abgeschnittene Köpfe von kurdischen Guerilleros in die Höhe halten und sich neben verstümmelten Leichen in Pose werfen. Nach Angaben der Zeitung sind die Fotos von einem Beteiligten in der Kaserne von Hakkari verkauft und dann auf Umwegen an die Öffentlichkeit gebracht worden.

Für uns etwas überraschend gibt der Gouverneur dem Polizeichef sofort die Anweisung, den Kommandanten der Brigade, Mehmet Tuncay Kavuncu, zu rufen. Nach wenigen Minuten erscheint ein kleiner, fahriger und blutleerer Mann in der Tür. Er setzt sich, unsicher nach rechts und links schauend, auf den bereitgestellten Ledersessel und wird aufgefordert zu erklären, wie die Fotos in The European zustande gekommen sind. Er stammelt etwas von "Cowboys und Indianern", von "Spielen in seiner Kindheit" und davon, daß ihm die Bilder "zu nahe gehen", er deshalb nicht darüber reden könne. Wir schließen aus dieser völlig konfusen Reaktion und daraus, daß keinerlei Versuch unternommen wird, die Aufnahmen als Fotomontage hinzustellen, daß es sich um Aufnahmen einer realen Situation handelt. Der Gouverneur bricht das Gespräch ab. Das höfliche Lächeln

aller Anwesenden, nur bei Kavuncu ist ein nervöses Zucken im Gesicht zu beobachten, steht im krassen Gegensatz zur tatsächlichen Stimmung. Die Luft ist zum Schneiden und weitere Nachfragen, nach den Äußerungen das Kommandanten an sich ein Muß, sind völlig unmöglich.

In der Folge droht die Situation völlig aus dem Ruder zu laufen. Wir werden von dem stellvertretenden Gouverneur zur Tür gebracht. Vor der Tür warten die uns schon bekannten Angehörigen einer Spezialeinheit der türkischen Polizei. Im Treppenhaus umringen sie uns, und es kommt zu bemerkenswert offenen Worten: "Haut sofort ab hier. Ab jetzt können wir nicht mehr für Euer Leben garantieren." Wir entgegnen, daß wir Sicherheitsgarantien des Bürgermeisters und des Gouverneurs vorweisen können. Die Antwort ist deutlich: "Na und - wir machen unsere eigene Politik."

Der Versuch, nach dieser unverhohlenen Morddrohung - im Treppenhaus des Gouverneursgebäude (!) - Bürgermeister Keskin aufzusuchen, scheitert. Wir erfahren, daß er zu einer Besprechung mit dem Polizeichef und dem Gouverneur gerufen worden ist. In dieser Lage erhalten wir den Trost eines Menschen, dessen Aussage glaubwürdig ist. "Keine Angst, Euch passiert nichts. Die wissen sehr gut: wenn Euch hier ein Haar gekrümmt wird, dann gibt es in Hakkari einen Aufstand." Diese Art von Schutz freut uns, dennoch kaufen wir im Beisein unserer Schattenmänner ganz demonstrativ Busfahrkarten für den nächsten Tag - es gibt keinen Grund, noch länger zu bleiben. Danach gelingt es uns vom Hotel aus, unser Büro in Deutschland anzurufen. Wir schildern kurz unsere Situation und bitten darum, zuständige Stellen einzuschalten und die Presse zu informieren. Berichte von Vertreibungen, von Unterdrückung, Folter und Tod, vorgelegt von amnesty international, vom Menschenrechtsverein IHD und anderen Organisationen, sind für uns von der ersten Sekunde unserer Reise an nicht länger nur beschriebenes Papier.

In der Hotelhalle erreicht uns nach einer Stunde ein Anruf der Deutschen Botschaft Ankara. Sie ist von verschiedenen Seiten benachrichtigt worden. Es haben sich u.a. der Generalsekretär von Pax Christi, Joachim Garstecki, für dessen Organisation einige der Gruppe unterwegs sind, und Paul Russmann vom Vorstand der Kampagne gegen Rüstungsexport/Idstein für unsere Sicherheit eingesetzt. Ein Vertreter der Deutschen Botschaft hat daraufhin bei der "Generaldirektion Sicherheit Ankara" interveniert. Er hat die Zusage des Oberbefehlshabers Tecerioglu erhalten, daß wir "freies Geleit" nach Van haben.

Den Menschen von Hakkari und von anderen Orten in den kurdischen Provinzen der Türkei, die ohne derartigen Schutz (über-)leben müssen, geben wir in diesem Moment ein Versprechen: wir werden über ihre Situation berichten, über die Zustände, unter denen sie leben müssen.

Am 21.3. reisen wir vormittags aus Hakkari ab. In und vor der Busstation warten viele Menschen, wir sind an diesem Morgen nicht nur von den Schattenmännern umringt. Zu anderen Zeiten wäre es ein herzlicher, lauter Abschied gewesen. In Hakkari im März des Jahres 1996 ist es ein ganz stiller Abschied, der allein, nur für sich betrachtet, schon so vieles deutlich macht. Abgeschlagene und abgebrannte Bäume säumen die gesamte Strecke von Hakkari bis Van. Bis letzten Herbst hat es hier noch Wälder gegeben. Im Rahmen der Aufstandsbekämpfung wurde der Wald vernichtet, um das Gelände besser überschauen zu können.

Am Nachmittag erreichen wir Van. Von dort geht unsere Reise weiter nach Diyarbakir. Die Straße verläuft ein großes Stück entlang des "Meers des Ostens", dem Van-See. Wir unterhalten uns über das, nein, über die Ungeheuer vom Van-See: über das, was als ein Schatten, als fixe Idee oder vielleicht als unauslöschlicher Mythos existiert und vor allem über das, was viele Namen und Köpfe hat und von dessen tatsächlicher Existenz sich überzeugen kann, wer lesen, hören und sehen kann. Das eine kann überleben, in der Phantasie der Menschen, möglicherweise als touristische Attraktion in einem irgendwann nicht mehr besetzten Land oder als Teil der kurdischen Geschichte. Das zur Zeit wütende Ungeheuer aber, dem wir nur knapp zwei Wochen ausgesetzt sind und das die Menschen in diesem Land tagtäglich terrorisiert, darf nicht überleben: es kostet zuviele Menschenleben, und es bringt nichts anderes als Angst, Unterdrückung und Tod.

Thomas Klein, April 1996

Thomas Klein ist Diplom-Soziologe und Mitarbeiter bei der Kampagne gegen Rüstungsexport / Idstein; war vier Jahre Geschaftsführer im Rüstungsexport-Archiv des Kommunikationszentrums Idstein (KOMZI); zahlreiche Veröffentlichungen zu verschiedenen friedenspolitischen Themen.

23. Von Unsichtbaren und Wütenden. Zwei Bücher von Nanni Balestrini

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:04

es war als stürzte alles ein doch als das Trommeln aufhörte kam eine große Traurigkeit denn wir hatten alle gemerkt daß wir nur für uns selbst und für die Wärter getrommelt hatten denn der Knast stand mitten in der Landschaft abgelegen isoliert auf einer endlosen leeren Fläche wo weit und breit niemand war der uns hören konnte

Nanni Balestrini gilt als Chronist der revolutionären Bewegungen im Italien der 60er und 70er Jahre - und ist als solcher auch in der hiesigen linksradikalen Bewegung bekannt geworden. Sein erstmalig 1988 erschienener Roman "Die Unsichtbaren" ist den politischen Gefangenen in Italiens Knästen gewidmet. Held dieses Buches ist ein Aktivist der militanten Jugendbewegung von 1977. Diese grenzte sich ab sowohl von der reformistisch-gesetzestreuen kommunistischen Partei (PCI) als auch von den streng hierarchisch organisierten Brigate Rosse. Die "77er" versuchten auf ihre Weise, die Vision einer herrschaftsfreien Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Sie blockierten den Unterricht an den Schulen, um selbstbestimmt zu lernen, und besetzten Häuser, um mietfrei zu wohnen; sie organisierten Streiks und Betriebsbesetzungen, um nach ihren Vorstellungen zu produzieren, schufen sich eigene Treffs, eigene Medien - Freiräume innerhalb einer ihnen feindlichen Gesellschaft. Der militanten Reaktion des Staates setzten sie die eigene Militanz entgegen.

Eine beispiellose Repressionswelle zerschlug diese Bewegung. Immer wieder gab es Tote bei Demonstrationen, Straßenschlachten, Aktionen der Militanten. Tausende waren zeitweilig inhaftiert, oft unter lächerlichen Vorwänden.

Die Mehrzahl der rebellierenden Jugendlichen hielt diesem Druck auf Dauer nicht stand. Sie resignierten, zogen sich ins Privatleben zurück oder erkauften sich gar durch Verrat Straffreiheit. Andere begingen aus Verzweiflung Selbstmord, hingen plötzlich an der Nadel oder rutschten ins kriminelle Milieu ab. Revolten in den Knästen wurden brutal unterdrückt. Innerhalb kurzer Zeit war diese Bewegung nicht mehr vorhanden. Zurück blieben einige hundert Gefangene - vergessen, isoliert, unsichtbar.

In den zahlreich in dieses Buch eingeblendeten Erinnerungen des Helden erleben die LeserInnen diese Entwicklung der autonomen Bewegung in Italien mit: zuerst den Aufbruch, voll Begeisterung und naivem Optimismus, dann die Rückschläge, die Verzweiflung, das Zerbrechen an der Niederlage. Dieses Buch ist ein Plädoyer für Hoffnung - und eine Anklage gegen die Repression.

Die weitere Entwicklung dieser Jugendbewegung schildert Balestrini in dem 1995 erschienenen Roman "I Furiosi - Die Wütenden". Mit dem fast vollständigen Verschwinden der autonomen und linksradikalen Bewegung in Italien blieb eine Subkultur zurück, die zwar in Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft verharrte, der jedoch jegliche Orientierung verloren gegangen war. Zu Massen strömten die Jugendlichen in Fußballstadien, fanden sich in Fangemeinden zusammen, fuhren von Spiel zu Spiel, von Krawall zu Krawall, lieferten sich untereinander oder mit der Polizei blutige Straßenschlachten.

In elf, "Gesängen" genannten, Kapiteln dieses Buches schildert Balestrini mitunter in sehr drastischer Form diese Spur der "Ultras" vom AC Milan, der Mailänder "schwarzroten Brigaden". Wie schon in den "Unsichtbaren" versucht er, anhand von Erinnerungen und Rückblenden die Motivation der Protagonisten deutlich werden zu lassen. Der Wert des Romans besteht in der detaillierten Schilderung des Gruppenmilieus jener Fangemeinden - mit ihrem direkten Draht zum Drogenhandel, mit der Randale als Selbstzweck. Ebenso schildert er die völlige Hilflosigkeit, mit der Gesellschaft und Umwelt auf die Gewaltexzesse reagieren.

Eine wilde Lyrik der Gewalt durchzieht das gesamte Buch. Es ist die Schilderung des Umkippens einer linken in eine rechte Subkultur. Die Lektüre ist ein Muß - nicht nur für Fußballfans!

da warfen die Jungs die Münzen und auch Steine in die Scheiben der Häuser warfen Kracher in die Autos mit Verona-Kennzeichen ein Mercedes hat gebrannt und auf dem ganzen Weg vom Stadion zum Bahnhof haben die Unsrigen alle Leute verprügelt die sie getroffen haben in solchen Situationen ist alles möglich du schlägst alles kurz und klein metzelst alles nieder Frauen Alte Kinder

Gerd Bedszent

"Die Unsichtbaren" ist erschienen im Verlag Libertäre Assoziation und kostet 18 DM; "I Furiosi" kann bezogen werden über Edition ID-Archiv und kostet 24 DM

24. "Keine brisanten Informationen." Die Bundesregierung und die Aufstandsbekämpfung auf Bondoc, Philippinen

Autor: moe · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:26

"Im Oktober 1991 hat Bundesminister Carl-Dieter Spranger fünf Kriterien für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt und damit die internationale Diskussion über die Bewertung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer maßgeblich beeinflußt." So heißt es im neuesten, dem 10. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Dieser offiziellen entwicklungspolitischen Lyrik zufolge richtet sich Art und Umfang der Entwicklungshilfe nach den Kriterien: a) Beachtung der Menschenrechte, b) Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, c) Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit, d) Marktwirtschaftlich orientierte und sozial orientierte Wirtschaftsordnung und e) Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

Daß zwischen dieser Lyrik und der alltäglichen Prosa eine unüberbrückbare Lücke klafft, ist nicht nur Insidern seit langem bekannt. Vielfach dient die sog. "Entwicklungshilfe" der politischen Einflußnahme und den ökonomischen Interessen der deutschen Exportindustrie. Doch nicht immer liegt dieser Zusammenhang so deutlich auf der Hand wie beim Beispiel China. Dort wird in Shanghai der Bau einer U-Bahn mit einem Betrag von 450 Mio. DM aus dem Entwicklungshilfe-Etat gefördert. Da - wie üblich - eine Auftragsbindung der Hilfe vereinbart wurde, darf sich nun die Firma Siemens über nicht unerhebliche Aufträge freuen. Welche Kriterien außer der zunehmenden Marktorientierung der chinesischen Regierung hierbei erfüllt wurden, bleibt Geheimnis der Bundesregierung.

Neben der Shanghaier U-Bahn-Förderung war ein Projekt auf den Philippinen in den letzten Monaten im Zentrum der Kritik: das Bondoc Development Program (BDP). Ende Januar 1996 stellte der Kölner Journalist Karl Rössel die Ergebnisse seiner Vor-Ort-Recherchen über das BDP der Öffentlichkeit vor. (1) Seine Studie erregte sowohl in der BRD als auch auf den Philippinen relativ große Aufmerksamkeit. Rössel erhob insbesondere den Vorwurf, daß das BDP der Aufstandsbekämpfung der philippinischen Militärs diene.

Diesen Vorwurf nahm die Bundestagsgruppe der PDS noch im Januar zum Anlaß, eine detaillierte Kleine Anfrage zur "Haltung der Bundesregierung zum Verhältnis deutscher Entwicklungshilfe und Aufstandsbekämpfung auf den Philippinen" zu stellen. Erst nach über drei Monaten liegt nun eine öffentliche Antwort der Bundesregierung vor. Ein ungewöhnlicher Vorgang. Doch das bleibt nicht die einzige Ungereimtheit. Da antwortet die Bundesregierung auf Fragen, die gar nicht gestellt wurden; da werden tatsachenwidrige Behauptungen in den Raum gestellt; da wird abgewiegelt, schöngeredet und dergleichen mehr. Doch der Reihe nach.

Aufstandsbekämpfung

auf Bondoc

Die Bondoc-Halbinsel liegt 200 Kilometer südöstlich von Manila. Sie ist eine der ärmsten Regionen des Landes. Ein Viertel aller Kinder ist unterernährt. Die politische und ökonomische Macht wird von einer Handvoll Großgrundbesitzern ausgeübt. Der durchschnittliche Tageslohn der Hacienda-ArbeiterInnen beträgt kaum zwei Mark. Diese Verhältnisse haben dazu geführt, daß Bondoc zu einer wichtigen Hochburg der philippinischen Guerilla, der New People's Army (NPA), wurde. Die Forderung der NPA nach einer radikalen Umverteilung des feudalen Großgrundbesitzes wurde auch von einem Großteil der rund 400.000 BewohnerInnen der Bondoc-Halbinsel unterstützt.

Trotz des Bürgerkrieges in dieser Region versuchte die Bundesregierung, den Wünschen der philippinischen Militärs entgegenzukommen und die unzugängliche Halbinsel durch den Neubau von Straßen zu erschließen. Im November 1987 beschloß sie, 30 Mio. DM auf der Halbinsel zu investieren, davon ca. 25 Mio. DM für straßenbauliche Maßnahmen. Proteste der Öffentlichkeit konnten dieses Projekt verhindern.

Daraufhin entwickelte die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), zuständig für die Durchführung bundesdeutscher "Entwicklungshilfeprojekte" das BDP-Projekt. Projektbeginn war 1990. Propagierte Ziele sind nach dem Südostasienreferenten des BMZ, Herrn Kühn, die "Hilfe zur Selbsthilfe, Aufbau und Hilfe von Selbsthilfegruppen, Spar- und Kreditmobilisierung, Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten und Hilfe bei der Bodenreform." Um nicht noch einmal in den Verdacht zu kommen, ein Militärprojekt zu fördern, knüpfte die Bundesregierung die Förderung an folgende Bedingungen: a) Rückzug der Militärs und Friedensregelung für die Bondoc-Halbinsel, b) Einhaltung der Menschenrechte, c) rasche Umsetzung der Landreform auf der Bondoc-Halbinsel, d) Beteiligung der Zivilbevölkerung und der Basisgruppen an Planung und Durchführung des Projektes.

Rössel weist in seiner Untersuchung nach, daß keines der selbstgesteckten Kriterien erfüllt worden ist. Bei den Militärs hat es eine Verlagerung von den Landstreitkräften zu den Marineeinheiten gegeben. Bei der Landreform sind gerade mal 10% des Bodens vom zuständigen Ministerium erfaßt, ohne daß der Boden bereits verteilt wäre. Auch die Beteiligung von Basisgruppen lief nicht wie gewünscht. Nicht einmal die neun Basis-Plätze im Projekt-Beirat konnten besetzt werden. Nachdem immer mehr Gruppen wegen der weitergehenden Militarisierung die Zusammenarbeit aufkündigten, begannen die Projektbetreiber, eigene "Basisgruppen" bestehend vor allem aus Lokalpolitikern aufzubauen. Wegen der fehlenden Basiseinbindung wurde das Projekt auch in einem internen Evaluierungsbericht massiv kritisiert.

Auch bezüglich der Menschenrechte kann keineswegs von einer Entwarnung gesprochen werden. Vertreter von lokalen Menschenrechtsorganisationen konnten Dutzende von Menschenrechtsverletzungen während der Projektjahre nachweisen. Selbst amnesty international, die von der Bundesregierung als Kronzeugin für die verbesserte Menschenrechtssituation angeführt wird, machte 1993 in einer Eilaktion auf das Verschwinden des Bauern José Solivan aufmerksam. Die Bundesregierung bewertet die Entwicklungen seit Projektbeginn jedoch völlig anders. An eine Einstellung des deutschen Beitrags zum Bondoc-Projekt sei nicht gedacht, schreibt sie, "da sich die Rahmenbedingungen positiv entwickelt haben."

Ein deutscher Fragebogen

Was aber treibt die Bundesregierung trotz aller Kritik und trotz aller eklatanten Defizite zur positiven Einschätzung dieses Projektes? Der Antwort näher kommen dürfte mensch, wenn man bedenkt, daß sich das BDP trefflichst mit dem Aufstandsbekämpfungsplan Oplan Lambat Bitang (Operation Netzfalle) der philippinischen Militärs ergänzt. "Alle Projekte der Regierung in dieser Region sind Bestandteil der übergeordneten militärischen Strategie zur Aufstandsbekämpfung, auch das Bondoc-Projekt", erläutert Arnel Salvador von der ökumenischen Menschenrechtsorganisation EMJP.

Die "Operation Netzfalle" hat vier Phasen: Säuberung, Sicherung, Konsolidierung und Entwicklung. Das BDP ist vor allem für die Phasen drei und vier von Bedeutung. Es hat insbesondere die Aufgabe, engagierte Bürger einzubinden und sie an einen Tisch mit den Regierungsvertretern zu bringen. Außerdem soll durch konkrete Projekte wie Brunnen- und Toilettenbau die Sympathie der Bevölkerung erreicht und der Guerilla das Wasser abgegraben werden. Auf diesen Zusammenhang angesprochen, behaupteten die zuständigen Beamten von BMZ und GTZ in gespielter Naivität, noch niemals etwas von diesem Aufstandsbekämpfungsplan gehört zu haben, auch wenn sie nicht ausschließen möchten, daß das BDP den Interessen der Militärs entgegenkommt.

Daß dies nicht zufällig ist, dazu hat das Projektmanagement auf den Philippinen seinen aktiven Beitrag geleistet. Die deutschen Projektmanager trafen sich nicht nur regelmäßig mit führenden Militärs; sie schickten auch Mitarbeiter in die Dörfer des Projektgebietes, in denen diese die Bevölkerung mit Hilfe eines ausgefeilten Fragebogens über die wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Situation ausforschen sollten.

Bezüglich der militärischen Situation waren vor allem folgende Aspekte interessant: "Anwesenheit bewaffneter Gruppen, Name der bewaffneten Gruppe, Mitgliedschaft in der bewaffneten Gruppe nach Geschlecht, Aktivitäten und Operationen der bewaffneten Gruppen, Logistik der bewaffneten Gruppen, militärische Ausrüstung...".

Diese Befragungen führten zur Erstellung umfassender Dorfprofile mit zum Teil brisanten Informationen. In einem Bericht heißt es z.B. über das Dorf Cawayan II: "Das Dorf ist Durchzugsgebiet der Linken, die (...) nach Cawayan I ziehen, wo sie ihr Versteck haben. Die Gegend ist nicht besonders kritisch, was die Aufständischen angeht."

GTZ und Militärs

Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der PDS, die auf diese Zusammenhänge hinweist, läßt sich mit "Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts" zusammenfassen. Trotz Kenntnis der Studie von Rössel behauptet die Bundesregierung: "Es wurden keinerlei brisante Informationen über die philippinische Guerilla gesammelt und/oder weitergegeben." Auch die Kontakte zu den Militärs gehören laut Bundesregierung längst der Vergangenheit an. Lediglich 1991 und 1992 hätten insgesamt zwei Konsultationen stattgefunden. "Darüber hinaus gab es keine Konsultationen." Dabei haben noch Ende 1994 ProjektmitarbeiterInnen Rössel persönlich erzählt, daß sich die GTZ-Experten zu regelmäßigen Konsultationen mit den Militärs treffen. Dies ist auch in mehreren ihm vorliegenden internen Projekt-Protokollen nachzulesen. Auch an Sitzungen des Projekt-Beirates haben Militärs teilgenommen.

Die Militarisierung der Region ist für die Bundesregierung ebenfalls kein Grund, die Förderung einzustellen. Angesprochen auf den Widerspruch zwischen den von ihr aufgestellten Projekt-Kriterien und der Realität antwortet sie: "Nicht der Rückzug des Militärs war die Bedingung seitens der Bundesregierung, sondern das Bemühen um die Herstellung einer friedlichen Situation." Der Logik dieser Argumentation zufolge kann sogar die Ausweitung eines Krieges als "Bemühen um die Herstellung einer friedlichen Situation" interpretiert werden. Denn jeder Krieg ist zugleich die Vorstufe einer "friedlichen Situation".

Auch in der Tatsache, daß sechzehn Streikende des BDP entlassen wurden und ihre Bilder wie bei einem Steckbrief in den größten Tageszeitungen des Landes veröffentlicht wurden, sieht die Bundesregierung nur landesübliche Folklore. Die deutschen Berater hätten "die Entscheidung des Managements respektiert, nachdem ihnen bewußt wurde, daß dies auf den Philippinen eine akzeptierte Form der Publikation z.B. nach Kündigungen ist." Dagegen wurden laut Rössel die Anzeigen nicht zuletzt "auf Anweisung des GTZ-Beraters" gedruckt.

Mittlerweile ist einer der deutschen Projektmanager von seinem Posten auf Bondoc abberufen worden. Der Grund dafür war aber nicht das skandalöse Verhalten gegenüber den philippinischen MitarbeiterInnen, das seinen rassistischen Hintergrund nur schwer kaschieren kann, sondern der tolpatschige Versuch, Rössels Recherche-Ergebnisse zu zensieren. Dies war dann selbst den Auftraggebern beim BMZ und der GTZ zuviel.

moe

(Mitarbeiter der BUKO-Geschäftsstelle)

Anmerkung:

(1) Rössel: "Operation Bondoc. Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung", secolo-Verlag Nov. 1995. Die Studie ist für 18 Mark beim Philippinen-Büro, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Tel: 0201/8303828 zu bestellen.

25. Die virtuelle Ökonomie des Finanzkapitals. Beim Derivatehandel wird selbst manchen Bankern mulmig

Beim Derivatehandel wird auch manchen Bankern mulmig

Autor: Hauke Brenner · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:03

Virtuelle Realitäten sind der letzte Modeschrei, vom Internet bis zur Architektur. Doch noch faszinierender und bedrohlicher sind die neuen virtuellen Realitäten in der Finanzwelt. Wir leben in der "Zeit der finanziellen Revolution", meint der Präsident des Europäischen Währungsinstituts A. Lamfalussy. Schrecken jagt den Bankern vor allem die explosionsartige Ausweitung des globalen Finanzmarktes ein, der dabei ist, alle Bezüge zur realen ökonomischen Sphäre zu verlieren.

Wie jede Revolution haben auch die Umwälzungen im Finanzsektor mehrere Ursachen und Vorgeschichten:

Die erste war die Ablösung des Dollar vom Goldstandard Anfang der 70er Jahre, als die USA den Vietnamkrieg mit der Dollar-Notenpresse finanzierten. Zwar blieb der Dollar die Weltwährung, doch gegen seine Schwankungen mußten sich die Konzerne und Großbanken bei ihren langfristigen Geschäften durch neue Formen von Währungsverträgen absichern.

Die zweite wichtige Vorgeschichte war die Schaffung von sogenannten "Freien Bankzonen" (z.B. auf den Bahamas, den Caymaninseln oder in Luxemburg), wo Anleger keine oder nur lächerlich geringe Steuern zahlen müssen. In diesen Bankzonen konnten Tochtergesellschaften der großen Bankkonzerne ohne Reglementierungen durch die nationalen Notenbanken ihre weltweiten Finanzgeschäfte mit geringsten eigenem Risikokapital ausbauen. Wertpapiergeschäfte und Kreditvergabe der Großbanken mußten nicht mehr gedeckt sein durch entsprechende Guthaben oder andere Sicherheiten der Banken bei den Zentralbanken. Dies dehnte den unkontrollierten spekulativen Geldmarkt in den 70 er Jahren ungeheuer aus.

Die dritte Vorgeschichte: Die sehr hohen Profite der Multis, die Milliarden aus den schwarzen Kassen der Großkonzerne, die Milliarden auf der Flucht vor den nationalen Finanzämtern und nicht zuletzt die Milliarden aus dem stark expandierenden Drogengeschäft schufen einen regelrechten Angebotsdruck für die Banker in den "Freien Bankzonen".

Last but not least trug die Revolution in der Datenverarbeitung zur Finanzrevolution bei. Weltweit sind Börsen und Bankenplätze heute durch Computer vernetzt, und umfangreiche, für Außenstehende nicht durchschaubare Programme lösen Kauf- oder Verkaufsoptionen aus. So sind die Devisenhändler an der Londoner Börse über Satellitenkanäle und einen Großrechner mit allen Börsen und 20.000 Finanzinstituten (Banken, Versicherungen, Fondsverwaltern) auf der Welt verbunden und können sich alle daraus einfließenden Daten auf die Bildschirme holen. ("Spiegel" 7/96)

Diese vier Faktoren, die Ablösung des Dollar vom Goldstandard, die Schaffung von "freien Bankzonen", das Überangebot an global agierendem Spekulationskapital und die vollständige Computerisierung des globalen Finanzmarktes führten zu dem "big bang". Bis zur ersten großen Schuldenkrise 1982 verliefen die Spekulationsgeschäfte noch in relativ überschaubaren Bahnen. Doch mit den Derivaten, der "Revolution der 80er Jahre" (so ein deutscher Banker), wurden alle Dimensionen gesprengt.

Täglich über eine Billion Dollar

Der Derivatehandel hat sich in den letzten zehn Jahren verzehnfacht. Hauptsächlich wird in Zins- und Währungsderivaten spekuliert. Heute werden allein auf dem internationalen Währungsmarkt täglich mehr als eine Billion $ umgesetzt. Eine für uns Laien unvorstellbare Summe. Der Großteil davon sind reine Devisenspekulationen der Finanzjongleure aus den Banken oder den Multis, die über Milliarden von Spekulationskapital verfügen. So hat Siemens jahrelang mehr Gewinn mit seinem liquiden Vermögen von rund 25 Milliarden DM gemacht als mit seinem in der Produktion investierten Kapital. Der US-Währungsexperte Gregory Millmann schreibt in seinem Buch "Der heimliche Raubzug" (Hamburg 1995), daß mehr als drei Viertel der 500 größten US-Konzerne mit Derivaten spekulieren.

Die Industriemultis steigen in das Finanzspekulationsgeschäft ein, weil dort, jedenfalls zeitweise, eine höhere Profitrate zu erzielen ist, als mit Investitionen in der industriellen Produktion, in der unmittelbaren Ausbeutung der Ware Arbeitskraft!

Was sind nun Derivate?

Neben Schuldenswaps(1) und Termingeschäften an den Weltrohstoffbörsen sind es vor allem die Optionsgeschäfte, welche die "finanzielle Revolution" eingeleitet haben. Mit "Optionen" kauft sich ein Anleger das Recht (nicht die Pflicht) zu einem festgesetzten Preis und bestimmten Termin eine Aktie, eine Währung, einen Rohstoff oder eine Anleihe zu kaufen. Eine Abwandlung von Optionen sind "Futures". Dies sind an der Börse gehandelte Verträge über den Kauf/Verkauf von Wertpapieren oder Währungen zu einem bestimmten Termin und Preis.

Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Ein US-amerikanischer Pensionsfond will einige Milliarden auf dem deutschen Aktienmarkt anlegen. Er kann sich für viel Geld Siemens-, Daimler- oder Höchstaktien kaufen. Er kann sich aber auch preiswerter und viel breiter kursgesichert an den DAX, den Deutschen Aktienindex, hängen - mit festen Verträgen, den Futures, oder mit Kaufoptionen. Die Optionen werden genauso gehandelt wie ihre Bezugspapiere. Steigt der DAX, wird die Option wertvoller, sinkt er, verliert die Option an Glanz. Im schlimmsten Fall wird sie dann wertlos: das Geld ist weg. Verloren ist dann allerdings nicht ein Aktienpaket für Millionen, sondern nur ein Stapel Derivate für ein paar Tausender oder gar nur Hunderter. Das tatsächliche Risiko, beruhigen die Händler, werde durch den Preis der Option und Futures limitiert. Das dahinterstehende, um das Zigfache größere Transaktionsvolumen sei nur Schein. (Spiegel 12/94)

Diese Scheingeschäfte haben mittlerweile eine Größenordnung angenommen, die das in der Bilanz ausgewiesene Umsatzvolumen der internationalen Großbanken um ein Vielfaches überschreiten. Die Deutsche Bank wies für 1993 einen Umsatz von 556 Mrd. DM aus. Im Derivatehandel, der nicht in der Bilanz ausgewiesen wird, setzte die größte deutsche Bank noch mal das zweieinhalb-fache um, also 1,3 Billionen DM! DB-Vorstandsvorsitzender Hilmar Kopper versuchte seine Aktionäre mit dem Hinweis zu beruhigen, daß die anderen internationalen Großbanken, wie z.B. die schweizerischen Großbanken das siebenfache ihres offiziellen Umsatzes im Derivatehandel machen.

Zwar sichern sich die Banken beim Optionshandel zumeist nach oben und nach unten ab (wenn sie auf einen steigenden Ölpreis spekulieren, spekulieren sie zugleich im sogenannten "Gegengeschäft" auch auf einen fallenden Ölpreis). Aber nicht immer sind die Banker oder Börsenmakler so vorsichtig.

Droht ein Kollaps?

Eine erste Vorahnung bekamen die deutschen Bankenaufseher mit dem geplatzten Ölterminhandel der "Deutschen Metallgesellschaft" zu spüren. Dieser Konzern mit einem Umsatzvolumen von 27 Mrd. DM stand Anfang 1994 vor dem Konkurs, weil er mehr als zwei Milliarden DM Verluste im Öltermingeschäft in den USA zu verzeichnen hatte. Ein halbes Jahr später mußte dieser Konzern seine profitabelsten Produktionszweige verkaufen, um die Muttergesellschaft vor dem endgültigen Ruin zu retten.

Der zweite Warnschuß war der Zusammenbruch der britischen Barings-Bank 1995, nachdem (angeblich) ein einzelner Broker in Singapur durch Derivategeschäfte die renommierte Bank an die Wand fuhr. IWF-Präsident Camdessus resigniert angesichts dieser Entwicklung: "Die Welt ist in den Händen dieser Leute." Damit meint er (etwas überdramatisierend) die selbständigen Broker und die im Namen von Großbanken agierenden Händler an den Terminbörsen des Kasinokapitalismus.

Die Broker tätigen Geschäfte, die mit dem realen Warentausch von Produkten und Dienstleistungen kaum mehr was zu tun haben. "Die Finanzwelt hat sich von der Realsphäre emanzipiert" sagt der ehemalige Chef-Derivatehändler der Deutschen Bank, Thomas Fischer. Immer weniger zählen im Derivategeschäft die objektiven ökonomischen Erwartungen über die Entwicklung z.B. des Aktienkurses von Siemens aufgrund der realen Gewinnentwicklung und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Viel mehr zählen die Vermutungen darüber, was die anderen Broker in den nächsten Minuten wohl machen werden, mit welchen Derivaten sie Kauf- oder Verkauforders in den Computer geben.

An den Börsen geht es zu wie in der Spielbank. Per Knopfdruck werden Milliarden auf zukünftige Kursgewinne oder -verluste gesetzt. Die Broker spielen Lotto, nur eben nicht mit Einsätzen von fünf Mark sondern von

Millionen. Dabei geht es um Sekundenbruchteile: In dem milliardenschweren Devisenoptionsgeschäft "können sich die Preise schon innerhalb von Minuten, an hektischen Handelstagen sogar in Sekunden um mehrere Prozent verändern." (Wirtschaftswoche 9/96)

Drei Beispiele: 1987 kaufte der US-Broker Krieger für ein paar Tage die gesamte Geldmenge des Staates Neuseeland mit einer völlig kreditfinanzierten Spekulation auf, um die neuseeländische Regierung zur Veränderung ihrer Landeswährung zu zwingen. Mit massiven Devisenspekulationen boxte 1992 der Spekulant George Soros das englische Pfund aus dem europäischen Währungsverbund. Gegen die schwedische Krone wurde vor zwei Jahren durch die internationalen Devisenhändler auf Abwertung gewettet. Dadurch stiegen die Kreditzinsen an der Stockholmer Börse für ein paar Tage auf die aberwitzigen Rate von 500%.

Zumindest für die nationalen Währungen und Ökonomien ist der computerisierte Währungshandel äußerst risikoreich geworden. Gerade kleinere Länder sind der internationalen Spekulation bisher recht hilflos ausgesetzt. Noch mal zum Vergleich: Der internationale Devisenmarkt wurde 1994/95 durch die neue Mexikokrise in seine bisher größte Krise seit 1945 gestürzt. Der IWF und die USA waren nicht mehr 'Herren der Lage', weil viele Banken außerhalb der USA ihre Unterstützung verweigerten. Dabei ging es um die vergleichsweise lächerliche Summe von 50 Milliarden $!

Fassen wir zusammen: Der heutige Finanzmarkt entwickelt sich mehr und mehr zu einem reinen Spekulationsmarkt und wird auf einem sehr hohen Seil ohne Sicherungsnetz für den Absturz ausgeführt.

Das "fiktive Geld"

Die Schere zwischen den real produzierten Warenwerten und dem weltweit zirkulierenden Finanzkapital geht immer weiter auseinander. Die Entwicklung auf dem Finanzsektor koppelt sich zusehends von der Realökonomie ab. Die weltweit gehandelten Staats- und Privatkredite übersteigen um ein Vielfaches die Kapitalakkumulation in der unmittelbaren Mehrwertproduktion. Das (geschätzte) Gesamtvolumen des weltweiten Finanzhandels betrug 1994 das 43fache des Gesamtvolumen des Welthandels! (Siehe "Blätter für deutsche und internationale Politik" 8/95)

Der Kredithandel ist der eigentliche Motor der Spekulation geworden. Die Zinsderivate der verschiedensten Form machen den Großteil des Handels mit Derivaten aus. So wurden im letzten Jahr Milliarden von Dollar verzockt, als sehr viele Broker auf weiter fallende US- Zinsen spekulierten und weltweit die internationalen Anleihen an Kurswert verloren, weil die US-Zinsrate konstant blieb.

Das Geld hat keinen substanziellen Gegenwert mehr in der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Es ist nur noch "fiktives Geld", wie es Robert Kurz und Ernst Lohoff in der Zeitschrift "Krisis" 16/17 ausdrücken: "Seit den 70er Jahren beginnt das Primat des Kredits die Vorherrschaft der Realwirtschaft abzulösen. War die Akkumulation von Geldkapital vom Beginn der industriellen Revolution bis in die fordistische Boomphase hinein eine Funktion der industriellen Akkumulation gewesen, so sank die Realakkumulation nun umgekehrt zum bloßen Anhängsel der Anhäufung fiktiven Kapitals herab." (S. 115)

Cyberspace der Geofinanz

Die Welt der Broker ist mehr und mehr eine Welt der Scheinökonomie, eine virtuelle Ökonomie, oder wie die "Le Monde Diplomatique" vom Mai '95 schreibt, "das Cyberspace der Geofinanz (...). Hier gibt es keinen Gesellschaftsvertrag, hier gibt es weder Sanktionen noch Gesetze, außer denen, die seine Protagonisten zu ihrem größten Profit willkürlich festlegen." Die virtuelle Ökonomie kann die Produktions- und Kostenkalkulation eines auf dem globalen Markt agierenden Konzerns völlig über den Haufen werfen. Sie kann den Niedergang einzelner Konzerne, Branchen oder nationaler Währungen beschleunigen oder erst herbei führen.

Das aktuellste Beispiel in Deutschland ist der Niedergang der Vulkan-Werft. Laut "Frankfurter Rundschau" vom 24.2.96 wurden "Investoren" mit den neuesten Horrormeldungen über den Vulkan seit dem Sommer '95 versorgt. Das Interesse einer Königsteiner Beratungsfirma sei dabei gewesen, den Aktienkurs sinken zu lassen. Die Königsteiner Firma bot Optionsscheine auf fallende Vulkanaktienkurse an, sogenannte "puts".

Der Derivate-Deal verlief so: Wer einen Optionsschein erwirbt, erhält das Recht, zu einem späteren Termin die Aktien zu einem bestimmten Kurs zu verkaufen. Fällt zum festgesetzten Zeitpunkt der Kurs unter den im Optionsschein festgesetzten Wert, kann sich der Optionsschein-Inhaber kurz vor Fälligkeit der Option die

billigere Aktie kaufen und sie dann, zu dem festgesetzten Kurswert, an den Optionshändler verkaufen.. Dies wurde im Winter 95/96 mit der Vulkanaktie ein sicheres Gewinnspiel. Die Derivatehändler bedienten sich darüberhinaus gezielter Insider-Informationen und lancierten diese an die Presse, um so den Kurs noch weiter ins Rutschen zu bringen.

Diese Derivate-Spekulation auf sinkende Vulkan-Aktienkurse hat dem Geldkapital höchste Profite eingefahren. Dem Vulkan-Konzern hat es zusätzliche Millionenverluste an der Börse beschert, was die Liquidität des Konzerns weiter einschränkte.

Den Bankern wird mulmig

Sicherlich ist zu fragen, was aus Sicht der unterdrückten Klassen denn nun das besonders Schlimme am spekulativen Kapital im Vergleich zum produktiven Kapital ist. Es mag uns egal sein, woran die Herrschaft des internationalen Kapitalismus zugrunde geht - ob an einer geplatzten riesigen Spekulationsblase oder an den (derzeit leider nicht vorhandenen) antagonistischen Kräfte wie dem internationalen Proletariat bzw. anderen revolutionären Bewegungen.

Aber aus immanenter Sicht bestehen sehr wohl Unterschiede zwischen spekulativem und produktivem Kapital. Auch die konservativsten Volkswirtschaftler wissen, daß langfristig gesehen Kapital sich nur durch die Mehrwertproduktion vermehrt. Spekulationsgeschäfte zwischen verschiedenen Kapitalbesitzern haben immer Verlierer und Gewinner. Das mehrwertschöpfende Kapital akkumuliert neues Kapital aufgrund der Ausbeutung der LohnarbeiterInnen. Das ist der wesentliche Unterschied. Und den kennen auch alle um die Interessen des Gesamtkapitals besorgten Kapitalisten, Bankmanager und Politiker.

So wird auch den obersten Bankenaufsehern bei der Bundesbank oder dem IWF angesichts dieser Entwicklung langsam mulmig. Der Derivatehandel hat keine ausreichend eingebauten Sicherungen und kann das ganze kapitalistische Finanzsystem in den Abgrund reißen. Das Prekäre daran ist, daß die Banker aufgrund der weltweit verflochtenen Finanzmärkte und der eingerissen Grenzen zwischen dem Währungs-, Anleihe-, Zins- und Aktienmarkt durch den Derivatehandel nicht mehr durchblicken.

Die Scheinökonomie der Derivate ist "die vermutlich größte aktuelle Bedrohung des globalen und immer enger verflochtenen Weltfinanzsystems" ("Handelsblatt", zitiert nach "Spiegel" 12/94). Denn wenn ein milliardenschweres Optionsgeschäft einer Großbank mal platzt, werden die anderen internationalen Großbanken mit in den Strudel gerissen: "Dann schwappt das Risiko auf die Börsen, von dort auf die Wechselkurse und damit in die reale Welt", so der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes Horst Köhler. "Der GAU ist durchaus möglich", so Köhler (im "Spiegel" 12/94). Dann würde aus der virtuellen Derivate-Ökonomie plötzlich eine reale Krisenökonomie.

Nebenbei: Auch die "normale" Börsen- und Immobilienspekulation besitzt eine explosive Kraft. 1990 ging in Japan ein beispielloser Spekulationsboom auf Immobilien und Aktien (der mit Krediten finanziert wurde) zu Ende. So war allein das Grundstück des Kaiserpalastes in Tokio mehr wert als der gesamte Grund und Boden des US-Bundesstaates Kalifornien! Die japanischen Aktien verloren binnen zwei Jahren die Hälfte ihres Werts und die japanischen Sparkassen blieben aufgrund des zusammenbrechenden Immobilienmarkts auf mehr als 650 Milliarden DM Kreditverlusten hängen. Bankenzusammenbrüche und ein neuerlicher Konzentrationsschub nebst Milliardenzuschüssen durch den Staat waren die Folge.

Leitplanken sollen das System retten

In der Bundesrepublik wird seit 1994 an der Installierung von "Leitplanken auf der Rennbahn" ("Handelsblatt") gebastelt, um den drohenden Zusammenbruch möglichst glimpflich zu gestalten. Ein deutscher Banker: "Vor Auffahrunfällen, Massenkarambolagen und Schlimmerem schützen aber auch Leitplanken bei menschlichem Versagen nicht. Hier liegt m.E. das Hauptrisiko bei Derivaten." ("Handelsblatt" 16.2.94)

' Es geht also angeblich wieder nur um das "menschliche Versagen". Eine Argumentation, die wir nur allzu gut von den Befürwortern der Atom- oder Gentechnik kennen. Auch bei den Derivaten sind die (Bank-)Technik oder das (Geld-)System angeblich nicht der Fehler.

Gut, bisher ist es nicht zu einem weltweiten Kollaps des Finanzsystems gekommen. Aber die widersprüchlichen Interessen zwischen dem spekulierenden Finanzkapital und dem produktiven Kapital lassen

sich auch nicht durch verschärfte Aufsichts- und Sicherungsmaßnahmen glätten. Wie bei der Atomkraft ist das Neue die Möglichkeit eines weltweiten und nicht nur regionalen Super-Gaus.

Nach der Pleite der Barings-Bank sind viele Großbanken dazu übergegangen, ihren Brokern ein maximales Risiko und Limit beim Derivatehandel vorzuschreiben. Doch was passiert, wenn aufgrund von Börsengerüchten oder (zunächst) lokaler Wirtschaftskrisen plötzlich alle verkaufen wollen? Da die Computerprogramme keine Psychologie kennen, können Börsengerüchte binnen Minuten eine weltweite, "zerstörerische Kettenreaktion" auslösen.

Hauke Benner, Berlin

Anm.

1) Nach dem Ausbruch der internationalen Verschuldungskrise 1982 wurden viele Schuldentitel der hochverschuldeten Länder wie Mexiko oder Bolivien mit einem Abschlag, "swap", auf dem internationalen Kreditmarkt gehandelt.

26. Integration und/oder Hegemonie. Dilemmata deutscher Europapolitik

Dilemmata der deutschen Europapolitik - von Frank Deppe

Autor: Frank Deppe · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:19

Die (west)europäische Integration ist in der Krise. Die geplante Währungsunion ist heftig umstritten. "Renationalisierung", "Kerneuropa", "Vertiefung" und "Osterweiterung" heißen die Stichwörter. Welche Interessen haben dabei die Eliten des neuen Großdeutschlands?

Seit "Maastricht" haben sich in der europäischen Politik gravierende Veränderungen vollzogen. Diese sollen zunächst knapp skizziert werden, um damit auch die Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik in den 90er Jahren besser verstehen zu können.

Die Vereinbarungen von Maastricht waren - trotz ihres für die EG-Politik typischen Kompromißcharakters - Ausdruck jener euphorischen Stimmung, die im Lager der Sieger in der Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus bis ins Jahr 1992 vorherrschte. Insofern mußten sie zunächst als eine Art "Befreiungsschlag" erscheinen, bei dem einerseits die Integrationspolitik und -methode aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre - von der Verwirklichung des Binnenmarktes bis zur Währungsunion am 1. Januar 1999 - fortgeführt und auf eine neue Stufe der Integration (Europäische Union) gehoben werden sollte. Auf der anderen Seite stellen die Vereinbarungen einen frühen Versuch dar, auf die ökonomischen und politischen Veränderungen in Europa zu reagieren. Mit Maastricht wurde eine integrationspolitische Linie für die 90er Jahre konzipiert, deren strategische Eckwerte folgendermaßen resümiert werden können:

1. Die mit der Implementierung des Binnenmarktprojektes eingeleitete Integrationsmethode wird fortgesetzt. Sie soll in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit des westeuropäischen Kapitalismus in der "Triaden"-Konkurrenz gewährleisten.

2. Vertiefung und Erweiterung der EG werden als ein paralleler Prozeß aufgefaßt, wobei der Primat der Vertiefung letztlich darauf beruht, daß die EG der Zwölf (inzwischen 15) nicht allein als Modell für die künftige sozialökonomische und politische Ordnung Europas, sondern zugleich als deren Motor zu fungieren habe. Von hier aus zeichnet sich eine relativ klare Perspektive für eine EG-Erweiterung ab: Bis zum Ende der 90er Jahre könnte eine erste "Osterweiterung" durch den Beitritt von Ungarn, Polen und der - so hieß es noch vor kurzem - Tschechoslowakei realisiert (und durch Assoziierungsabkommen vorbereitet) werden. Der Status weiterer osteuropäischer Beitrittskandidaten könnte in diesen Zeiträumen überprüft werden.

3. Der Zuwachs an ökonomischer und politischer Macht, den das "neue Deutschland" erfahren hat, wird nicht zu einem Wiederaufleben der alten hegemonialen Konfliktmuster in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führen. Da Deutschland eine "Zivilmacht" ist, deren Stärke vor allem auf ihrer Exportwirtschaft beruht, muß deutsche Politik ein vitales Interesse daran haben, die Vertiefung und Erweiterung der EG-Integration aktiv zu fördern und alles zu vermeiden, was auf Seiten seiner Partner als Bedrohung empfunden werden und Sanktionen provozieren könnte.

4. Mit der GASP sowie mit der Feststellung, daß die Westeuropäische Union (WEU) "integraler Bestandteil der Europäischen Union" ist, konnte zumindest die Erwartung verknüpft werden, daß die EG als kollektiver Akteur bei der Restrukturierung der europäischen Sicherheitspolitik und - im Rahmen der UNO - beim weltpolitischen Konflikt- und Krisenmanagement agieren werde.

"Euro-Pessimismus"

Die "Post-Maastricht-Krise" vollzog sich nicht allein auf dem Gebiet der europäischen Währungspolitik; denn die EWS-Krise vom Juli/August 1993 (Auflösung der engen Bandbreiten; de-facto-Auflösung des EWS) war nur der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Ereignissen, die seit Anfang 1992 einen Umschlag von der Maastricht-Euphorie in einen neu aufkommenden "Europessimismus" bewirkt haben. Das dänische "Nein" vom Sommer 1992 hatte einen ersten Schock ausgelöst, der sich durch das äußerst knappe Votum beim französischen Referendum vom Herbst 1992 noch verstärkte. In fast allen Ländern wurde deutlich, daß das

EG-Projekt erheblich an Legitimation verloren hat. Ein neuer Anti-Maastricht-Populismus verbindet sich allenthalben mit Aggressionen gegen die vorgebliche Übermacht der Brüsseler EG-Bürokratie und mit diffusen Ängsten vor dem Verlust nationaler Identität und Souveränität.

Im Gegensatz zum Scheitern der WWU-Projekte in den frühen 70er Jahren, als das Zusammentreffen von Weltwirtschaftskrise und dem Aufschwung der Klassenkämpfe eine - politisch nach links verschobene - Renationalisierungstendenz verstärkte, zeichnet sich die Renationalisierung der Politik zu Beginn der 90er Jahre vor allem dadurch aus, daß sich die weit verbreitete Angst vor einer Verschlechterung des sozialen Lebensstandards als Mißtrauen gegenüber der EG-Politik - vor allem gegenüber der geplanten Einführung der Gemeinschaftswährung Euro - artikuliert ("Wohlstandschauvinismus") und sich über ausländerfeindliche und rassistische Stimmungen "von unten" weiter radikalisiert.

Welche sind - grob zusammengefaßt - die ungelösten Problemkomplexe, die in einem engen Zusammenhang mit der Legitimationskrise des europäischen Projektes stehen?

1. Die Wirtschaftskrise 92/93 mit einem erneuten starken Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der EU und den Mitgliedsstaaten, dazu der Druck der sog. "Standortkonkurrenz" und die Debatten über den "Umbau" der sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Apparate (d.h. den faktischen Abbau des "fordistischen Wohlfahrtsstaates") hat in nahezu allen Länder nicht nur negative Stimmungen gegenüber der europäischen Politik erzeugt, sondern auch nationalistischen Stimmungen zugearbeitet.

2. Die Rolle des stärker gewordenen Deutschland in Europa ist nach wie vor unklar - vor allem aus der Sicht der europäischen Partner (im Westen wie im Osten). Das Modell der "supranationalen Integration" - d.h. ein schrittweises Übertragen nationalstaatlicher Souveränität auf einen europäischen "Superstaat" - steht längst nicht mehr zur Debatte. Gerade deshalb herrscht Unsicherheit gegenüber der zukünftige Rolle Deutschlands in Europa vor (und diese Unsicherheit charakterisiert auch die deutsche Politik selbst). Es ist klar, daß über die deutschen Interessen und Machtverflechtungen die Osteuropapolitik der EU definiert werden muß. Auf diesem Gebiet reproduzieren sich allerdings alte und neue Bündnis- und Vasallenkonstellationen (z.B. Ungarn/ Deutschland; Kroatien/ Deutschland), die ihrerseits die Artikulation einer einheitlichen EU-Strategie erschweren bzw. blockieren. Das "Versagen" der EU angesichts des Krieges in Ex-Jugoslawien ist dafür nur ein Beispiel.

3. Bislang haben sich alle bisherigen Prognosen über die ökonomische und politische Entwicklung der ex-kommunistischen Systeme Osteuropas als falsch bzw. unpräzise erwiesen. Daraus wiederum erwächst ein enormer Druck auf die EU-Politik, indem die osteuropäischen Regierungen einen Handlungsbedarf einklagen. Damit sind freilich enorme politische Differenzen innerhalb der EU verbunden. So befürchten z.B. die Mittelmeerstaaten nicht zu Unrecht, daß eine Schwerpunktverlagerung deutscher Interessen nach Osteuropa nur zu Lasten der Anteile der Mittelmeerstaaten an den EU-Sozial- und Regionalfonds gehen könnte.

Deutsche Europapolitik

Für die deutsche Außen- und Europapolitik lassen sich die neuen Herausforderungen wie folgt zusammenfassen:

1. Die "deutsche Einheit" ist ökonomisch, politisch und kulturell zu bewältigen.

2. Die Neuordnung Europas erfordert eine aktive Rolle Deutschlands. Dabei steht zunächst die Zukunft der EU im Vordergrund. Vorab geht es um den deutschen Beitrag zur Bearbeitung der folgenden Fragen: In welchem Verhältnis stehen Erweiterung der EU und deren Vertiefung zueinander? Wird die deutsch-französische Achse nach wie vor als das Gravitationszentrum der EU-Dynamik fungieren? Kann die Perspektive der Wirtschafts- und vor allem der Währungsunion beibehalten werden oder wird sie aufgegeben bzw. modifiziert?

3. Die Neuordnung Europas muß kurz- und langfristig unter Einbeziehung Ost- bzw. Südosteuropas erfolgen, wobei nicht allein die deutsche (geostrategische) "Mittellage", sondern auch die schon heute führende Position der deutschen Wirtschaft im Osten Europas das besondere deutsche Interesse an dieser Region begründen. Angesichts der zahlreichen Kriegs- und Konfliktherde in dieser Region steht dabei nicht allein die Frage des Beitritts zur EU, sondern vor allem auch die Sicherheitspolitik im Mittelpunkt. Dazu kommt die für Deutschland besonders wichtige Frage der zukünftigen politischen, sozialen und militärischen Entwicklung Rußlands.

4. Zuletzt - aber natürlich von ebenso erheblicher Bedeutung - sind die atlantischen Beziehungen zu reorganisieren. Sowohl die deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch die amerikanisch-europäischen Beziehungen müssen auf ein neues Fundament gestellt werden, wobei insbesondere - aus US-amerikanischer Sicht - das neue Deutschland eine privilegierte Position als "global partner" der USA einzunehmen hätte.

Offenkundig gibt es - aus deutscher Sicht - eine Hierarchie von Problemdefinitionen und strategischen Optionen, die allerdings heftig umstritten sind. Auf jeden Fall sind die Beziehungen zur ehemaligen "Dritten Welt" den gerade genannten Aufgaben völlig untergeordnet. Auch die Entwicklung im ostasiatischen bzw. im pazifischen Raum scheint noch von sekundärer Bedeutung für die deutsche Außenpolitik, obwohl angesichts der Wachstumsdynamik in diesem Raum (einschließlich der VR China) das Interesse der deutschen Wirtschaft an diesem ostasiatischen Zentrum der "Triade" erheblich zugenommen hat.

Fassen wir zunächst einmal zusammen. Die Unsicherheit in bezug auf die Neuorientierungen deutscher Außenpolitik ist zunächst einmal Reflex auf eine grundlegend veränderte weltpolitische Konstellation. Diese Konstellation erzeugt gleichsam einen Problemstau, aber verdeutlicht auch die Hilflosigkeit gegenüber den neuen Konfliktherden nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes - wie vor allem die Hilflosigkeit der Großmächte angesichts der Jugoslawien-Krise zeigt.

Der Diskurs der Eliten

In Deutschland hat innerhalb des herrschenden Blocks - so meine These - eine Diskursverschiebung stattgefunden, die diesen Umbrüchen und neuen Herausforderungen Rechnung tragen soll. Die "Elitendiskurse" bewegen sich um die folgende These: Deutschland ist wieder eine Großmacht geworden. "Es ist eine furchtbare Entdeckung anzukündigen: Deutschland ist zwischen Moskau und Washington der größte Faktor geworden - Sie begleiten es nicht mit Beifall, das beweist, daß es einfach ein Faktum ist" (Michael Stürmer).(1) Es komme jetzt darauf an, "verantwortungsbewußt" mit dieser Macht in der Innen- und Außenpolitik umzugehen. "Das Ende der Gemütlichkeit" ist erreicht; deutsche Politik wird gezwungen sein, aus dem seit der Niederlage von 1945 bestehenden - durch den Systemgegensatz konservierten - Zustand der "strukturellen Verantwortungslosigkeit" herauszutreten - so J. Janning. (2)

Die Begriffe "Normalisierung" und "Verantwortung" sind dabei verschleiernd. Im konservativen Elitendiskurs - übrigens nicht nur in Deutschland, sondern zunehmend auch in Japan (dem anderen "Verlierer" des zweiten Weltkrieges) bedeuten sie allerdings, daß Deutschland wieder lernen muß, die Außenpolitik einer Großmacht zu betreiben, die ihre nationalen Interessen klar artikuliert, ein vitales Verhältnis zur Machtpolitik einnimmt und dabei auch bereit sein muß, militärische Gewalt anzuwenden.

Dieser Diskurs ist vielgestaltig, kommt jedoch meist zu ähnlichen Ergebnissen. Ich werde drei Varianten kurz diskutieren:

1. Deutschland als die Zentralmacht Europas. Ich beziehe mich dabei auf das neue Buch des Bonner Politikwissenschaftlers Hans Peter Schwarz ("Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Bühne der Weltpolitik", Berlin 1994). Die zentralen Sätze lauten: "Deutschland ist wieder dreierlei in einem: ein Nationalstaat, eine europäische Großmacht und die Zentralmacht Europas. Denn es gibt nur ein Land, das dank geographischer Lage, dank wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und kultureller Ausstrahlung, dank Größe, und dank immer noch vorhandener Dynamik die Aufgabe einer Zentralmacht wahrnehmen muß - und das ist eben Deutschland." Gleichzeitig kritisiert Schwarz die "Illusionen" der deutschen Politik im Jahre 1990 - diese bestand darin zu glauben, "der wiedervereinigte, eine deutsche Staat werde fast übergangslos in den 'Vereinigten Staaten von Europa' aufgehen. Erst die europaweite Malaise nach Abschluß des Maastrichter Vertrages sowie die Krisen des europäischen Währungssystems während der Jahre 1992 und 1993 in Verbindung mit der europaweiten Rezession haben bewiesen, daß diese Erwartung sehr voreilig gewesen ist".

Geopolitik hat wieder Konjunktur. Deutschland - so Schwarz - ist gewissermaßen "zur Großmacht verdammt". Es muß lernen, "erneut als souveräner und großer Staat zu agieren" (selbstverständlich behutsam und in den bestehenden Bündnissystemen, vor allem der EU), aber aus der besonderen Lage einer Großmacht in "Mitteleuropa", deren Interessen und Sicherheitsaufgaben nicht nur im Westen, sondern vor allem auch im Osten Europas liegen. Dabei polemisiert er heftig gegen "die Linke" (mit einem sehr weiten Begriff: von der Friedensbewegung bis zur SPD, den Grünen, Teilen der CDU und vor allem bis zu den Medien). Deren "Eskapismus" und Idealismus verdunkele den Blick auf die neuen Realitäten der internationalen Politik und

wirke so als Blockade für die notwendige Reorientierung deutscher Außenpolitik. Schwarz gibt sich - wie andere Konservative - eher pessimistisch, wenn er über die Chancen einer solchen Neuorientierung nachdenkt. Die "innere Befindlichkeit des Landes" - des "traumatisierten Riesen", der sich nicht aus den Fesseln der Geschichte des "deutschen Sonderweges" bis 1945 zu befreien vermag - ist die eines psychisch Kranken, der schon längst zum Gespött seiner Umwelt geworden ist, der keine wirklichen politischen Führer hat, ein "träger Koloß", dem dringend ein "Fitneßtraining" verordnet werden muß.

2. Der Globalismus-Diskurs. Ich beziehe mich hier auf einen Artikel von Prof. Karl Kaiser mit dem Titel "Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus". (3) Seine Prognosen lauten, grob zusammengefaßt:

Die globale, ökonomische Interdependenz nimmt zu. Damit auch die Verwundbarkeit der Staaten und Gesellschaften durch von außen kommende Einflüsse. Deutschland muß als führende Wirtschaftsmacht in Europa und auf dem Weltmarkt mehr Verantwortung übernehmen - auf dem Felde der Währungspolitik, aber auch in der Ausgestaltung seiner hegemonialen Rolle in der EU. Damit wird deutsche Politik auch sehr viel störungsanfälliger. Die Risiken haben sich nach dem Ende des Kalten Krieges vervielfacht. Dazu ist mit einer dramatischen Veränderung der ökonomischen Machtstrukturen in der Welt - zugunsten von Ostasien wie des pazifischen Raumes insgesamt - zu rechnen. Die internationale Ordnung wird zunehmend durch "Anarchie" bestimmt. Der Krieg als Mittel der Politik ist wieder nach Europa zurückgekehrt. Als "Zentralmacht Europas" ist Deutschland - ob es will oder nicht - zugleich einer der "Hauptakteure des globalen Systems". Das setzt zum einen eine "sorgfältige Reflexion der eigenen Interessen" voraus. Zum anderen aber, zur Einhegung des anarchischen Weltsystems, kann sich Deutschland beim Einsatz international legitimierter Gewalt nicht länger verweigern. Hier geht es also um eine längst vorbereitete Veränderung deutscher Außenpolitik - nämlich um den Einsatz der Bundeswehr beim internationalen Krisenmanagement (im Rahmen der UNO, der NATO oder der WEU). Wichtigster Handlungsrahmen ist die Europäische Union, deren Weiterentwicklung von kardinalem Interesse für Deutschland bleibt, wobei insbesondere der WEU wachsende sicherheitspolitische Funktionen zukommen.

Paris oder Washington?

Bei der Bewertung der Bündnisbeziehungen und Allianzen fallen gelegentlich Akzentverschiebungen auf, die freilich von erheblicher politischer Bedeutung sind. Arnulf Baring leitet die Aufgaben deutscher Außenpolitik aus der Rolle der BRD als "global player" und als Hegemonialmacht in Ost- und Westeuropa ab. (4) Dabei greift er auf die Formel von George Bush "Partners in Leadership" zurück. "Amerika steht an erster Stelle, Europa an zweiter - Westeuropa; dann Osteuropa an der dritten, zuletzt kommt die Sowjetunion oder Rußland, was immer dort an Staaten entstehen sollte." Das ist insofern erstaunlich, weil damit die Achse "Bonn-Paris" (und damit wiederum das Projekt der europäischen Einigung) abgewertet wird: "Wir werden tatsächlich eine entscheidende Rolle bei der Stabilisierung Europas spielen können, aber nur mit den USA zusammen. Ich bin erschrocken, wenn man im Kanzleramt manchmal die Prioritäten anders zu setzen scheint und ganz ernsthaft daran denkt, Frankreich für wichtiger zu halten als die USA."

Danach bezeichnet Baring die EG als eine "politische Schimäre". Im besten Fall wird es ein "Europa der Vaterländer" (im Sinne von Charles de Gaulle) geben. Vor allem bei internationalen Krisen (Golfkrieg, Jugoslawien würde er hinzufügen) hat sich bislang die "Europäisierung nur (als) eine Phrase" erwiesen. Der Europatraum taugt nur noch für einige realitätsferne Intellektuelle, die einem negativen Nationalismus verfallen sind. Dagegen werden die Deutschen bald sagen: "Wir haben lange auf Europa gewartet, sahen in Europa einen Ersatz für unseren gescheiterten, auseinandergesprengten Nationalstaat. Zum geeinten Europa ist es leider nicht gekommen, der deutsche Nationalstaat aber ist wundersamerweise zurückgekehrt."

Damit sind wir beim 3. Diskurs, dem "neuen Europa-Diskurs". Die wichtigsten Verschiebungen in der Argumentation sind von Schwarz und Baring bereits genannt: die Idee vom supranationalen Europa oder auch von den (föderalen) Vereinigten Staaten von Europa ist nicht länger Zielorientierung für die deutsche Außenpolitik. Die Deutschen - so Werner Link - "wärmten" sich an dieser Idee, solange sie - als Nationalstaat, d.h. nach der Niederlage von 1945 - schwach waren. (5) Für Schwarz war "Maastricht" ein "Luftschloß", ein schwerer Fehler von Kohl und Genscher, die unsere westlichen Nachbarn - angesichts der Einheit - beruhigen wollten.

Auch Kurt Sontheimer, der ansonsten die Verlagerung hin zu einem deutschen Eliten-Nationalismus heftig kritisiert, äußert sich skeptisch zu den politischen Perspektiven der europäischen Integration. Zu einem "Mehr" an Integration werde es nicht kommen, durch die anstehende Ausweitung auf Osteuropa sowieso nicht: "Die nationalstaatlichen Interessen innerhalb dieses europäischen Verbundes werden gestärkt, und die müssen sich dann auf dem Boden der Brüsseler Institutionen irgendwie bewähren. ... Maastricht wird nicht gelingen. Aber es wird immer noch so viel Europa bleiben, daß es gut genug ist." (6)

Eine Vertiefung der EU-Integration sei auf absehbare Zeit bei den Nationen Europas nicht mehr "mehrheitsfähig", nicht mehr durchsetzbar - so der Bericht der "Weidenfeld-Kommission", in dem prominente Politikwissenschaftler sowohl aus dem sozialdemokratischen (von Beyme, Scharpf) und liberal-konservativen Lager (Lübbe, Bracher) ihre Vorschläge für die sog. "Maastricht-Revisionskonferenz" 1996 vorgelegt und damit auch die Linie der deutschen Europapolitik vorprogrammiert haben.

Die Kommission plädiert für eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Brüssel und den Nationalstaaten ("Kompetenzkatalog"). Das Subsidiaritätsprinzip muß konsequenter angewandt werden; die Währungsunion muß erneut auf den Prüfstand (was inzwischen durch den Ministerrat der Finanzminister - mit dem Beschluß über die Aussetzung des Übergangs in die dritten Stufe bis zum Jahre 1999 - geschehen ist). Kooperationsbedarf besteht dagegen in der Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik. Auf diesen Feldern - die die WEU als Militärbündnis, die militärische Kooperation zwischen Frankreich und der BRD, die Kooperation der Polizeien und Sicherheitsdienste einschließen - geht es aber gerade nicht um eine gemeinschaftliche Politik, sondern um intergouvernementale Vereinbarungen, die von souveränen Staaten getroffen werden. Damit sind wir zur "Renationalisierung" der politischen Diskurse zurückgekehrt. Der Primat der Außen- und Sicherheitspolitik, der nunmehr für die Europapolitik eingefordert wird, verdrängt nicht allein die sog. "weichen" Politikfelder - wie z.B. die Sozial- und die Ökologiepolitik sowie die Fragen der weiteren Demokratisierung und Gleichstellung der Geschlechter, sondern zielt auf eine Aufwertung der nationalstaatlichen Politik- und Kooperationsebene in der Europa.

"Differenzierte Integration"

Werner Link gibt weder den alten bundesstaatlichen Konzepten noch - als Extrem auf der anderen Seite - etwa der Konzeption der britischen Konservativen der "Brügge-Gruppe" (eine große Freihandelszone in Verbindung mit einer politischen Ordnung, die im wesentlichen der Logik der Balance of Powers folgt) eine Realisierungschance. Zwischen beiden Positionen verortet er die Vorstellung von der "differenzierten Integration": "Die 'List von Maastricht' kann darin gesehen werden, daß sich der Unionsvertrag (mit seinen hohen Hürden für den Beitritt zur Währungsunion, mit seinen drei Abstufungen bei der Integration der Umweltpolitik und mit seinen Opting-out-Regelungen) an diesem Prinzip der Differenzierung orientiert und daß seine Implementierung in praxi auf eine variable Geometrie hinauslaufen würde, ohne daß dies im Vertrag oder von den Regierungen ausdrücklich gesagt wird. Der Entwurf für eine Kerngruppe in einem erweiterten Europa, der von der CDU/CSU-Fraktion mit dem Schäuble-Lamers-Papier (1994) unterbreitet wurde, macht diese Tendenz nur explizit". (7)

Hinter solch differenzierten Projekten (abgestufte Integration, géometrie variable, Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten etc.) steht einerseits die Überlegung, die Achse Bonn-Paris als hegemoniales Zentrum für eine sich erweiternde EU zu erhalten bzw. zu stärken.

Gleichzeitig fließt in solche Überlegungen die Verarbeitung der Post-Maastricht-Krise der vergangenen Jahre ein; denn "sie nehmen ihren Ausgang von zwei Diagnosen: erstens sei ein Konsens über die politische Finalität des europäischen Integrationsprozesses über alle zwölf (inzwischen 15) Mitgliedstaaten weiter denn je entfernt; zweitens habe spätestens die Krise des EWS gezeigt, wie weit die EG-Staaten noch von jener Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung entfernt seien, die die Voraussetzung für eine Wirtschafts- und Währungsunion und damit auch für eine vertiefte politische Integration bildeten". (8)

Speziell für die deutsche Außen- und Europapolitik folgt daraus ein Dilemma. Deubner spricht von einem "Dilemma zwischen deutschen Interessen und den Schwierigkeiten, es zu realisieren: Die Festlegungen und Vorstellungen, die sich in der offiziellen und allgemeinen deutschen Debatte herausbilden, führen in der Summe zu der Zielvorstellung, mehr Vertiefung und eine Demokratisierung der Europäischen Union erreichen zu wollen. Sie entsprechen damit ... durchaus dem tieferliegenden Interesse Deutschlands an der Festigung

seiner europäischen Einbindung. Allerdings: Es sind Ansätze zu einer Prioritätenänderung deutlich erkennbar. Sie sind darauf ausgerichtet, das deutsche Interesse an der Stabilisierung Mittel- und Osteuropas und die Erhaltung deutscher Handlungsfreiheit - etwa auf innenpolitischen Feldern - über das Interesse an der Vertiefung der EU zu stellen. Den offiziellen deutschen Positionen wirken öffentliche Meinung und europapolitische Strategien anderer Mitgliedstaaten entgegen. Das führt zu einer Handlungslage, die ... die Durchsetzung einer auf Vertiefung orientierten Linie auf absehbare Zeit behindern und unter Umständen unmöglich machen wird. Der laufende Erweiterungsprozeß über die EFTA- hin zu den mittel- und osteuropäischen Staaten wird diese Hindernisse noch erhöhen". (9)

Deubner spricht sich in seiner Studie für den "Aufbau einer Kerngruppe vertiefter Integration innerhalb der weiterexistierenden EU der Fünfzehn-Plus" aus. Die funktionalen Felder dieser Kerngruppenbildung sollen die Wirtschafts-. und Währungsunion, die Außen- und Sicherheitspolitik, die Migrationspolitik und die Verbrechensbekämpfung (also "Schengen") sein. Institutionell werden dabei intergouvernementale Abstimmungsmethoden zu erwägen sein, die sich am Vorbild der deutsch-französischen Kooperation bzw. der der Benelux-Länder - also, das ist wichtig - innerhalb des EU-Rahmens, aber doch außerhalb des EU-Vertragswerkes - orientieren.

Transnationale Konzerne

An dieser Stelle noch eine kurze Bemerkung zur Problematik der Hegemonie. Die politikwissenschaftlichen Debatten über die Hegemonieproblematik - speziell in der EU - haben sich weitgehend von der klassischen Vorstellung gelöst, daß eine solche Hegemonie in transnationalen Vergesellschaftungsprozessen durch die Vorherrschaft eines Staates (also hier der BRD) ausgeübt werden könnte (nach dem Vorbild der US-Hegemonie nach 1945 oder der Hegemonie des deutschen faschistischen Staates in einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im zweiten Weltkrieg).

Im heutigen Triaden-Kapitalismus sind die dominanten Akteure die transnationalen Konzerne. Schon das Binnenmarkt-Projekt war das Projekt der europäischen TNKs. In bezug auf die Vertiefung der Integration sind die Interessenlagen jedoch schon wesentlich differenzierter und fragmentierter. Der Nationalstaat wandelt sich unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (J. Hirsch). Dieser übt zwar nach wie vor wichtige Funktionen der Anpassung an den Wettbewerb auf dem Weltmarkt aus; seine Aufgabe besteht u.a. in der Zerschlagung von sozialstaatlichen und gewerkschaftspolitischen Machtpositionen im eigenen Lande sowie in der "Formierung" einer "standort-gemäßen Gesellschaft". Dennoch hat er in bezug auf die internationale Politik (und vor allem im Hinblick auf die Außenwirtschafts-, Geld- und Zinspolitik) ganz offensichtlich Souveränität abgegeben bzw. verloren. Hegemoniale Konstellationen in der EU bilden sich daher nicht allein entlang den Achsen der nationalstaatlichen Macht oder auch einer Bündnisachse zwischen Deutschland und Frankreich (Bonn-Paris). Sie gehen vielmehr - wie auch Deubner betont - mit der "Errichtung wirtschaftlicher und anderer nichtgouvernementaler Netzwerke zwischen den EU-Staaten" einher.

Zwei Merkmale zeichnen solche Netzwerke aus: Machtkomplexe dieser Art wirken transnational (und sind nicht an die Dominanz eines einzelnen Nationalstaates und seiner politisch-militärischen Macht gebunden), und zweitens konstituieren sie sich als Machtnetzwerke ("Regime"), in denen der Einfluß von Nicht-Regierungs-Akteuren (also z.B. der TNKs) erheblich ist. Am Beispiel der Telekommunikationsindustrien, der gewaltigen Privatisierungs- und Deregulierungsschübe in diesen Bereichen, der transnationalen Konzernstrukturen, von "Multimedia", der Verkehrsnetze und Datenautobahnen ließe sich illustrieren, was mit dem Hinweis auf solche "transnationalen Netzwerke" der Macht genauer bezeichnet werden soll. Auf jeden Fall besteht gerade in diesem Bereich ein erheblicher theoretischer und empirischer Forschungsbedarf, um die Imperialismusanalyse und -theorie am Ende des 20. Jahrhunderts zu reformulieren.

Kulturkampf nach innen

Der "Elitendiskurs" fordert eine Umorientierung auf den Primat der Außenpolitik. Das ist zum einen die traditionelle Sichtweise eines - politisch konservativen - Neorealismus (in der Tradition des Neo-Machiavellismus), der die Machtpolitik des Nationalstaates in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken möchte. Die Innenpolitik - schon gar die Sozialpolitik - muß den außenpolitischen Erfordernissen allemal untergeordnet werden. Allerdings erkennt der moderne "Neorealismus" angesichts der Globalisierung

des kapitalistischen Wirtschaftssystems (und der Rolle der transnationalen Konzerne in ihm) die Wirtschafts- und Währungspolitik als ein wichtiges Instrument der Machtpolitik im internationalen System durchaus an.

Die Wortführer des gegenwärtigen Elitendiskurses wissen wohl, daß sie - in der politischen Öffentlichkeit (also "zum Volk" hin) wie in bezug auf die exekutiven Apparate der Staatsmacht - noch längst nicht hegemonial geworden sind. Noch ist es ihnen nicht gelungen, die "second-hand dealers" der Ideen (Lehrer und Professoren, Journalisten, Fernsehmoderatoren) auf breiter Front zu gewinnen. Noch klagen die konservativen Propagandisten über die vermeintliche Vorherrschaft der "Achtundsechziger" in Schulen und Hochschulen, in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, in den Medien und der Kultur.

Baring hat die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation der Werteorientierungen in der Gesellschaft folgendermaßen beschworen: "Wir sind uns doch wohl darüber einig, daß wir mit unseren heutigen Vorstellungen, Werten und Wünschen, Hoffnungen, die wir seit dem letzten Krieg entwickelt haben, nicht über die nächsten Jahrzehnte hinwegkommen werden. Diese Gesellschaft wird zugrunde gehen, wenn sie sich auf den heutigen, wenn auch respektablen Kanon beschränkt. Die neue Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß mehr Verantwortung, mehr Aufgaben, mehr Pflichten - ja, Pflichten! - auf die Deutschen zukommen, und damit müssen sie sich endlich beschäftigen. Denn wenn sie sagen: Das lehnen wir alles ab, wir bleiben gern Zwerge, tief versteckt im dunklen Wald, wohlstandsgesichert, weil das doch die einzig vernünftige und erfreuliche Lebenshaltung ist, dann werden wir, Hedoniker, die wir geworden sind, in ein Fellachendasein absinken. Dann werden wir in eine Situation geraten, daß andere über unser Schicksal entscheiden. Es geht nicht nur um Innenpolitik, es geht wesentlich um Außenpolitik .... Für einen Großteil unserer Landsleute gibt es gar keine Außenpolitik mehr, sondern nur noch Friedenspolitik, oder was sie dafür halten." (10)

Abgrenzung zum Rechtsradikalismus

Allerdings bewegt sich der neonationalistische Elitendiskurs in einem Dilemma. Auf der einen Seite fordert er die erneute Anerkennung der Macht als Wesensmerkmal der Politik (zumal der Außenpolitik). Deutsche Interessen müssen klar definiert und ausgesprochen werden; die Führungsrolle Deutschlands in der EU wie in der europäischen Politik insgesamt muß anerkannt und angenommen werden usw. usf. Sobald aber solche Ziele eingefordert sind, wird der Elitendiskurs vorsichtig. Deutsche Außenpolitik darf nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Sie darf die Bündnisbeziehungen und Allianzen im Westen nicht beschädigen. Sie muß verhindern, daß sich in Europa oder auch in den atlantischen Beziehungen "antideutsche Allianzen" wiederbeleben. Sie darf niemals aus dem Auge verlieren, daß die heutige deutsche Stärke auf der Stärke der deutschen Exportwirtschaft beruht (70 % der deutschen Gesamtausfuhren gehen in die EU).

Der neonationalistische Elitendiskurs muß daher darauf achten, daß er nicht mit dem Nationalismus und Rassismus der extremen Rechten in Deutschland und Europa identifiziert wird. Die Politisierung der sozialen Frage von rechts (Lösung der Beschäftigungskrise, der Armut und Wohnungsnot, des kulturellen Verfalls und der Kriminalität durch die "Lösung" des "Ausländerproblems"), die überall in Europa vermehrte Zustimmung bei Wahlen erfahren hat, kann nicht im Interesse jener Wirtschaftseliten (des Topmanagements der international operierenden Konzerne) liegen, die für "offene Märkte", für Deregulierung und Liberalisierung optieren und daher - und das gilt in erster Linie für die vom Export abhängigen deutschen Unternehmen - jeden Erfolg einer Politik des nationalstaatlichen Protektionismus (sowie die damit notwendig verbundene Kritik "aus dem Ausland") als kontraproduktiv ansehen müssen.

Angesichts dieser Widersprüche wird auch verständlich, warum sich der neonationalistische Elitendiskurs zunächst einmal auf die "innere Front" konzentriert. Ideologisch geht es dabei erstens um einen "Kulturkampf", in dem die Linke - mit ihren postnationalistischen, sozialstaatlichen, friedenspolitischen und demokratischen Orientierungen - weiter zurückgedrängt werden muß. Zweitens geht es darum, die neuen Aufgaben deutscher Außenpolitik - vor allem im militärischen Bereich (out-of-area-Einsätze, etc.) - mehrheitsfähig zu machen. Drittens eröffnet auch die sog. "Standortdebatte" neue Chancen für nationalistische Koalitionen. Solche Pakte, die für die Erhaltung der "nationalen Wettbewerbsfähigkeit" geschlossen und praktiziert werden sollen, verstärken notwendig nationalistische Orientierungen bei Gewerkschaften und Betriebsräten.

Michael Stürmer hat die Problematik des Zusammenhangs neuer außenpolitischer Herausforderungen und innenpolitischer - d.h. sozialpolitischer - Blockaden wie folgt charakterisiert : "Innenpolitisch geht es ... bei uns um Lohnstückkosten, Soziallasten, Innovationsfähigkeit, Wiedergewinnung der inneren Handlungsfähigkeit.

Außenpolitisch geht es um die große Frage, wie wir unsere Rolle in Europa als atlantischer Partner, als Hauptinteressent in Osteuropa wie auch als 'global player' wahrnehmen." Danach kommt er zu der These, daß der nationale Sozialstaat das Haupthindernis für die Anerkennung des neuen Primats der Außenpolitik darstellt: "Die Sozialpolitik ist national organisiert ... Dieses Nationale im Sozialen kann den Europäern so zum Schicksal werden wie die große Depression der 30er Jahre." (11)

In der Standortdebatte werden gerade die wesentlichen Voraussetzungen einer nach außen gerichteten Macht- und Hegemonialdebatte geschaffen. Die Tatsache, daß gegen die Erweiterung des Auftrags der Bundeswehr - und ihren ersten Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien - kaum protestiert wurde und eine "Friedensbewegung" in Deutschland nicht mehr präsent zu sein scheint, unterstreicht nur die These, daß die Schaffung der innenpolitischen Voraussetzungen für die schließliche Umsetzung des Primats der Außenpolitik inzwischen weit vorangeschritten ist.

Damit sind die großen Felder der politischen Auseinandersetzung - von der internationalen über die europäische bis hin zur nationalen Sozialpolitik (und das schließt die Rolle der Gewerkschaften ein) benannt. Und dabei sind auch die Linien der Konfrontation zwischen "rechts" und "links" markiert.

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft an der Uni Marburg. Er hielt diesen (von uns stark gekürzten) Beitrag im November 1995 auf einer Wochenendtagung des Frankfurter Instituts für Marxistische Studien und Forschungen. Die vollständige Fassung erschien in IMSF: "Internationalisierung - Finanzkapital - Maastricht II. Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen" (170 Seiten, 15 Mark). Wir danken für die Nachdruckerlaubnis. Bezug: IMSF, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

Anmerkungen:

(1) In: Baring/Scholz (Hg.): Eine neue deutsche Interessenlage? Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer Stiftung, Band 41, Köln 1994, S. 210.

(2) Janning: Vom Ende der Gemütlichkeit. Neues zur deutschen Außenpolitik (Sammelrezension). Internationale Politik 1/1995, S. 55ff.

(3) In: Internationale Politik 1/95, S. 27ff. Kaiser ist Direktor des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (Bonn).

(4) Baring: Deutschland - was nun? Berlin 1991.

(5) In: Kaiser/Maull (Hg.): Die Zukunft der europäischen Integration. Konsequenzen für die deutsche Politik (Bonn 1993).

(6) "Das Preußische ist uns sowieso ausgetrieben" - ein Gespräch mit Kurt Sontheimer. Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1995.

(7) Link: Ordnungsentwürfe für Europa, in: Kaiser/Schwarz: Die neue Weltpolitik (Bonn 1995), S. 479f.

(8) J. van Scherpenberg, Perspektiven des Integrationsprozesses, in: Nötzold (Hg.): Wohin steuert Europa? (Baden-Baden 1995), S. 82.

(9) C. Deubner: Deutsche Europapolitik: Von Maastricht nach Kerneuropa? Baden-Baden 1995.

(10) Baring: Deutschland - was nun? Berlin 1991.

(11) Stürmer, in: Baring/Scholz, S. 210.

27. Strategiewechsel oder Pflästerli-Politik? Gender-Politik der Weltbank

Autor: Gertrud Ochsner - aus: Blätter des iz3w · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:31

Daß die Entwicklungspolitik die Frauen entdeckt hat, ist nicht neu. Seit einigen Jahren bezieht die Weltbank auch Gender-Aspekte in Entwicklungsprojekte ein. Tatsächlich erfüllen Frauenförderung und Genderkriterien in staatlichen wie internationalen Institutionen der Entwicklungspolitik aber wenig mehr als eine Feigenblattfunktion: Sie dienen zur Kosmetik einer Strategie, die Probleme schafft, wo sie diese zu bekämpfen vorgibt.

Was bedeutet "Gender and Development-Politik" (GAD) in der Weltbank? Vom "Women in Development (WID) Department" der Weltbank wurde 1994 unter dem Titel Enhancing Women's Participation in Economic Development zum ersten Mal ein allgemeines Strategiepapier zur Gender-Politik veröffentlicht. (1) In dem Papier wird die Diskriminierung und Behinderung von Frauen und Mädchen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zum Teil erstaunlich differenziert analysiert. Jedoch werden Diskriminierung und Behinderung von Frauen lediglich als Zustände und kaum als Prozeß beschrieben. Damit wird verschleiert, daß es sich um Benachteiligungen handelt, die durch die (Strukturanpassungs-) Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfond (IWF) verschärft oder erst geschaffen worden sind.

Verfehlt ist deshalb die Erwartung, daß mit dem vorliegenden Papier zur Gender-Politik eine griffige Grundlage erstellt worden wäre, um die Politik der Weltbank auf die Lebensrealität von Frauen und deren spezifische Bedürfnisse auszurichten. Problematisch erscheinen zunächst zahlreiche Grundannahmen der Konzeption. Vor allem aber bestehen gravierende Widersprüche zwischen der "Gender and Development-Politik" der Weltbank und ihrer Gesamtstrategie, insbesondere der Strukturanpassung (SAP). Diese Widersprüche drücken sich auch in der Rolle des WID-Departments in der Weltbank aus. Diese drei Aspekte sollen im folgenden näher betrachtet werden.

Frauen in Entwicklung

Zunächst jedoch ein Blick zurück: Der Begriff "Women in Development" (WID) wurde in den frühen 70er Jahren von entwicklungspolitisch tätigen Frauen in den USA eingeführt. Sie machten deutlich, daß sich Modernisierungsprozesse für Frauen und Männer unterschiedlich auswirkten und sich die Position der Frauen in den Entwicklungsprozessen weiter verschlechterte. Die WID-Bewegung forderte deshalb soziale Gerechtigkeit und egalitären Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen und Produktionsmittel für Frauen.

Wesentlichen Einfluß auf WID nahm die Frauenbewegung in den Ländern des Nordens mit der Diskussion um die sogenannte Produktionsarbeit sowie die geschlechtliche Arbeitsteilung und ihr Einfluß auf Entwicklungsprozesse von Frauen. Die Bedeutung dieser Diskussion wird deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß Entwicklungsorganisationen und NGO's der Nachkriegszeit Frauen fast ausschließlich in ihrer Rolle als Hausfrauen und Mütter identifizierten und ihre Politik für Frauen weitgehend auf Bereiche der sozialen Wohlfahrt wie etwa Ernährungsberatung und Haushaltökonomie beschränkten, bekannt als Welfare-Ansatz. Ausgeblendet wurde dabei die Arbeitsleistung von Frauen als Produzentinnen, sowohl im Subsistenzbereich als auch in der Marktwirtschaft.

Im Laufe der frühen 70er Jahre leistete die zunehmende Forschung über Frauen in Entwicklungsländern gerade in diesem Bereich einen wichtigen Impuls. Von besonderer Bedeutung war die Studie der Dänin Ester Boserup: Womens Role in Economic Development (1970). Boserup kritisierte den Welfare-Ansatz und beleuchtete die Bedeutung von Frauen für die Agrarproduktion in afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Sie strich vor allem die positive Korrelation zwischen der Rolle der Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion und ihrem Status gegenüber den Männern hervor. Boserups Arbeit wurde von der WID-Bewegung enthusiastisch aufgenommen, weil sie die Bemühungen von Frauen um Einfluß auf Entwicklungspolitik durch die doppelte Argumentation von Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz legitimierte. Die Betonung des produktiven Beitrags von Frauen sollte Entwicklungsplaner davon überzeugen, Frauen ökonomische Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Allerdings wurde diese Strategie auch kontrovers diskutiert. Sie birgt die

Gefahr, daß das, was Entwicklung von Frauen braucht, dem übergeordnet wird, was Frauen von Entwicklung brauchen - was in der Tat oft geschah.

Von "women" zu "gender"

Die WID-Bewegung und die aus ihr resultierende Forschung machte die Arbeit von Frauen in den verschiedenen Lebensbereichen sowie die Zwänge und Diskriminierungen mit denen sie konfrontiert sind sichtbar. Das Problem von asymmetrischen Geschlechterbeziehungen und der strukturellen Unterordnung von Frauen stellte dabei zwar ein Kernargument des WID-Ansatzes dar. Allerdings blieben diese Aspekte sowohl in der Forschung als auch in der konkreten Projektarbeit eher marginal, da die WID-Analyse sehr stark auf Frauen in einem isolierten Sinne und weniger auf Geschlechterbeziehungen ausgerichtet war.

Im Kontext der aufkommenden theoretischen Differenzierung zwischen "sex" als biologischem und "gender" als sozialem Geschlecht, wie sie in verschiedenen Sozialwissenschaften Ende der 70er Jahre entwickelt wurde, kam auch in der WID-Diskussion eine Neuorientierung in Gang. Anstatt "Women in Development" (WID) hieß es nun "Gender and Development" (GAD). Der GAD-Ansatz sollte den Blick verstärkt auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen richten, sowohl im Haushalt als auch im Markt, im Staat und in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Macht und Geschlechterverhältnisse werden damit zu zentralen Kriterien in der Analyse der Unterordnung von Frauen.

Dieser Diskurswechsel wurde auch in liberalfeministische Ansätze aufgenommen. Auf struktureller Ebene betonen diese vor allem die Notwendigkeit des individuellen Zugangs beider Geschlechter zu ökonomischen Ressourcen. Gender-Analysen dienen somit als Instrument zur Verminderung ineffizienter Rollen und Ressourcenverteilung und zur Steigerung der Gesamtproduktivität. Dieser Ansatz bewegt sich jedoch im Rahmen der bisherigen wirtschaftspolitischen Tendenzen.

Letzteres gibt Anlaß zu sehr kontroversen Diskussionen. Vor allem Frauen aus dem Süden kritisieren den liberal feministischen Ansatz als neokolonialistisch. Für kritische Feministinnen (z.B. vom Netzwerk DAWN (2)) stellen Macht und Geschlechterverhältnisse in einem viel umfassenderen Sinn den Angelpunkt im Kampf um gerechtere Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen dar: Da den derzeitigen Verhältnissen die Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen zugrunde läge, reiche es nicht aus, Frauen in Entwicklungsprojekte einzubeziehen. Gefordert wird vielmehr die grundsätzliche und radikale Neukonzeption von Weltwirtschaftsstrukturen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß weder ein WID-, noch ein GAD-Ansatz per se einen Weg zu gerechteren Bedingungen für Frauen garantieren. Es handelt sich lediglich um verschiedene Denkmodelle. Zu fragen ist jeweils, in welchem Verhältnis zu generellen (makro-)ökonomischen Zielen die aus diesen Modellen resultierenden Postulate stehen. Offen bleibt bisher auch, welche eigentlich die Voraussetzungen für eine frauenorientierte Wirtschaftspolitik sein sollen.

Geschlechter in der Weltbank

Laut Weltbank machen Frauen weltweit 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus, ein Viertel in der Industrie und ein Drittel im Dienstleistungssektor. In Entwicklungsländern leisten sie mindestens 50 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelproduktion, 80 Prozent davon in einigen afrikanischen Ländern. Darüber hinaus sind sie weitgehend doppel- und mehrfachbelastet durch Haus-, Kinder-, und Gemeinschaftsarbeit.

Dieser Erkenntnis zum Trotz gehen die Autorinnen des GAD-Konzeptes der Weltbank davon aus, daß die Produktion von Frauen sowohl im Erwerbssektor als auch in der häuslichen Produktion noch immer gering ist gemessen am Anteil der Männer. Diese zu erhöhen, d.h. das "unternutzte Potential" der Frauen zu erschließen, leistet aus ihrer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Steigerung von Wachstum und Effizienz sowie zur Verminderung von Armut - Schlüsselziele des Entwicklungskonzeptes der Weltbank. Mit dieser Strategie reiht sich die Gender-Politik der Weltbank in die liberale Gender-Diskussion ein.

Die eingangs erwähnte Weltbank-Studie Enhancing Women's Participation in Economic Development aus dem Jahr 1994 betont die Bedeutung der Frauenförderung. Investitionen in Frauen erhöhten die Produktivität und die Effizienz der Ressourcennutzung. Entwicklung und Wachstum wäre am besten gedient, wenn die knappen öffentlichen Mittel dort eingesetzt würden, wo sie den höchsten ökonomischen und sozialen Gewinn erzielten.

Auch weil der Gewinn im sozialen Bereich bei Frauen generell höher als bei Männern wäre, lohne es sich in Frauenförderung zu investieren, wenn Entwicklung und Wachstum erreicht werden solle (Enhancing ..., S.22).

Die Investition in Frauen, d.h. in Ausbildung, Gesundheit, Familienplanung, Zugang zu Arbeitsplätzen sowie Land und Kapital - dies die fünf Schwerpunktbereiche der Gender-Strategie der Weltbank - wird damit zwar zum zentralen Element einer Entwicklungsstrategie ernannt, mit der auch soziale Gerechtigkeit gefördert werden soll. Letztere erscheint aber eher als positiver Nebeneffekt, denn als Ziel an sich. Es fällt auf, daß Produktivität konzeptionell in herkömmlichen wirtschaftlichen Kategorien gedacht wird, d.h. Arbeit von Frauen etwa im Bereich der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen, im Haushalt usw. als nicht produktiv erscheint. Die feministische Forschung hat jedoch gezeigt, daß die Produktivität von Frauen in Relation zu der der Männer keineswegs geringer ist, vorausgesetzt alle Arbeitsbereiche von Frauen werden miteinbezogen.

Der Analyseteil der Studie macht zwar deutlich, daß diese Leistungen von Frauen mittlerweile auch von der Weltbank wahrgenommen werden. Als Konsequenz der üblichen Zweiteilung in produktive und nichtproduktive Tätigkeiten wird ein großer Teil dieser Leistungen aber lediglich als Zwang gesehen, der Frauen daran hindert, der Gesellschaft oder vielmehr der Wirtschaft ihr eigentliches Produktivitätspotential zur Verfügung zu stellen. Diese Zwänge und Hindernisse gilt es, gemäß der Weltbank-Strategie, zu beseitigen oder zu vermindern.

Dabei ist fraglich, ob die Frauen von den daraus abgeleiteten Maßnahmen wirklich profitieren können, z.B. durch verbesserten Zugang zu ökonomischen Ressourcen (Erwerbsarbeit, Geld, Landrecht) oder zu einer qualifizierenden Schulbildung. Darüberhinaus wäre noch zu prüfen, mit welchen Bedingungen solche etwaigen Verbesserungen verknüpft sind. Es sei hier zum Beispiel auf all jene Gesundheitsprojekte hingewiesen, bei welchen medizinische Versorgung von Frauen an repressive Maßnahmen und oft sogar gesundheitsgefährdende Methoden der Familienplanung gekoppelt sind.

Außerdem werden schon die Bedürfnisse von Frauen zu eng definiert: nämlich nur als diejenigen, welche aus "ihrer gesellschaftlichen akzeptablen Rolle" resultieren. Erst recht scheint die Frage irrelevant zu sein, ob die Frauen ihr Produktivitätspotential überhaupt in der von der Weltbank propagierten Weise einsetzen möchten.

Ist Ökonomie geschlechtsneutral?

Diese Einwände gegen konzeptionelle Schwachpunkte führen zum Kern der Kritik am Gender-Ansatz der Weltbank: Die angestrebten Verbesserungen und Erleichterungen für Frauen und Mädchen können nicht als Ausdruck der Anerkennung von grundlegenden Frauenrechten an sich gewertet werden, da sie sich für die Weltbank einzig durch den daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen und makroökonomischen Nutzen rechtfertigen - eine Denkweise, die sich in dem Wort "Investition" widerspiegelt. Vielmehr werden Frauen mit dem Gender-Ansatz á la Weltbank für eine Entwicklungs- und Wachstumsstrategie instrumentalisiert, die in ihrer Gesamtkonzeption solchen Ansätzen widerspricht, die die grundlegenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern einbeziehen. (3)

Die Konzeptionsfehler der Gender-Politik der Weltbank stehen damit in engem Zusammenhang mit deren Einbettung in die auf Entwicklung und Wachstum ausgerichtete Gesamtkonzeption der Weltbank. Die Gender-Politik, die bisher vor allem auf den Projektbereich der Weltbank - insbesondere auf die Sektoren Human Resources und Landwirtschaft - ausgerichtet ist, wird der neoliberalen Anpassungspolitik klar untergeordnet. Es wird suggeriert, die Makroökonomie sei geschlechtsneutral.

Wie z.B. die Ausführungen der Ökonomin Diane Elson zeigen, ist dem aber nicht so: "Das Augenmerk der Makroökonomie liegt auf dem Bruttosozialprodukt, seiner Höhe und seinem Wachstum, auf Investitionen und Ersparnissen, auf Importen, Exporten und der Handelsbilanz, auf der optimalen Allokation der Ressourcen, auf Effizienz und Produktivität. Frauen tauchen nicht auf - genausowenig wie Männer. (...) Der männliche Bias (etwa: Voreingenommenheit) der Makroökonomie folgert daraus, daß ein ganzer Bereich der Produktivität, nämlich die unbezahlte Reproduktionsarbeit, ausgeblendet wird und daß die Wechselbeziehungen zwischen diesem Bereich der Produktion und denjenigen Bereichen, die die Makroökonomie untersucht, nicht beachtet werden." (4)

Aus diesem Grund ist es kaum erstaunlich, daß die auf dieser Logik basierenden und von der Gender-Politik weitgehend unberührten Strukturanpassungsprogramme (SAP) des IWF und der Weltbank mit (sozialen) Kosten und Konsequenzen verbunden sind, die Frauen und Mädchen weit stärker zu tragen haben als

Männer. Dadurch werden die bereits existierenden Diskriminierungen von Frauen und Mädchen weiter verschärft. Das WID-Department der Weltbank bestätigt in seinem Papier zwar durchaus solche negativen Auswirkungen der SAP-Politik, betrachtet sie jedoch als kurzfristig. Somit genügt es, aus Sicht des WID-Departments, diese durch kurzfristige Kompensations-Programme aufzufangen. Denn längerfristig würden auch Frauen von den durch das Wirtschaftswachstum erzielten Gewinnen profitieren können, ganz nach dem immer wieder propagierten Trickle-Down-Effekt.

Gerade diese Sichtweise wird oft kritisiert und damit auch die Vorstellung, daß sich mit dem Trickle-Down-Effekt ökonomische und gesellschaftliche Gewinne automatisch und dazu noch geschlechtsneutral sozialisieren würden. Die Erfahrung mit SAP beweist in den meisten Ländern das Gegenteil: Die negativen Folgen für Frauen sind langfristig und die generellen sozialen Gegensätze sind meist noch verschärft worden.

Vor diesem Hintergrund scheinen GAD-Dimensionen in der Weltbank bislang eher Projektanhängsel zu sein als grundsätzlich bestimmend für einen Prozeß des Überdenkens von Entwicklungskonzepten und makroökonomischer Politik. Gender-Aspekte berücksichtigende Gegenmaßnahmen oder Projekte geraten im besten Fall zur bloßen Pflästerli-Politik.

"Gender and Development"

im Abseits

Die Unterordnung der GAD-Politik gegenüber der makroökonomischen Gesamtstrategie findet auch in der Organisation und der Struktur der Weltbank ihren Ausdruck. Das WID-Department ist als thematische Gruppe im Bereich Bildung/Erziehung und Sozialpolitik innerhalb des "Human Resources Development and Operations Policy-Department" angesiedelt. Sein Spielraum wird dadurch eingeengt, daß die meisten (größtenteils männlichen) MitarbeiterInnen der Bank nur geringes oder gar kein Interesse an den Erkenntnissen und Strategien der GAD-Politik zeigen, geschweige denn sie in ihre eigenen Tätigkeitsbereiche integrieren würden.

Zwar ist zu bemerken, daß sich innerhalb der Bank um das WID-Department ein Netzwerk von Leuten gebildet hat, die sich darum bemühen, Gender-Komponenten in die allgemeine Kredit- und Projektpraxis einzuführen und Studien zu befördern, die die geschlechtsspezifischen Folgen von SAP feststellen können. Allerdings wurde der Großteil dieser Arbeit innerhalb der Bank gar nicht von dieser selbst finanziert, sondern entstand aufgrund der direkten Initiative und mit Mitteln einiger weniger Länder, vor allem Hollands und Norwegens.

Dies sagt mehr über die tatsächlichen Prioritäten der Weltbank aus als viele ihrer in jüngster Zeit publizierten Statements, in denen Gender-Fragen einen zunehmend großen Stellenwert einnehmen. Daß es bei diesen Lippenbekenntnissen bleibt ist mithin kein Wunder - würde ein konsequent verfolgter Gender-Ansatz doch direkt die Politik der Strukturanpassung herausfordern. Und das ist, wie es ein Angestellter der Weltbank einmal formuliert hat, "wie ein Angriff auf den Koran".

Gertrud Ochsner

Anmerkungen:

1) Enhancing Women's Participation in Economic Development. A World Bank Policy paper, Washington 1994

2) Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) ist sowohl politisch als auch auf wissenschaftlicher Ebene eines der bedeutendsten Netzwerke von Frauen aus dem Süden.

3) Vor dem Hintergrund dieser Gesamtstrategie der Weltbank erscheinen Hinweise in besagtem Weltbankpapier darauf, daß Frauen von Entwicklungsprozessen nur erreicht werden können, wenn die relativen Rollen und Verantwortlichkeiten von Frauen und Männern im Haushalt und in der gesamten Gesellschaft analysiert und in die Gestaltung von Programmen und Projekten einbezogen werden müßten, als bloße Lippenbekenntnisse.

4) Diane Elson, Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomie, in: PROKLA Nr.4/1993

Die Autorin arbeitet für die Organisation Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt in Bern. Der Text ist die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrages aus der Broschüre: Strukturanpassung im Süden - eine

Dokumentation von Frauensichten. Die sehr umfangreiche Dokumentation ist für 45 Franken (zzgl. Porto) erhältlich bei: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, Gerberngasse 21a, CH3011 Bern.

Wir haben den Beitrag mit freundlicher Genehmigung den blättern des iz3w, (Nr. 213, Mai 1996) entnommen.

28. Augsteins willige Spießgesellen. Wie der "Spiegel" die Deutschen von jeder Schuld freispricht

Autor: Tjark Kunstreich · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:30

"Sind die Deutschen wirklich ein Volk von Judenmördern?" fragt der Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer am Anfang der von ihm verantworteten Titelgeschichte: "Neuer Streit um Kollektivschuld: Die Deutschen: Hitlers willige Mordgesellen?" (Spiegel 21/96) und beantwortet sie auf den folgenden 16 Seiten mit einem klaren Nein. Um zu diesem Nein zu kommen, muß die jüngere deutsche Geschichte freilich zurechtgebogen werden: "Unterwerfung aus Ohnmacht", so das zusammenfassende Urteil über die Deutschen im Nationalsozialismus. Das Plädoyer auf Freispruch für die Deutschen - Widerstand würde "freilich vom Durchschnittsuntertan einer Gewaltherrschaft nirgendwo erwartet" - ist die Reaktion auf die von Chefankläger Daniel Jonah Goldhagen aus den USA aufgestellte These, daß die Deutschen von der Vernichtung nicht nur gewußt, sondern sie auch gewollt hätten ("Hitler's Willing Executioners", New York 1996): "Er inszeniert einen zweiten Nürnberger Prozeß, nun gegen ein ganzes Volk'", zitiert der Spiegel den Londoner Spectator.

Autor Meyer wird in der Hausmitteilung vorgestellt als Hitlerjunge und Volkssturm-Mitglied, der "nach dem Krieg (...) lange Zeit im Berliner Entschädigungsamt (arbeitete) - tagtäglich konfrontiert mit den Schicksalen jüdischer Deutscher, zuständig für NS-Verfolgte mit den Anfangsbuchstaben S und W und somit für Leute wie Robert Siodmak oder die Erben von Theodor Wolff." Er bestätigt alle Vorurteile, die man gegen einen Mann mit solcher Lebensgeschichte haben kann. Meyer, der 1944, mit zwölf Jahren, "einen Todesmarsch von KZ-Häftlingen im Harz" gesehen hatte und 1958 - "nach einem Besuch in Auschwitz" - sein "zweites Lebensthema" gefunden hat: "den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen", rechnet auf wie jene Beamten, die den Überlebenden in der Bundesrepublik das Leben unmöglich machen sollten. Der Beitrag liest sich wie eine behördliche Antragsablehnung. Der Grund für die mit historischen Anekdoten gespickte Titelgeschichte ist jedoch der enorme Erfolg des Buches in den USA und vor allem in Großbritannien, über dessen Ursache Erich Goldhagen, Vater des umstrittenen Autors, Auskunft gibt: "Je mehr sich die Deutschen über das Buch aufregen, um so mehr Leute kaufen es hier." Jedoch rechnet der Spiegel nicht nur mit der "Kollektivschuld" ab, sondern leugnet den Antisemitismus und läßt allerhöchstens "persönliche Nöte" für die Akzeptanz der Deutschen für den Massenmord gelten. Heraus kommt, daß letztlich alle anderen schuld waren - nur die Deutschen nicht.

Nur vom Hörensagen

Der propagandistische Impetus des Artikels ist ein altbekannter: Die Argumente, die Goldhagen zum Beleg seiner Thesen heranführt, werden zu Gegenargumenten, Goldhagens Zeugen zu Kronzeugen der Verteidigung. In der Einleitung wird noch scheinbar neutral beschrieben, in welcher Geistesverfassung die Männer vom Polizeibataillon 101 waren, die Massenerschießungen in Polen durchführten, und zugestanden, daß diejenigen, die sich nicht an den Erschießungen beteiligten, zwar beschimpft, aber nicht bestraft wurden. Aber schon auf der zweiten Seite kommt der Spiegel zur Sache: "Die überwiegende Mehrheit der Deutschen, von Sorgen nur für die allernächsten bedrückt und den Leiden anderer gegenüber verhärtet, wußte nichts von Auschwitz und von den Vernichtungslagern in Polen." Um dann hinzuzufügen: "Von den Massenerschießungen aber erfuhren sie durch Augenzeugen oder vom Hörensagen." Auch wenn man Goldhagens Zählweise der an der Vernichtung Beteiligten gelten lasse, komme man nur auf 500.000 Deutsche, "weniger als ein Prozent der damals 80 Millionen Deutschen".

Ein deutsches Verbrechen? Am Beispiel Czernowitz wird die Lüge des Dichters Paul Celan ein für alle Mal erledigt, der ja behauptet hatte, daß der Tod ein Meister aus Deutschland sei. Zuerst, rechnet Meyer auf, hätten die Sowjets 10.000 Juden aus der rumänischen Stadt deportiert (von denen ein Drittel umgekommen seien), dann "vertrieben oder erschossen die Rumänen" 34.000, die Deutschen jedoch nur 682 Juden. Und wissen konnten die Deutschen, solchermaßen von einem besonderen Nationalcharakter freigesprochen, weil ja auch die anderen Juden ermordet haben, auch nur wenig oder gar nichts. Die Vernichtung sei "Geheime Reichssache" gewesen; auf Gerüchte zu hören, könnte KZ-Haft bedeuten, und was die KZs waren, wußten alle, weil "das Regime keinen Hehl aus dem Terror" machte.

Rassist Goldhagen

Die Deutschen, fährt der Spiegel fort, haben es nicht nur nicht gewußt: Wenn sie etwas wußten, dann waren sie dagegen. "Hitler verurteilte nun das deutsche Volk zum Untergang, weil es sich nicht als den Nazis angemessen erwiesen hatte." Und nachdem zuvor Victor Klemperer als Zeuge für die Unwissenheit jüdischer wie nichtjüdischer Deutscher vorgeführt wurde, bemüht man nun Franz Neumann, der mit der Bemerkung zitiert wird, daß das deutsche Volk seiner Überzeugung nach das am wenigsten antisemitische sei. Garniert ist das ganze mit Anekdoten aus Gestapo-Berichten und Aussagen von Zeitzeugen, um zu zeigen, was man mit Quellenforschung alles anstellen kann. So wird deutsche Geistesgeschichte auf Hegel, Engels und Lassalle verkürzt, die herangezogen werden, um Goldhagens These vom besonderen deutschen Antisemitismus zu widerlegen. Das macht man so: Hegel habe "den Genozid zum Prinzip erhoben", Engels habe Polen zur "erledigten Nation erklärt" und Lassalle schließlich habe von einem Recht zur Eroberung gesprochen. "Unglaublicher Rassismus", so der Spiegel, da habe Goldhagen recht.

Aber Goldhagen selber "teilt diesen Irrwahn einer kollektiven Verurteilung in seinem Verdikt über die Deutschen", sprich: Goldhagen ist ein Rassist, ein unglaublicher. Goldhagen erinnere an Theodore Kaufman, der schon 1941 in einer Broschüre gefordert habe, man müsse alle Deutschen sterilisieren; "ein Fest für die NS-Propaganda, mit furchtbaren Wirkungen. Kaufman paßte genau in ihr ideologisches Trugbild von den Juden als Bindeglied zwischen ‚amerikanischer Börse und russischen Bolschewiki`. Den Luftterror erklärten sie zum Vollzug des Genozids an den Deutschen, dessen man sich mit gleichen Mitteln wehren müsse." Das Böse kam in Deutschland schon immer von außen, besonders in Form von "Luftterror".

Ein bißchen übertrieben ist die nun folgende Darstellung "deutsch-jüdischer Begegnung", die von Goldhagen nicht genug berücksichtigt worden sei - Spiegel-Autor Meyer tut so, als wisse er nicht, wie man in Deutschland Antisemitismus buchstabiert: "Fast jeder vierte deutsche Nobelpreisträger war ein Jude." Auf Goldhagens Feststellung, daß es in der Weimarer Republik keine Solidarität mit den Juden gegen den wachsenden Antisemitismus gegeben habe, entgegnet Meyer: "Aber die Weimarer Verfassung stammte von dem jüdischen Staatsrechtslehrer Hugo Preuß." Auch ein Mechanismus der Propaganda: Einem Argument zu begegnen, indem man es ignoriert.

Zwei Drittel der Deutschen hätten bei den letzten Reichstagswahlen gegen die NSDAP gestimmt, behauptet der Spiegel. Richtig ist, daß ein Drittel der Wählerinnen und Wähler für die NSDAP gestimmt haben, etwas über ein Drittel für SPD und KPD, das restliche Drittel für Parteien, die geschlossen dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Letztlich können nur die Stimmen für SPD und KPD als wirkliche Stimmen gegen die NSDAP gewertet werden. Eine Aussage über die Virulenz des Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung läßt sich aus diesem Wahlergebnis nicht treffen: auch KPD und SPD mobilisierten in ihren Wahlkämpfen gegen die "Weltherrschaft der Wall-Street" und das "Versailler Diktat".

Nürnberger Gesetze

zügeln den Terror

Selbst die Tatsache, daß "KZ-Insassen der ersten sechs Nazi-Jahre Deutsche (waren)", wird hier zum Beleg für den mangelnden Antisemitismus der Deutschen. In dieser Formulierung bricht es aus dem Autor hervor, der zuvor etliche Zeilen darauf verwendet hat nachzuweisen, daß die deutschen Juden ein Teil des deutschen Volkes gewesen seien (Victor Klemperer wird hier ein weiteres Mal bemüht): Die deutschen Juden waren eben doch keine Deutschen, und die ersten Opfer der "Kriminellen an der Spitze" waren keine Juden.

Daß es doch Terror gegen Juden gegeben haben muß, wird nur indirekt zugegeben: "Mancher Deutsche, auch viele jüdische (1), empfanden die Gesetze (gemeint sind die ‚Nürnberger Rassegesetze`, T.K.) meist als Ende des ungezügelten Terrors gegen die Juden durch abschließende gesetzliche Regelung." Von der "Arisierung", dem neben der Erfassung von Juden vorrangigen Zweck des Gesetzes, kein Wort. Statt dessen wird behauptet, die Juden hätten ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten. Tatsächlich wurden Staats- und Reichsbürgerschaft einfach getrennt, und so aus den Juden Bürger zweiter Klasse gemacht, um sie so entrechtet enteignen zu können. "Die antisemitische Propaganda ging vorübergehend zurück, drei Jahre noch nahmen die jüdischen Kaufleute am Wirtschaftsleben (...) teil" - welches für Juden aus der Enteignung bestand, die 1938 weitgehend abgeschlossen war.

Welche Erlösung die "Nürnberger Gesetze" gewesen sein mußten, das lernt man beim Spiegel-Lesen, denn hier wird - ganz gegen die Intention des Autors - nahegelegt, daß Erfassung, Entrechtung, Enteignung und Vertreibung ohne die "gesetzliche Regelung" noch schneller und noch brutaler vonstatten gegangen wäre. Aber Antisemitismus gab es nicht. Es gab "andere Schwächen im deutschen Nationalcharakter: der Mangel an Zivilcourage, sozialer Neid." Hier vergißt der Autor hinzuzufügen, daß es sich hierbei natürlich um allzu menschliche Schwächen handelte.

Auch Lion Feuchtwanger, vor kurzem erst im Spiegel als einer derjenigen gebrandmarkt, der sich auf das "Abenteuer Aufklärung" in Deutschland eingelassen habe, muß bürgen, wenn es um den Selbstfreispruch geht: Er wird mit den Worten zitiert, daß das deutsche Volk sich gegen das Regime zur Wehr setzte. Feuchtwanger schrieb dies 1936, in der falschen Annahme, daß es tatsächlich relevante Opposition in Deutschland gebe. Aber was folgen würde, gibt auch der Spiegel zu, konnte Feuchtwanger auch nicht wissen. Auch die Pogrome von 1938 waren, glaubt man Meyer, nicht so richtig erfolgreich; es habe viele Unmutsäußerungen gegeben. Selbst der gelbe Stern habe nicht zu den von Goebbels angeblich erwarteten Ausschreitungen geführt, sondern vielfach zu Schamreaktionen oder Sympathiebekundungen, insgesamt seien die Deutschen, "merklich wohlwollender" den Juden gegenüber, wird ausgerechnet der päpstliche Nuntius (Botschafter des Vatikans) zitiert.

Nachdem nicht nur die Ausgrenzungsgesetze, sondern auch die öffentliche Stigmatisierung die Deutschen nicht zu Antisemiten machen konnte, sei schon 1941 ein Riß zwischen der Bevölkerung und dem Regime aufgetreten. Zwar seien die Deportationen in vielen Städten öffentlich gewesen, das wurde aber geändert, als es Proteste gab: das einzige Beispiel ist hier die Demonstration von Frauen vor der Deportationsstelle Rosenstraße in Berlin, die jedoch erst 1943 stattfand, und nicht (wie der Artikel nahelegt) zu Beginn der Deportationen. Außerdem klang das Wort Deportation ja auch so "harmlos": Viele Deutsche wurden schließlich auch zu Arbeitseinsätzen transportiert, Kinder evakuiert - wer sollte sich da wundern? Selbst die jüdischen Opfer haben schließlich nicht mit dem gerechnet, was ihnen bevorstand. Woher sollten es dann die Deutschen wissen?

Entlastungszeuge Klemperer

"Wie viele (Deutsche, T.K.) dem Sternträger Klemperer beistanden, anonym Lebensmittel und Gesten der Sympathie zukommen ließen, wird demnächst auch das amerikanische Publikum erfahren." Und zwar von eben jenem deutschen Juden, dessen "reale Schilderung von Deutschland im Krieg" bald in den USA erscheinen wird. Klemperer, dem wenige Wochen zuvor vom Spiegel bescheinigt wurde, daß er nach 1945 Stalins "totalitären Faszination" erlegen wäre, ist der Hauptzeuge gegen Goldhagen. Posthum wird aus ihm der ideale Deutsche jüdischen Glaubens, funktionalisierbar und ausbeutbar, wie es sich für einen Toten gehört. Klemperers Widersprüchlichkeit, sich nämlich als Deutscher zu fühlen und als Jude ausgegrenzt zu werden, kommt nicht mehr vor. Hier gäbe es nämlich genug Material, um zu belegen, was nach Ansicht des Spiegels um keinen Preis sein darf: Daß es einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus, mangelnder Zivilcourage und sozialem Neid gibt, und daß es jene Mischung ist, die - bedingt durch die historische Entwicklung in Deutschland - die sozialpsychologische Voraussetzung zur Vernichtung darstellt.

Die für den Spiegel unvermeidliche Erwähnung der Putschisten vom 20. Juli 1944 dient als letzter Beweis: "Neun Zehntel wissen nicht, daß wir Hunderttausende getötet haben", wird Graf von Moltke zitiert. Der Putschversuch selbst sei eine direkte Reaktion auf den beschlossenen Mord an den ungarischen Juden gewesen; dabei ist bekannt, daß sich die "Männer des 20. Juli" keineswegs um die Juden sorgten, sondern um Deutschland. Meyer geht es darum, nachzuweisen, daß es Widerstand gegen die Vernichtung gegeben habe. Deswegen deutet er den 20. Juli einfach um und stellt ihn in eine Reihe mit der Gruppe um Sophie Scholl und der um Herbert Baum. Doch zunächst geht es wieder um die deutschen Opfer: "Die ersten 70.000 Opfer, die durch Gas umgebracht wurden, waren nichtjüdische Deutsche." Die Opfer der Euthanasie-Aktion werden so posthum zum Zählmaterial gegen den unterstellten jüdischen Opfer-Alleinvertretungsanspruch. Gegen das Euthanasie-Programm der Nazis hat es Widerstand gegeben, es mußte stark modifiziert weitergeführt werden.

Für Spiegel-Autor Meyer ist der wesentliche Grund dafür, daß es gegen die Vernichtung der Juden keinen entsprechenden Widerstand gegeben hat, daß "die Stätten der Vernichtung nicht so sichtbar (waren) wie die Hospitäler in Brandenburg, dem hessischen Hadamar oder Hartheim in Österreich. Globocniks drei Vernichtungslager wurden an der Ostgrenze des Generalgouvernements versteckt und damit sogar der

Jurisdiktion des NS-Reiches entzogen. Nicht einmal den Generalgouverneur Hans Frank ließ die SS die Lager Belzec oder Auschwitz betreten." Es waren also die Lager von Globocnik - schon der Name klingt nicht deutsch, diese Assoziation soll hervorgerufen werden - und es waren ja nur drei.

Die Deutschen weinten

Wer es wußte, war erschüttert, und schließlich haben es weder die Juden noch die Alliierten selbst geglaubt. Selbst KZ-Häftlinge in Auschwitz hätten die Gaskammern nicht gesehen. Die Männer vom Polizeibataillon 65 sind, folgt man dem Spiegel weiter, genauso getäuscht worden, wie jene Juden, die sofort in den Gaskammern ermordet wurden: Sie erfuhren erst in der Kneipe von einem besoffenen SS-Mann von den Massenmorden. "Selbst Augenzeugen des Sterbens in Birkenau weigerten sich über Wochen, die erkannte Wahrheit für wahr zu halten." Für Täter wie für Opfer überstieg Auschwitz das "menschliche Begriffsvermögen". Am stärksten gilt dies für die Deutschen, die - glaubt man Meyer, der ja dabei war - immer weinten, wenn sie von der Vernichtung hörten, aber nichts taten: Sie hatten ja auch keine gesicherten Informationen, wie der Spiegel. Erst nach dem Krieg sei auch vielen Davongekommenen der wirkliche Charakter der Endlösung deutlich geworden.

Das Fazit: "Schuldig wurde jeder einzelne Deutsche, der fürs Vaterland oder die Familie zu sterben bereit war, aber die Lebensgefahr des Widerstands scheute. Das wird freilich vom Durchschnitts-Untertan einer Gewaltherrschaft nirgendwo erwartet." Sätze wie diese deuten darauf hin, daß Augstein selbst mit Hand an dieses Plädoyer gelegt hat. Die Nation bleibt unbefleckt, es waren eben doch nur eine Handvoll "Kriminelle". Die wenigen Mitmacher haben zwar Schuld auf sich, aber nicht auf die Nation geladen. Darüberhinaus wußten sie nichts, außer daß ein paar tausend Juden erschossen wurden. Und schließlich kann doch niemand Widerstand dort erwarten, wo einem ein ehrenvoller Tod auf dem Schlachtfeld winkt.

Die Irrationalität, die aus dem Fazit spricht, ist dieselbe, die sowohl den Geisteszustand der Deutschen im Nationalsozialismus wie die Bewußtseinslage der Aufbaugeneration nach 1945 kennzeichnet. Es ist die Negation jeder persönlichen Verantwortung und das Bewußtsein, immer ein Opfer - vorzugsweise der Juden - zu sein. Von der Leugnung des Antisemitismus zur Leugnung der deutschen Verbrechen ist es da nicht mehr weit: was niemand gewußt hat, ist auch nicht unbedingt geschehen. Nichtzuletzt bestätigt dieser Spiegel-Titel den Verdacht, daß mit der Abwehr von Goldhagens Thesen weniger eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dessen Buch beabsichtigt ist, sondern nicht weniger als die Neubewertung der Vernichtung der europäischen Juden. Das wesentliche Anliegen dieser Neubewertung wird sein, zu bestreiten, daß es gesellschaftliche Voraussetzungen, die Auschwitz möglich gemacht haben, gab - und gibt. Diese Voraussetzungen liegen in der Verfaßtheit Deutschlands und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Wer's nicht glaubt, lese den Spiegel.

Tjark Kunstreich

Anmerkung:

(1) Fehler im Original.

29. Das Ende der Erinnerung. Für ein politisches Gedenken an die Schoa

Für ein politisches Gedenken an die Schoa - von Tjark Kunstreich

Autor: Tjark Kunstreich · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:38

Wie kann heute eine politische Form der Erinnerung an die Schoa aussehen? Der folgende Text ist ein nach der Diskussion überarbeitetes Referat für ein Seminar des Auschwitz-Komitees zur "Zukunft der Erinnerung". Das Komitee hat sich eine breite Debatte um diese Frage zum Ziel gesetzt, in der die verschiedenen antifaschistischen Gruppen und Organisationen diskutieren, ob eine gemeinsame Haltung zu den aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich möglich ist. Stichworte sind hier: Holocaust-Mahnmal und -Museum in Berlin; Musealisierung und Pädagogisierung als Entpolitisierung des Gedenkens; die Zusammenhänge zwischen Gedenken und aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland.

Wie gehen wir mit der Erinnerung um, wie wollen wir mit ihr umgehen? Diese Frage ist zugleich Ursache und Rechtfertigung für die Existenz des Auschwitz-Komitees in der BRD. Es wurde 1986 aus der Erfahrung heraus gegründet, daß das Gedenken an diejenigen, die deswegen zu Millionen ermordet wurden, weil sie Juden waren, in den traditionellen linken Verfolgten-Organisationen nicht ausreichend seinen Platz fand. Als Reaktion auf den "Historikerstreit" begann in der VVN damals eine Debatte um eine positive Definition des deutschen Nationalgefühls - eben während Nolte und andere aus anderen Gründen genau das gleiche taten.

Das Auschwitz-Komitee ist nie eine ausschließliche Überlebendengruppe gewesen, sondern steht allen Menschen offen, denen es um eine wirkliche Beziehung zu Auschwitz und zu den Opfern der Schoa geht. Der Begriff "wirkliche Beziehung zu Auschwitz" ist hier nicht gruppendynamisch oder gar selbsterfahrungsmäßig definiert. Gemeint ist zum einen theoretische und Selbstreflexion, zum anderen eine konkrete Beziehung zu den Überlebenden (nicht nur im Auschwitz-Komitee), die eine umfassende politisch-solidarische Annäherung versucht und sie nicht auf die Rolle der "Zeitzeugen/Zeitzeuginnen" reduziert.

Gleichzeitig ist das Auschwitz-Komitee die organisierte Verkörperung des Mißtrauens gegen einen Antifaschismus, der die Schoa unter die übrigen Verbrechen subsumieren und dadurch ihre Einzigartigkeit relativieren will. Denn die Schoa ist mit den vorhandenen erkenntnistheoretischen Mitteln (Marxismus, Psychoanalyse, Dialektik oder kritischer Rationalismus, etc.) nicht vollständig zu erfassen, geschweige denn zu erklären. Dieses "Loch des Verstehens", wie Dan Diner diese Unfaßlichkeit im Wortsinne beschrieb, ist nach wie vor - so furchtbar es klingt, so furchtbar ist es auch - der Kern dessen, was die Erinnerung an Auschwitz ausmachen sollte. Es ist die bewußte Entscheidung für die Solidarität mit sechs Millionen Toten. In den letzten Jahren haben wir damit widersprüchliche Erfahrungen gemacht. Einerseits registrieren wir ein größeres Interesse an der deutschen Vergangenheit, gerade bei Jugendlichen. Andererseits müssen wir konstatieren, daß die Schlußstrich-Tendenz die ganzen Jahre über dominant geblieben ist und sich immer umfassender durchsetzt.

Die "Kollektivschuld"

Überall in Deutschland geht die Rede vom "neuen Historikerstreit" (Die Zeit). Es wird fröhlich über eine Veröffentlichung (D. J. Goldhagen: "Hitler's Willing Executioners") diskutiert, die hierzulande kaum jemand kennt. Wundern tut das nicht, denn hier geht es um ein Thema, das lautet: "Amerikanischer Jude greift das neue Deutschland an". Bei der Debatte geht es nicht, wie einige meinen, um Kollektivschuld oder um die deutsche Variante des völkischen Antisemitismus als zwangsläufige Disposition zum Töten von Juden oder gar um eine ernsthafte Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Voraussetzungen der Vernichtung der europäischen Juden.

Diese Diskussion ist eine Fortsetzung der Auseinandersetzung um die Definitionsmacht darüber, was die Schoa war. Die auf Souveränität bedachten Deutschen wollen nun auch jenes deutsche Verbrechen zurückholen, welches bisher der Definitionsmacht der Überlebenden vor allem in den USA und Israel überantwortet war. Das war auch bequem, aber nachdem man den Nationalsozialismus heimgeholt hatte, gliedert man nun auch die Schoa wieder in die kollektive Erinnerung der Deutschen ein. Diese Erinnerung muß

gestaltet werden, damit sie Entschuldungscharakter haben kann. Und wie könnte das besser funktionieren als in der kollektiven Abwehr gegen die Untersuchung eines Sohnes von Überlebenden, die auch in den USA umstritten ist? Welche bessere Möglichkeit könnte sich bieten, um (scheinbar auf Wahrheit und Objektivität bedacht) dem Judenjungen mal zu zeigen, wo es lang geht?

Alle Jahre wieder wird in Deutschland der Versuch unternommen, den Massenmord an den Juden zu "historisieren"(1), also einzufügen in einen Gesamtzusammenhang deutscher Geschichte und sich des kategorischen Imperativs "Nie wieder" zu entziehen. Das Besondere des aktuellen Versuchs ist die Vehemenz, mit der die Bedeutung des Antisemitismus für die Vernichtung der europäischen Juden geleugnet wird.

Spiegel und Zeit jammern über eine angebliche Neuauflage der Kollektivschuld-These (von der Goldhagen nicht ein einziges Mal spricht!), die den Nationalsozialismus lediglich mystifiziere, anstatt über die wirklichen Ursachen - hier reichen die Ansätze von "Klasseninteresse" bis "Betriebsunfall" - aufzuklären. Dieses Jammern korrespondiert mit der Hartnäckigkeit, mit der unreflektiert über jenen Begriff geredet wird. Unter Kollektivschuld wird eine klassenübergreifende, allgemeine Schuld verstanden, die alle Deutschen mit dem Mord an den Juden abstrakt auf sich geladen hätten - also nicht, was das Nächstliegende wäre, eine Anhäufung individueller Schuld in einem Ausmaß, daß von einer kollektiven Schuld der Deutschen die Rede sein könnte. Letzteres entwickelt Goldhagen, indem er zeigt, wie tief auch die zivilen Deutschen in den unmittelbaren Vorgang der Vernichtung verstrickt waren.

Die erstgenannte Interpretation der Kollektivschuld-These ist eine Erfindung der Täter. Diesen Gedanken entwickelte Hannah Arendt schon in den fünfziger Jahren: Sie fragte, ob die Kollektivschuld-These nicht dem Interesse der unmittelbar an der Vernichtung Beteiligten entsprechen könnte, ihre Taten zu verwischen. Und auch für die Deutschen, die nicht zu Tätern wurden, war und ist die Phrase von der kollektiven Schuld eine Methode, sich die Frage nach der eigenen Verantwortung nicht zu stellen. Der Mechanismus der Kollektivschuld-Konstruktion ist dabei besonders abgefeimt, weil er behauptet, daß die Juden und die Amerikaner sie behaupten. Diese These, die man selbst aufgestellt hat, wird abgewehrt und - um vernünftige Argumentation bemüht und mit Verständnis für das Erschrecken über die deutschen Verbrechen - als Angriff auf die eigene erfolgreiche "Vergangenheitsbewältigung" gewertet. Dies folgt einem klassischen Muster des Antisemitismus, welches nach Adorno die Affekte des Angegriffen-Seins dort auftauchen läßt, wo man gar nicht angegriffen ist, um dort wo man angegriffen wird, mit Unverständnis und Gleichgültigkeit reagieren zu können.

Was ist mit dieser deutschen Debatte, so sie sich schon nicht mit Goldhagens Untersuchung auseinandersetzt, beabsichtigt? In den bisherigen Beiträgen zu dieser Debatte ist wenig Neues zu erfahren: Der Antisemitismus wird wie immer von Linken wie Rechten relativiert oder einfach gar nicht wahrgenommen. Deshalb könnte der Ansatz von Goldhagen vielleicht allein schon aufgrund der Provokation sinnvoll sein, den Antisemitismus in den Mittelpunkt zu stellen. Es besteht die Gefahr, daß eine neue, relativierte Sicht der Schoa etabliert wird. Diese Sicht soll vergessen machen, daß es sich bei der Vernichtung keinesfalls um eine "fabrikmäßige" bzw. "industrielle" in dem Sinne gehandelt hat, daß sie mit einem "sauberen Tod" verbunden gewesen wäre. Der Personalaufwand war dementsprechend groß und reichte von den Nachbarn, die zusahen, als die Juden deportiert wurden, über die Lokführer, die für eine Prämie Juden in Viehwaggons in die Vernichtungslager und Gettos fuhren, bis zu jenen, die mit ihren Händen die Juden in die Gaskammern stießen, die Türen schlossen und das Zyklon B in die Lüftungsschächte warfen.

Goldhagen fragt nach den Personen, die vom Zuschauer bis zum Täter involviert waren. Anhand von deutschen Gerichtsakten und Täterberichten untersucht er Vorkommnisse, die darauf hinweisen, daß, weil weder die Deportation unsichtbar noch die Vernichtung sauber und leise vonstatten ging, nicht nur die absolute Mehrheit der Deutschen es gewußt hat, sondern es gewollt hat. Es ist diese Feststellung, keineswegs neu oder sonderlich provokant, die in Deutschland so heftig bestritten wird. Vor allem die linken Debattenbeiträge - bei den rechten überrascht es nicht - ignorieren schlicht die Diskussion der letzten Jahre um die Schoa, insbesondere die amerikanische.

Das Problem, welches sich anhand der Diskussion um Goldhagen aufdrängt, ist folgendes: Mit wenigen Ausnahmen mußten sowohl marxistische (im Interesse der Entlastung ihrer Klasse und der Nation) wie bürgerliche (im Interesse der Entlastung ihrer Klasse und der Nation) deutsche Geschichtswissenschaftler von

jeher versuchen, die Schoa in ihre Weltanschauung zu integrieren, anstatt ihre Weltanschauung anhand der Wirklichkeit des sinnlosen Massenmords zu hinterfragen.

Reden über Würde

Wie reden wir über Auschwitz, wie wollen wir über Auschwitz reden? Primo Levi schreibt über die Überlebenden von Auschwitz, daß sie eigentlich über die Vernichtung nichts sagen können, daß niemand etwas über die Gaskammern sagen kann, weil niemand lebend aus ihnen zurückkehrte. Das klingt wie eine simple Erkenntnis, ist jedoch ein komplexer Zusammenhang, der dort sich anschließt, wo Dan Diner vom "Loch des Verstehens" spricht. Der unmittelbare Vorgang der Vernichtung ist nur aus Berichten der Täter bekannt. (...)

Das Erahnen dessen, was in Auschwitz geschah, ist ein Prozeß, der sich einzig auf die eigene wirkliche Beziehung zu den Überlebenden gründet. Und es wird immer nur das Erahnen sein. Wir können den Überlebenden durch unsere Aufmerksamkeit und unsere immer aussichtslos bleibenden Versuche der Einfühlung nicht wirklich nah sein, denn wie Améry schrieb: "Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in dieser Welt."

Aber wir können und müssen mit ihnen zusammen um ihre Würde kämpfen. Um das Recht auch derjenigen, die nicht mehr heimisch sind in dieser Welt, in Würde zu leben, ohne beurteilt oder verurteilt zu werden. Die Berichte der Überlebenden handeln auch weniger von der erlittenen Qual als vom Kampf darum, Würde wiederzuerlangen. Wir brauchen eine Nähe zu den Überlebenden, die ihr Fremdgewordensein akzeptiert und als Ausgangspunkt nimmt. Das Reden über Auschwitz ist Reden über Würde. Es ist das Reden über den Verlust der Würde, es ist die Lebendigkeit der Verletzung, des Traumas, von dem Primo Levi schreibt, daß es ungerecht ist, daß die Opfer nie aufhören zu leiden, während die Unterdrücker sich nicht einmal erinnern können.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß sich die Bedeutung des Wortes "Würde" auch nach den materiellen Bedingungen richtet. Allerdings gibt es auch unveräußerliche Inhalte dieses Wortes, die gerade von der historischen Linken in einer falschen Ablehnung der Werte der französischen Revolution nie wahrgenommen wurden. Darin sehe ich einen Grund für das widersprüchliche Verhältnis der Linken zu den jüdischen Überlebenden und denen der Roma und Sinti, aber auch zu den Opfern der Zwangssterilisationen und Euthanasie. In ihnen begegnen wir Opfern, die zumeist keinen Widerstand geleistet haben. Vielmehr wurden sie aufgrund der ihnen zugeschriebenen "Rasse"-Merkmale gequält und ihre Familien und Freunde vernichtet. Ihre Verfolgung hatte nichts mit einem Kampf gegen die Unterdrücker zu tun. Der Verlust der Würde, die Entmenschlichung ist für sie nicht Konsequenz eines Kampfes gewesen, den sie verloren haben. Diese Dimension des Terrors ist eben nur mit einem Begriff von Würde zu fassen, der sich auf das Recht auf Leben bezieht, und sich eben nicht aus der sozioökonomischen oder Klassenlage der Opfer ergibt.

Erinnern ohne Instrumentalisierung

Wessen erinnern wir, wessen wollen wir erinnern? Die Frage könnte auch lauten: Was genau ist das Vermächtnis der in Auschwitz Ermordeten? Wir können dazu politisch etwas sagen. Wir kennen die Forderungen und Losungen, aber um die geht es mir nicht. Für mich ist die wirkliche Frage: Wie kann die Erinnerung an die Toten zu einer ernsthaften Auseinandersetzung führen, die nicht zwanghaft in der Relativierung endet? Wie kann ein Verhältnis geschaffen werden, in dem Auschwitz nicht zur Chiffre wird, mit der man alles erklären kann, nur nicht die Chiffre selbst? Die Überlebenden und die Toten haben Auschwitz nicht dechiffrieren können; wir werden es auch nicht können, und die Historiker schon gar nicht.

Es stimmt, was Hans Frankenthal bei unserer ersten Reise nach Auschwitz 1989 sagte: "Je mehr wir wissen, desto mehr Fragen haben wir." Diese Erfahrung haben wir selbst gemacht in den vergangenen Jahren. Je mehr wir über Auschwitz wissen, desto unvorstellbarer, unfaßlicher wird der Massenmord. Im Gegensatz jedoch zu den Überlebenden haben wir keine persönliche Erinnerung an Auschwitz und an Verwandte und Freunde, die dort oder in anderen Lagern ermordet wurden. Unsere Beschäftigung ist also eine theoretische. Sie ist damit immer der Gefahr ausgesetzt, die Erinnerung der Überlebenden zu instrumentalisieren. (2)

Geschichte ist immer subjektive Interpretation. Der Blick zurück, wie Ingrid Strobl einmal sagte, ist immer ein von eigenen Interessen geleiteter. (3) Diese Erkenntnis jedoch kann leicht zur Ausrede werden, um eine

wirkliche Beziehung zur Schoa und zu den Opfern der Schoa zu vermeiden. In einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Schoa gibt es Hunderte von Wegen, diese wirkliche Beziehung zu vermeiden. Gerade diese Tatsache spricht übrigens dafür, daß die Schoa ein Ereignis mit Ausmaßen ist, welches sich dem einzelnen menschlichen Verstand entzieht. Gibt es auch einen Weg der Erinnerung, der wenngleich kein persönlicher, so doch einer ist, der der Instrumentalisierung nicht erliegt? Und zwar ohne zur Anmaßung einer persönlichen Erfahrung zu werden, die man nicht hat?

Wir haben versucht, im Auschwitz-Komitee diesen Weg zu gehen und sind an eine Grenze gestoßen: In der Abwehr revisionistischer Thesen waren wir uns einig. Aber in der Definition dessen, was Erinnerung für uns bedeutet, sind wir nicht einmal in der Lage, die Widersprüche zu formulieren, die es zu geben scheint. Ich möchte betonen, daß ich schon diese Einigkeit gegen den Geschichtsrevisionismus sehr hoch bewerte. Ich denke, sie ist eine tragfähige Grundlage.

Wir sind aber auch an eine Grenze gestoßen, an der es um sehr persönliche Intentionen und Einstellungen geht, die normalerweise in einer politischen Organisierung nicht wichtig sind. Denn die Auseinandersetzung mit Auschwitz führt zu persönlichen Infragestellungen, die für sich schon viel Wert sind - sind sie doch das Gegenteil der Kälte und der Gleichgültigkeit, die in diesem Land den Überlebenden als lebendige Erinnerung an die deutschen Verbrechen entgegengeschlagen ist. Sie ist eine politische Grenze in dem Sinne, daß die politische antifaschistische Erinnerungskultur, die in Deutschland immer minoritär war und von den Überlebenden getragen wurde, in den letzten Jahren immer mehr zurückgedrängt wurde. Pädagogisierung und Musealisierung setzen sich immer mehr durch. Die pädagogische Behandlung von deutschen Jugendlichen in Auschwitz ist die Kehrseite der Oberflächlichkeit der Auseinandersetzung mit den Überlebenden, denen alles zugemutet wird - von der Diskussion mit jungen Nazis bis hin zu einer ehemals antifaschistischen Pseudo-Öffentlichkeit -, um deutschen Jungen und Mädchen Auschwitz zu erleichtern.

Ein solcher Prozeß der Entpolitisierung der Erinnerung, bis nur das persönliche Erleben überbleibt und ein "Es ist alles schlimm gewesen", führt zur Entwertung der Erfahrung der Überlebenden. Denn solange diese Erfahrung nicht mit der Forderung nach politischen Konsequenzen und einem Gegenwartsbezug verbunden ist, bleibt sie eben individuell. Ginge es um eine politische Identifikation, um das "Nie wieder" und um die Konsequenzen aus diesem kategorischen Imperativ, dann wäre der Gegenwartsbezug evident.

Individualisierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist immer die Frage: "Was hätte ich getan?" Dabei ist die interessante Frage doch: "Was werde ich tun?" - nicht als positive Beschwörung des Wiederholungsfalles, sondern als Konsequenz aus der Tatsache, daß der Massenmord möglich war: es nicht mehr bis dahin kommen lassen.

In diesem Sinne geht es um eine Repolitisierung der Auseinandersetzung mit der Schoa - zugleich gegen ihre Pädagogisierung als auch gegen ihre wissenschaftliche Objektivierung. Eine solche Repolitisierung rückt die nie gezogenen Konsequenzen und damit die Zeit nach 1945 in den Mittelpunkt. Sie thematisiert das Ausmaß von Verdrängung und Abwehr, von ökonomischer Restauration und Antikommunismus, vom Staat der Globkes, von dem Haß, der den Überlebenden entgegenschlug.

Erinnern ohne Überlebende?

Ich halte sowohl die Abwehr jeder Instrumentalisierung der Schoa und darin die Verteidigung der Würde der Überlebenden und der Toten als auch die Diskussion um das eigene Verhältnis zur Erinnerung an die Toten, für unverzichtbar zusammengehörig. Es handelt sich dabei um zwei Aspekte derselben Auseinandersetzung, die zu führen auch deswegen notwendig ist, weil sich mit dem Sterben der Überlebenden und den damit verbundenen Schlußstrichphantasien in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft, die Frage an uns stellt: Wie werden wir erinnern?

In den kommenden Jahren wird eine Form der Erinnerung zu Ende gehen, die das Vermächtnis der in Auschwitz Ermordeten mit den persönlichen Erinnerungen der Überlebenden in eins setzt. Auch nach dem Tod der letzten Überlebenden wird die authentische persönliche Erinnerung in Büchern und Filmen konserviert sein. In den Erinnerungen der Kinder der Überlebenden bleibt sie lebendig, aber auch mit eigener Traumatisierung verbunden. Beides ersetzt jedoch nicht die persönliche Begegnung und das Gespräch mit den Überlebenden. Insofern wird es ein Ende dieser unvergleichlichen und unschätzbar wertvollen Erinnerung geben, ein Ende der Trauer um die Toten.

Dieses Ende der Trauer als persönliche Trauer und Erinnerung an die Verwandten und Freunde, an das Leben in einer vernichteten Kultur, läßt die Gefahr der Instrumentalisierung dramatisch wachsen. Gerade deshalb sollten wir uns das Mißtrauen der Überlebenden radikal zu eigen machen. Das bedeutet, uns zunächst selbst zu hinterfragen, inwieweit wir selbst die Schoa instrumentalisieren, um der Auseinandersetzung um eine wirkliche Beziehung auszuweichen. Dieses Mißtrauen gegen jede Form der endgültigen Erklärung und Rationalisierung von Auschwitz zu entwickeln, ist keine Anmaßung, sondern unsere Verantwortung. Wir müssen die Wunde offen halten, und wir müssen jetzt lernen, das zu tun, weil diese Aufgabe nicht erst ansteht, wenn alle Überlebenden gestorben sind.

Ich möchte, daß das Auschwitz-Komitee ein organisierter Stachel ist gegen die Logik des Vergessens und der Instrumentalisierung der Schoa, gleich von welcher Seite und mit welcher Intention. Unser Ausgangspunkt sind die Opfer, die sich nicht wehren konnten, die Jahre der Entmenschlichung durchlitten, bevor sie in den Gaskammern grausam erstickt wurden. Unser Ausgangspunkt ist die Vernichtung von Millionen von Juden und die Totalität und die Reibungslosigkeit des Vernichtungsprozesses.

(redaktionell bearbeitet und gekürzt)

Anmerkungen:

(1) "Historisierung" ist ein zweischneidiger Begriff: Einmal geht es um die notwendige Untersuchung der Voraussetzungen des Massenmords an den europäischen Juden; zum zweiten aber auch um die Integration der Schoa in einen geschichtlichen Ablauf, wie es z.B. Nolte versuchte, indem er geschichtliche "Vorbilder" für die Massenvernichtung herbeizitierte, um die deutsche Verantwortung zu bestreiten. Bei dem Begriff "Historisierung" geht es also immer um die Frage, wer ihn wie und wozu benutzt.

(2) Mit "Instrumentalisierung" ist ein Verhältnis gemeint, das politische Konsequenzen aus der Wirklichkeit der Schoa nur oberflächlich und durch Vergleiche zu ziehen vermag, und das sich nicht unmittelbar auf diese Wirklichkeit bezieht. Ausgangspunkt ist dabei für uns, daß die heutige politische und gesellschaftliche Realität nach wie vor von der Schoa und ihrer Verdrängung bestimmt ist.

(3) Das gilt nicht nur für die theoretische Beschäftigung mit Auschwitz. Auch ehemalige Häftlinge rationalisieren ihre Erfahrungen notwendigerweise, denn für sie ist es eine Überlebensstrategie. Für die theoretische Beschäftigung mit der Vernichtung gibt es jedoch keine Legitimation für das Ausweichen vor der Totalität der Entwürdigung der Opfer.

Auschwitz-Komitee in der BRD

Im Auschwitz-Komitee in der BRD sind Überlebende von Auschwitz und anderen Lagern, Angehörige von in Auschwitz Ermordeten sowie Antifaschistinnen und Antifaschisten jeder Altersgruppe aktiv. Das Auschwitz-Komitee hat in den vergangenen Jahren vor allem für die sofortige Auflösung der IG Farben-Liquidationsgesellschaft gekämpft und sich konsequent gegen die Umgestaltung der KZ-Gedenkstätten in der ehemaligen DDR zu "anti-totalitaristischen Mahnmalen" ausgesprochen. Bekannt ist das Auschwitz-Komitee vor allem in Hamburg, wo die jährlichen Veranstaltungen zum 9. November, dem Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, zu einer festen Einrichtung geworden sind.

30. Fundamentale Kritik. Der umstrittene Kongreß Science/Fiction im Rückblick

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Gesundheitspolitik; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:51

Der, wie es in Fachkreisen hieß, "Heidelberger-Familientherapie-Kongreß", veranstaltet von der renommierten "Gesellschaft für systemische Therapie e.V.", fand in der ersten Maiwoche statt. Etwa neunhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer - überwiegend aus den Berufsbereichen Therapie und psychosoziale Beratung - nahmen daran teil.

Er war zum Printmedienereignis geworden, auch wenn sich die wenigsten Zeitungsleserinnen und -leser für das Heidelberger Institut gleichen Namens oder gar den Untertitel der Veranstaltung - "Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" - interessierten. Das öffentliche Interesse galt dem Hick-Hack um die Einladung des australischen "Bio-Ethikers" Peter Singer, der in lockerer Sprache über "Lebens-un-wert" fabuliert und im Namen von utilitaristischer "Glücksmaximierung" u.a. die schmerzlose Tötung schwerstbehinderter Säuglinge fordert. Seine Thesen und Veröffentlichungen, vor allem seine "Ethik" über Sterbehilfe und Euthanasie, führen hierzulande seit einigen Jahren immer wieder zu Protestaktionen. (ak berichtete mehrmals)

So auch diesmal: Zahlreiche Behinderten-Verbände und andere politisch agierende Gruppen im Land, aber auch Einzelpersonen und sogar einige Politiker hatten gegen die Einladung des Mannes Einspruch erhoben; in Flugblättern des bundesweiten Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativen wurde bereits im März angekündigt: "Singer kommt! Wir auch!" Die Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte sprach von "verbrämtem Aufruf zum Mord" und rief in ihrer Zeitung zu Protesten gegen den Kongreß auf. Der niedersächsische Behindertenbeauftragte Karl Finke startete eine Kampagne gegen "Kosten-Nutzen-Erwägungen", wie sie in der nicht nur von P. Singer verbreiteten "Bio-Ethik" vertreten werden. Das unantastbare Menschenrecht auf Leben wird, so Finke, durch Utiltarismus und ein wissenschaftlich-technisch orientiertes Menschenbild gefährdet. Man dürfe sich jedoch keineswegs allein mit der "reflexhaften Ablehnung der Singerschen Thesen" begnügen ...

Der Mann hat recht behalten - und mit ihm die Gegnerinnen und Gegner des Kongresses. Das Themenangebot - ein postmodern aufbereitetes Sammelsurium aus esoterisch angehauchten Therapie-Spielchen, Referaten, Workshops und Dämmerstundenvorträgen - reichte von "Wie Liebe gelingt - Familienaufstellungen mit Paaren" über "Sterbehilfe und das Recht auf Leben", "Feminist theory and the structure of knowledge" bis "Ärztliche Entscheidung im Grenzbereich zwischen Leben und Tod". Unter den 70 Referentinnen und Referenten waren viele versammelt, die zwar nicht in allen Einzelfragen wie der als "Tötungsphilosoph" in Verruf geratene Singer argumentieren, aber grundsätzlich die (wissenschaftliche oder journalistische) Werbetrommel für eine angeblich zwingende Notwendigkeit rühren, über den Lebenswert oder "Leidminderung" durch die Herbeiführung des Todes nicht nur zu diskutieren, sondern auch veränderte juristische Grundlagen zu schaffen.

Der Mainzer Rechtswissenschaftler Norbert Hörster, ein Verfechter für die neue Freiheit der Wissenschaft beim Forschen mit menschlichen Embryonen, stand zum Beispiel als Referent zum Thema Sterbehilfe im Programm. "Warum aber sollte man mit ihm (dem Embryo, K.L.) zum Nutzen der medizinischen Wissenschaft und künftiger Generationen nicht experimentieren können?" fragte Hörster 1995 in der Fachzeitschrift Zeit-Punkte. Und ein anderer ursprünglich eingeplanter Referent des Kongresses - Dieter Birnbacher (er erschien aus Solidarität mit Singer nicht) - behauptete bereits vor sieben Jahren forsch: "Das Fazit der bisherigen Diskussion lautet, daß gegen eine präventive (negativ-eugenische) gentechnische Intervention an der menschlichen Keimbahn keine zwingenden ethischen Einwände zu erheben sind, falls diese Technik hinreichend sicher gehandhabt werden kann." Daß der Autor solcher Phantasien mittlerweile nicht nur in der Bundesärztekammer sitzt, sondern auch eine wichtige Funktion im Bonner Institut für Wissenschaft und Ethik innehat, macht ihn sicherlich begehrenswert, wenn es um Kongreßeinladungen geht. Es zeigt gleichermaßen, daß die Einladung eines P. Singer, für den zum Beispiel mit Down syndrom oder Spina Bifida (eine Rückenmarksschädigung, die seit ca. 25 Jahren operabel gelindert werden kann) geborene Säuglinge keine richtigen Menschen sind, keineswegs ein Ausrutscher war. "Hier ist heute alles vertreten, was in der deutschen

‚Bio-Ethik-Szene` Rang und Namen hat", meinte ein Rollstuhlfahrer aus Kassel, der an der Protestkundgebung gegen die Eröffnung des fünftägigen Kongresses teilnahm.

Den Vorwurf, tendenziös einseitig eingeladen zu haben, wiesen die Veranstalter brüsk - und nicht ganz zu Unrecht - zurück. Denn auch Genetiker, Historiker und Soziologen waren geladen - und darunter eine Anzahl als kritische Kapazitäten geltende Vertreter ihres Fachs wie der britisch-polnische Soziologe Zygmunt Bauman oder der Kölner Genetiker Benno Müller-Hill. Die gemischt geplante Versammlung erschien auf den ersten Blick wie ein Symbol für "Beliebigkeit in der Wissenschaft", wie es im Kongreßtitel akzentuiert war ...

Gerade das jedoch, die buntgewürfelte Mischung aus kritischen Stimmen, Fachbeiträgen zum Thema Therapie und Referenten, die für aktive Sterbehilfe, Embryonenforschung oder eugenische Experimente stehen, war für die kritische Kongreßbegleitung ausschlaggebend: Man wollte keine Pro- und Kontra-Debatte über Leben und Tod, keine Gewöhnung daran, daß hier wissenschaftlich diskutiert wird, was andere bereits tödlich bedroht. "Ein bißchen Töten gibt es nicht", heißt es in einem Aktionsaufruf gegen den Kongreß.

Vielen der geladenen Referenten waren bereits im Frühjahr kritische Anfragen zugesandt worden mit der Bitte, sich einer Teilnahme an diesem Spektakel - auch aus Solidarität mit den betroffenen Behindertengruppen - zu entziehen. Die Resonanz enttäuschte: Nur ein einziger Referent, der Frankfurter Historiker Ernst Klee, mochte nicht an einer solchen Pro- und Kontra-Debatte über Lebensrechte mitwirken und sagte deshalb ab. Bezugnehmend auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus ließ sich Klee auch nicht umstimmen, nachdem die offizielle Ausladung Singers bekannt geworden war: "50 Jahre danach bietet das Heidelberger Institut für systemische Forschung die Plattform, erneut menschliches Leben in Frage zu stellen. Ich verstehe nicht, daß Menschen, die mit Therapie zu tun haben, Bedrohten und Bedrängten statt Beistand eine Selektionsdebatte zumuten wollen. In Heidelberg ahnt offenbar niemand, welcher Schaden dem eigenen Fach zugefügt wurde."

Im April fand sich ein recht breites Bündnis zusammen, das zu einer Demonstration in Heidelberg aufrief und drei Gegenveranstaltungen vor Ort organisierte - darunter auch Antifa-Gruppen, Gentech-Kritikerinnen und Vertreterinnen der bundesweiten 218-Koordination.

"Keine Redefreiheit für Tötungspropaganda!", hieß es in einem Aufruf des in Hamburg und Bremen angesiedelten Arbeitskreises gegen Selektion und Bevölkerungspolitik. Eine Vertreterin dieser Gruppe, Hannelore Witkofski, hielt - im Rollstuhl sitzend - eine Kundgebungsrede: "Ich bin heute hier, weil ich will, daß der heute hier beginnende Kongreß verhindert wird. (...) Die Positionen der SelektionspropagandistInnen sind seit Jahren bekannt. Sie noch in einer Diskussion umstimmen zu wollen, ist absurd. Warum sie also einladen, wenn man gegen sie ist? - Da die VeranstalterInnen und auch die BesucherInnen, da sie an dem Kongreß teilnehmen, nicht ihrer Verantwortung gemäß handeln, halte ich es für nötig und richtig, wenn andere eingreifen."

Kopfschüttelnd, empört und genervt erreichten die Kongreßteilnehmerinnen und -teilnehmer das Ziel ihrer Begierde; sie mußten sich einen Weg durch circa 350 Gegendemonstranten beiderlei Geschlechts bahnen, obwohl sie zwischen 400 und 700 DM Kongreßgebühren (ohne Übernachtung) berappt hatten ...

Dies sei schlimmster Fundamentalismus und erinnere an SA-Horden 1933, meinten einige Kongreßbesucher. Man wolle doch nur darüber reden - und nun sei man mit Gewalt und Demonstrationen konfrontiert.

Hannelore Witkofski: "Ich meine, die Gewalt besteht darin, daß ich mir jeden Tag im Fernsehen und in den Zeitungen, von Politikern, Wissenschaftlern und Behördenvertretern anhören muß, was geplant ist, welche Tötungsstrategien entwickelt werden. Alles, was ich dagegen tue, begreife ich nicht als Gewalt, sondern ich wehre mich."

Die Organisatoren des Kongresses fochten die Kritiken und auch die Demonstration nicht sonderlich an. Man habe sich die Proteste beinahe gewünscht, um vor Ort erlebbar zu machen, was fundamentalistisches Herangehen bedeute. Hans-Rudi Fischer vom Organisationsstab zog das Fazit, der Science/Fiction-Kongreß sei ein großartiger Erfolg gewesen, nicht zuletzt, weil man bei Referentenauswahl eindeutig "Selektionskompetenz" gezeigt habe. Ein verräterisches Wort für einen, der von "fundamentalistischen" Aussagen wie "richtig" oder "falsch" nicht viel hält!

Als Nachtrag sei noch hinzugefügt, daß P. Singer entgegen der offiziellen Ausladung doch noch am Kongreß teilnehmen konnte. Er wurde - per Videoschaltung - in den Kongreßrückblick einbezogen und konnte seine Thesen vertreten, wenn auch zu einem anderen Zeitpunkt als ursprünglich geplant.

Katja Leyrer

31. Bioethik: Neue Epoche in der Medizin

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gesundheitspolitik; Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:50

Am 1. Mai 1996 fand in Heidelberg eine Demonstration anläßlich des Kongresses "Science/fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Theorie" gegen die neue Euthanasiedebatte statt. Im Anschluß an die Demo wurde von den KongreßgegnerInnen ein Forum veranstaltet. Erika Feyerabend referierte dort zu der gesellschaftspolitischen Bedeutung der "Bioethik". Im folgenden dokumentieren wir ihre Rede in leicht gekürzter Form.

"Bioethik" ist das Emblem eines, sich seit den 70er Jahren epidemisch ausbreitenden Berufsstandes. Ausgehend von den Vereinigten Staaten konstituieren sich seither in aller Welt bioethische Institute, interdisziplinär besetzte Kommissionen, Zeitschriften, Journale und Inter-Netze.

Ansonsten bleibt dieser schillernde Begriff, der nach Philosophie, allgemein verbindlichem Nachdenken über richtiges und falsches Handeln klingt, seltsam nebulös und tonlos. Dennoch scheint sie unentbehrlich geworden zu sein. Als ständiger Begleiter der "imposanten Entwicklungen neuer diagnostischer und therapeutischer Möglichkeiten in zahlreichen Gebieten der Medizin" - so das Deutsche Ärzteblatt - oder der "revolutionären - gelegentlich auch unzweifelhaft genannten - Fortschritte in Genetik und reproduktiver Medizin" - tritt der Bioethiker ans Licht der Öffentlichkeit. Keine Organtransplantation, Embryonenforschung, In-Vitro-Befruchtung, Humangenetik, keine Gentherapie oder Medikamentenversuchsreihe kommt ohne diesen, vergleichsweise neuen Berufsstand aus.

Auch die Verteilung "knapper Gesundheitsressourcen" - so der offizielle Sprachgebrauch - ist auf bioethische Moderation angewiesen. Ob Organe, hochtechnisierte Therapieangebote oder medizinische Grundversorgung, die Leistungen des Gesundheitswesens sollen nach bioethischen, interdisziplinär erarbeiteten Maßstäben zugeteilt werden. Die drängend gemachte Frage nach dem ärztlichen Tötungsrecht, der Euthanasie an behinderten Neugeborenen, chronisch Kranken und alten Menschen gehört ebenfalls zu ihren Fachgebieten. Die Medizin kommt nicht mehr ohne Bioethik aus. Die gerade angesprochenen, biomedizinischen Anwendungsgebiete und Handlungsoptionen verweisen auf einen grundsätzlichen Wandel im Gefüge der Gesundheitsversorgung und im Zuständigkeitsbereich der Medizin.

Der soziale Bezugspunkt, einer vormals praktischen Wissenschaft, ihr konkretes Gegenüber, der Patient, die Patientin, ist mehr oder weniger verschwunden. Biomedizin ist nicht mehr dem Kranken, seinen Leiden oder Einschränkungen verpflichtet, sondern dem allgemeinen Erkenntnisfortschritt. Die Embryonalentwicklung, die Hirnfunktionen, die Immunparameter, die Proteinsynthesen im Zellkern, die Botenstoffe und Neurotransmitter sollen aufgeklärt werden. Das rein biologisch begriffene "Leben" ist eine Welt des Labors, nicht des Patienten.

Gene der Hoffnung

Biomedizin ist eine Wissenschaft von der Gesundheit und zunehmend von der genetischen Normalität geworden. Prävention ist das Schlüsselwort, vor allem genetische Prävention. Krankheitsvermeidung durch Vermeidung von Kranken ihr Programm. Die Forschungen und Angebote in der pränatalen Diagnostik, der Embryonenforschung, der Humangenetik und Genomanalyse sind auf die generationsübergreifende Bearbeitung des Bevölkerungs- bzw. Gattungskörpers ausgerichtet. Die Verbesserung der Volksgesundheit, die Hebung des genetischen Bestandes ist das Fernziel der Lebenswissenschaften, eine Gesellschaft ohne Kranke und Gebrechliche ihre Vision.

Der französische Genomforscher und UNESCO-Experte Jean Dausset beschwört die Reichweite seiner wissenschaftlichen Gesellschaftsutopie: "Wir müssen (...) die heute stattfindende Revolution mit Gelassenheit betrachten. Es ist eine Revolution, die, in den Dienst der Menschheit zu stellen ist und das von allen erhoffte lange glückliche Leben ohne Beeinträchtigung durch Krankheit bescheren soll. Ich lade Sie ein, diesen Traum mit mir zu teilen. Den Traum von den Genen der Hoffnung." (1)

Sein Kollege Daniel Cohen hat sogar ein Buch mit dem gleichnamigen Titel "Die Gene der Hoffnung" geschrieben: "Es wird eine Art Eugenik sein, gewiß, aber eine Eugenik, die bewahren will, nicht eliminieren, eine humanitäre nicht eine totalitäre Eugenik ..." (2)

Das ist nicht allein Zukunftsmusik. Das ausgebaute Netz der Schwangerenversorgung zielt heute immer weniger auf eine medizinische Begleitung schwangerer Frauen ab, sondern auf die Identifizierung von Fehlbildungen.

In Zypern, einem Modellstaat der Populationsgenetik ist man bereits am Ziel. Seit 1988 werden dort keine Kinder mit einer genetisch geltenden Bluterkrankung, der Thalassämie, geboren. Aufklärung vom Kindergarten bis zur Universität, ein Vorehelichkeitszertifikat ohne daß man nicht verheiratet wird und das obligatorische Screenen aller Schulabgänger haben dazu beigetragen. Das Präventionsprojekt umfaßt auch Tests und Amniozentesen während der Schwangerschaft.

"Es ist überflüssig zu sagen, daß es keine Weigerungen bei der Abtreibung gegeben hat, wenn dies als notwendig erachtet wurde", berichtete der Vertreter des Programms Minas G. Hadjiminas auf dem zweiten Kongreß "Ethik und Humangenetik" des Europarates 1993. "Wir haben mit unserem Thalassämie-Programm demonstriert, wie man eine genetische Erkrankung unter eine volle und effektive Kontrolle bringen kann." Von einer "Atmosphäre der Freundlichkeit und des Friedens" und von "freudiger Inanspruchnahme der Testangebote" wird berichtet. (3)

Genetische "Normalität" als zukünftiger Standard

Das Europäische Projekt zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms hat ähnliche Zielsetzungen. Dort will man der genetischen Komponente von Zivilisationserkrankungen, gemeint sind Krebs, Herzkranzgefäßerkrankungen, Allergien und Psychosen, identifizieren und die "Weitergabe des Erbgutes an die nächstfolgende Generation verhindern." (4) Nach Protesten wurde der letzte Satz gestrichen, die Forschungen am menschlichen Genom aber laufen auf Hochtouren - in der BRD, Europa, USA, Japan und China.

Mit diesem Projekt von einer herstellbaren Gesundheit, einer planvollen genetischen Normalität ist eine Neuorganisation der Gesundheits- und Sozialpolitik verbunden. Die Versorgung und Betreuung von chronisch Kranken, Behinderten und alten Menschen fällt dem gerade angedeuteten Gesellschaftsentwurf zum Opfer. Allenfalls gefragt ist dieser Personenkreis noch als Forschungsobjekt. Der Psychiater Hanfried Helmchen und andere Mitglieder einer Gruppierung, die sich "Hirnliga e.V." nennt, hat einen neuen "Generationenvertrag" gefordert. Die neue "Solidarität mit Erkrankten zukünftiger Generationen ", der sich heutige Patientengruppen verpflichtet zu fühlen haben, weil sie "finanzielle und personelle Ressourcen zur Erkennung und Behandlung von Krankheiten und zur langfristigen Betreuung" (5) in Anspruch nehmen. Mit der Etablierung des Kranken als "sozialer Kostenfaktor" - in der Pflegeversicherung und im neuen Sparprogramm der Bundesregierung ist daraus schon eine Form der sozialpolitischen Kriegserklärung gegen chronisch Kranke, alte und behinderte Menschen geworden - wird auch der Ruf nach Euthanasie wieder lauter.

Kapitalist des wissenschaftlichen Beweises

Man arbeitet nicht nur aus rein idealen Motiven für eine "glücklichere-weil-gesündere Menschheit" oder für einen allgemeinen Erkenntnisfortschritt. Man arbeitet auch für Konkurrenzvorteile, Karrierepositionen, Patente und Drittmittelförderung. Der heutige Wissenschaftler ist eine Art "Kapitalist des wissenschaftlichen Beweises". Und nur wer auf moderne Molekularbiologie und Biomedizin setzt, setzt auf den Weltmarkt und kann die Joker seines Wissens in bare Münze umsetzen.

Es ist ein staatlich gestutzter Markt in dem Know how und Wissen zur Geldquelle werden. Das "europäische Forschungspotential" für eine weltweit konkurrenzfähige "Gesundheitsindustrie", so heißt es wörtlich im Biomed-Programm der Europäischen Union, gilt es zu fördern. Mit durchschnittlich 7,25% am Brutto-Inlandsprodukt ist diese industriell verwertbare Biologie und Medizin ein "führender Wirtschaftsbereich, dessen Wettbewerbsfähigkeit es zu erhalten und zu verbessern gilt." Für genetischen Screeningprogramme bei Arbeitern, für Genkartierung und Genomanalyse sowie prä- und postnataler Diagnose werden Drittmittel vergeben. "In 6.000 Forschungsteams" wird der "Kampf gegen die weit verbreiteten Krankheiten wie Krebs, Aids (...) Nerven- und Geisteskrankheiten sowie gegen altersbedingte Krankheiten und Behinderungen geführt." (6) Auch sozialpolitisch gewünschte Einsparungstendenzen werden belohnt. Der "Kampf gegen Behinderungen" steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den "steigenden Kosten der Gesundheitsvorsorgung." Das "häufige Vorkommen von Geisteskrankheiten und verstärkte Auftreten

neurodegenerativer Erkrankungen (...) stellen in den Mitgliedsstaaten eine bedeutene wirtschaftliche und soziale Belastung dar." (7)

Diese Wissenschaften brauchen eine Instanz, die im Innern der Institutionen wirkt, Kriterien sowie politische und juristische Rahmenbedingungen für das Projekt "Gesundheit" erarbeitet. Die Bioethik bietet eine Politik der Begriffe und die notwendige juristischen Begleitung an. Bioethiker bremsen nicht, sie machen mit ihrem Berufsstand und ihren Agenturen erst die permanente wissenschaftliche Revolution möglich, in der wir zu leben genötigt sind. Sie ordnen die Verhältnisse aus einer Ermöglichungsperspektive.

Bioethik ist vor allem Begriffspolitik

Auf dem zweiten Kongreß des Europarates zur Ethik und Humangenetik beschwor man den Fortschritt durch Genetik und reproduktiver Medizin. Gleichzeitig würden aber fundamentale Werte die das Individuum, die Familie, Privatheit, Menschenrechte und Menschenwürde betreffen, auf dem Spiel stehen. Zwischen Forschungsinteresse, Forschungsfreiheit und fundamentalen Verteidigern der Menschenwürde steht die bioethische Frage "ob wir einen Konsens erzielen" (8). Diese Quadratur des Kreises, die Abwägung zwischen Forschungsfreiheit und Menschenrechten, ist auch der Bioethik-Konvention des Europarates zu eigen. Doch in einem derartigen Abwägungsprozeß ist ein historisch erstrittenes und als unveräußerbar geltendes Attribut eines jeden Individuums schon längst dem wissenschaftlich-industriellen Komplex geopfert worden.

Mittlerweile wird bereits bei zaghaftesten Überlegungen, die Freiheit des Forschens einschränken, abgewunken. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft führte in ihrem neuesten Positionspapier die Umkehrung der Beweispflicht ein. Die Freiheit der Lehre sei ein verfassungsrechtlich geschätztes Gut. Bei jeglicher Einschränkung dieser Freiheit besteht Begründungspflicht. Umgekehrt gilt das Beweisverfahren natürlich nicht, wenn Wissenschaft die Integrität und Unversehrtheit des Individuums relativiert. Von "Forschungseuthanasie" oder gar von "Forschungswaisen" ist die Rede, wenn es um Restriktionen im wissenschaftlichen Feld geht - so einige Vertreter der Diakonie bei ihrem Versuch, die Bioethik-Konvention zu verteidigen. (9) Mit "Forschungseuthanasie" sind jene rechtlichen Bedingungen gemeint, die beispielsweise fremdnützige Forschung an Einwilligungsunfähigen verhindern. Betroffene würden so zu "Forschungswaisen". Im Zuge eines vermeintlichen Interessenausgleiches wird der Forschungswille zum Menschenrecht. Das ist die höchste Form bioethischer Konsensfindung und dienstleistungsethischen Interessenausgleiches.

Traditionen sind dem Bioethiker grundsätzlich ein Greuel. Er beschwört "den Werteverlust in der pluralen Gesellschaft", damit Bedarf an den ökonomischen und verwaltungstechnischen Orientierungen seiner eigenen Zunft entsteht.

Hans Martin Sass, der "Ethik als reine Serviceleistung" vorantreiben will, nimmt deutliche Anleihen aus dem Sprachfeld der Ökonomie und Bürokratie, um dem Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen und jede traditionengebundene Hemmschwelle aus dem Wege zu räumen: "Eine moralische und ordnungspolitische Bilanzpflicht ist gerade immer auch dann gefordert, wenn der Verordnungsgeber durch Eingriffe in das technische und wirtschaftliche Geschehen die Wertschöpfungspotentiale des eigenen Landes in einer internationalen Konkurrenzsituation zerstört oder lähmt." (10)

Hans Martin Sass ist deutscher Bioethiker mit internationalem Einfluß. Als Forschungsstipendiat ist er am Kennedy Institute of Ethics tätig. Dort werden regelmäßig bioethische Nachhilfekurse für europäische Experten angeboten. "Anhand von Fallstudien aus dem ärztlichen Alltag" werden festgelegte Methodenschritte eingeübt, um endlich jede Lebenssituation auf einen verallgemeinerbaren Nenner zu bringen. Das Raster reicht von der "Situationsanalyse unter Einbeziehung (für relevant erachteter) Faktoren" wie Berufsstand und Religion, über die "Bewertung mit Technikfolgenabschätzung" und "Überprüfung der Analyse" bis zum "Management, der Realisierung der getroffenen Entscheidung". (11)

Man entwickelt Kriterienkataloge von allgemeiner Gültigkeit, man testet und bewertet. Ob Verwaltungsakt, Organisation von Warenströmen oder das "Management einer Schwangerschaft", der Abstraktionsgrad dieser Experten ist so hoch, daß kaum ein Unterschied entsteht. Das erklärt wohl auch den inner-institutionellen Erfolg der Dienstleistungsethiker, die sich strikt ans Machbare halten, im Rahmen einer ökonomisch und bürokratisch durchorganisierten "Gesundheitsindustrie".

Freie Entscheidung innerhalb der Kosten-Nutzen-Analyse

Noch ein weiteres Argumentationsgerüst ist den Verhältnissen der Gesundheitsindustrie auf den institutionellen Leib geschneidert: das bioethische Konzept der informierten Zustimmung. Die Verhältnisse scheinen demokratisch. Angebot und Nachfrage bestimmen den medizinischen Supermarkt. Ob pränatale Diagnostik, Gentests, ein neues Medikament, eine Transplantation oder eine Fötalchirurgie, die Biomediziner sind bloße Anwender. Sie arbeiten auf Bestellung.

Entscheidung, Verantwortung und Folgen liegen allein beim Patienten. Diese Biomedizin braucht Belehrung und Aufklärung. Bioethiker bieten die "ethische" Lösbarkeit anfallender Fragen an, im Modell der Güterabwägung und Kosten-Nutzen-Analyse. Die gute "Kaufentscheidung" wird mit der "informierten Zustimmung" hergestellt. Sie stiftet eine ideale Verbindung von Sachzwang und Freiheit - ideal aus Sicht der Biowissenschaft. Sie kann sagen, daß Freiheit herrscht, während Zustimmung und Teilnahme zugleich systematisch fabriziert werden kann. Denn die professionellen "Problemlöser" favorisieren im Angebotsdschungel ein bestimmtes Entscheidungsverhalten: Lerne nicht nur vernünftig sondern auch sozialverträglich zu entscheiden. Kalkuliere verantwortlich. Entscheide "frei", wann du zu teuer wirst. Spende freiwillig Körperteile. Nehme im Interesse anderer am Forschungsprojekt teil. Bestimme selbst, wann du sterben willst.

Die "Autonomie" des Patienten endet immer dann, wenn dieser faktisch oder juristisch nicht in der Lage ist, selbst rational und vernünftig zu entscheiden. Die Dienstleistungsethiker favorisieren in diesem Fall allein das Argument der "übergeordneten Interessen". Die Gewalt eines biomedizinischen Eingriffs beim Nicht-Entscheidungsfähigen wird ausschließlich "im übergeordneten Interesse zukünftiger Generationen" und einer gesellschaftlichen Vision ohne Kranke, Gebrechliche und Behinderte gerechtfertigt. Letztlich geht es darum, daß alle - entscheidungsfähige wie nicht-entscheidungsfähige Menschen - Parteigänger des gigantischen Forschungsprojektes werden.

"Warum darf man Behinderte nicht essen?" (12) Oder seine Großmutter umbringen oder dem Nächstbesten ein Organ entwenden. Fragen wie diese werden auf internationalen Kongressen und in unzähligen Veröffentlichungen ernsthaft diskutiert.

Die Philosophin Hannah Arendt spricht hier von der zunehmenden "schwachsinnigen Nachdenklichkeit oder der nachdenklichen Schwachsinnigkeit der Intellektuellen". (13) Religion und "common sense" hätten früher solche Fragen in den Bereich des Unerlaubten verwiesen. Nachdem die Naturwissenschaften demonstriert haben, daß uns unsere fünf Sinne nicht die Welt enthüllen sondern uns in Irrtümer führen, beginnt nun die wissenschaftliche Diffamierung des "common sense". Dieser sechste Sinn, der eine gemeinsame Welt konstituierte, in der es völlig selbstverständlich war, seine Großmutter nicht umzubringen, soll dem "logischen Vermögen" weichen. Das hat zwei dramatische Konsequenzen: Einmal werden alle "logisch Unvermögenden" (Verrückte, Behinderte, Unvernünftige, Irrationale usw.) ihres Platzes verwiesen. Zum anderen: Nur wenn die Frage, warum die Großmutter nicht umgebracht werden darf, "logisch" beantwortet wird, nur dann kann die Oma noch sicher sein.

Der Bioethiker schafft

Bedarf nach seiner Hilfe

Während eines internationalen Kongresses bemerkte der US-amerikanische Bioethiker Arthur Caplan: "Bioethiker können ihre Aufgaben nicht umschreiben. Aber sie wollen in Entscheidungspositionen und die Veränderung der Gesundheitsversorgung auf gesetzlicher wie praktischer Ebene moderieren." Bioethiker moderieren in Ethik-Kommissionen, Ethik-Instituten, Beratergruppen für Ethik, nationalen wie internationalen Gremien. Sie verfassen Berichte, bereiten Abkommen und Gesetzesvorhaben vor. Sie ermöglichen neue Forschungsvorhaben durch ihr Angebot "ethischer Begleitforschung" und Beobachtung,

Bioethiker schaffen damit juristische und politisch wirksame Instanzen, auf die sich späterhin jeder beziehen kann, der sein Geld, seine Arbeit und seine Institution auf der Beforschung von Embryonen, Behinderten und chronisch Kranken aufbaut. Ihre Argumentationsangebote - die Güterabwägung, die übergeordneten Interessen usw. - finden sich mittlerweile im standesrechtlichen Reglement, in nationalen Gesetzen oder in internationalen Verträgen wieder,

Politische Entscheidungen befördern diese Institutionalisierung. Denn auch der Bioethiker gewinnt - Arbeitsstellen, Karrieren und an Bedeutung. Das Biomed-Programm der Europäischen Union finanziert die Dienstleistungsethiker. "Medizinisch unterstützte Zeugung, einschließlich Geschlechtsselektion, Forschungen am Embryo, Verwendung von fötalem Eierstockgewebe, Schwangerschaft nach der Menopause" oder "aktive Sterbehilfe, Euthanasie, Einwilligung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen wie Häftlinge und vermindert zurechnungsfähiger Personen in Forschungsvorhaben" stehen auf dem Programm. (14)

Den "Unternehmern des wissenschaftlichen Beweises", den Forschern, stehen die "Rhetoriker des Machbaren", die Bioethiker zur Seite. Erst gemeinsam können sie den Umbau von Gesellschaft und Alltagsmoral erreichen.

Erika Feyerabend

Quellen:

1) Jean Dausset, Gene der Hoffnung. in: UNESCO No. 9/1994, S. 11

2) Daniel Cohen, Die Gene der Hoffnung, München/Zürich 1995, S. 329

3) Minas G. Hadjiminas, The Cyprus experience - screening to combat a serious genetic disease, in: Ethics and Hunman Genetics, procedings 2nd. Symposium of the Council of Europe on Bioethics 30.11.-2.12.1993, Strasbourg 1994, S. 26-48 und UNESCCO 9/1994, S. 5ff

4) Bundesrat, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 407/88 vom 2.9.1988, S. 3

5) Hanfried Helmchen/Hans Lauter (Hg.), Dürfen Ärzte mit Demenzkranken forschen?, Stuttgart/New York 1995, S. 70f

6) Amtsblatt Nr. L 361/44 der Europäischen Gemeinschaft vom 31.12.1994

7) ebda

8) John C. Fletcher, Can there be consensus on ethics in human genetics?, in: Ethics and Human Genetics. a.a.O., S. 67

9) U. Schlaudraff, K.-H. Wehkamp, Chr. Wewetzer, Stellungnahme zur Eingabe der Regionalkonferenz Lüneburg/Celle an die Jahreskonferenz der KrankenhausseelsorgerInnen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers 1995, 5.2.1996

10) Hans Martin Sass, Methoden ethischer Güterabwägung in der Biotechnologie, in: V. Braun u.a. (Hg.), Ethische und rechtliche Fragen der Gentechnologie und der Reproduktionsmedizin, München 1987, S. 92f

11) Karin Istel, Intensivkurs Bioethik, in: Jean-Pierre Wils. Streitfall Euthanasie. Tübingen 1990

12) Zitiert nach: Christoph Anstötz, Ethik und Behinderung. Berlin 1990, S. 74ff

13) Hannah Arendt/Mary McCarthy, Im Vertrauen - Briefwechsel 1949-1975, München/Zürich, S. 73ff

14) Europäische Kommission, Biomedizinische und Gesundheitsforschung (BIOMED 2) 1994-1998, Ausgabe 1994, S. 49ff

Am 1. Mai 1996 fand in Heidelberg eine Demonstration anläßlich des Kongresses "Science/fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Theorie" gegen die neue Euthanasiedebatte statt. Im Anschluß an die Demo wurde von den KongreßgegnerInnen ein Forum veranstaltet. Erika Feyerabend referierte dort zu der gesellschaftspolitischen Bedeutung der "Bioethik". Im folgenden dokumentieren wir ihre Rede in leicht gekürzter Form.

32. Arie Goral - Walter Louis Sternheim (1909 - 1996): Gedenkblatt für einen Löwen

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Juden in der BRD; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:20

Er war klein und schmächtig. Wallendes Hinterhaupthaar quoll unter der Mütze hervor. Ständig befand er sich in nervöser Bewegung. Er hatte ein scharf geschnittenes Gesicht, das Lachen und Weinen zugleich geformt hatten: sein skeptisches Gelächter erstickte er immer wieder mit tränenfeuchten großen Augen hinter schweren Lidern. Er war ein hellwacher und genauer Beobachter, oft aber auch kompliziert und schwierig. Er suchte die freundschaftliche Nähe und war zugleich um kein Argument verlegen, das die Aufrechterhaltung von Distanz oder den rechtzeitigen Rückzug sicherte. Er spielte manchmal mehrere Rollen gleichzeitig, um seine Verzweiflung über unsere geschichtslose Naivität zu verbergen, und gab sich selbst mehrere Namen. Wenn es ihm gut ging, agierte er gemäß seiner hebräischen Zuschreibung - als Löwe, den das Schicksal schwer gezeichnet hatte. Trotz aller desillusionierten Vorbehalte spornte er sich und uns immer wieder zum Handeln an, denn es galt im Wissen um das verschwundene oder verdrängte kollektive Gedächtnis der Eigentumslosen, Unterdrückten, in die Flucht Gejagten und Ermordeten eine neue sozialistische Zukunft zu erkämpfen.

So lernte ich Arie Goral-Sternheim kennen, als wir uns 1967 seine schon seit Jahren laufende Kampagne gegen den Alt- und Neuonazi Hofstätter an der Hamburger Universität zu eigen machten. Den damaligen Elan des Aufbegehrens hat er erst nach einer Periode des Abwartens ernstgenommen. Wie viele andere Linkssozialisten, Juden und Kommunisten seiner Generation mochte er es zunächst nicht wahrhaben, daß die Trendwende weg von der nach-nazistischen BRD von einer Jugendrevolte ausgelöst wurde, deren studentischer Anteil, der überwiegend die Täter-Generation zu Eltern hatte, nicht zu übersehen war. Seine abwartende Haltung gab er nie ganz auf, und letztlich sollte er damit leider recht behalten.

Einen Rest von Skepsis hat sich Arie Goral immer bewahrt. Obwohl wir ihm seit 1967 immer wieder zuhörten, begriffen wir erst nach und nach, wie scharf er die Verhältnisse durchschaute und wieviel wir von ihm zu lernen hatten. Wenn er betonte, das sich so liberal und weltoffen gerierende Hamburger Establishment sei besonders korrupt, bösartig, verlogen, demokratiefeindlich, engstirnig und in die Nazivergangenheit verstrickt, dann fanden wir dies übertrieben, sobald wir uns in den anderen großstädtischen Hochburgen der außerparlamentarischen Massenbewegung umsahen. Auch hielten wir es für rein zufällig, daß ausgerechnet ein Hamburger Professor die Vernichtung der europäischen Juden mit dem Argument gerechtfertigt hatte, Deutschland habe sich mit ihnen im Kriegszustand befunden. Wir verstanden es nicht, wenn Arie Goral angesichts der zeremoniellen Umarmungen zwischen den hamburgisch-großbürgerlichen Stiftungspatriarchen und den sozialdemokratischen Regionalpolitikern Wutanfälle bekam. Erst als wir 1968 bei der Besetzung des Psychologischen Universitätsinstituts jene Besprechungsniederschriften entdeckten, in denen die Spitzen der Hamburger Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ihr Votum für eine kompromißlose Kriminalisierung des jugendlichen Massenprotests zu Protokoll gegeben hatten, ahnten wir etwas von dem argumentativen Kontext der Ratschläge dieses aus der Emigration zurückgekehrten sozialistischen Juden, den die Hamburger Eliten zu dieser Zeit als unbequemen Narren ausgrenzten und totschwiegen.

Arie Gorals Insistieren auf Wahrheit hat auch vor der Geschichte seiner eigenen Gemeinde nicht haltgemacht. Als das Hamburger Staatsarchiv endlich die Liste der seit dem Herbst 1941 deportierten Juden neu herausgab, legte Arie Goral sofort den Finger auf die Wunde: er war verzweifelt darüber, daß der ehemalige Vorsitzende der Bezirksstelle Nordwest der Reichsvereinigung der deutschen Juden im Vorwort die hamburgische Prozedur der Vernichtungstransporte als vergleichsweise "human" bezeichnet hatte. Darauf kam er immer wieder zurück, und zuletzt hat er die öffentlichen Verdrängungsrituale gegenüber dieser hamburgischen Deportationspraxis in einem berühmt gewordenen Poem (Jiskor - Hamburger Juden Memento) ausgeleuchtet.

Arie Goral-Sternheim war häufig skeptisch und immer integer. Als sich die Sozial- und Kulturrevolte von der basisdemokratischen Offenheit ihrer antiautoritären Experimente ab- und mehrheitlich der hierarchischen Übersichtlichkeit des Parteidogmatismus zuwandte, brandmarkte er diesen Umschlag scharfzüngig. Er machte nicht mit, und er warnte vor der Wirklichkeitsferne und den emanzipationsfeindlichen Machtgelüsten der intellektuell-doktrinären Rede. Dies hielt ihn aber nicht davon ab, gleichzeitig die von Hamburg ausgehende

Initiative zur Verhängung von Berufsverboten gegen die sich in die verschiedenen alt- und neokommunistischen Gruppen verflüchtigende Linke anzugreifen.

Der Ratgeber und Aktivist wurde bald wieder zum Einzelgänger. Durch diesen Rückzug bewahrte er seit der Mitte der 1970er Jahre seine Identität, und dies unternahm er keineswegs zum erstenmal. Die Fähigkeiten zu einem derart eingegrenzten Überleben, das ihm als letzter produktiver Motor zur ständigen Konfrontation mit der Öffentlichkeit diente, waren ihm reichlich gegeben: als Poet, Schriftsteller und Pamphletist; als Dokumentarist und Organisator von Ausstellungen; als Zeichner, Plakatlayouter und Maler. So lebte Arie Goral nach dem Zusammenbruch des kurzen utopischen Frühlings schöpferisch und ungebrochen weiter, und die Haß-Liebe zu seiner Heimatstadt, die ihm mit ihren unaufgearbeiteten historischen Abgründen wieder zunehmend fremd wurde, beherrschte sein weiteres Denken und Handeln.

Die rechtzeitige Konfrontation mit den Institutionen - einschließlich der als falsch erkannten sozialen Alternativen und politischen Oppositionsbewegungen - hat Arie Goral-Sternheim früh erlernt. Aus dem bürgerlich assimilierten jüdischen Elternhaus brach er schon als Heranwachsender aus. Weder der deutschnationale Vater noch Schule und Lehrzeit vermochten ihn zu bändigen. Die plebejische Subkultur der ostjüdischen Diaspora faszinierte ihn und ließ ihn zum zionistischen Sozialisten werden. Als Volontär beim Tietz-Kaufhaus erlebte er die Machtübergabe an die Nazis mit. Die schändlichen Rituale, mit denen die hamburgische Kaufmannschaft im März/April 1933 ihr politisches Bündnis mit der marodierenden Kleinbourgeoisie gegen Arbeiterbewegung, Linksliberalismus und Judentum feierte, begriff er sofort in ihrer bedrohlichen Bedeutung. Er emigrierte als Vierundzwanzigjähriger nach Frankreich, zwei Jahre später kam er in Palästina an. Er schlug sich als Landarbeiter durch, absolvierte als Bau- und Plantagenarbeiter eine Kibbuz-Episode, verdingte sich als Bademeister am Toten Meer und fristete als Museumsassistent in Tel Aviv sein Leben. Am jüdischen Untergrundkampf nahm er als Feldscher der Haganah teil und trug als Kulturbeauftragter der Armee zur Konsolidierung des Staats Israel bei. Der israelisch-palästinensische Konflikt wurde zu seinem zweiten Trauma. Er versuchte es vor allem als Maler zu bewältigen. In seinen Bildern verbanden sich zunehmend die miterlebten Greuel des nahöstlichen Massakers mit dem Entsetzen über die nazistische Vernichtung seiner in Deutschland zurückgebliebenen Familie und der europäischen Juden. Zu Beginn der 1950er Jahre wurde der linkssozialistische Zionist wieder heimatlos. Er ist seither immer wieder im Namen der conditio humana für die Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern eingetreten.

Der Vierzigjährige kehrte 1950 nach Europa zurück. Die Kunstakademie Florenz wurde zu seiner ersten Station. 1953 betrat er erstmals wieder Hamburg und ließ sich als Galerist und Maler nieder. Nahe der Universität bezog er ein schmales dunkles Zimmer, das jahrelang nur mit Kartons und Koffern möbliert war. In einem benachbarten Souterrain eröffnete er die "Galerie Uhu" und organisierte Ausstellungen vor allem für osteuropäische und emigrierte jüdische Künstlerkollegen. In einem Gemeindehaus des Stadtteils Eimsbüttel gab er Mal- und Zeichenkurse für Kinder, junge Arbeiter und Angestellte. Aus ihnen ging 1958 ein Bilderwagen gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr hervor, den Arie Goral beim 1. Mai-Umzug der Gewerkschaften durch die Straßen zog. Er begann mit der Herstellung und Sammlung politischer Plakate. Die gestalterische Nische, die er sich und vielen anderen im pazifistisch-sozialistischen Widerstand gegen die bundesrepublikanische Restauration schuf, wurde ihm jedoch bald zu eng. Die Wunden, an denen er als Überlebender der Shoah und der nahöstlichen Tragödie litt, vermochten in ihr nicht zu heilen und bedrohten zunehmend seine Hoffnungen auf eine demokratisch-sozialistische Zukunft. Er arbeitete jahrelang an einem "Hundepsalm", der kurz vor dem Aufbruch der außerparlamentarischen Massenbewegung im Selbstverlag erschien. In dieser Klage brachte er Angst und Verzweiflung über die hinter der Fassade der "Brüderlichkeit" lauernde Ausgrenzungsmentalität der damaligen bundesrepublikanischen Gesellschaft erschütternd zum Ausdruck: "Daß ich noch lebe, noch nicht tot- / geschlagen von den Hirten, gefressen / von den Wölfen bin, ist ein Zufall / der nicht ewig währt: denn die Flitter- / wochen der Brüderlichkeit sind aus - / geträumt."

Doch nach der Episode der späten 1960er Jahre schienen die Hirten und Wölfe endgültig gebändigt. Arie Goral machte sich mit unglaublicher Schaffenskraft daran, die trotz der Rückschläge erkämpften neuen Verhältnisse mitzugestalten. Er konfrontierte die Hamburger Universität mit der skandalösen Geschichte der zweiten Vertreibung des Literaturwissenschaftlers Walter A. Berendsohn. Er rechnete mit der Kultivierung des vor allem in Hamburg populären völkisch-antisemitischen Zeichners und Karikaturisten A. Paul Weber ab und antwortete auf die seinerzeit kommentarlos hingenommene Apologetik des ehemaligen Nazi-Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann mit einer scharfen Polemik. Den verlogenen Inszenierungen der Hafengeburtstage

setzte er die dunklen Seiten der ostjüdischen Auswanderer-Internierung auf der Veddel entgegen. Er verfaßte eine Untersuchung über die Geschichte der Hamburger Heinedenkmäler und erkämpfte die Neuaufstellung eines Denkmals für Heinrich Heine auf dem Rathausmarkt. Der Publizist Carl von Ossietzky wurde dank seiner Initiative wieder symbolisch eingebürgert, indem die Staats- und Universitätsbibliothek seinen Namen erhielt. Und Arie Goral begann, sich im Anschluß an sein Jiskor-Poem den historisch-politischen Hintergründen der Verfolgung und Deportation der Hamburger Juden anzunähern: durch die Mitgestaltung von Ausstellungen, durch eine Dokumentation des Novemberpogroms von 1938 und die Rekonstruktion der Vernichtung der nach Riga deportierten Hamburger Juden. Er war und blieb weit entfernt von der inzwischen landläufigen Meinung, daß die Aufarbeitung der sozialen, politischen, ökonomischen und täterbiographischen Hintergründe der Judenvernichtung bedeutungslos sei, da die Shoah ein historisch letztlich unerklärliches und singuläres Ereignis darstelle. Noch kurz vor seinem Tod konzipierte er die Aufarbeitung der Geschichte der Vernichtung der Juden in den baltischen Staaten.

Der Erfolg all dieser Initiativen und Aktivitäten wurde seit Mitte der 1980er Jahre offenkundig. Arie Goral-Sternheim arrivierte zum offiziösen schlechten Gewissen der Hansestadt. Zu den alten MitstreiterInnen und den vereinzelten behördlichen Förderern der vergangenen Jahrzehnte gesellten sich nun zunehmend Opportunisten und Konjunkturritter der Kulturpolitik. Goral verachtete sie als Veranstalter von "Gedenktrauerorgien" und Trittbrettfahrer der nun hoffähig werdenden "Wiedergutgemachten". Er durchschaute das Spiel: die regionalen Inszenierungen des "Shoah Business", die letztlich nur eine Frontbegradigung im Kampf um die Verdrängung von historischer Evidenz und Verantwortung durch Betroffenheitsrituale darstellen. Aber gänzlich zu entziehen vermochte er sich nicht. Denn er war existentiell ungesichert und ohne Vermögen, und eine soziale Bewegung, die Gorals Vermächtnis seinen humanistisch-sozialistischen Visionen gemäß zu übernehmen vermöchte, existiert nicht.

Der Abschied von Arie Goral - Sternheim, dem vom Schicksal so schwer gezeichneten Löwen, fällt schwer. Das Scheitern des Aufbruchs von 1967/68 hat ihn bitter enttäuscht. Er litt danach gleichermaßen an den gerechtfertigten wie den nicht nachvollziehbaren Polarisierungen der übriggebliebenen linken Initiativen. Die meisten Menschen, auf die er zeitweilig Hoffnungen setzte, verhielten sich so, daß sie letztlich die Bitterkeit und das Mißtrauen, das der einsame Rückkehrer 1953 mitgebracht hatte, verstärkten. Die Leidtragenden waren die ihm wirklich Vertrauten und manche Freunde, die er oft zurückwies, weil er sie vor den Ausbrüchen seiner Verzweiflung bewahren wollte. So machte er es ihnen leicht, sich zurückzuziehen und die Signale von Nähe und Kommunikationsbedürfnis nicht mehr wahrzunehmen, denn sie wähnten Zeit zu haben gegenüber einem Menschen, den sie irrtümlich für unsterblich hielten. Für diese Unachtsamkeit müssen wir nun büßen. Das Versprechen, das wir ihm am offenen Grab gaben: ihn vor dem Vergessen zu bewahren, indem wir sein Vermächtnis und seine Pläne weiterverfolgen, konnte er nicht mehr in seiner hoffnungsvoll-pessimistischen Art in Frage stellen. Arie Goral-Sternheim wurde am 2. Mai 1996 auf dem Hamburger jüdischen Friedhof beerdigt.

Karl Heinz Roth

33. Arbeiterbewegung und Antifaschismus. Rezension

Buchbesprechung

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Arbeiterbewegung; Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:01

Wenn sich Historiker und Journalisten aus dem Umfeld von PDS und DKP zu einer Arbeitstagung mit dem Thema "Arbeiterbewegung und Antifaschismus" treffen, darf eine interessante Diskussion erwartet werden. Mit dem Ende der DDR sind die Arbeitsmöglichkeiten von Wissenschaftlern, die der SED-Nähe gezichtigt werden, extrem schlecht geworden. Es ist aber gleichzeitig der Zwang oder auch nur der vermeintliche Zwang zur geistigen Konformität entfallen. Eine Reihe von Wissenschaftlern bemüht sich um eine Erweiterung ihrer historischen Erkenntnisse - ohne dabei fundierte, schon früher erworbene Einsichten aufzugeben. Davon gibt auch der vorliegende Band, der die Beiträge einer Konferenz der Marx-Engels-Stiftung dokumentiert, einen lebhaften Eindruck.

Die Tatsache, daß eine solche Tagung mit dem Referat eines offenbar Unbelehrbaren eröffnet wird, muß dabei kein Nachteil sein, stellt Lothar Berthold doch noch einmal komprimiert die "marxistisch-leninistische" Betrachtung der Arbeiterbewegung mit der typischen Mischung von Wahrheiten, Halbwahrheiten und Tautologien vor. Sein Referat unter dem Titel "Antifaschistische Strategien in der Arbeiterbewegung vor 1933" legt knapp, aber zutreffend das Versagen von SPD und Gewerkschaften angesichts des nach 1929 erstarkenden Faschismus dar. Die wesentlich ausführlicher behandelte "Strategie" der KPD war dagegen angeblich richtig und leidet in der Rückschau laut Berthold nur an einem kleinen Mangel: Sie konnte "nicht verwirklicht werden". Ob man angesichts der emotionsgeleiteten und schwankenden Politik der KPD vor 1933 überhaupt von einer Strategie sprechen kann, sei dahingestellt. Einer "Strategie", die in einer schrecklichen Niederlage endete, zu bescheinigen, sie sei im wesentlichen richtig gewesen und habe bloß nicht verwirklicht werden können, ist ungefähr so intelligent wie die Aussage, die Menschen seien prinzipiell unsterblich, wenn es da nicht den Tod gäbe. Die Sozialfaschismustheorie erwähnt Berthold nur an einer Stelle und betont in diesem Zusammenhang - welch ein Zufall - ihre Nichtexistenz: Bei der "Antifaschistischen Aktion" habe "weder der sozialdemokratische Antikommunismus eine Rolle (gespielt) noch galt die kommunistische Sozialfaschismustheorie".

Der Diskussionsbeitrag von Kurt Gossweiler ist genauso platt. Lediglich die Überlegung, die KPD "als eine Partei der Arbeitslosen" habe nach "nüchterner" Einschätzung durch das Kapital kein reales Revolutionspotential dargestellt, macht Gossweilers Beitrag überhaupt erwähnenswert.

Manfred Behrend und Jakob Moneta zeigen dagegen auf, daß es lange vor 1933 einsichtige Strömungen am rechten Rand der KPD (die KPD-Opposition) und am linken Rand der SPD (die SAP) gab, die das Verhängnis der von SPD und KPD forcierten Spaltung erkannten. Beide Referenten untersuchen aber nicht, warum die fatale Frontstellung zwischen SPD und KPD selbst dann noch beibehalten wurde, als absehbar war, daß sie für beide Seiten zum politischen oder gar physischen Untergang führen mußte.

Die Beiträge von Heinz Köller und Eckhard Trümpler über "Neue Wege des Antifaschismus nach 1933 und ihre aktuellen Aspekte" bzw. "Zu Fortschritten und Mängeln des antifaschistischen Kampfes der KPD" machen deutlich, daß es auch von Wissenschaftlern mit "orthodoxer" Herkunft differenzierte Überlegungen gibt. Köller geht darauf ein, wie in Frankreich sowohl die KP als auch die Sozialistische Partei Lehren aus dem Machtantritt des deutschen Faschismus zogen. In Frankreich gab es außer einer Aktionseinheit von KP und SP sogar bald die berühmte Volksfront, die auch die Mittelschichten einbezog. Sie verbaute den französischen Faschisten den Weg zur Macht, verhinderte aber nicht die spätere Kapitulation vor Nazideutschland. Sehr interessant auch der Beitrag von Claudio Natoli "Der Faschismus in der theoretischen Analyse und in der politischen Strategie der italienischen und deutschen Kommunisten". In allen Beiträgen wird deutlich, wie kompliziert, aber potentiell nützlich, die Verarbeitung von Erfahrungen einzelner Sektionen der Komintern durch die Zentrale und durch andere Sektionen war.

Auffallend, daß gerade von einigen Wissenschaftlern, die sich mit der KPD beschäftigen, die ja die verheerendste Niederlage gegen den Faschismus erlitt und (trotz immenser Opfer) innerhalb Deutschlands keinen nennenswerten Beitrag zum Sturz des Faschismus leisten konnte, allen Ernstes behauptet wird, die

KPD habe eine im wesentlichen richtige Politik betrieben. Hier dokumentiert sich als Spätfolge der politischen Niederlage noch die geistige Totalerschöpfung.

Der Beitrag von Herbert Mayer "Die internationale Sozialdemokratie, der Antifaschismus der SPD und ein antifaschistisches Nachkriegsdeutschland (1940-1947)" macht das Mißtrauen deutlich, das die internationale Sozialdemokratie gegenüber der SPD angesichts des kläglichen Versagens vor dem Faschismus hegte - bis der Kalte Krieg die berechtigten Vorbehalte vergessen machte.

In dem Tagungsband, der insgesamt 26 Beiträge und eine Zusammenfassung der Diskussion enthält, sind weiter einige interessante Referate zu antifaschistischen Konzeptionen nach 1945, zu antifaschistischen Gedenkstätten und zum bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus enthalten. Das Buch dokumentiert, daß das Thema "Arbeiterbewegung und Antifaschismus" auch in der historischen Diskussion unter Marxisten keineswegs abgeschlossen ist. Der Anspruch auf vollständige Darstellung der Diskussion wird aber nicht eingelöst: Nur aus dem Bericht über die Diskussion erfährt man von den Beiträgen der Frauen, die auf dem Einband versprochen werden.

Dietrich Marquardt, Frankfurt/Main

Arbeiterbewegung und Antifaschismus, Hg.: Marx-Engels-Stiftung, Bonn, Pahl-Rugenstein, 1995, 270 Seiten, 28 Mark.

34. Bei Gefahr für Leib und Leben: Forcierte Abschiebung. Nach den Morden an Vietnamesen reagiert der Staat ...

Nach den Morden an Vietnamesen reagiert der Staat mit verschärfter Repression

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:44

In den vergangenen zwei Wochen wurden neun Vietnamesen in Berlin und Brandenburg, zwei in Leipzig ermordet. Nach Polizeiangaben handelt es sich bei den Opfern um Zigarettenhändler. Der Bandenkrieg der Zigarettenschmuggler eskaliert - so der einhellige Tenor in den Medien. Und der Staat reagiert.

Zigarettenschmuggel ist ein lukratives Geschäft, millionenschwer. Durch den Handel mit unverzollten Zigaretten gingen dem Staat laut offiziellen Schätzungen 1995 eineinhalb bis zwei Milliarden Mark flöten. Da sind riesige Gewinne zu machen. Nicht nur mit den Kippen selber, sondern auch mit "Standgebühren" und Schutzgeldern, die denen abgepreßt werden, die die Zigaretten feilbieten. Hinter den Morden an den Vietnamesen vermutet die Berliner Polizei Verteilungskämpfe zwischen rivalisierenden Banden von Zigarettenschmugglern, die auf diese Weise ihre Reviere neu abstecken wollen, was die Voraussetzung für solche "Zahlungen" ist. Das Bild in der Öffentlichkeit: Vietnamesen hauen sich untereinander die Köpfe ein. Was geflissentlich verschwiegen wird, ist, daß die Opfer der Mordanschläge das letzte Glied eines internationalen Händlerrings sind. Die vietnamesischen Straßenhändler sind lediglich dafür da, die billigen Zigaretten an den Endverbraucher zu bringen. Organisiert wird das profitable Geschäft von Hintermännern, die aus Rußland, Polen und Deutschland stammen und die dicke Kohle einstreichen.

"Zigarettenmafia"

"Die Zigarettenmafia hat ein breites Angebot. Kippen, Kokain, Kanonen: alles kompleti!" Mit solchen Sprüchen beschwört das Bundesfinanzministerium seit Ende 1994 die Gefahren des illegalen Zigarettenhandels. Wer Zigaretten beim Vietnamesen an der Straßenecke kauft, ist willfähriger Helfer der "Organisierten Kriminalität" (OK). Eifrig wird am Feindbild "vietnamesische Zigarettenmafia" gestrickt.

Von den ehemals 59.000 vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, die 1989 in der DDR beschäftigt waren, leben noch etwa 15.000 in Ostdeutschland. Zu Gastarbeitern zweiter Klasse degradiert, erhielten sie erst 1993 eine befristete Aufenthaltsbefugnis. Doch die an diese "Bleiberechtsregelung" gekoppelten Bedingungen (legale Arbeit, Wohnung etc.) bedeuteten für die Hälfte der Betroffenen die drohende Abschiebung. Weit größer als die Gruppe der ehemaligen VertragsarbeiterInnen sind mittlerweile zwei andere Gruppen: Illegal in die BRD eingereiste VietnamesInnen und laut offiziellen Angaben 44.000 AsylbewerberInnen aus Vietnam - deren Anerkennungschancen mehr als gering sind. Das im September 1995 abgeschlossene "Rücknahmeabkommen" mit der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) verschärfte die Situation für alle drei Gruppen. Dort werden rund 40.000 VietnamesInnen für "ausreisepflichtig" erklärt. Etwa 10.000 von ihnen sind ehemalige VertragsarbeiterInnen, deren Aufenthaltsberechtigung abgelaufen ist, 20.000 abgelehnte AsylbewerberInnen und 10.000 illegal Eingereiste. Dies ist die Folge einer Politik der Ausgrenzung und Illegalisierung, die nach der Wende in der DDR für die vietnamesischen VertragsarbeiterInnen einsetzte und sich im weiteren Verlauf mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts auch auf vietnamesische AsylbewerberInnen und in der Folge illegal Eingereiste ausweitete.

Ohne legalen Status in Deutschland sehen viele von ihnen im Verkauf von unverzollten Zigaretten die einzige Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern, können sie doch dadurch ein paar Mark verdienen. Viel mehr bleibt nicht übrig, denn "Standgebühren" von 1000 bis 2000 Mark im Monat, die an die Hintermänner gezahlt werden müssen, sind nicht selten. Wer sich weigert, ist seines Lebens nicht sicher. Alleine in Berlin sind seit Dezember 1992 zwischen 32 (taz) und 35 (Focus) VietnamesInnen ermordet worden.

Vietnamesen: Von wegen Opfer

Doch von alledem ist keine Rede. Im Gegenteil: Der Berliner Oberstaatsanwalt warnt ausdrücklich davor, die vietnamesischen Straßenhändler als Opfer anzusehen. "Der größte Massenmord in der Berliner

Nachkriegsgeschichte" (Focus) wird dazu genutzt, weiter am Bild der "vietnamesischen Zigarettenmafia" zu stricken. Daß das - wenn überhaupt - nur die halbe Wahrheit ist, wissen die Beteiligten. Nach Erkenntnissen des Zollkriminalamts haben die Hauptorganisatoren und Finanziers des Zigarettenschmuggels "ihren Sitz vornehmlich in Osteuropa, überwiegend in Polen. Der Schmuggel wird über Zwischenorganisationen abgewickelt", an denen besonders "aus Osteuropa stammende Deutsche" beteiligt sind. "Der Absatz erfolgt [...] überwiegend im Straßenhandel durch Vietnamesen." Lediglich einige von ihnen seien auf der "2. Ebene" der Zwischenverteiler beteiligt. "Es gibt bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß vietnamesische Straftäter in der hierarchischen Struktur der osteuropäischen OK über die genannten Ebenen hinaus repräsentiert sind."

Aber das staatliche Feindbild ist weiterhin der kippenverkaufende Straßenhändler aus Vietnam, Hintermänner passen nicht in diese Konstruktion. Den in "mafiaähnlichen Strukturen" eingebundenen Vietnamesen gilt die ganze Aufmerksamkeit der Polizei. Zwar haben die zuständige Mordkommission und die Ermittlungsgruppe "Vietnam" der Berliner Polizei nach eigenen Angaben noch keine Spur von den Tätern - aber, so verlautet, eine Quang-Binh-Gruppe kämpfe derzeit mit einer Ngoc-Thien-Bande um die Vorherrschaft auf dem Berliner Zigarettenmarkt, also seien die Mörder vermutlich dort zu suchen. (FR, 17.5.96) Andere, die an den Geschäften der Zigarettenmafia beteiligt sind, kommen wahrscheinlich wegen der "außerhalb der mitteleuropäischen Norm" liegenden Brutalität für die Polizei gar nicht in Frage.

Auffällig ist auch, daß sich die Angriffe auf vietnamesische Straßenhändler häufen, seit der Berliner Senat damit begonnen hat, die Wohnheime der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen aufzulösen. Angeblich sollte dadurch die Sicherheit für die VietnamesInnen erhöht werden, indem die für die Polizei nur schwer kontrollierbaren Heime geschlossen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Magnar Hirschberger, Mitarbeiterin des Vereins "Reistrommel", einer Beratungsstelle für VietnamesInnen: "Damit sind die Vietnamesen schutzlos jeglicher Verfolgung ausgesetzt." (taz, 14.5.96)

Zwischen "Task Force" und Abschiebung

Die staatlichen Stellen wollen dem Problem auf ihre Art Herr werden. Zur Bekämpfung des illegalen Zigarettenhandels soll eine "Schnelle Einsatzgruppe" unter Führung der Polizei eingerichtet werden. Weitere Beteiligte an dieser "Task Force": das Bundeskriminalamt, der Bundesgrenzschutz und der Zoll. (taz, 24.5.96) Daneben forderte der Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU), endlich die Blockaden gegen den "großen Lauschangriff" zu überwinden. Die Gelegenheit scheint günstig, die weitere Aufrüstung des Staates zu reklamieren. Ebenso müßten endlich "Erwägungen in bezug auf das geltende Straf- und Ausländerrecht" gemacht werden. (FR, 17.5.96) Das deckt sich mit den Forderungen der "Gewerkschaft der Polizei", die "die rigorose Abschiebung von vietnamesischen Straftätern" verlangt. (FR, 14.5.96)

Bonn ist gefordert: Wie kann die SR Vietnam dazu bewegt werden, das "Rückübernahmeabkommen" von 1995 umzusetzen? Bislang hat die SRV erst vier Vietnamesen aus der BRD die Einreise gestattet. Das "Rückübernahmeabkommen" sah aber vor, daß sie 1995 2500, 1996 5000, dann 6000 (1997), 6500 (1998) und schließlich weiter 20.000 (bis 2000) VietnamesInnen aus der BRD wiederaufnimmt. Doch für die "Rückübernahme" gilt ein mehrstufiges Verfahren, das von der SRV restriktiv gehandhabt wird, so daß in Bonn von Boykott gesprochen wird.

"Sehr deutlich" hat Bundesinnenminister Kanther deshalb vergangene Woche der vietnamesischen Regierung deutlich gemacht, "daß die schleppende Rückführung nicht dem entspricht" was die BRD erwarte. (FR, 18.5.96) Und Bundesaußenminister Kinkel warnte mit der "Belastung der Beziehungen". (Ebd.) Inwieweit die SRV diesem Druck nachgibt, ist momentan noch offen, aber Bonn droht bereits mit dem Einfrieren von Finanzhilfen.

Damit endlich die Abschiebung der VietnamesInnen aus der BRD forciert werden kann, setzt die Bundesregierung alles daran, die Morde an ihren Landsleuten zu instrumentalisieren. Wollte sie ernsthaft die "Zigarettenmafia" bekämpfen, wäre durch Abschiebungen nichts gewonnen. Dagegen wäre eine Legalisierung des Aufenthalts der VietnamesInnen in der BRD ein Schlag, der die "Mafia" enorm treffen würde - genauso wie, nebenbei gesagt, die Abschaffung der Tabaksteuer.

mb., Berlin

35. Schüsse, Schweigen, Abschiebungen. Zu den jüngsten Morden an Vietnamesen

Autor: Jan Temming · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak391/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:45

Neun Tote in Berlin, zwei in Leipzig. Der Krieg der Zigarettenmafia wird immer brutaler. Hinrichtungen allerorten. Eine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit. Vielleicht wird in Zukunft sogar ein Deutscher ermordet. Da hilft nur eins: Abschieben. Und zwar alle.

Kein Wort des Bedauerns, kein Wort der Trauer. Wozu auch? Wissen wir doch spätestens seit Lübeck definitiv, daß die Ausländer sich sowieso nur untereinander umbringen. Das können sie auch gerne tun, nur bitte nicht hier.

Und wenn Vietnam nicht ständig die Abschiebungen boykottieren würde, obwohl sie soviel Geld kriegen, dann wäre das alles nicht passiert. Zumal jüngst ja noch in der taz herumspekuliert wurde, ob die Killerkommandos nicht sogar ehemalige Vietcong-Kämpfer seien. Und die waren ja schon immer klein, gelb und hinterlistig.

Womit die Schuldfrage nicht nur eindeutig beantwortet ist, sondern sich gar nicht mehr stellt.

Andererseits befremdet die Entrüstung über die Morde dann doch. Jeder tote Vietnamese spart ein Flugticket, jeder Schuß in den Hinterkopf beschleunigt die Abschiebung. Der wahre Pate sitzt nicht irgendwo in Hanoi, sondern in Bonn. Salute, Don Manfredo.

Denn, unter uns gesagt, abgeschoben würde auch ohne Mafia und Morde, nur etwas weniger zügig. Was also liegt näher, sich mittels der Toten der Lebenden zu entledigen, und wenn schon nicht ins Jenseits, dann wenigstens ins Land, wo der Pfeffer, pardon, Ginseng wächst.

Daß sich anhand der jüngsten Ereignisse deutlich gezeigt hat, daß die Auflösung der Wohnheime nicht der erhöhten Sicherheit der BewohnerInnen gedient habe, und die zuständige Ausländerbeauftragte öffentlich dazu auffordert, die soziale Kontrolle gegenüber den vietnamesischen Nachbarn zu erhöhen, scheint kaum noch jemanden zu interessieren. Auch die antirassistische Linke nicht. Oder ist die Lage wieder so vertrackt, daß öffentliche Äußerungen nicht möglich sind? Kein Wort des Bedauerns, kein Wort der Trauer? Keine Idee, sich um Hinterbliebene zu kümmern? Kein Versuch mehr, die Ursachen zu benennen?

Mit dem Kopf im Sand ist gegen Betonköpfe nicht anzukommen, und wenn angesichts von Toten den Propagandisten der Abschiebungen freiwillig die Bühne überlassen wird, stellt sich die Frage, wie ernsthaft das Interesse an den Lebenden noch ist.

Jürgen Temming

Vorabdruck aus ZAG Nr. 19. Bezugsadresse: Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59 HH, 10965 Berlin.

36. Quelldatei 11.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak391/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:11

LeserInnenbriefe

Charakter

Betr.: Abo-Kündigung

Liebe Freunde,

hiermit kündige ich die beiden o.g. Abonnements zum Jahresende 1996!

Ich hatte wirklich sehr gehofft, daß sich nach der von Euch durchgeführten Leserumfrage der Charakter von ak ändern würde. Leider ist das nicht der Fall.

Sosehr ich verstehen kann, daß Ihr Euch in erster Linie an ein überwiegend jugendliches Publikum wenden müßt (Auflagenstärke usw.), sowenig verstehe ich die manchmal krampfhaften Abgrenzungsversuche zu anderen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften usw.). Selbstverständlich weiß auch ich - und das seit ca. 25 Jahren - über Zustand und Ausmaß der inhaltlichen Katastrophe solcher oder ähnlicher Organisationen Bescheid. Meines Erachtens sollten gerade jüngere Menschen kontrovers, aber intensiv, mit Organisationen wie z.B. dem DGB konfrontiert werden.

P. Nolte

Kopfwäsche

Betr.: Kuba und die Bündnislogik des Kalten Krieges (ak 389)

Ich stimme Al. aus Nürnberg voll zu. Bei dem Flugzeugabsturz zweier ziviler Kleinflugzeuge und der Tötung von vier Besatzungsmitgliedern handelt es sich um eine "overreaction" der kubanischen Führung, wie ich meiner behinderten kubanischen Brieffreundin geschrieben habe. Man hätte versuchen müssen, die Flugzeuge zur Landung zu zwingen und die Besatzungsmitglieder gefangen zu nehmen und nicht zu töten.

Die kubanische Propaganda (s. Granma vom 24.4.96) verplappert sich selbst, wenn sie von einer "recorrido" mit Managern und Journalisten der US-amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS spricht - letztendlich wurden den Reportern nur neue industrielle Verarbeitungsanlagen für Zuckerrohr gezeigt. "Recorrido" heißt in der Umgangssprache auch soviel wie Rüffel, Tracht Prügel. "Dar un buen recorrido a alg." = j-m gehörig den Kopf waschen. Wer wäscht der kubanischen Führung mal gehörig den Kopf?

W. Porschke

37. Quelldatei 12.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak391/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:12

Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik entstand erst mit der Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie wurde als reine Modernisierungsstrategie nach dem Modell westlicher Zivilisation durchgeführt. "Unterentwickelt" war dementsprechend jener Teil der Menschheit, der einem so verstandenen Fortschrittsdenken nicht folgen wollte oder konnte. Entwicklungspolitik war damit kaum mehr als Wirtschafts-, Macht- und Kriegspolitik. Als Entwicklungshilfe war sie nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wo diese Hilfe nicht überhaupt erst durch Ausbeutung, Verschuldung und sog. Strukturanpassungsprogramme unverzichtbar wurde. - Unter dem nicht eben hoffnungsfrohen Titel "Einstürzen der Neubauten" ziehen die blätter des iz3w eine Bilanz der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion der 90er Jahre und erörtern die diversen Entwicklungskonzepte.

blätter des iz3w, Nr. 213, Mai 1996. A4, 52 S., 8 DM. ISSN 0933-7733.

Nicaragua

Im Oktober 1996 soll in Nicaragua gewählt werden. Im Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua (der zusammen mit dem Rundbrief der Informationsstelle El Salvador erscheint) wird über das "Wahlspektakel" berichtet, einige der (bisher über 30) KandidatInnen für die Präsidentschaft werden vorgestellt. Einem Report über die Volksbefragung zur Bestimmung der FSLN-KandidatInnen folgt ein Interview mit Vima Nunez, die bei der Volksbefragung als Gegenkandidatin von Daniel Ortega antrat.

Rundbrief 2/96. A4, 58 S. Bezug: Informationsbüro Nicaragua, Friedrich-Ebert-Str. 141b, 42013 Wuppertal; Informationsstelle El Salvador, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Chiapas

Mit einer Beilage mit Fotos und Texten zu Chiapas wartet die jüngste ila-Ausgabe auf. Die Fotos (die nicht allein den "fight" abbilden, sondern auch Arbeit und Leben in Chiapas mit z.T. historischen Aufnahmen) sind Teil einer Ausstellung, die zur Solidaritätsarbeit eingesetzt werden kann. (Information und Verleih: EXILE Kulturkoordination e.V., Friederickenstr. 41, 45130 Essen.)

Auch einige der Beiträge des Hefts beziehen sich auf Chiapas: Boris Kanzleiter berichtet über die Geschichte der deutschen Kaffeebarone in dieser Region und das heutige Vorgehen deutschstämmiger "Cafeteros" bei der Wahrung "ihres" Besitzes in Chiapas.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Heft 195, Mai 96. A4, 44 + XVI S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

BUKO

Zwanzig Jahre alt wird der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in diesem Jahr. An der Wiege dieses Zusammenschlusses im Jahr 1976 stand ein Herr Bahr, seinerzeit Entwicklungshilfeminister. Dies - und nicht weniger Interessantes - ist einer rund 25seitigen Rückschau in der Geburtstagsbroschüre der BUKO ("Die Wüste lebt!") zu entnehmen.

Eingeleitet wird die Publikation mit einem Beitrag zur "BUKO in der neuen Weltordnung", und beigegeben sind etliche Berichte von (Ex-)AktivistInnen aus BUKO-Zusammenhängen über ihre Erfahrungen und Erinnerungen. Ein informatives Stück Geschichtsschreibung.

20 Jahre Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Die Wüste lebt! A4, 60 S.

Antimilitarismus

Vor sehr viel längerer Zeit, nämlich 1921, wurde die War Resisters' International (Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) gegründet. Die Zeitschrift graswurzelrevolution hat aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der WRI ein Sonderheft herausgegeben. Neben Beiträgen zur WRI-Geschichte enthält das Heft eine Anzahl von Berichten über antimilitaristische Praxis: Desertion in Ex-Jugoslawien, gewaltfreie Märsche,

Aktion in Moskau 1968, Brasilien, gegen Apartheid in Südafrika, Unterstützung türkische KriegsgegnerInnen, gewaltfreies Training u.a. In einem weiteren Abschnitt der Publikation wird die "Zukunft transnationaler antimilitaristischer Arbeit" diskutiert.

graswurzelrevolution, Nr. 208/209, Mai 1996. A4, 76 S., 7 DM. ISSN 0344-2683.

Antifaschismus

Nach heftigen, aber leider unzureichend beachteten Auseinandersetzungen im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, in dem ungeachtet des Verdacht erweckenden Namens dieser Institution einige wichtige Veröffentlichungen zur NS-Wehrmacht erschienen waren, haben die liberalen Historiker Wolfram Wette und Gerd Ueberschär dieses Amt verlassen. Teil des Streits war das Wirken einer Gruppe von Historikern um Joachim Hoffmann, den jüngst pensionierten Leitenden Archivdirektor, die die Präventivkriegsthese vertritt, d.h. die Auffassung, Deutschland habe die Sowjetunion "präventiv" angegriffen. Hoffmanns Schrift "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945", in der er sich nur noch knapp am Straftatbestand der Auschwitzleugnung vorbeilaviert, wird im Antifaschistischen INFO als einer von vielen Belegen für einen (neuen) deutschen Militarismus rezensiert. Neben diesem Schwerpunkt der jüngsten Ausgabe bringt das INFO Meldungen aus der nationalen und internationalen (Neo-) Nazi-Szene, darunter die erfreuliche Nachricht, daß Gerrit Et Wolsink, SS-Mann in der Division "Oldenburg", Gladio-Agent, NSDAP-AO-Unterstützer und wichtiger Verbindungsmann zwischen Neo-Nazis und alten Nazis heimgegangen ist. Unfriede seiner Asche!

Antifaschistisches INFO, Nr. 34, Mai/Juni 1996. A4, 44 S., 5 DM.

Abfallpolitik

Wäre dem Redaktor dieser Kolummne nicht gerade eine schon wieder erhöhte Nebenkostenabrechnung mit einem exorbitanten Tarif für die Müllbeseitigung ins Haus geflattert, hätte er vermutlich auch die aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik (AKP) ignoriert. So aber sprang ihn die AKP-Schlagzeile "MÜLL" geradezu an. Nicht mehr um einen "Entsorgungsnotstand" geht es, ist aus dem Schwerpunktteil "Abfallpolitik: Konkurrenz der Systeme" zu erfahren. Vielmehr gibt es Überkapazitäten bei der "Großtechnik der Müllverbrennung, aber auch bei großtechnischen Deponien sowie bei ‚kalten` Abfallanlagen." Betreiber von Müllverbrennungsanlagen konkurrieren um Müll. Die Folgen dieser Entwicklung werden in mehreren fachzeitschriftsgemäßen Beiträgen analysiert.

AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, Nr. 3/96, Mai/Juni 1996. A4, 68 S., 11 DM. ISSN 0941-9225.

Crossover

Über die Konferenz "Crossover - Für einen radikalreformerischen Anfang", gemeinsam veranstaltet von den Zeitschriften UTOPIE kreativ, Andere Zeiten und spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft berichteten wir auch in unserer Zeitschrift. Wer die Referate (in gekürzter Fassung) und einen Teil der Diskussionsbeiträge nachlesen will, greife zu der von den KongreßveranstalterInnen vorgelegten Dokumentation.

Konferenz der Zeitschriften CROSSOVER. spw, Ausgabe 2/96, Heft 88, März/April 1996. A4, 60 S., 8.50 DM.

38. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak391/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:47

Erratum

In ak 390 ist uns in der Mexiko-Reportage "Dieses Land ist auf Revolution gegründet" (S.18) beim Redigieren ein sachlicher Fehler unterlaufen. Amado Avendaño lebt nicht in der Gemeinde Nicolas Ruiz, sondern in San Cristóbal. Sorry.

39. Quelldatei 52.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak391/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:391:52

Kalender

NS-Militärjustiz

Das Wirken der NS-Militärjustiz ist erforscht, die Rechtfertigungslegenden früherer Jahre sind widerlegt. Dennoch wurden die Urteile - gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und "Wehrkraftzersetzer" - nicht für nichtig erklärt. Ausgewiesene WissenschaftlerInnen - u.a. Rolf Surmann, Manfred Messerschmidt, Christiane Rothmaler, Hannes Heer - referieren zu wichtigen Aspekten dieser Problematik auf einem Symposium zur "skandalösen Kontinuität" dieser Urteile. PraktikerInnen aus u.a. Initiativen zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes stellen die aktuelle Debatte dar.

1.6/2.6.96, jeweils ab 10 Uhr: "Was damals Rechtens war ..." Die skandalöse Kontinuität der Urteile der Militärjustiz gegen Deserteure, Verweigerer und andere "Wehrkraftzersetzer". Pädagogisch-Theologisches Institut, Teilfeld 1, Hamburg. Teilnahmekosten 30.-/15.-.

NATO-Tagung in Berlin

"Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg!" AGIP, Antifa Jugendfront, Antifaschistische Aktion Berlin und Anti-NATO-Gruppe rufen auf zur Demonstration gegen die NATO-Tagung im Berliner Hotel Interconti.

3.6.96, 17 Uhr, ab Adenauerplatz, Berlin.

Nazi-Strukturen

Das Bürgerkomitee zur Auflösung des Wuppertaler Staatsschutzes lädt zu einem Dia-Vortrag über Nazistrukturen, den V-Mann Bernd Schmitt, Hak Pao und die Rolle des Wuppertaler Staatsschutzes beim Brandanschlag in Solingen.

3.6.96 (Uhrzeit zu erfragen unter Tel. 0201- 767670, Mo 19-23 Uhr) im Falkenheim Frohnhausen, Thiesbürgerweg 24, Essen.

Geschlechtergrenzen

Die im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens (heißt: für alle offen) der Universität Hamburg durchgeführte Veranstaltungsreihe "Identitätspolitiken: Jenseits der Geschlechtergrenzen" wird fortgeführt am

3.6.96: Alltägliche Ritualisierung von Geschlechterkonstrukten (Cordula Weißkappel, Ethnologin, Universität Osnabrück);

17.6.96: Zur bisexuellen Identitätsbehauptung (Francis Hüsers, Soziologe, Hamburg).

Die Vorlesungen beginnen jeweils um 19 Uhr und finden statt im Hörsaal G im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Kurdistan

Über die Frage "Wie kam die Nation nach Kurdistan?" referiert Jan Keetman am

4.6.96, 20 Uhr, im Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg.

Sport im Kapitalismus

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Sport zu führen, hat sich der Allgemeine Studierendenausschuß der Universität Kaiserslautern vorgenommen.

5.6.96: Sport und Faschismus (Vortrag von Wolfgang Bausch, Monitor-Redaktion beim WDR).

13.6.96: Arbeitersport gestern und heute (Vortrag von Jens Klocksin).

20.6.96: Fußball und Satire (Jürgen Roth, Heribert Lenz und Thomas Gsella, "Titanic"-Redakteure, lesen aus ihrem Buch "So werde ich Heribert Faßbender. Grund- und Aufbauwortschatz der Fußballreportage".)

Alle Veranstaltungen finden statt in der Universität Kaiserslautern, Gebäude 46, Hörsaal 110, und beginnen jeweils um 20 Uhr.

Nation und Nationalismus

Über "Nation und Nationalismus - soziale Folgen eines weltweiten Phänomens" diskutieren Bernd Gehrke (Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost /West), Uwe-Jens Heuer (PDS-MdB) und Robert Kurz (Redaktion "Krisis").

6.6.96, 19.30 Uhr. Literaturcafé Wolkenbügel, Kulturhaus im Thälmannpark, Danziger Straße 101, Berlin.

Orientierungen zwischen den Welten

"Guter Mensch - was tun?" fragen sich die Organisationsgruppe "Orientierung in Widersprüchen" und das Zentralamerika-Komitee Tübingen. Antwort wird erhofft von

Mauricio Rosencof, der am 9.6.96 aus "Briefe, die nie ankamen" liest;

Susanne Maurer, Pädagogin, die am 13.6.96 zur Frage "Hat die Solidarität ein Geschlecht?" referiert;

Claudia Koppert, Lektorin, die am 18.6.96 eine "politische Zwischenbilanz" von "Identität und Befreiung" zieht;

Frank Deppe, Soziologe, der am 26.6.96 den Evergreen "Hat der Sozialismus noch eine Zukunft?" erörtert.

Alle Veranstaltungen finden statt im Adolf Schlatter Haus der ESG Tübingen, Österbergstraße, und beginnen jeweils um 20 Uhr.

Frauengeschichte

Der Kölner Frauengeschichtsverein feiert sein zehnjähriges Bestehen (wir gratulieren!) und bietet dem interessierten Publikum mit einer Vortragsreihe Einblicke in seine Arbeit.

12.6.96: Zauberei, Kunst und Waffe der Frauen. Hexenprozesse aus der Sicht historischer Frauenforschung (Dr. Ingrid Ahrendt-Schulte)

19.6.96: DenunziantInnen im Nationalsozialismus - Verhalten und Motive (Dr. Karin Doerdelmann)

26.6.96: Köln - ein Eldorado der Frauengeschichte? (Irene Franken)

3.7.96: Migrantinnen und Romnja in Deutschland (Kader Konuk und Elizabeta Jonuz)

Alle Veranstaltungen finden statt in der Alten Feuerwache, Melchiorstraße, Köln.

Wehrmachtsverbrechen

Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" wird auch in diesem und im nächsten Jahr in verschiedenen Städten der BRD gezeigt.

13.6.-31.7.96 im Alumneum in Regensburg.

Sozialabbau

Der DGB bittet zur bundesweiten Demonstration in Bonn gegen Sozialabbau. Damit diese Demonstration - teilen Antifa Bonn, Antifaschistische Gruppen in Bonn und Freie ArbeiterInnenunion ebendort mit - "auch zu einem Schritt zu einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft werden kann, soll es auf der Demo einen starken, offensiv auftretenden REVOLUTIONÄREN BLOCK geben." Ein Plakat, abbildend einen Feuerschlucker-Feuerspucker in rot-gelb und versehen mit der Aufforderung "Her mit dem schönen Leben! Raus aus der Defensive, rein in den revolutionären Block!" gibt es jedenfalls schon.

15.6.96, Bonn. Kontakt: Demo 15. Juni, c/o Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn. Tel. Mo, Mi+Do 18-20 Uhr: 0228-636151 (Antirassistisches Telefon).

Freihandelszonen in Mittelamerika

Für die Kapitalstrategie "billigst produzieren - teuer verkaufen" sind die in Mittelamerika in den Freihandelszonen angesiedelten Fabriken (Maquilas) von zentraler Bedeutung. Diese Regionen in Ländern wie Nicaragua, El Salvador und Honduras haben quasi den Status exterritorialer Zonen. Firmen, die sich dort niederlassen, zahlen weder Steuern noch Zölle. Die Einhaltung des nationalen Arbeitsrechts wird weder kontrolliert noch werden Verstöße sanktioniert. Kapitalistische Produktion also unter optimalen Bedingungen. - Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit veranstaltet zu dieser Thematik ein Seminar mit Vorträgen und Arbeitsgruppen. Die Themen der AGs sind: Maquila und neoliberale Wirtschaftspolitik in den 90er Jahren; Neue Wirtschaftsordnung - neue Frauenarmut (95% der in den Maquilas Beschäftigten sind Mädchen und Frauen); Arbeitsplätze - zu jedem Preis?

15./16.6.96, WES "Profit ohne Grenzen - Freihandelszonen in Mittelamerika", München. Anmeldung bis zum 12.6.96: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Frauen forschen

Im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg referiert in der Reihe "Frauen forschen - Hamburger Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen stellen ihre Arbeitsergebnisse vor" die Ethnologin Sylvia Träbing-Butzmann über Fremdenbilder in Schleswig-Holstein am Beispiel der Sinti und Roma: "Gestern beunruhigte ein Zigeunertrupp unser Dorf ..."

17.6.96, 19 Uhr. Hauptgebäude der Universität, Hörsaal G, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg.

Gedenkstätten

Friedrich-Ebert-Stiftung und die Gedenkstätte für die Opfer der NS-"Euthanasie"-Verbrechen Hadamar laden zu einem "kreativen Workshop für MultiplikatorInnen" zur Gedenkstätten-Arbeit. In diesem Seminar soll "den Zusammenhängen zwischen Alltagsritualen und Ritualen für Gedenkstättenbesuche" nachgegangen werden, und zwar "mit dem Ziel, angemessene Formen für Gedenkstättenbesuche zu entwickeln und auszuprobieren."

5.-7.7.96, Hadamar. Programm und Anmeldung: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 392 ist der 18.6.96.